RODBERTUS

VON

KARL JENTSCH.



STUTTGART.

FR. FROMMANNS VERLAG (E. HAUFF).

1899.

Druck der Hoffmannschen Buchdruckerei in Stuttgart.

Vorwort.

Dass von Rodbertus der durchschnittliche Gebildete höchstens den Namen, der gemeine Mann nicht einmal diesen kennt, ist nicht zu verwundern. Agitator hat er nicht werden mögen, und ihren Marx haben die Arbeiterführer zu einem eifersüchtigen Gotte gemacht, der keine andern Götter neben sich duldet. Seinen Standesgenossen aber sind die Grundwahrheiten, die Rodbertus aufgedeckt, und die Grundsätze, zu denen er sich bekannt hat, so verhasst, dass sie um keinen Preis die Aufmerksamkeit grösserer Kreise auf ihn lenken möchten und ihn daher auch dann nicht nennen, wenn sie von seinen aus jenen Grundwahrheiten abgeleiteten Vorschlägen, soweit diese ihnen selbst nützlich sind, in der Gesetzgebung reichlich Gebrauch machen. Dazu kommt, dass man die Schriften des Mannes nicht bequem beisammen haben kann. Die in Broschüren- und Buchform erschienenen sind vergriffen und beinahe unauffindbar; nach seinem Tode haben dann verschiedene von seinen Freunden und Anhängern der eine dieses, der andre jenes herausgegeben, so dass man sich die disjecta membra zusammensuchen muss. Eine dieser Ausgaben, die Briefsammlung von Meyer, die auch Zeitungsaufsätze und Bruchstücke von solchen enthält, ist ebenfalls nur noch antiquarisch zu bekommen. Die Abhandlungen über das römische Steuerwesen und Wirtschaftsleben, die seinen Ruf in der Gelehrtenwelt be-

gründet haben, liegen immer noch in acht Bänden von Hildebrands Jahrbüchern vergraben, einer Zeitschrift, die nicht einmal in einer der grössten preussischen Universitätsbibliotheken vollständig zu finden ist. Vor 13 Jahren, in der Einleitung des dritten der Bände „Aus dem litterarischen Nachlass von Rodbertus“ hat Adolf Wagner in Aussicht gestellt, dass er diese Abhandlungen „durch andere zur Herausgabe vorbereiten lassen werde“; ob er diesen löblichen Vorsatz noch ausführen wird? Wenn nicht, dann sind diese höchst wertvollen Untersuchungen für die Wissenschaft so gut wie verloren. Von den Büchern und Schriften über ihn aber haben die drei verdienstlichsten, die von Zeller, von Kozak und von Dietzel, keine grosse Verbreitung gefunden, wie sie denn auch nicht für einen grösseren Leserkreis berechnet sind.

So steht es um den theoretischen Begründer des Staatssozialismus, der seit 1878 im Deutschen Reiche thatsächlich herrscht, wenn auch nicht ganz in seinem Geiste gehandhabt wird. Unter diesen Umständen bedarf der vorliegende Versuch, des grossen Nationalökonomen Leben und Lehre in weiteren Kreisen bekannt zu machen, keiner Rechtfertigung. Nicht darauf kam es mir an, zusammenzustellen, was zwanzig Kritiker über Rodbertus gesagt haben, oder den Streit der Gelehrten um sein Verhältnis zu St. Simon, Proudhon und Marx zu schlichten, oder die nationalökonomischen Streitfragen, zu denen er Veranlassung gegeben hat, noch einmal breit zu treten; ihn selbst sollen die Leser kennen lernen; mein eigenes Urteil über die wichtigsten Punkte seiner Lehre musste ich natürlich aussprechen, doch habe ich nicht pedantisch jeden Satz kritisiert, mit dem ich nicht ganz einverstanden bin. Im ersten Teil, wo es auf die Darstellung der Persönlichkeit ankommt, habe ich ihn meistens selbst reden lassen. Im zweiten ging das nicht an. Die Abhandlungen in Hildebrands Jahrbüchern bestehen fast ganz aus juristischen, finanz- und agrartechnischen Ein-

zelheiten, aus denen das für das Publikum des vorliegenden Buches Brauchbare herausgeschält werden musste, und bei den nationalökonomischen Schriften verbieten die Breite der Darstellung und die häufigen Wiederholungen die allerdings von Kozak befolgte Methode, den Abriss der Lehre mosaikartig aus wörtlichen Anführungen zusammenzustellen. Bei Rodbertus selbst ist jene Breite und sind die Wiederholungen, die denselben Gedanken unzähligemal, aber stets in neuen Wendungen darstellen, kein Fehler; sie wirken zusammen, den nicht ganz leicht verständlichen Gegenstand und die Gedanken des Autors darüber vollkommen klar zu machen. Solchen, die Nationalökonomie wirklich studieren wollen, kann daher auch die Lektüre der Werke von Rodbertus nicht erspart werden, und Bücher wie das meine sollen ihnen nur als Einführung dienen. Für Kenner bemerke ich, dass ich die psychologische Dreieinigkeitslehre Rodbertus', die philosophisch wertlos ist und sein nationalökonomisches System mehr verdunkelt als aufhellt, absichtlich unerwähnt gelassen habe. Wo ich der Kürze oder Deutlichkeit wegen mich eigener Wendungen und Beispiele bediene, die in Rodbertus nicht vorkommen, habe ich es durch eckige Klammern bemerkbar gemacht. Hie und da habe ich mir bei wörtlichen Anführungen aus Rodbertus der Deutlichkeit wegen eine kleine stilistische Aenderung erlaubt. Wer Rodbertus studieren will, findet einen vollständigen Nachweis der Fundorte seiner Schriften und ein vollständiges Litteraturverzeichnis in dem Artikel „Rodbertus“ von Diehl im Handwörterbuch der Staatswissenschaften von Conrad und Lexis.*)

Am 16. Januar ist in Dessau Rudolf Meyer gestorben, in dessen Briefsammlung wir eine Hauptquelle für das

*) Was S. 89 über zwei Porträts von Rodbertus gesagt wird, mag hier durch die Bemerkung ergänzt werden, dass das Hanfstängelsche in der Nr. 36 des Daheim vom 6. Juni 1874 erschienen ist.

Leben des grossen Nationalökonomen haben. Es ist hier nicht der Ort, diesen Jünger von Rodbertus zu charakterisieren und sein Lebenswerk zu würdigen. Nur dieses eine sei bemerkt: wenn Meyer, der als Gehilfe des Kreuzzeitungs-Wagener und mittelbarer Gehilfe Bismarcks angefangen hat, zuletzt in katholische und sozialdemokratische Zeitschriften flüchten musste, so charakterisiert das weit weniger den Mann, als unser deutsches Zeitschriftenwesen; anstatt dem Publikum die Ergebnisse der Geistesarbeit der Denker zu vermitteln ohne Rücksicht darauf, was daran dieser oder jener Partei gefällt oder missfällt, sind sie selbst in Abhängigkeit von den Parteien geraten und vertiefen die Klüfte zwischen diesen anstatt sie zu überbrücken.

Neisse, Februar 1899.

Carl Jentsch.

Abkürzungen.

Gr = Augsburger Allgemeine Zeitung vom 16. Februar 1876, Beilage: Zur Erinnerung an Karl Rodbertus von Karl Grün.

B = Zur Beleuchtung der sozialen Frage Teil I. Unveränderter Abdruck meines zweiten und dritten sozialen Briefes an von Kirchmann; enthaltend einen kompendiösen Abriss meines staatswirtschaftlichen Systems, nebst einer Widerlegung der Ricardoschen und Ausführung einer neuen Grundrententheorie. Von Dr. Karl Rodbertus-Jagetzow. Zweite Auflage, herausgegeben von Moritz Wirth. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1890.

N I = Aus dem litterarischen Nachlass von Karl Rodbertus, herausgegeben von H. Schumacher-Zarchlin und Ad. Wagner, Teil I: Briefe von Ferdinand Lassalle an Rodbertus, Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1873.

K = Aus dem litterarischen Nachlass von Rodbertus, herausgegeben von Adolf Wagner und Theophil Kozak, Teil II: Das Kapital, vierter Brief an von Kirchmann, Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1884.

N III = Aus dem litterarischen Nachlass von Rodbertus, herausgegeben von Wagner und Kozak, Teil III; Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1885. Enthält: Zur Beleuchtung der sozialen Frage Teil II, den ersten sozialen Brief an von Kirchmann, den Aufsatz: Die Forderungen der arbeitenden Klassen, vom Jahre 1839, das Sendschreiben an den Londoner Arbeiterkongress, Fragmente und Entwürfe.

Kr = Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes von Rodbertus-Jagetzow. Zweite Auflage, mit dem Bildnis des Verfassers und einem Vorwort von Dr. Rudolf Meyer. Berlin, Hermann Bahr, 1893.

Kl = Kleine Schriften von Dr. Karl Rodbertus-Jagetzow. Mit einem Anhange: Aufruf an die Deutschen von Josef Mazzini. Herausgegeben von Moritz Wirth. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht, 1890. Enthält: 1. Die preussische Geldkrisis. 2. Für den Kredit der Grundbesitzer. 3. Die neuesten Grundtaxen des Herrn von Bülow-Cummerow. 4. Mein Verhalten in dem Konflikt zwischen Krone und Volk. 5. Die Handelskrisen und die Hypothekennot der Grundbesitzer. 6. Erklärung. 7. Seid Deutsch! 8. An Mazzini. 9. Was sonst? 10. Offener Brief an das Komitee des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig. 11. Der Normalarbeitstag.

Z = Zur Erkenntnis unsrer staatswirtschaftlichen Zustände von J. Zeller. Enthält einen Abriss der von Rodbertus verfassten Schrift gleichen Namens, den ersten sozialen Brief an von Kirchmann, und den Normalarbeitstag. Ausserdem eine gute kritische Darstellung der wichtigsten Lehren des Rodbertus und eine Beleuchtung ihres Verhältnisses zu den Lehren von Adam Smith und Ricardo.

M = Der Emanzipationskampf des vierten Standes von Dr. R. Meyer, zweite vermehrte Auflage, Berlin, Hermann Bahr, 1882. Der erste Band enthält auf S. 71—76 den Brief von Rodbertus an Professor Schönberg.

M R = Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Dr. Rodbertus-Jagetzow, herausgegeben von Dr. Rudolf Meyer, Berlin, Adolf Klein, 1880. Enthält u. a. auch einen Abdruck des Aufsatzes von 1839: Die Forderungen der arbeitenden Klassen.

Z G St = Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, herausgegeben von den Professoren Fricker, Schäffle und Adolf Wagner. Darin finden sich Briefe von Rodbertus an Wagner, Zeller und Peters und das vom Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen erbetene Gutachten Rodbertus' über einige Pläne zu einer Arbeiterversicherung.

H = Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik von Hildebrand.

Ko = Rodbertus-Jagetzows Nationalökonomische Ansichten, dargestellt von Theophil Kozak, Dr. phil., Jena, Gustav Fischer, 1882.

D = Karl Rodbertus, Darstellung seines Lebens und seiner Lehre, von H. Dietzel, Professor der politischen Oekonomie an der Universität Dorpat. Jena, Gustav Fischer, 1886.

Inhalt.

Erster Teil.

Lebensgeschichte.

Johann Karl Rodbertus wurde geboren am 12. August 1805 in Greifswald, wo sein Vater Professor des römischen Rechts und schwedischer Justizrat war. Dieser gab 1808 sein Lehramt auf, um das seiner Frau gehörige Rittergut Beseritz in Mecklenburg zu bewirtschaften. Karl besuchte das Gymnasium zu Mecklenburg-Friedland, studierte von 1823 bis 1826 in Göttingen und Berlin die Rechte, arbeitete als Auskultator in Alt-Brandenburg und wurde 1830 nach bestandenem zweiten Examen bei der Regierung in Oppeln angestellt. Aufgeregt durch die Julirevolution, warf er sich auf die Nationalökonomie, nahm Urlaub zu einer Studienreise, liess sich längere Zeit in Dresden und Heidelberg nieder, wo er Geschichte, Philologie und Nationalökonomie betrieb. Dann besuchte er die Schweiz, Frankreich und Holland, „beobachtete überall scharf und hatte sich bei der Heimkehr 1834 jene echt weltmännische Politur angeeignet, die ihn zum Staatsmann und Diplomaten im besten Sinne des Wortes qualifiziert hätte. Die norddeutschen Ecken waren abgeschliffen, eine bequeme und gefällige Erscheinung herausgebildet, ein liebenswürdiger Gesellschafter mit Geist und Herz in ansprechenden Formen“ (Gr). Zunächst liess er sich in Beseritz nieder, kaufte aber schon im folgenden Jahre die Besitzung Jagetzow im Demminer Kreise in Pommern, auf der er sich vierzig Jahre hindurch als tüchtiger praktischer Landwirt bewährt hat.

Im Jahre 1839 schickte er an die Augsburger Allgemeine Zeitung einen Artikel, den wir gekürzt wieder-

geben müssen, weil er die Grundgedanken enthält, denen Rodbertus zeitlebens unwandelbar treu geblieben ist. (N III S. 193 ff.; die beiden Herausgeber verlegen den Artikel in das Jahr 1837, da aber darin die Birminghamscenen erwähnt werden, die sich 1839 ereignet haben, so kann er erst 1839 geschrieben sein.)

„Was wollen die arbeitenden Klassen? Werden ihnen die andern dies vorenthalten können? Wird das, was sie wollen, das Grab der modernen Kultur sein? — Dass einst mit grosser Zudringlichkeit die Geschichte diese Fragen thun würde, wusste der Denkende längst, durch die Chartistenversammlungen und die Birminghamscenen (bei einem Zusammenstoss zwischen Arbeitern und Polizei am 15. Juli gingen 30 Häuser in Flammen auf) hat es auch die Alltagswelt erfahren.“ Wollte man die Bewegung für eine politische ansehen, so würde das nur irre führen; heute sei es anders wie im Altertum, heute sei die politische Freiheit kein Gut mehr.

„In der That hat es der verräterischen Rufe unter den arbeitenden Klassen genug gegeben, um zu wissen, dass die Erlangung politischer Macht nur Mittel zum Zweck für sie sein soll. Der Zweck selbst ist: mehr Besitz .... Hier wollen wir vorläufig so unparteiisch sein, das ‚mehr Besitz‘ zu übersetzen; es heisst: mehr Teilnahme an der Bildungsstufe der Zeit, mehr Teilnahme an den Wohlthaten der heutigen Kultur!“

„Die zweite Frage ist identisch mit der: Werden die arbeitenden Klassen das, was sie wollen, mit Ernst wollen? Zweifle keiner, sie werden es mit dem Ernst, den die Weltgeschichte braucht, wenn sie ihre grossen Pläne ausführt! Die arbeitenden Klassen haben von den Wohlthaten der heutigen Gesellschaft die persönliche Freiheit und eine gleiche formelle Gerechtigkeit, wie alle übrigen; weiter nichts! Wenn das aber viel ist, so ist es nicht bloss der ewige psychische Anreiz zu mehr, sondern auch der natürliche logische Entwickelungsgrund

davon. Die persönliche Freiheit ist allerdings ein Gut, aber zunächst nur ein negatives, nur das Glück, nicht von der Willkür eines Individuums abzuhängen. Sie ist der unumgängliche Anfang, die Basis von allem, was eines Menschen würdig ist, aber an sich nur eine leere Sphäre, die sich nach ihrem Inhalt sehnt, die diesen erst wo andersher empfängt. Ein Freier ohne Unterhalt, hat man gesagt, und man kann es nicht besser sagen, ist eine Forderung ohne Schuldner. In der That, die persönliche Freiheit ist die Anweisung auf alle Tugenden, welche die Moral schmücken, und alle Schätze, welche die Natur und der Geist birgt. Aber sie ist damit auch eine Berechtigung dazu. Sie ist endlich eine Verheissung dazu geworden, insofern die arbeitenden Klassen in der Dienstbarkeit der andern waren und von diesen daraus entlassen wurden. Will man ihnen nun zum Vorwurf machen, dass sie die Natur der persönlichen Freiheit empfinden? Dass sie die Anweisung zu realisieren trachten? Dass die Berechtigung in ihrer Seele brennt? Dass sie vor die andern Klassen treten und sprechen: haltet jetzt, worauf ihr uns hingewiesen habt! Ihr habt uns bisher mit der persönlichen Freiheit nur die Sorgen derselben geschenkt, lasst uns jetzt auch an ihrer Freude teilnehmen! Und in diesen Gefühlen ist in soweit kein Verbrechen, sondern Würde. Und die Würde eben des Freien."

„Aber noch nie hat es die Geschichte verschmäht, auch die Leidenschaften in ihren Dienst zu nehmen. Und welche Leidenschaften kommen hier jenem Verlangen zu Hilfe! .... Solchem Andrange, dem Gutes und Böses dient, haben die andern nichts entgegenzusetzen als Polizei und Kanonen .... Wenn aber die materialistische Ansicht irgendwo im Unrecht ist, ist sie es da, wo sie meint, den Staatsverband mit so schwachen und negativen Mitteln, als Bajonette sind, erhalten zu können.

Das, was die Gesellschaft zusammenhält, ist sitt-

licher Natur, und wird durch sittliche Institutionen erhalten und vermehrt. Von jeher und für alle Zeit giebt es indessen nur zwei Systeme, die sich hier darbieten. Das eine nennen wir das der Zucht, das andere das der Bildung. Jenes gründet sich auf Unterordnung, dieses auf Erziehung und Unterricht. Beide verfolgen dasselbe Ziel, die Gemüter der Individuen der Gesellschaft zu akkommodieren. Beide wollen und können dies nur durch die Gesinnung, die sie pflanzen und pflegen, so verschieden diese auch unter beiden Systemen ist. Das Mittelalter befolgte durchweg das erstere, wenn auch nicht in seiner äussersten Konsequenz. In seinen strengen häuslichen Kreisen, in dem straffen Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, Herrschaft und Gesinde, Meistern und Gesellen und Lehrlingen, in den ländlichen Verbänden der Grundherrlichkeit, den städtischen der Zünfte und Korporationen ward notwendig jene Zucht der Gesinnung geschaffen, die die Bildung (lediglich von dem Standpunkte des Bestehens der Staaten aus) entbehrlich macht, die dennoch Zufriedenheit mit dem bescheidensten und schlechtesten Lose giebt, weil sie nicht aus der Gewohnheit kommt, dies Los als eine gesellschaftliche Notwendigkeit oder göttliche Schickung zu betrachten. Das Altertum, das über seine arbeitenden Klassen dies System in seiner strengsten Konsequenz, in der Sklaverei, übte, befolgte das andere hinsichtlich seiner Freien. In diesem andern System wird Unterwerfung unter die Idee, was dort Unterwerfung unter die Person ist ....“

„Was hat nun die Gegenwart von diesen Systemen? Nur noch die letzten sinkenden Trümmer des ersten, und nur erst die rohen elementarischen Anfänge des zweiten. Die humanen Ideen des vorigen Jahrhunderts haben ihren Sieg gefeiert und die arbeitenden Klassen von der persönlichen Unterordnung und der ihr entsprechenden Gewalt emanzipiert. ... So ist nur die christliche Familie übrig, wenn auch in ganz anderer und loserer Auffassung

wie früher. In der That, wenn die Staaten des Altertums von der Familie aus zu Grunde gingen, so mag ihnen diese in der Neuzeit ebenso oft neue Lebenskraft verliehen haben. Allein für die arbeitenden Klassen springt auch dieser Quell trüber und unreiner. Für sie giebt es hier lediglich einen Gesichtspunkt, vor welchem die sittigende Macht der Familie nur zu sehr untergeht, den, ihre Glieder als Instrumente des Erwerbs zu betrachten. Die bestverwalteten Staaten haben daher beginnen müssen, den andern Weg zu betreten. Aber genügen die Schulen, in welchen heute die Kinder der arbeitenden Klassen unterwiesen werden? ....“

„Wenn aber nun der eine Weg fast verlassen, der andere kaum betreten ist, was thun? Kann man auf den ersten zurückkehren, oder muss man auf dem zweiten vorschreiten? Das erste werden die wenigsten versuchen wollen. Man kann die Dienstbarkeit nicht über die arbeitenden Klassen wieder zurückführen. Man kann kein Jahrhundert der Geschichte ungeschehen machen. Der Versuch, durch neue Zünfte oder ähnliche Verbände den aufgeregten Geist zur Ruhe zu legen, wäre harmloser; indessen liegt hier eine Täuschung zu Grunde. Den Proletariern von heute entsprechen in dem Systeme der Zucht lediglich die dienstbaren Klassen. Die Zunftgenossen (Gesellen) waren (keine Knechte, sondern) Kunstgenossen. Die Ehre, die sich auf die Kunstfertigkeit der zu demselben Gewerk Gehörenden gründete, war das belebende Prinzip der Zünfte. Heute jedoch liegt die Kunstfertigkeit des Gewerks in dem Genie des Mechanikers*). Die Zunft- und Kunstgenossen (nicht alle!) sind zu Fabrikarbeitern geworden, und das, was heute eine Zunft zu bilden im stande wäre (die Reste des Handwerks), ist kein Gegenstand der Besorgnis. Dem zweiten steht aber

*) Ein gutes Teil Kunstfertigkeit ist doch auch noch für die Kreise der eigentlichen Handwerker übrig geblieben.

gerade das Hindernis entgegen, auf dessen Beseitigung wir eben in diesem Artikel hinweisen. Jeder Versuch, auf diesem Wege vorzuschreiten, scheitert an der unumstösslichen Wahrheit der heutigen Volkswirtschaft, dass der freie Verkehr den Arbeitern im Durchschnitt nicht mehr als den notwendigen Unterhalt zuwirft. Wenn aber auch auf dem Satz, dass Bildung und körperliche Arbeit vereinbar sind, die Hoffnung der Zukunft beruht, so wird sich doch Bildung mit der Sorge und Anstrengung für das Mass nur des notwendigen Unterhalts niemals vereinigen lassen. Der Schmutz und die Not des Hauses werden ewig zu nichte machen, was der Unterricht der Schulen bewirken will."

„Nein, täuschen wir uns nicht! Inmitten der heutigen Gesellschaft giebt es ein zahlreiches Volk von Barbaren, Barbaren an Geist und Sitte; mit der Armut, dem Trotz und der Wildheit der Barbaren, lüstern nach den Schätzen, den Genüssen und der Kultur der andern; von dem Rechte auf einen Anteil daran überzeugt und der Kriegsführung dieser andern kundig — ein neuer drohender Völkersturm aus dem Schosse der Civilisation selbst. Statt der alten Gewalt über sie, haben die andern nur noch Waffen gegen sie. Zwar, gegen die Rotüre der Mittelklassen sind Polizei und Kanonen oft mit Glück gebraucht worden, aber dann waren es jene Barbaren, die gegen die aufstrebenden Plebejer die Geschütze bedienten. In dem heutigen Kampf sollen die Barbaren gegen sich selbst fechten. Aber man vergesse nicht, die Barbaren, die in Roms Heeren gedient hatten, eroberten Rom. Alles in allem: Die Zurückführung der Arbeiter in die alte Dienstbarkeit ist unmöglich, die heutige Stellung ihnen gegenüber unhaltbar, der Fortschritt versperrt. Was bleibt übrig? Nichts als die Ueberwindung des Hindernisses, als die soziale Parole: weiter! denn die Gesellschaft hat ihre Schiffe verbrannt."

„Wird die Ueberwindung gelingen? Es

giebt allerdings einen Zustand, in welchem der Unterhalt der Arbeiter durchaus auf das notwendige Mass beschränkt sein muss. Er hat dann statt, wenn die Produktivität noch nicht hinreichend gross ist, allen Klassen mehr zu gewähren. Denn da Bildung einen entsprechenden Besitz verlangt, es aber besser ist, dass der Geist irgendwo in der Nation zur Blüte kommt, als gar nicht, so ist es das Interesse der Geschichte selbst, dass dann einigen Klassen nur das Notwendige, andern aber mehr als der notwendige Unterhalt zufliesst, damit diese wenigstens die Thaten der Geschichte vollführen. Einem solchen wirtschaftlichen Zustande der Nation entspricht zugleich entschieden nur das eine soziale System, nämlich das der Zucht*). Auf einer Stufe, auf der man nur Handmühlen kennt, muss Sklaverei existieren. Ohne diese hätte das Altertum nicht seine Mission vollbracht". Im folgenden zeigt er, dass auf der heut erreichten Stufe der Produktivität alle Angehörigen der Nation des zur Aneignung von Bildung erforderlichen Masses materieller Güter teilhaft werden können. Dieses Mass einem jeden zuzuführen, sei aber bei dem die Volkswirtschaft beherrschenden Smithschen System nicht möglich; nur die Staatswirtschaft sei dieser Aufgabe gewachsen. Genauer betrachtet, bestehe diese Aufgabe darin, dass die Arbeiter in dem Masse, als die Produktivität der Arbeit fortschreitet, auch an den Früchten der gesteigerten Produktion teilnehmen, und dass sie den Chancen der Konjunktur entzogen werden. Von diesen haben die Arbeiter nie zu leiden gehabt, solange die Sklaverei bestand. „Da sie damals zum Kapital des Besitzers gehörten, ward ihnen unter allen Umständen die Fürsorge zu teil, die man immer der Erhaltung des Kapitals widmen wird.

---

*) Das gilt nur für das Verhältnis zwischen den Herren und den Handarbeitern; dass die Herren unter sich nach dem andern System organisiert waren, hat er oben schon gesagt.

Seit ihrer Emanzipation haben sie auf eigene Rechnung zu leben, das heisst aber bei ungünstiger Konjunktur, nicht zu leben." Das Arbeitsgeld, von dem später die Rede sein wird, soll das Mittel sein, den Arbeitern den ihnen gebührenden Anteil am wachsenden Nationalprodukt zuzuwenden. Mögen nun, schliesst er, „diese Andeutungen chimärisch sein, so bleibt es immer die wichtigste Aufgabe der Neuzeit, die Lebensfrage der modernen Zivilisation, den genannten Forderungen zu genügen. Das Studium der besten Köpfe sollte ihr gewidmet sein; jede Akademie sollte an ihrer Beantwortung arbeiten und auf ihre Bearbeitung hinwirken. In der That, keine Wissenschaft bietet heute grössere Lorbeeren als die Staatswirtschaft. Ihr ist für die nächste Zukunft ungefähr die tiefeingreifende Rolle vorbehalten, die das Naturrecht und natürliche Staatsrecht im vorigen Jahrhundert gespielt haben — nur mit dem schönen Beruf, zu organisieren."

Die Allgemeine Zeitung nahm den Artikel nicht an. Am 8. Februar 1872 übersandte ihn Rodbertus seinem Freunde Rudolf Meyer, der dann einige Stücke daraus in der Berliner Revue, und nach Rodbertus' Tode das Ganze in den „Briefen und sozialpolitischen Aufsätzen" veröffentlicht hat. (Einen zweiten, nach dem Manuskript verbesserten Abdruck hat dann später Ad. Wagner a. a. O. eingefügt.) Im Begleitschreiben sagt Rodbertus, die Form sei, wie er jetzt bemerke, mangelhaft, aber er habe keinen einzigen der darin ausgesprochenen Gedanken zu desavouieren, „wenn nicht etwa den, dass die politische Beteiligung der arbeitenden Klassen [die Beteiligung der Arbeiter am Staatsleben] zur Republik führen müsse. Wird die soziale Frage auf dem Wege gelöst, den ich will, so gewinnt die monarchische Form an Kraft und Bestand, auch bei einer politisch-parlamentarischen Beteiligung der arbeitenden Klassen. Sie finden in diesem Aufsatze schon das ganze System, das

ich stückweise in meinen nationalökonomischen Schriften entwickelt habe, und von dem nur das wichtige Stück „Kapital" fehlt. Ich habe die Ueberzeugung seiner Richtigkeit gefasst, als ich nach vierjährigen angestrengten nationalökonomischen Studien selbständig nationalökonomisch denken lernte. Durch ein späteres jahrelanges Studium der Nationalökonomie des Altertums ist sie in mir nur bestärkt worden; ebenso durch die Ereignisse eines dreissigjährigen Zeitraums, und ich werde sie auch mit ins Grab nehmen. Aber Sie können sich wohl vorstellen, dass, wenn die Gedanken in dem anliegenden Aufsatz doch noch heute den meisten spanisch vorkommen, sie damals der Augsburgerin wie reine böhmische Urwälder vorkommen mussten." In der That dürften sie bei der Redaktion des damaligen Weltblattes ganz unverstanden geblieben sein, weil von den Erscheinungen, aus denen diese uns Heutigen so geläufigen Gedanken in dem mit Prophetenblick begabten Geiste des grossen Nationalökonomen entsprangen, damals — in Deutschland wenigstens — kaum die ersten undeutlichen Umrisse zu erkennen waren.

Drei Jahre später gab er die Schrift „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände" heraus, die den Grundriss der in seinen sozialen Briefen ausführlicher entwickelten Lehren enthält. Im übrigen nahmen ihn in den vierziger Jahren die Bewirtschaftung seines Gutes, die Kreis- und Provinzialverwaltung und die Politik in Anspruch, und finanzpolitischen und landwirtschaftlichen Fragen waren auch die übrigen Schriften dieser Periode gewidmet: Die preussische Geldkrisis (1845), Für den Kredit der Grundbesitzer (1847), Die neuesten Grundtaxen des Herrn von Bülow-Cummerow (1847). 1841 war er zum Kreis- und Landschaftshilfsdeputierten für Demmin und als solcher in die Kommission zur Entwerfung neuer landschaftlicher Taxprinzipien und eines neuen landschaft-

lichen Reglements für die Provinz Pommern gewählt worden. 1847 ernannte man ihn zum Generallandschaftsrat der Provinz Pommern. Diese Stelle schlug er aus (im selben Jahre lehnte er auch die ihm angebotene Erhebung in den Adelstand ab); dafür wählte ihn die Ritterschaft des Kreises Usedom-Wollin zu ihrem Abgeordneten in den Provinziallandtag. Als solcher nahm er 1848 am zweiten vereinigten Landtage teil, und im Mai schickte ihn derselbe Kreis in die zu Vereinbarung einer Verfassung gewählte preussische Nationalversammlung.

Hier entfaltete er eine Thätigkeit, an die er sich später nicht gern erinnern liess. Als Führer des linken Zentrums trat er in die schärfste Opposition zur Regierung. Der Grundsatz der Volkssouveränität, von dem er damals ausging, ist zwar theoretisch richtig, aber zu seiner Verwirklichung gehört ein Volkswille, und solche ausserordentliche Fälle ausgenommen, wie die Unterdrückung durch einen Eroberer, wo natürlich das ganze Volk in dem Wunsche, das Joch abzuschütteln, einig ist, hat sich ein klar erkennbarer, einmütiger Volkswille bisher immer nur in solchen ganz kleinen Staaten gebildet, dessen Bürger durch keine grossen Unterschiede der Bildung und des Vermögens entzweit werden. Am allerwenigsten konnte 1848 in Preussen von einem Volkswillen die Rede sein, wo jeder etwas Anderes wollte, und die meisten nicht wussten, was sie wollten. Doch waren in dem irrtümlichen Glauben an den Volkswillen mit Rodbertus die Besten jener Zeit befangen. Aber ein anderer Vorwurf, den man gegen ihn erhoben hat, dass er nämlich durch das viel verspottete „Vereinbarungsprinzip“ selbst den Bankrott der Nationalversammlung verschuldet habe, ist unbegründet. Vielmehr wollte er überhaupt keine konstituierende Versammlung, weil er fürchtete, eine solche werde die Exekutivgewalt beanspruchen und auf die Republik lossteuern. Nach-

dem aber einmal eine solche beschlossen war, drang er darauf, dass wenigstens in dem Wahlgesetz die Befugnisse dieser Versammlung einigermassen umgrenzt würden, („stecken Sie den Umfang der Befugnisse so weit oder so eng wie Sie wollen,“ rief er, „aber stecken Sie ihn wenigstens!“) und infolgedessen wurde in das Wahlgesetz der Paragraph 13 eingefügt, wonach die Versammlung dazu berufen sei: „die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse, namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staatsanleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.“ Ihm gefiel jedoch diese Art der Umgrenzung so wenig, dass er sie „gegen einen jetzt in Deutschland hochgestellten Mann“ (Bismarck?) bekämpfte. Dieser antwortete ihm auf die Frage, was werden solle, wenn sich Krone und Versammlung nicht einigten: „Dann wird dessen Meinung obsiegen, der die grösste Macht hat.“ Worauf Rodbertus erwiderte: „Das scheint mir aber nur im Wege einer zweiten Revolution geschehen zu können.“ Dass es die Reaktion sein würde, die obsiegte, daran dachte er nicht. Diese Haltung gegenüber dem Plan einer konstituierenden Versammlung zog ihm sogar das Vertrauen der Reaktionäre zu, das er jedoch mit den Worten zurückwies: „Ich setze nur auf einen legalen Uebergang Wert, in den Dingen bin ich radikal.“

Zweierlei war es, was ihn in die Opposition gegen die Krone trieb: seine Begeisterung für die Einigung Deutschlands und die schwächliche Haltung der Regierung im Schleswig-Holsteinschen Kriege. Am 25. Juni ward er in das Kabinett Auerswald berufen, und zwar als Kultusminister — er gedachte in dieser Stellung die Lage der Volksschullehrer gründlich zu verbessern — aber die erste Sitzung des Ministeriums, an der er teilnahm, war zugleich die letzte. Auerswald verkündigte der Versammlung, dass Seiner Majestät Regierung zwar

die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser bestätigt habe, aber mit einem Vorbehalt: sie verwahre sich dagegen, dass aus dieser ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen vollzogenen Wahl für die Zukunft Konsequenzen gezogen würden. Rodbertus musste von seinem Standpunkte aus die vorbehaltlose Anerkennung des Reichsverwesers fordern. In Beziehung auf den Krieg gegen Dänemark hatte Rodbertus in einer Rede am 9. Juni geklagt: während Deutschland mit Dänemark Kugeln wechsele, wechselten einzelne deutsche Staaten mit Dänemark freundschaftliche Noten, verkehrten dänische Schiffe in hannoverschen und oldenburgischen Häfen, und diese schmachvolle deutsche Uneinigkeit werde offenbar in dem Augenblicke, da „unsere Brüder in Frankfurt die deutsche Einheit proklamieren“. Gerade in diesen Tagen aber liess sich Preussen durch das Dräuen der Grossmächte in seinem Siegeslauf hemmen, und verhandelte über einen Waffenstillstand, der dann am 28. August zu Malmö abgeschlossen wurde. Unter diesen Umständen glaubte Rodbertus, „um mit sich selbst im Einklang zu bleiben“, sein Portefeuille dem König zurückgeben zu müssen; er that es schon am 4. Juli. Am 3. Oktober stellte er einen Antrag, wonach die Regierung für die Zukunft versprechen solle, „dass sie zur Durchführung aller Beschlüsse der provisorischen Zentralgewalt und der deutschen Nationalversammlung in den neu drohenden Verwicklungen der dänischen Frage pflichtmässig und kräftigst beitragen werde“. Dieser Antrag, der die Unterordnung Preussens unter die provisorische Reichsregierung einschloss, wurde mit 257 gegen 17 Stimmen angenommen. Am 31. desselben Monats drang er auf die Vorbereitung einer neuen Steuerverfassung, welche die Besteuerung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und einer aufgeklärten Staatswirtschaft und mit der Verteilung des Nationaleinkommens in Einklang bringen sollte. In derselben Sitzung — Wien war vom

28. an belagert worden und wurde am 31. von Windischgrätz genommen — stellte Waldeck den Antrag: „das Staatsministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten“; und das in dem Augenblick, wo Wrangel im Begriff stand, Berlin zu nehmen, was ihm glücklicherweise (am 10. November) ohne Blutvergiessen gelang!. Der Antrag wurde verworfen und statt seiner der von Rodbertus angenommen: die Versammlung wolle die Regierung auffordern, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde.“ Man braucht, sagte der Antragsteller in der kurzen Begründung, „nicht viele Worte zu machen über eine Sache, die so furchtbar einleuchtet, wie das brennende Wien“. Der König, aufs höchste erbittert durch die vorhergegangenen thörichten Beschlüsse der Versammlung (Abschaffung des Titels „von Gottes Gnaden“ und des Adels) verstand die Wiederherstellung des Friedens anders! und gab am 1. November seine Meinung durch die Ernennung des Grafen Brandenburg kund. Die Nationalversammlung beschloss, in einer Adresse den König um die Zurücknahme dieser Ernennung zu bitten. Rodbertus war Mitglied der Deputation, die am zweiten die Adresse in Sanssouci überreichte. Als sich nach ihrer Verlesung der König weigerte, weiteres anzuhören, und den Deputierten den Rücken wandte, rief ihm Jacoby bekanntlich nach: „Das ist das Unglück der Könige, dass sie die Wahrheit nicht hören wollen.“ Rodbertus aber bat den Adjutanten, Seiner Majestät zu sagen, „wie wir überzeugt seien, dass Seiner Majestät Gefühl die Adresse der Nationalversammlung und die zuletzt gehörten Worte eines Deputierten zu unterscheiden wissen werde“. Am

9. November wurde der Versammlung die Verlegung nach Brandenburg angekündigt, ihre Mehrheit aber erklärte den Beschluss der Regierung für ungesetzlich und setzte die Beratungen in Berlin fort. Am 15. beriet sie gerade den Antrag Schulze-Delitzsch: „dass das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über Staatsgelder zu verfügen und Steuern zu erheben, solange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzusetzen vermag“. Da trat der Major von Herwarth mit Soldaten in den Saal und erklärte, dass er beauftragt sei, diese ungesetzliche Versammlung aufzulösen. Rodbertus bewog den Major, den Saal zu verlassen, bis die Abstimmung vorüber sei. Der Antrag Schulze wurde einstimmig angenommen und darauf die Versammlung geschlossen. Am 5. Dezember wurde auch die Brandenburger Restversammlung aufgelöst und die Verfassung oktroyiert. (Nach D. und Gr.)

Rodbertus erklärte zwar beide Massregeln für ungesetzlich und revolutionär, bewarb sich aber trotzdem um ein Mandat für die nach der „ungesetzlichen“ Verfassung zu wählende zweite Kammer. Unter dem Titel: „Mein Verhalten in dem Konflikt zwischen Krone und Volk“ (Kl. S. 181 ff.) richtete er an seine Wähler eine lange Verteidigungsschrift, worin er behauptet, dass die zur Vereinbarung der Verfassung gewählte konstituierende Versammlung „noch heute rechtmässig das Volk“ vertrete, und gegen ihre Auflösung, sowie gegen die Oktroyierung einer Verfassung protestiert, dann jedoch fortfährt: „Ich trete aber zugleich und nichtsdestoweniger abermals vor Ihnen, meine Herren, und dem ganzen Lande als Wahlkandidat zu der am 26. Februar k. J. zusammentretenden Volksrepräsentation auf, indem ich, einer neuen Wahl mich hingebend, und darin zu dem Volke als dem Ursprunge allen Rechts zurückkehrend, mit keinem der von mir behaupteten Rechte in Widerspruch trete, sondern nur dem Volkswillen gehorche, um

mit allen mir zu Gebote stehenden Kräften und auf jedem gesetzlichen Wege den revolutionären Zustand, in welchen jene ministeriellen Akte das Land gegenwärtig gestürzt haben, baldigst in einen der Krone und dem Volke gleich gedeihlichen Rechtszustand wieder umwandeln zu helfen.“ Er führt aus, Preussen befinde sich seit dem 8. April in einem staatsrechtlichen Verhältnis, das bisher in der Geschichte nicht dagewesen sei. „Was die Lehrer des natürlichen Staatsrechts als Hypothese aufgestellt hatten, um den Staat der Idee nach rechtlich zu konstruieren, sollte bei uns faktisch in Erfüllung gehen: es sollte die Verfassung in Form eines Vertrages zu stande kommen.“ Jndem man die Nationalversammlung berufen habe, um mit der Krone einen Vertrag zu vereinbaren, sei die Gleichberechtigung der Versammlung mit der Krone in dieser Beziehung ausgesprochen. Beide stünden sich „in so vollkommener Rechtsparität gegenüber, wie zwei Personen im gewöhnlichen Verkehr, die einen privatrechtlichen Kontrakt abzuschliessen im Begriffe sind . . . . Es war vielleicht eine zu hochherzige, eine zum weltlichen Gelingen übertrieben sittliche Idee, als das preussische Volk, im mächtigen Vertrauen zu seinem Königsgeschlecht, im März, in den Tagen, wo die Exekutivgewalt in Betäubung dalag, selbst sie wieder in ihrer ganzen Vollgewalt aufrichtete, und sich über die Verfassung mit dem Gegner nur vereinbaren wollte.*) Aber es ist sicherlich ein sehr grosser Irrtum, nun in der Besorgnis, eine solche zur Vereinbarung berufene Versammlung, ohne jede Exekutivgewalt, könne ihr beschränktes Recht missbrauchen, dieses Recht ihr an der Stelle noch mehr beschränken zu wollen, wo es seine alleinige Stärke hat.“ Darauf liess sich erwidern, dass die Versammlung das Werk, zu dem sie berufen

*) Das war wohl weniger ein in sittlichen Ideen wurzelnder, hochherziger Entschluss, als das unvermeidliche Ergebnis der Ratlosigkeit beim Fehlen eines einmütigen und klaren Volkswillens.

war, nicht gefördert, sondern ihre Zeit mit der Fassung von Beschlüssen zugebracht habe, von denen sie voraussehen musste, dass sie der andere, gleichberechtigte Teil niemals annehmen würde; und da dieser andere Teil über die Exekutivgewalt verfügte, so war er nach dem Satze: salus reipublicae lex suprema berechtigt und verpflichtet, ohne Rücksicht auf den seiner Aufgabe nicht gewachsenen andern Kontrahenten das unaufschiebbare Verfassungswerk selbst in die Hand zu nehmen. (Rodbertus schilt es freilich Verleumdung, dass man der Versammlung Unfähigkeit vorgeworfen habe.) Mit der oktroyierten Verfassung war er auch inhaltlich nicht einverstanden; er vermisste darin namentlich das Steuerbewilligungsrecht und die Ministerverantwortlichkeit, tadelte es, dass die Regierung das Recht haben solle, im Falle eines Krieges oder Aufruhrs eine Reihe von Verfassungsartikeln ausser Kraft zu setzen, und dass die königlichen Verheissungen der Märztage, auf deren Erfüllung das Volk ein Recht habe, durch die vorliegende Verfassung nicht verwirklicht seien. Diese Verheissungen schlössen in sich: „Freiheit der Presse, Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximierten Gerichtsstandes, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Dominialpolizei, öffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen und insbesondere für alle politischen und Pressvergehen, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse, allgemeine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer, ein volkstümliches, auf Urwahlen gegründetes, alle Interessen des Volkes vertretendes Wahlgesetz, beschliessende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesamten Gesetzgebung und im Staatshaushalt in einfacher Majorität, Verantwortlichkeit der Minister, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Mitwirkung Preussens zur Umwandlung des deutschen

Staatenbundes in einen Bundesstaat mit wahrhafter Volksvertretung beim Bunde."

Rodbertus wurde dreimal gewählt: von einem Trierschen Wahlkreise für die erste, von zwei Berliner Wahlkreisen für die zweite Kammer; er nahm das Mandat des zweiten Berliner Wahlkreises an. Dessen Ausübung stellte sich zunächst ein kleines Hindernis in den Weg. Nach Verhängung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt waren „alle Fremden, die sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht gehörig legitimieren können", ausgewiesen worden. Auf Grund dieser Anordnung verfügte Hinkeldey die Ausweisung von Rodbertus, obgleich dieser sich durch sein Mandat einigermassen legitimieren konnte, und auch nicht so ganz fremd war: war doch nach seiner Ernennung zum Minister seine Familie nach Berlin übergesiedelt (D I 50). Nach Hebung des Hindernisses kämpfte er noch weiter für die Anerkennung der vom Frankfurter Parlament beschlossenen deutschen Verfassung. Die Kammer nahm sowohl seinen darauf abzielenden, von Bismarck bekämpften Antrag an, wie einen von ihm mitunterschriebenen Antrag Waldeck, wonach der über Berlin verhängte Belagerungszustand aufgehoben werden sollte, aber schon am 26. April 1849 ward die erste Kammer vertagt, die zweite aufgelöst. Nun riet Rodbertus seinen demokratischen Freunden Wahlenthaltung; er selbst zog sich gänzlich von der Politik zurück und lehnte später ein ihm von Breslau angetragenes Mandat ab.

Die nächsten zwölf Jahre gehörten ausschliesslich staatswirtschaftlichen Studien und Bestrebungen. In den Kreisen, die sich 1844 im Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen ein Organ geschaffen hatten, wurde sehr lebhaft die Versicherung der Arbeiter für den Fall der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit und fürs Alter erörtert. Eine Menge zum Teil von Fabrikanten entworfene Vorschläge für Alters- und Invaliditätsversiche-

rung, für Zwangssparkassen, für Errichtung von Arbeiterwohnungen, für die Besserung der Lage der Handwerker durch korporative Organisation, durch Einführung der Barzahlung für Handwerkerarbeiten lagen dem Vereine vor. Dieser bat im Mai 1849 einige hervorragende Männer, darunter Rodbertus, um Gutachten über diese Entwürfe. In seiner Antwort (ZGSt. 39. Band S. 561 ff.) verwirft Rodbertus die meisten der gemachten Vorschläge. Versorgungsanstalten, durch freiwillige oder erzwungene Beiträge der Arbeiter errichtet, seien prinzipiell unrichtig. Sie böten ein kärgliches Los am Abend des Lebens, verlangten aber gegenwärtige Opfer, während sich doch der Arbeiter gar nicht im Besitz eines Gutes fühle, gegen dessen Verlust er sich durch Opfer zu schützen veranlasst sein könnte. Immerhin möge man Prämiensparkassen und Leibrentenanstalten fördern, aber Zwangsbeiträge seien unzulässig. Solle jeder Beitragende in den Besitz einer Rente gelangen, so seien die Beiträge nichts als Zwangsspareinlagen; sollten dagegen nur die Bedürftigsten aus den Beiträgen aller unterstützt werden, so seien sie Zwangssteuerbeiträge. In dem einen Fall werde einer ganzen Klasse durch ein Spezialgesetz das Sparen befohlen, im andern würden die ärmeren Klassen noch besonders besteuert zur Erhaltung ihrer Aermsten.

Ueberhaupt könne die Aufgabe, die Armenpflege entbehrlich zu machen und den mancherlei Nöten der Arbeiter durch ihre eigene Kraft und Hilfe zu begegnen, nicht gelöst werden, wenn man die Mittel dazu aus den jetzigen Löhnen schöpfen wolle; eben die Geringfügigkeit des Einkommens der Arbeiter sei ja die Ursache aller Nöte, die sie treffen. Der Arbeitslohn sei seinem realen Gehalt nach gleich geblieben oder selbst gefallen, während sich die gesellschaftlichen Ansprüche an alle, auch die arbeitenden Klassen, und damit deren notwendige Bedürfnisse gesteigert hätten; was wie Besserung ihrer Lage aussehe (z. B. die besseren Kleider) sei nur Schein

und Flitter. Dazu müsse man noch die Wirkungen der Arbeitsstockungen in Krisen in Rechnung stellen. „Für den preussischen Arbeiter lässt sich das Sinken seines Einkommens ausserdem noch unleugbar aus gewissen Thatsachen darthun*). In den östlichen Provinzen haben die landwirtschaftlichen Arbeiter, der grösste Teil der Arbeiterbevölkerung überhaupt, nicht unbedeutend an ihrem Einkommen eingebüsst auf den Dominien durch Einführung der Dreschmaschinen und die Abschaffung oder Beschränkung der Brache, in den Bauerndörfern durch die Gemeinheitsteilungen und Separationen. Dort haben die Dreschmaschinen den Winterverdienst verringert, und die Beschränkung der Brache hat den Arbeitern die Gänse- und Schweinehaltung erschwert oder unmöglich gemacht. An wenigen Orten hat man ihnen dafür ein Aequivalent zugestanden**). Die Arbeitgeber haben sich hinter die Freiheit des Kontraktes gesteckt und mit Wohnungskündigung gedroht, das wirksamste Mittel, um den Lohn zu drücken, da auf den Dominien die Wohnhäuser der Arbeiter, wenigstens in der Mark, Pommern, Preussen und Posen, in der Regel volles Eigentum des Gutsbesitzers sind und also der Arbeitgeber zugleich der Mietherr ist. Die Gemeinheitsteilungen haben in den Bauerndörfern die nicht angesessenen, zur Miete wohnenden Arbeiter um die Auftrift und damit meistens um die Haltung von Kühen, Schweinen und Gänsen ge-

*) Man beachte wohl, dass im Folgenden der erste Ursprung des von den ostelbischen Agrariern beklagten Mangels an Arbeitern aufgedeckt wird; später sind dann noch andre Ursachen hinzugekommen. Mit einer ergreifenden Schilderung des Hofgängerelends aus seiner eigenen Erfahrung beginnt Rodbertus den N III S. 1 ff. veröffentlichten zweiten Teil der Schrift „Zur Beleuchtung der sozialen Frage.“

**) Das aber, wenn es in Geld besteht, natürlich den Arbeiter nicht an sein Heimatsdorf bindet, vielmehr ihm das Fortziehen erleichtert; an den heimatlichen Boden bindet nur entweder der eigene Grundbesitz oder die Berechtigung zur Viehhaltung.

bracht: während es früher in diesen Dörfern Observanz war, dass auch die nichtangesessenen Familienväter auf die Gemeindeweide eine Kuh und mit der gemeinschaftlichen Gänse- und Schweineherde der ansässigen Wirte ebenfalls Gänse und Schweine austreiben durften, ist ihnen bei der Gemeinheitsteilung gesetzlich keine Abfindung geworden, und das separierte freie Eigentum verwehrt den Arbeitern jetzt um so mehr jene Viehhaltung, die auch dem Arbeitslosen noch Unterhalt gewährte, als es in der Natur der kleineren Ackerwirtschaften liegt, teils die Weide mehr durch Stallfütterung zu ersetzen, teils mehr mit Gesinde zu wirtschaften und also auch dem selbständigen Arbeiter die Gelegenheit zu nehmen, die Haltung von Kühen, Gänsen und Schweinen mit im Arbeitslohn zu bedingen.“ Dies sei der Grund der Aufregung unter diesen Leuten, (die 1848 vielfach kleine Krawalle unternommen hatten) sie sprächen: durch die Gemeinheitsteilung sind die Bauern zu Edelleuten geworden und wir zu Bettlern. Dazu komme die Militärpflicht, die dem jungen Manne einige der Jahre raube, in denen er sich das zur Gründung eines eignen Haushalts nötige Geld sparen solle; „man darf zuverlässig behaupten, dass seit Einführung der Militärpflicht alle Arbeiter bei uns zur Eingehung der Ehe und Gründung der Familie in ärmerem Zustand schreiten.“ Was hier durch Thatsachen für eine einzelne Klasse von Lohnarbeitern nachgewiesen worden ist, das weise die Wissenschaft für die Lohnarbeiterschaft überhaupt nach, dass nämlich unter der Herrschaft des sich selbst überlassenen freien Verkehrs ihr Lohn beständig sinke, wenn nicht absolut, so doch wenigstens im Verhältnis zum Einkommen der Besitzenden. Der Anteil der Arbeiter am Nationalprodukt werde immer kleiner. (23 Jahre später schreibt er in einem Briefe an Meyer: „Ich behaupte, dass, mit Ausnahme eines Teils unsrer Dienstboten, alle unsre Arbeiter durchschnittlich weniger Brot, Kleider-

stoff, Wohnungsraum, Feuerungsmaterial, kurz von dem, was zu unserm leiblichen Verbrennungsprozess gehört, konsumieren, als früher vor 50 Jahren. Rechnen Sie die Kinder mit, so behaupte ich, beträgt der Wohnungsraum für die Menschen der Berliner Arbeiterklasse nicht soviel Quadratfuss, als wir unsern Hammeln einräumen." MR. S. 239. Nur in Beziehung auf die fabelhaft billig gewordenen Kleiderstoffe dürfte das nicht ganz zutreffen; der Vergleich der Arbeiterwohnungen mit den Hammelpalästen aber fällt sogar noch ungünstiger aus, wenn man statt der Grundfläche den Kubikraum zu Grunde legt.) Da das Nationalprodukt beständig wachse, so müsse doch von drei möglichen Wirkungen wenigstens eine eintreten: a) dass bei gleicher Arbeitszeit der Reallohn stiege, b) dass sich bei gleichem Lohn die Arbeitszeit verkürzte, c) dass immer mehr Arbeiter in die Klasse der Besitzenden aufstiegen und so dem Stande zu gute käme, was dem Einzelnen versagt bliebe. Allein von diesen drei Wirkungen sei keine einzige eingetreten. „Während aber einerseits die Arbeiter unter diesem trostlosen Gesetz stehen, . . macht andrerseits die Entwickelung des gesellschaftlichen Lebens die entgegengesetzten Ansprüche an sie. Während sich die materielle Lage der arbeitenden Klassen gleich geblieben ist, ist ihr rechtlicher und politischer Zustand der allgemeinen Entwickelung gefolgt, und jener und dieser stehen jetzt im schreiendsten Widerspruch mit einander . . . . Es werden dieselben bürgerlichen Tugenden von ihnen verlangt (wie von den Besitzenden), es wird eine gleiche bürgerliche Ehre bei ihnen vorausgesetzt, ihnen werden dieselben bürgerlichen Pflichten angesonnen, aber sie sind so gut wie ausgeschlossen von den Mitteln der übrigen, sich die Tugenden zu erwerben, sich die Ehre zu erhalten und den Pflichten nachzukommen. Und dieser Widerspruch besteht, während der immer neue Luxus, den die Steigerung der Produktivität über die Besitzenden häuft, auch

die Begierde der Arbeiter danach immer aufs neue schürt, und so unausgesetzt die Leidenschaften anfachen muss, welche sich im Gefolge solcher stets erregter und nie befriedigter Begierden einstellen.“ Da sich nun der Rechtszustand nicht mehr zurückschrauben lasse, so könne der unerträgliche Widerspruch nur dadurch gehoben werden, dass man die materielle Lage der Arbeiter entsprechend bessere, was einzig und allein durch Lohnerhöhung möglich sei; darauf möge der Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen bedacht sein. Zunächst möge er die Lösung der Schwierigkeit anbahnen durch Belehrung über das Wesen der Volkswirtschaft; an solcher Belehrung habe es bisher gänzlich gefehlt. Namentlich werde er zwei entgegengesetzte Irrtümer zu bekämpfen haben: den unter den Kapitalisten verbreiteten, dass hoher Arbeitslohn die Produktion hemme, und den unter den Arbeitern herrschenden, es sei ihnen nur durch einen Eingriff ins Grund- und Kapitaleigentum zu helfen. Allein anstatt diesen Weg einzuschlagen, schienen ihm die gemeinnützigen Vereine in Gefahr zu stehen, „Armenpfleger und Moralisten zu werden. Sie unterstützen den invaliden Arbeiter und predigen dem gesunden Tugend und Mässigkeit. Aber mit jenem greifen sie nur in eine fremde Sphäre ein, und mit dem zweiten mühen sie sich in unfruchtbarem Beginnen ab. Wer glaubt, dass der Pauperismus in der Unsittlichkeit der arbeitenden Klassen seinen Grund habe, der verwechselt Ursache und Wirkung.

Dazu (mit seinem heutigen Einkommen als ehrsamer Bürger zu leben) würde eine seltene Selbstüberwindung gehören und zu solcher Selbstüberwindung würde der höchste Grad sittlicher Kraft erforderlich sein, während das ganze Leben des Arbeiters mit allen seinen Versuchungen unausgesetzt seine sittliche Kraft zu zerstören strebt. Wenn die Thatsachen auf den Menschen eindringen, nützen Worte nicht viel. Wer dem Hungernden Brot giebt, der schützt ihn weit

sicherer vor Diebstahl, als wer ihm predigt: Du sollst nicht stehlen."

In den folgenden beiden Jahren beschäftigte ihn eine Polemik gegen seinen Freund von Kirchmann, der in den „Demokratischen Blättern" den Satz vom sinkenden Arbeitslohn bestritt. Diese Polemik ist niedergelegt in seinem volkswirtschaftlichen Hauptwerke: den sozialen Briefen an von Kirchmann. Zwei davon, der zweite und dritte, sind von ihm selbst unter dem Titel „Zur Beleuchtung der sozialen Frage" in einen Band zusammengefasst, der vierte und letzte aber ist erst nach seinem Tode unter dem Titel, „Das Kapital", herausgegeben worden. Im Jahre 1858 veröffentlichte er die Schrift: „Die Handelskrisen und die Hypothekennot der Grundbesitzer". In denselben Jahren wandte er sich dem Studium der antiken Volkswirtschaft zu. Nachdem er das Manuskript des vierten sozialen Briefes, das über 20 Jahre ungedruckt liegen geblieben ist, vollendet hatte, fiel ihm ein: „Vergleiche die Begriffe, die du eben auseinandergesetzt, auch einmal mit denen der uns vorangegangenen Stufe! Halten sie auch bei dieser Vergleichung die Probe aus? Denn, verehrter Herr," schreibt er an Rudolf Meyer, „erst mittelst der Vergleichung vermag man das Historische und Zufällige von dem Logischen und Ewigen auszuscheiden. Ich schlug also die Gelehrten nach. Und was fand ich? Nichts! Ja, weniger als nichts. Statt eines leeren Flecks einen Wust von Unsinn, ein völliges, gründliches Missverstehen der ganzen Nationalökonomie des Altertums! Ich musste sie also selbst erst studieren und natürlich ging das nur aus den Quellen an. Das hat mich einige Jahre meines Lebens gekostet, von denen ich wohl sagen darf, dass ich bei diesen Studien oft den Morgen herangewacht habe. Aber diese aufjauchzende Empfindung von Glück in mir, als ich nun bei der mir klar gewordenen Vergleichung alle meine Begriffe, die ich in jener Abhandlung („Das Kapital") niedergelegt, bestätigt fand!"

Die Frucht dieser Studien legte er in den Jahren 1864 bis 1874 in acht Bänden von Hildebrands Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik nieder unter den Titeln: „Zur Geschichte der agrarischen Entwickelung Roms unter den Kaisern“, „Zur Geschichte der römischen Tributsteuern seit Augustus“, „Zur Frage des Sachwertes des Geldes im Altertum“, „Was waren Mediastini?“ Als Nebenprodukt fiel noch eine topographische Abhandlung über die Aurelianische Mauer ab. Diese wundervollen Arbeiten beruhen auf einer gründlichen und genauen Kenntnis der römischen Schriftsteller einschliesslich der Kirchenväter, des Corpus juris und der ganzen klassischen juristischen Litteratur, und auf einer so gediegenen philologischen Bildung, dass es Rodbertus nicht allein wagen durfte, Juristen wie Savigny, sondern in seinen Textkritiken und Interpretationen auch Philologen wie Zumpt zu berichtigen. Adolf Wagner schreibt (Z G St. 34. Bd. S. 199): „Die Arbeiten von Rodbertus über die römischen Agrar- und Steuerverhältnisse sind auf dem Gebiet der Nationalökonomie des klassischen Altertums nicht übertroffen worden. Auch bei Historikern von Fach gelten sie viel, und wenn auch einzelne Resultate immer wieder angefochten werden, wie neuerdings wieder seine Auffassung und Erklärung der Entstehung des Kolonats, so sind sie doch auch von denen, die zu andern Ergebnissen gelangen, stets sehr hoch gestellt worden.“

Ehe die erste dieser Abhandlungen erschien, hatte Rodbertus noch einmal, im Jahre 1861, seine nationalökonomischen Studien unterbrochen und in die Politik einzugreifen versucht, mit gleichem Misserfolg wie 1848. König Franz von Neapel ward in Gaeta belagert, die italienischen Patrioten sahen die Frucht ihrer Verschwörungen reifen, Napoleon hatte im Namen des Nationalitätenprinzips einen Krieg für sie geführt, und Mazzini stellte den Deutschen die ersehnte Einheit in Aussicht,

wenn sie nur den Italienern behilflich sein wollten, ihr Einheitswerk zu vollenden, und überhaupt das Nationalitätsprinzip für alle Völker gelten liessen. Ein in sich starkes Italien, rief er am 14. Februar, nachdem Rodbertus schon gesprochen hatte, den Deutschen zu, „ein in sich starkes Italien ist eure beste Verteidigung. Helft Polen rekonstituieren, und auf den Trümmern des türkischen Reiches eine slavisch-rumänisch-hellenische Konföderation gründen! Ihr werdet dann nicht mehr die Einmischung und Ueberwucht Russlands zu fürchten haben. Ueberlasst den österreichischen Kaiserstaat der Verurteilung, welche Gott und die Menschen über ihn ausgesprochen haben: dann werdet ihr an der Donau Verbündete, und nicht, wie heute, Feinde haben. Löscht von der Stirne Deutschlands das schwarze Mal, das Oesterreich ihm aufgedrückt, indem es die Söhne Hermanns und Luthers vor Europa als Soldaten des Despotismus zeigt. Die Völker werden euch dann in Eintracht und Liebe umgeben.“ Diesen Bestrebungen kam der 1859 gegründete Nationalverein mit seinem kleindeutschen Programm entgegen, das den Ausschluss Oesterreichs forderte, also die österreichischen Länder den Nationalitäten preisgab. Rodbertus bekämpfte diese Bestrebungen in vier Flugblättern („Erklärung“, „Seid deutsch!“, „An Mazzini“, „Was sonst?“), die Lothar Bucher und der demokratische Kaplan von Berg mit unterschrieben haben; Bucher mag einzelne Abschnitte verfasst oder stilistisch überarbeitet haben; im Ganzen lässt der Stil die Feder unseres Rodbertus erkennen. Wir stellen einige Sätze aus diesen vier Schriften zusammen.

„Soll Deutschland die vierhundertjährige Verbindung mit seinen südöstlichen Nachbarn lösen, damit eine andere Macht die unvermeidlichen Konflikte in der bunten Mischung unentwickelter Rassen, feindlicher Standesgegensätze und schroffer Bekenntnisse im Namen irgend eines andern „Prinzips“, an dem es nicht fehlen

würde, im eigenen Interesse zur Ruhe bringe? Franzosen verleugnen durch das Streben nach der Rheingrenze das Prinzip der Nationalität, weil das südliche Element einer noch stärkeren Beimischung von der Ausdauer der nordischen Brüder bedürfe und Paris noch nicht der mathematische Mittelpunkt von Frankreich sei; Italiener verleugnen es, weil Triest südlich von den Alpen liege und das Kapital des österreichischen Lloyd grösstenteils italienisches sei; Polen, weil sie alles wiederhaben müssen, was sie einmal besassen, und schwächere Völker unter ihren Schirm zu nehmen hätten; Dänen „aus europäischer Notwendigkeit"; Magyaren endlich um des historischen Rechtes willen. Wollen die Deutschen sowohl das Prinzip gegen sich gelten lassen, wie jede Ausnahme? Wenn die Pflicht, ein von unsern Vorvätern mit dem schwereren deutschen Pfluge gewonnenes Erbe den künftigen Geschlechtern zu erhalten, denen die Meinungen, Prinzipien und Sympathien dieses Tages wenig frommen, aber die an unseren Thaten und Unterlassungen zu tragen haben werden, wenn diese Pflicht uns befiehlt, das Gebiet zu behaupten, dessen das deutsche Volk bedarf, um seine durch die Religionskriege aufgehaltene welthistorische Arbeit zu vollziehen, so gebietet ein berechtigter Stolz, dass wir uns vorbehalten, zu bestimmen, wann und an wen wir herausgeben wollen, was wir entbehren können. Für die volle und stetige Entwickelung seines Güterlebens und für die gesicherte Machtstellung, ohne welche eine solche Entwickelung nicht möglich ist, bedarf Deutschland ebenso sehr eines ungefährdeten Zuganges zum Adriatischen Meere und einer Garantie gegen feindliche politische und wirtschaftliche Systeme an der Donau, wie es des Küstenbesitzes an Ost- und Nordsee bedarf. Es ist eine nicht der Antwort zu würdigende Zumutung an ein Volk von 47 Millionen, sich von einem Meere verdrängen zu lassen." Die Verfassungszustände Deutschlands seien freilich gegenüber den grossen

Aufgaben, die die Zeit stelle, recht kläglich, „aber die Kraft des Nationalgefühls kann einstweilen die Organisation ersetzen, welche die Ungunst der Zeiten uns bisher versagt hat . . . . .“

„Nationalitätsprinzip! Ekelt nicht dem unverdorbenen Sprachgefühl schon vor dem Worte? . . . Befragt eure Vordenker [die Zeitungsschreiber] um eine wissenschaftliche Erklärung, befragt sie mit der ethnographischen Karte, den Bevölkerungslisten, der Geschichte, den Erfahrungen über Kreuzung der Rassen in der Hand . . . Sagt ihnen, dass den Italienern allerdings das Dogma von den Nationalitäten passt, und dass von ihnen wir es haben. Hat aber das Wort Nationalität für uns, für Andere, denselben Inhalt? Muss, was von den Italienern wahr sein mag, die einen Dante und Machiavelli, einen Michel Angelo und einen Vico geboren, die im 13. und 14. Jahrhundert die Pfleger aller Kultur gewesen, muss das auch von Völkern wahr sein, die nichts gethan haben als ihren Kukuruz zu essen?“ Mazzini verkündige die Vereinigten Freistaaten Europas. Wenn die deutschen Zeitungsschreiber dasselbe Programm hätten, so möchten sie offen damit herausrücken; dächten sie aber nicht an eine deutsche Republik, dann könnten sie auch die den Deutschen von Mazzini zugemutete Trennung von Oesterreich nicht billigen. Fühlt euch als Deutsche! ruft er den Deutschen zu, und ihr werdet die Bedeutung unsers Volkes in der Vergangenheit, die Bedingungen seines zukünftigen Daseins erkennen und daraus entnehmen können, was für uns das Rechte sei, im Wirrsal der Gegenwart.

„Wir sind ein kolonisierendes Volk. Aber unsre Kolonien liegen nicht jenseits des Meeres, sie sind unmittelbar aus dem alten Stamm herausgewachsen. Oestlich von der Elbe erstrecken sie sich bis an den Peipussee und bis in die südöstlichste Bastion der Karpathen. In der Arbeit des Kolonisierens wurde das deutsche

Volk geführt von zwei Fürstenhäusern, beide Grenzwächter des Reiches; im Norden den Hohenzollern, deren Vorläufer die Hanse und der deutsche Orden waren, im Süden den Habsburgern. Dass die beiden ihre Staaten aufbauten, das thaten sie nicht durch sich allein und für sich allein, das hätten sie nicht thun können, wenn nicht in den Deutschen wie in ihren Nachbarn die Bedingung, das geschichtliche Gebot des Kolonisierens gelegen hätte. Die Habsburger, die Hohenzollern können vergehen, das deutsche Volk wird bestehen, vorausgesetzt, dass es sich von dem Wahnsinn der Selbstverstümmelung heilt, der ihm wie Aqua toffana eingeflösst ist. Wir haben in unsern Kolonialerwerbungen nicht die Ureinwohner mit Branntwein und Pocken „von der Erde hinweg verbessert“, noch durch Prokonsuln ausgesogen, noch ihnen auf zweiundzwanzig Manieren die Steuern abgefoltert. In der Lausitz, in Schlesien, Pommern, den deutschen Ordenslanden haben wir sie vor Jahrhunderten von der Leibeigenschaft befreit, mit der Russland heute noch ringt. Ueberall haben wir sie in unsre Rechtszustände, welche sie immer sein mochten, als Brüder aufgenommen. Oesterreich ist in der Arbeit um einige Menschenalter gegen Preussen zurück. Wollt ihr das deutsche Volk dafür strafen, dass die Habsburger eine schwierigere Aufgabe ungeschickter angegriffen, dass sie Versehen und Frevel — genug ihrer! — begangen haben? Wollt ihr den in einem entwickelten, arbeitsamen Volke natürlichen und berechtigten Drang nach Ausdehnung in euch ersticken, während er in Romanen und Slaven künstlich erregt und zur Leidenschaft gestachelt wird? Wollt ihr das in einem Augenblick, da der Aufschwung der Gewerbthätigkeit, das Anwachsen des Kapitals, die Erleichterung des Verkehrs allen Deutschen die Möglichkeit bietet, sich an der Arbeit zu beteiligen, die bisher nur einem Stamm obgelegen?“

„Wollt ihr euch von dem Adriatischen Meere ver-

drängen lassen? Das Zivilrecht giebt dem Grundbesitzer einen Weg über des Nachbars Acker, um an die Heerstrasse zu gelangen, und die Staatsgewalt schützt ihn darin. Meere sind die Heerstrassen der Völker, und Völker haben sich selbst zu schützen. Ihr wollet euch verdrängen lassen in dem Augenblick, da die alten Handelswege nach dem Morgenlande wieder betreten werden, da vielleicht in einigen Jahren der Kanal der Pharaonen und Kalifen wieder Schiffe trägt? Und wenn das Osmannische Reich endlich zusammenbräche, wolltet ihr dann zusehen, wie andere über weltbeherrschende Positionen verfügen und eure Kaufleute, die einzigen, die dort dauernd gedeihen, aus den Hafenplätzen der Levante verjagen? . . . . . . Weshalb sind die Fremden gerade jetzt so versessen darauf uns klein zu machen? Weil sie besser als wir selbst bemerken, dass wir gerade dabei sind, die harmonische Entwickelung unsrer geistigen und materiellen Kraft da wieder aufzunehmen, wo sie durch die Religionskriege unterbrochen ward, dass wir auf dem Wege zur realen Einheit weiter sind als je im ganzen Laufe unsrer Geschichte, dass sich endlich aus dieser realen Einheit die formale Einheit, die politische, mit Leichtigkeit entwickeln wird . . . . .".

„Wenn ihr einmal den Italienern folgen wollt, so folgt ihren Thaten, nicht ihren Worten. Sie verlangen mit Ungestüm nicht nur Venetien, sondern die letzten Stammesgenossen bis nach Dalmatien, bis tief in „ihre Alpen" hinein für ihren Einheitsstaat. Ihr wolltet vierzehn Millionen Deutsche aus dem Innern hinausdrängen oder günstigsten Falls beiseite liegen lassen? Sie wollen erst ihr Gebiet umhegen, dann anbauen. Ihr wolltet erst den Staat einrichten, dann seine Grenzen suchen?" Das letzte bezieht sich auf die Forderung der „preussischen Spitze" für das zu organisierende Kleindeutschland. Diesem nationalvereinlichen Programm gegenüber bekennen sich Rodbertus und Genossen zur Triasidee: in

dem neu zu errichtenden Bundesdirektorium sollen Oesterreich, Preussen und ein von den südwestdeutschen Fürsten aus ihrer Mitte auf Zeit zu wählender Vertreter abwechselnd den Vorsitz führen.

Bismarck hat nicht das Programm der drei Männer, sondern das des Nationalvereins durchgeführt. Obwohl man schon in der Konfliktszeit deutlich sah, dass es so kommen werde, nahm Rodbertus doch — ohne öffentlich hervorzutreten — für die Regierung Partei. Je vollständiger sich sein staatswirtschaftliches System entfaltete, desto mehr wurde seine Losung: nicht Volks-, nicht Fürsten-, sondern Staatswille. Stärkung der Staatsgewalt war die Grundbedingung einer Lösung der sozialen Frage in seinem Sinn, damit war fortan seine Stellung zur Regierung gegeben, und daraus lässt sich erklären, dass er eine zeitlang trotz einem Nationalliberalen Bismarck verehrte, wenn er auch nicht so weit ging wie sein Freund, das kleine b, der dem grossen B gegenüber (so pflegt er Bucher und Bismarck in den Briefen an Rudolf Meyer zu nennen) seine Selbständigkeit aufgab. In der Hoffnung, dass sein soziales Programm von Bismarck durchgeführt werde, scheint er sich über die vorläufige kleindeutsche Lösung der deutschen Frage hinweggesetzt zu haben. Jedenfalls betrachtete er die Vielheit der Regierungen und Dynastien als ein Hindernis grossartiger Reformen. In einem Briefe an Mayer (M R. S. 255) vom 6. November 1872 verspottet er die aus den verschiedenartigsten Trümmern bestehende konservative Partei, in der es Legitimisten gebe, die seinerzeit allabendlich Gott gebeten hätten, er möge den König Wilhelm vor dem „Raube“ an den Dynastien bewahren, „während Sie [der ebenfalls konservative Mayer], wenn ich nicht irre, mit der nationalen Aufräumung ganz einverstanden waren und vielleicht [vielleicht? Wenn nun nicht? bemerkt Meyer hinzu] mit mir bedauerten, dass nicht noch einige mottenzerfressene Polsterstühle mehr

aus dem Hause geworfen wurden". Die glänzenden Erfolge des Jahres 1870 machten ihn dann vollends zu einem Verehrer Bismarcks.

Ueber die vorläufige Lösung, sagten wir, habe er sich hinweggesetzt, denn den Gedanken, dass diese Lösung endgiltig sein solle, muss jeder deutsche Patriot mit Entrüstung zurückweisen. Rodbertus' Kampf gegen die Regierung im Jahre 1848 war eine Verirrung, die in der damaligen Verwirrung der Geister ihre Entschuldigung findet, aber in der deutschen Frage hat die Weltgeschichte noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, und wenn es gesprochen werden wird, so wird es hoffentlich im Sinn der Dreimännerkundgebung von 1861 geschehen. Das Nationalitätsprinzip hat die Italiener in einen Sumpf und die Deutschen in eine Sackgasse gelockt. Die italienischen Pflastertreter, die von 1848 an mit Verschwörungen, Revolutionen und mit englischer, französischer und preussischer Hilfe ihr Königreich aufgerichtet haben, waren in derselben Illusion befangen, wie das Gesindel der Stadt Rom, das sich bei den Römerzügen der deutschen Kaiser als senatus populusque Romanus aufzuspielen liebte: sie hielten sich und ihre italienischen Landsleute für alte Römer. Das sind sie nun eben nicht. Die alten Römer sind Männer gewesen, die im strengen und freiwilligen Gehorsam gegen die Gesetze sich selbst zu beherrschen und daher auch eine Welt zu erobern und zu beherrschen vermochten. Die Italiener dagegen sind zwar ein durchaus gesittetes, aber zugleich ein durchaus gesetzloses Volk, das nicht einmal sich selber, geschweige denn eroberte Länder zu regieren vermag. Ihre eigentümliche Anlage bedarf zur Entfaltung weder des Einheitsstaates noch der politischen Macht: gerade im Zustande innerer Zerrissenheit und schmachvoller Abhängigkeit vom Auslande haben sie die schönsten Blüten ihrer Kultur hervorgebracht. Anstatt diese ihre eigentümliche Begabung zu erkennen und zu pflegen, haben sie,

vom lächerlichsten Grossmachtkitzel getrieben, ein grosses Heer und eine gewaltige Kriegsflotte ausgerüstet, für die sie keine andere Verwendung finden, als das eigne, eben durch diese Schöpfungen ins Elend gestürzte und zur Verzweiflung gebrachte Volk niederzuhalten. Die Oesterreicher in Lombardo-Venetien und die Grossherzöge von Toskana haben weit besser, die Päpste und die Bourbonen haben in Mittel- und Unteritalien nicht schlechter regiert, als jetzt die Advokaten, Litteraten und pflastertretenden Conti und Marchesi regieren, die mit ihren Verschwörungen das junge Italien geschaffen haben. Ganz andrer Art sind die Begabung und der Beruf des deutschen Volkes. Obwohl in der Anlage für Kunst und Wissenschaft den Italienern ebenbürtig, ist es doch vor allem ein kolonisierendes Volk, ein Volk, das durch Urbarmachung neuen und Verbesserung verwahrlosten alten Bodens die feste und gediegene Grundlage höherer Kultur zu schaffen versteht und in solchem Kolonisieren seit anderthalb Jahrtausenden geübt ist, ein Volk, das auch zu herrschen versteht; ein Volk endlich, das durch reichlichen Kindersegen gezwungen wird, von dieser seiner Fähigkeit Gebrauch zu machen. Ein solches Volk kann und darf sich nicht auf einen Nationalstaat einlassen, dessen Grenzen so eng wie möglich abgesteckt werden, damit nur ja keine fremden Bevölkerungsbestandteile hineinbezogen werden; vielmehr muss es auf die Ausdehnung seiner Herrschaft über niedere Rassen bedacht sein. Anstatt so eine zukünftige grossartige Entwickelung ins Auge zu fassen, haben wir gehandelt, wie eine belagerte Stadt in höchster Bedrängnis zu handeln pflegt, wir haben nicht allein alle entfernteren Aussenwerke aufgegeben, indem wir das Recht Russlands und Ungarns, unsre deutschen Brüder zu russifizieren und zu magyarisieren, feierlich anerkannten, wir haben auch 5000 Quadratmeilen alten Reichsbodens und die darauf wohnenden 14 Millionen Deutschen den Slaven preisgegeben; wir

haben uns hinter unsre letzten Wälle: Sudeten und Böhmerwald, zurückgezogen, und uns eine so ungünstige Grenze gegeben, dass wir für den Fall einer westöstlichen Koalition gegen uns auf das Bündnis Oesterreichs angewiesen sind, dieses Oesterreichs, dessen Dynastie sich durch den Selbsterhaltungstrieb desto mehr auf die Seite der uns tödlich hassenden Tschechen hingedrängt fühlt, je lebhafter in ihren deutschen Unterthanen das deutsche Bewusstsein erwacht. Entschuldigen kann man Bismarck, dass er diesen Weg eingeschlagen hat, denn für Preussen, dessen Minister er war, bedeutete ja die Verkleinerung Deutschlands eine Vergrösserung, und die Lösung der deutschen Frage im grossdeutschen Sinn hätte die Vereinigung zweier einander widerstrebenden Elemente zur Voraussetzung gehabt: einer revolutionären Volkserhebung in Oesterreich mit der antirevolutionären preussischen Kriegsmacht; aber man darf nicht, geblendet durch das Prestige, das der Kriegsruhm den Deutschen verliehen, die vollzogene Lösung als ein Glück und als endgiltig betrachten. Die Zwangsgermanisation der preussischen Polen ist nur ein weiterer Schritt auf dem falschen Wege, in den das Irrlicht: Nationalstaat, hineingelockt hat. Wollen wir die soziale Frage nicht im Sinne von Rodbertus, d. h. sozialistisch lösen, so brauchen wir Lohnarbeiter von inferiorer Rasse und geringer Bildung, die sich willig in ein Sklavenjoch fügen, zugleich aber die Ausbreitung der durch den Schulzwang gebildeten Deutschen über ein weites, von einer geduldigen Arbeiterbevölkerung bewohntes Gebiet, worin sie leitende Stellungen einnehmen können. Denn eine gebildete und zugleich bedrückte Arbeiterbevölkerung, eine Arbeiterbevölkerung, die aus Vollbürgern von derselben Rasse wie die Herrschenden besteht, und die dabei einem Brotherrn gehorchen soll, der sie kurz hält oder ihr wohl gar nicht einmal das Notwendige voll gewährt, eine solche Arbeiterbevölkerung ist notwendig revolutionär. Jetzt, wo das

Prestige der Kriegsjahre zu verbleichen anfängt, fangen die Widersprüche unsrer Lage an hervorzutreten. Während wir unsre preussischen Polen mit sehr geringem Erfolg zu germanisieren streben, überschwemmen die vornehmsten Träger deutschnationaler Gesinnung unsern Osten mit polnischen Wanderarbeitern aus Russland und Galizien. Während die Hauptstützen unsrer Regierung im agrarischen Interesse jene wirtschaftliche Absperrung fordern, die der Idee des geschlossenen Nationalstaates entspricht, sieht sich der Staat durch die immer stärker anschwellenden Scharen der Industriearbeiter in die Wege des englischen Freihandels gedrängt, und für die verlorene adriatische Küste suchen wir einen zweifelhaften Ersatz in afrikanischen und ostasiatischen Meeren. Es ist hier nicht der Ort, darzulegen, wie in einem, Osteuropa und die Levante umfassenden, Germanenreiche diese Widersprüche gelöst, die uns bedrückenden Schwierigkeiten gehoben sein würden. Halten wir vorläufig die Hoffnung aufrecht, dass die immer unerträglicher werdende Lage der Deutschen Oesterreich-Ungarns und der Zerfall der Türkei unsre Regierung zwingen werden, in jenen Gegenden einzugreifen, die angeblich die Knochen eines pommerschen Grenadiers nicht wert sind; vielleicht ist dann in Frankreich die Fäulnis der herrschenden Klassen und in Russland das Volkselend so weit vorgeschritten, dass diese beiden Staaten die Macht nicht mehr haben, das deutsche Volk an der Lösung seiner grössten weltgeschichtlichen Aufgabe zu hindern. Hätte es Bismarck 1866 versucht, so würde er allerdings wahrscheinlich einen furchtbaren und für uns gefährlichen Weltkrieg heraufbeschworen haben. Das hätte nach dem Programm geschehen müssen, welches Lassalle in einem Brief an Rodbertus (2. Mai 1863) mit den kurzen Worten aussprach: „Grossdeutschland moins les dynasties“, was man nur zu verbessern braucht in: Grossdeutschland ohne die Habsburger. In Rodbertus' Ant-

wortschreiben kommt die Stelle vor, die uns glücklicherweise im nächsten Briefe von Lassalle erhalten geblieben ist: „Ich hoffe noch die Zeit zu erleben, wo die türkische Erbschaft an Deutschland gefallen sein wird und deutsche Soldaten oder Arbeiter-Regimenter am Bosporus stehen.“ (N. I. 56).

Schon ehe Rodbertus, der sich nach diesem Abstecher ins Gebiet der hohen Politik wieder ganz der sozialen Frage zugewandt hatte, mit Lassalle in Verbindung trat, hatte er ein Schreiben an den internationalen Arbeiterkongress entworfen, der während der Industrieausstellung von 1862 in London abgehalten wurde. Das Schreiben (N. III. S. 225 ff.) ist nicht abgesandt worden, würde auch bei den Arbeiterführern wenig Beachtung gefunden haben, aber es ist charakteristisch für die Stellung, die Rodbertus der Arbeiterbewegung gegenüber einnahm. Er erkennt den Arbeiterstand als den wichtigsten an. Auf diesem Kongress habe „die Idee der Gesellschaft, die Idee der Solidarität aller Nationen und Klassen zum erstenmal wirkliches Leben gewonnen“, und das berechtigte Selbstgefühl der Arbeiter, „die Hauptträger der Gesellschaft zu sein, zum erstenmal schön und stolz sich ausgesprochen“. Aber die Arbeiter seien doch eben nur ein Glied der Gesellschaft, wenn auch das wichtigste: „Ihr könnt unter euch nur festsetzen, was ihr der Gesellschaft vorschlagen wollt“: Was sie vorschlagen sollen, ist folgendes. Festgesetzt werden möge die Zahl der Arbeitstage des Jahres und die Zahl der täglichen Musestunden, die sie dazu brauchen, sich ausruhen, sich freuen und für ihre geistige und sittliche Bildung sorgen zu können, und es soll berechnet werden, wie viel der Arbeiter jedes Landes bedarf, um mit seiner Familie so leben zu können, wie es sich für freie Arbeiter geziemt. Danach sollen für die nach Klima, wirtschaftlicher Entwickelung und Lebensgewohnheiten verschiedenen Länder die Löhne normiert und soll damit „der entwürdigende

Begriff des notwendigen Unterhalts“ beseitigt werden; alle zehn Jahre sollen die Lohntaxen revidiert werden. Sie sollen die Macht der öffentlichen Meinung zu Hilfe rufen, um die Unternehmer zur Annahme dieser Vorschläge zu bestimmen, sich aber der Anwendung direkten oder indirekten Zwanges auf die Unternehmer enthalten.

Wie er mit Lassalle in Verbindung gekommen ist, erfahren wir aus Aufzeichnungen, die sich nach seinem Tode in seinen Papieren gefunden haben. „Als Lassalle seine Arbeiteragitation begann, teilte er mir sein Vorhaben mit und forderte mich zur Mitwirkung auf. Lassalle hatte meine Schriften gelesen und ich die seinigen. Eine mehrstündige ernste und eingehende Unterhaltung über nationalökonomische und soziale Fragen hatte uns im allgemeinen darüber orientiert, wieweit wir übereinstimmten und wie weit wir auseinandergingen. Eine längere, mehr wissenschaftliche als politische Korrespondenz endlich, die sich an jene Aufforderung anknüpfte, präzisierte diese Punkte genau. Unsre rechts- und geschichtsphilosophische Auffassung stimmte namentlich darin überein, dass wir die Reihe der in der Geschichte auf einander folgenden Staatenordnungen nicht mit der auf Grund- und Kapitaleigentum beruhenden Staatenordnung oder denjenigen Staaten dieser Ordnung, die man den konstitutionellen oder Repräsentationsstaat nennt, für abgeschlossen hielten. Wir waren vielmehr beide davon überzeugt, dass vor einer idealeren und schärferen Rechtsphilosophie, als heute die Tagesmeinungen beherrscht, dem Grund- und Kapitaleigentum wesentliche Mängel anklebten; dass es ein gereinigteres Eigentum gäbe, bei welchem die einem jeden zufallende Eigentumsportion in gerechterem Verhältnis zu dem persönlichen Verdienste des Individuums um die Gesellschaft stehe; dass eine solche Art Eigentumsinstitution nur zu realisieren sei, wenn es nur ein Einkommenseigentum gäbe. .... Die Teilnahme an Lassalles Arbeiteragitation musste ich

versagen, da wir uns über die beiden Hauptpunkte der Agitation nicht verständigen konnten. 1. Lassalle wollte bekanntlich die Lage der arbeitenden Klassen mittelst eines allgemeinen Systems von Produktivassoziationen durch pekuniäre Staatshilfe heben (also die Arbeiter zu Unternehmern machen). Ich meinerseits wollte das Lohnprinzip beibehalten wissen, aber eine Reform desselben, allerdings auch durch den Staat, unternehmen lassen. 2. Lassalle wollte aus der sozialistischen Partei zugleich eine politische machen. Ich wollte, sie sollte lediglich eine wirtschaftliche bleiben. Die politische Parteibildung stellte L. als die conditio sine qua non einer Verbindung mit mir hin. Seine Gründe waren: die Arbeiter seien schon unter Schulze-Delitzsch zu einer politischen, aber wirtschaftlich missleiteten Partei geworden. Sie könnten dieser wirtschaftlichen Missleitung nur durch eine gesteigerte politische Agitation wieder entrissen werden. Daher die Forderung des allgemeinen Stimmrechts, dem die freihändlerische Demokratie schon sehr abgeneigt geworden war.“ Er lasse das Gewicht dieser Gründe dahingestellt, aber jedenfalls sei diese Bedingung der Grund gewesen, dass sie sich nicht einigen konnten. „Der Produktivassoziation würde L. wahrscheinlich den Rücken gekehrt haben, vorausgesetzt, dass ihm ein anderes Mittel plausibel gemacht worden wäre. Teilen Sie mir eins mit, schreibt er (im 4. Briefe). Diese Mitteilung fand meinerseits nicht statt, da sich meine Ansichten mit keiner politischen Agitation vertragen, welche die arbeitenden Klassen gegen die bestehende Staatsgewalt aufregt.“ Dieser dritte Grund wird wohl der eigentliche und Hauptgrund gewesen sein. Im Entwurf eines Schreibens an einen Arbeiterführer behauptet Rodbertus, der Adressat habe Lassalles eigentliche Meinung nicht gekannt; er, Rodbertus, habe sie kennen gelernt. Es gebe nämlich ausser dem in der Arbeiteragitation erschienenen exoterischen Lassalle einen esoterischen. Ueberhaupt müssten

Weltfragen wie die soziale immer zugleich esoterisch und exoterisch behandelt werden. Mit diesen Grundsätzen steht es einigermassen in Widerspruch, dass er sich durch Lassalle bestimmen liess, an das Komite des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig einen offenen Brief zu richten, der nichts von seinen Gedanken verheimlichte und der ganz geeignet war, die arbeitenden Klassen gegen die bestehende Staatsgewalt aufzuregen. Wir geben nachstehend den Hauptinhalt des Briefes.

„1. Sie wollen die Interessen des Arbeiterstandes noch in anderer Weise vertreten haben, als dies durch die Schulzischen Assoziationen geschieht und nach den Prinzipien der Freihandelsschule geschehen kann. 2. Sie haben sich deshalb von der Fortschrittspartei getrennt, die sich mit jener Schule identifiziert hat. 3. Sie haben vorläufig nur das allgemeine gleiche Wahlrecht als ihr Panier aufgesteckt und wollen die eigentlichen Massregeln zur Verbesserung Ihrer gegenwärtigen Lage der Zeit nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorbehalten .... In dem ersten Punkte sage ich zu Ihren Bestrebungen aus voller Ueberzeugung, dass Sie recht haben." Denn die Freihandelsschule erkläre das eherne Lohngesetz, das in der bestehenden Ordnung gilt, und nach welchem die Arbeiter stets auf den notwendigen Unterhalt beschränkt bleiben, für ein unabänderliches Naturgesetz, raube ihnen also jede Aussicht auf Besserung ihrer Lage. Freilich gebe es eine Ausnahme unter den Lehrern dieser Schule. Bastiat stelle den Satz auf, „dass die gewerblichen Fortschritte auch in einem sich selbst überlassenen Verkehr die materielle Lage aller Klassen nicht bloss fortwährend verbessern, sondern auch immer mehr ausgleichen müssten, sodass, wenn ihm zu glauben wäre, der Abstand zwischen Ihrer und der materiellen Lage der besitzenden Klassen sich immer mehr verringern würde. Denn in dem Verhältnis, meint er, als infolge jener Fortschritte die Arbeit immer mehr den

Naturkräften aufgebürdet werde und deshalb alle Lebensbedürfnisse wohlfeiler und gleichsam mehr „umsonst“ zu haben sein müssten, in diesem Verhältnis müsste auch der Wohlstand der arbeitenden Klassen steigen und sich von selbst zu dem Niveau jenes künftigen Gleichmasses aller Klassen erheben“. Bewiesen habe Bastiat diesen Satz freilich nicht. „Aber wie sollte er auch bewiesen werden können. Damit geschehe, was Bastiat meint, damit der Arbeitslohn bei steigendem Ertrage mit dem Einkommen der übrigen Klassen gleichmässig mit steige, dürfte er ja nicht der freien Konkurrenz unterstellt, sondern müsste in einem festen Wertmass oder, was dasselbe sein würde, in einem sich gleichbleibenden Verhältnisteil des Arbeitsertrages fixiert sein. Dies ist aber gerade nach der Ansicht der Freihändler unzulässig, die diese Ansicht sogar zu dem mitleidslosen Worte schärfen, dass die menschliche Arbeit überhaupt nicht mehr wert sei, als sie auf dem Markte gelte, also gar nichts, wenn infolge der Täuschungen der Unternehmer über die Bedürfnisse des Markts die Produktion übermässig angespannt worden ist, und daraus Handelsstockungen entstanden sind, die zur Entlassung von Arbeitern geführt haben.“ Solche Ueberproduktion wird nun gerade durch neue Erfindungen und Verbesserungen der Technik erzeugt, so dass also der gewerbliche Fortschritt, anstatt den Arbeitslohn zu erhöhen, ihn vielmehr von Zeit zu Zeit herabsetzt. Von dem „umsonst“, das die Natur gewährt, lasse die freie Konkurrenz dem Arbeiter nichts zukommen; im Gegenteil sinke der Arbeitslohn mit dem Warenwerte. Der Arbeitslohn tendiere also unter dem herrschenden System nicht nach oben, sondern nach unten. Nichts weniger als eine Ausgleichung der Einkommen sei im Gange. „Ist, seit wir Maschinen und Eisenbahnen besitzen und sich Produktivität und Produktion so merkwürdig gesteigert haben, der Abstand in dem Einkommen der gesellschaftlichen Klassen grösser oder geringer ge-

worden? Oder betrachten Sie die Zustände im besondern und fragen Sie die Aeltesten unter Ihnen einmal, ob sich seit 40 Jahren, in Ihrem Vaterlande oder Ihrer Vaterstadt, der Arbeitslohn, nämlich der Sach- oder Reallohn, so gehoben hat, wie die Grundrente, oder, was dasselbe ist, der Wert des Grund und Bodens gestiegen ist und das Kapital des Landes sich vermehrt hat? Und das hätte geschehen müssen, wenn der Bastiatsche Satz Wahrheit enthielte. Sie mögen auch noch eine Probe andrer Art machen! Stellen Sie sich vor, das Perpetuum mobile wäre erfunden und setzte fortan statt Ihrer alle Maschinen in Bewegung, dann würde doch gewiss das „Umsonst" aller Produkte möglichst gross sein. Und was würde für Sie daraus folgen? Entweder, dass Sie sämtlich Hungers sterben würden, oder dass der Staat nun erst recht in das Eigentum eingreifen und den Kapitalisten von ihren Maschinenprodukten nehmen müsste, um sie Ihnen zu geben, denn das Perpetuum mobile würde ja den Kapitalisten gehören. Befolgen Sie also den Rat, den Lassalle Ihnen gegeben! Fragen Sie jeden, der sich Ihren Freund nennt, ob er dieses sogenannte „natürliche" Lohngesetz anerkennt!"

Die Begründer der modernen Nationalökonomie hätten dieses Gesetz nur insofern natürlich genannt, als es die natürliche Wirkung der bestehenden Eigentums-, Tausch- und Konkurrenzordnung sei. Erst die kleinen Nachfolger jener grossen Männer fassten es als ein Naturgesetz im gewöhnlichen Sinne des Wortes auf, dem die Arbeiter aller Zeiten unterworfen seien, gegen das sich aufzulehnen naturwidrig, mit Erfolg sich aufzulehnen unmöglich sei. „Aber sehen wir uns doch diese „Natur" näher an! Wie soll Natur sein, was, klar wie die Sonne, nur das Produkt jahrtausendlanger menschlicher Gesetzgebung ist? Sind denn unsere Staaten, als sie Leibeigenschaft und Zünfte aufhoben, als sie das Grundeigentum von seinen Fesseln befreiten, der Arbeit und dem

Kapital die freie Wahl der Beschäftigung überliessen und damit die Nationalproduktion unter die treibende Kraft des Wetteifers, der Konkurrenz, stellten, sind, frage ich, unsere Staaten damals mit ihren Bürgern erst neu auf die Welt gekommen? War dem Einen so von Natur sein Grundbesitz, waren dem Andern so von Natur die Rohstoffe und Maschinen angewachsen, wie den Dritten ihre blossen Arme und Beine? Nein, Grundbesitz und Kapital hatten sich unter dem Schutze von Zuständen gebildet, die mit der Natur so wenig gemein gehabt, wie Lehnrecht und Zwangsrecht und Bannrecht. Aber, wenn der Staat so lange nicht aus Naturgesetzen bestanden hatte, warum denn plötzlich jetzt, wo die einen mit sehr künstlichen, durch nichts weniger als Naturgesetze zu Tage geförderten Werkzeugen, die Andern hingegen in der That nur mit ihren natürlichen Organen in jenen Kampf eintreten, den man Konkurrenz nennt? Und warum soll plötzlich jetzt der Staat nur an diesem einen Punkte, dem der materiellen Interessen, aus Naturgesetzen bestehen, da er doch sonst überall aus sozialen und politischen Gesetzen besteht, Gesetzen, die der Mensch macht und nicht die Natur, und die machen zu können gerade die höchste menschliche Würde ist? Ich frage noch einmal, warum soll es plötzlich für den Staat ein Gebot der Natur geworden sein, von nun an die Einen seiner Bürger jenen ungleichen Kampf ohne den Schutz einer neuen Gesetzgebung ausfechten zu lassen? Fürwahr, in den „natürlichen Gesetzen“ dieser Epigonenschule ist nicht mehr Natur, als einstmals auch in der Sklaverei war, die dem Altertum ebenfalls „natürlich“ erschien . . Stellen Sie also noch eine zweite Frage an diejenigen, die sich Ihre Freunde nennen! Fragen Sie sie: ob sie es für ein Naturgesetz halten, dass das Einkommen der Arbeiter, auch unter andern Einrichtungen, nicht höher sein könne, als es in einem sich selbst überlassenen Verkehr allerdings nur ist . . .“

„Nach diesen Vordersätzen werden Sie schon ermessen können, wie ich über das Assoziationswesen und alle jene Bestrebungen denke, die nur auf der Grundlage dieses natürlichen Lohngesetzes die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern beabsichtigen.“ Die Rohstoff- und Vorschussvereine kämen nur dem kleinen Kapitalisten, dem für eigene Rechnung arbeitenden Handwerker zu gut. Da aber das Handwerk von der Grossindustrie verdrängt werde, so bedeute jene Hilfe weiter nichts, als dass der Kleinproduktion das Sterben saurer gemacht werde. Konsumvereine kämen allerdings den Arbeitern zu gut. Aber abgesehen davon, dass sie dem Kleinhändler den Profit schmälerten, also den diesem dienenden Vorschussvereinen entgegenwirkten, könnten sie nur so lange Nutzen stiften, als sie in spärlicher Anzahl vorhanden, nur das Einkommen einzelner Arbeiter erhöhten; würden sie allgemein, so würde ihr Nutzen durch das allgemeine Gesetz, das das Durchschnittseinkommen des Arbeiters auf der Stufe des zum Unterhalt Notwendigen festhält, aufgehoben werden. „Die Produktivassoziationen endlich, durch die die Arbeiter selbst zu Grossproduzenten werden sollen, und die auch Schulze-Delitzsch als die höchste Blüte des Assoziationswesens anerkennt, nur dass sie sich, nach ihm, ohne Unterstützung des Staates bilden sollen, was sie allerdings, nach Lassalle, nicht können werden, sind noch in zu weitem Felde, als dass es von Nutzen sein könnte, auch auf sie einzugehen. Indessen mag ich doch nicht meine allgemeine Ansicht unterdrücken. Will man die Wirkungen im Grossen erkennen, so muss man sich auch die Ursachen ins Grosse malen. Nun scheint mir aber, wenn ich mir diese Produktivassoziationen auch über Landwirtschaft und Handel ausgedehnt denke und mir jeden heutigen Betrieb als eine kleine Handelskompagnie vorstellen muss, in der jeder mitzusprechen hat, die Nationalproduktion an der Schwerfälligkeit solcher Ma-

schinerie zu Grunde gehen zu müssen." Höher als die wirtschaftlichen Wirkungen solcher Vereine seien die geistigen und sittlichen zu schätzen. Das Assoziationswesen sei eine vortreffliche Bildungsschule. „In der Assoziation lernt der Arbeiter verwalten, debattieren und vorläufig in kleinen Kreisen regieren; und indem unaufhörlich dabei an seine eigene Kraft appelliert wird, wird das Selbstgefühl in ihm gesteigert, ohne das seine volle Teilnahme am Staat niemals gedeihlich werden kann. Denn auf diese Kraft und dies Selbstgefühl werden sich die Arbeiter auch stützen müssen, wo und wenn selbst der Staat sie vor der Grausamkeit jenes „natürlichen Lohngesetzes" schirmen wird, so dass, wenn kein Missverständnis vorliegt, man kaum an den Ernst derer glauben kann, die Ihnen vorsagen, ein solcher Schutz des Staates beleidige Sie in Ihrer sozialen Selbständigkeit. Was sind sämtliche Staatseinrichtungen anderes als Unterstützungen der individuellen Kraft? Und wo haben je die besitzenden Klassen gezögert, solche Unterstützungen anzunehmen?"

Die Arbeiter sollen sich nicht irre machen lassen durch das Gerede, die soziale Frage sei ein überwundener Standpunkt. Sei etwa in den zehn Jahren der politischen Reaktion die Freiheit ein überwundener Standpunkt gewesen? Im Hauptfreihandelslande der Welt, in England, habe der grösste jetzt lebende Nationalökonom dieses Landes, John Stuart Mill, folgendes geschrieben: „Wenn man wählen müsste zwischen dem Kommunismus mit allen seinen Chancen und dem gegenwärtigen Gesellschaftszustande mit allen seinen Leiden und Ungerechtigkeiten, wenn die Institution des Privateigentums es als notwendige Folge mit sich brächte, dass die Frucht der Arbeit so sich verteile, wie wir es jetzt sehen, fast im umgekehrten Verhältnis zu der aufgewendeten Arbeit, dass die grössten Anteile denjenigen zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrössten denen,

deren Arbeit beinahe nur nominell ist, und so weiter hinunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammenschrumpft, wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gewissheit darauf rechnen kann, selbst nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu erwerben; wenn, sagen wir, die Alternative wäre: ein fortdauernder Zustand solcher Art oder Kommunismus, so würden alle Bedenken gegen den Kommunismus nur eine Spreu in der Wagschale sein." Und Gneist habe die Wirkungen des herrschenden Systems mit den Worten verurteilt: „Charakteristisch für die Unwahrheit des kaufmännischen Systems des Voluntarismus ist der Umstand, dass die freie Konkurrenz nicht einmal die notdürftigen Logierhäuser für die ärmeren Klassen in England so beschafft hat, dass sie ohne Gefahr für die Sicherheit, Gesundheit und Sittlichkeit bewahrt werden können"; daher habe die Gesetzgebung eingreifen müssen. Der englische Arbeiter wisse sicherlich das Assoziationsrecht und den Freihandel zu schätzen, aber die soziale Frage halte er damit nicht für gelöst, und „er würde mitleidig die Achseln zucken, wenn er erführe, dass bei uns Männer als „bestochene Werkzeuge der Reaktion" geschimpft werden können, lediglich weil sie in der Nationalökonomie zu gut bewandert sind, um in die überschwänglichen Lobreden auf das Assoziationswesen einzustimmen .... Wenn ich so oft den Freihandel genannt und angegriffen habe, so habe ich dabei nicht im entferntesten die zugleich von ihm vertretene Zollfreiheit an den Grenzen der Staaten im Auge gehabt. Diese seine Seite, sowie seine Vertretung der persönlichen Freiheit sind sein besseres Teil." Welchen Sinn R. mit dem Worte Freihandel verbindet, wird später dargelegt werden.

Was den zweiten Punkt des Arbeiterprogramms, die Trennung von der Fortschrittspartei, anlange, fährt R.

fort, so ergebe sich dieser aus dem ersten von selbst. In diesen beiden Punkten sei er also mit den Arbeitern einig. Nicht so in dem dritten. Dass das allgemeine Stimmrecht das gemeine politische Recht Europas werden müsse, sei ja selbstverständlich. Aber für die Lösung der sozialen Frage sei dieses Recht keineswegs eine unerlässliche Vorbedingung. Die „blauen Republikaner" seien es gewesen, die dieses Recht in Frankreich gegeben hätten, aber diese selben Republikaner hätten, als ihnen die sozialen Forderungen der Arbeiter unbequem wurden, nicht gezögert, diese in der Junischlacht niederzuschlagen. Und ein Blick auf Napoleon genüge zu erkennen, dass das allgemeine Stimmrecht nicht notwendig dem Arbeiterstande die Staatsgewalt in die Hände spiele. „Sie trennen sich von einer politischen Partei, weil diese, wie Sie mit Recht glauben, nicht Ihre sozialen Interessen genügend vertritt; aber ist es nun nicht ein Widerspruch, selbst wieder nur eine politische Partei zu stiften, die Sie nimmer davor sichern wird, dass nicht abermals die antisozialen Elemente die Oberhand darin erlangen? Wenn es also im Hinblick auf Ihren sozialen Endzweck auf der einen Seite durchaus ungewiss ist, ob Sie durch Proklamierung des allgemeinen Stimmrechtes gewinnen, ist es auf der andern durchaus gewiss, dass Sie dadurch verlieren. Denn so unzweifelhaft Sie unter den Freunden des allgemeinen Stimmrechts soziale Gegner haben, so unzweifelhaft haben Sie unter den Gegnern desselben soziale Freunde. Warum wollen Sie also sichere Freunde zurückstossen, um mögliche Feinde an sich zu ziehen? Die Freunde des allgemeinen Stimmrechts, die zugleich Ihre sozialen Freunde sind, kommen ja ohnehin zu Ihnen. Zudem machen Sie sich durch Proklamierung des allgemeinen Stimmrechtes alle deutsche Regierungen zu Gegnern. Nun weiss ich zwar, dass das zu thun durchaus nicht gegen den Geist des Tages läuft. Aber ich habe hier auch nicht um Popularität zu werben,

sondern mit der Gewissenhaftigkeit von jemand, der ein Gutachten abzugeben hat, meine Ueberzeugung zu äussern, wenn sie auch selbst der eigenen Partei missfällt .... Seien Sie also die soziale Partei, die Sie nun doch einmal sind, auch offen und unumwunden! Keinen politischen Umweg, sondern geradeaus! Verlangen Sie mit dürren Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft — materiell, geistig und sittlich besser, als der sich selbst überlassene Verkehr und Ihre unterstützten Anstrengungen in diesem Verkehr Ihnen ja zu gewähren vermögen....." (Kl., S. 319 ff.)

Um aber mit Nachdruck fordern zu können, müssen die Arbeiter einen Ort haben, wo sie Forderungen aussprechen dürfen, ohne dass ihnen von der Polizei und vom Strafrichter das Wort abgeschnitten wird. Der einzige solche Ort ist das Parlament, und dahinein kommt beim Klassenwahlsystem kein Arbeiter. Die Arbeiter waren also auf dem rechten Wege, indem sie nach dem Wahlrecht strebten. Damit hatte freilich wieder Rodbertus Recht, dass dieses Recht noch keineswegs die Besserung der Lage der Arbeiter verbürgt, und dass sich die Vorkämpfer der politischen Freiheit gewöhnlich in grimmige Feinde der Arbeiter verwandeln, sobald diese, nachdem sie den „Liberalen" als Werkzeuge gedient haben, die Bezahlung ihrer Leistungen und Opfer verlangen. Auch darin hatte Rodbertus Recht, dass ein erleuchteter Cäsar, auf den er hoffte, wie man aus den Briefen Lassalles entnehmen kann, für die Arbeiter mehr thun könne als ein in Parteien gespaltenes und zum grössten Teil aus Arbeiterfeinden bestehendes Parlament. Aber es fragt sich nicht allein, ob der Cäsar will, sondern auch, ob es ihm ohne parlamentarische Arbeitervertretung auch nur möglich ist, die Lage der Arbeiter und die Mittel zur Besserung dieser Lage zuverlässig kennen zu lernen. Die Briefe von Rodbertus an Lassalle sind leider verschwunden; weder ihm selbst noch den Ordnern seines

Nachlasses ist es gelungen, sie aufzufinden. Aber aus einem Briefe Lassalles (N. I., S. 41) erfahren wir, dass dieser, ehe er den offenen Brief an die Arbeiter, dem ausgesprochenen Wunsche des Verfassers gemäss, in Druck gab, darin die Worte gestrichen hat: „ich wiederhole, dass ich mir auch von den Produktivassoziationen nicht im geringsten einen Beitrag zu dem verspreche, was man die Lösung der sozialen Frage nennt." Es sei das ja, bemerkt Lassalle, nur eine Wiederholung des Vorangehenden, was er wörtlich stehen gelassen habe; aber in dieser Wiederholung sei der Widerstreit zwischen ihnen beiden so schroff ausgedrückt, dass die Arbeiter, wenn sie eine solche Uneinigkeit zwischen ihren Führern sähen, entmutigt werden müssten, und dass ihm dadurch seine ohnehin schwierige Stellung noch mehr erschwert werde. Die Indemnität, um die er bittet, scheint ihm nicht ohne weiteres erteilt worden zu sein, denn ein paar Tage später (N. I., S. 46) verspricht er, nie mehr etwas fortzulassen, ohne zu fragen. Seine dringenden, in ehrerbietigster Form oft wiederholten Bitten, Rodbertus möge seinen Beitritt zum Arbeiterverein erklären, blieben ohne Erfolg; auch die Einladung zu dem Stiftungsfeste, das am 23. Mai 1863 gefeiert werden sollte, war vergebens; Rodbertus scheint sich durch Kränklichkeit entschuldigt zu haben. Lassalle hielt trotz aller Abweisungen den freundlichen und ehrfurchtsvollen Ton fest, den er von Anfang an in seinen Briefen angeschlagen hatte, doch heisst es in einem der letzten, aus dem Januar 1864: „Dass Sie mir so sehr gegenüberstehen, wie Ihr vorletzter Brief mir sagt, hätte ich nicht geglaubt, hat mich verwundert und geschmerzt." Lassalles Irrfahrten in den nächsten Monaten — sein letzter Brief an Rodbertus ist im Februar geschrieben — unterbrachen den Briefwechsel, und sein Tod im August überhob ihn der Entscheidung der Frage, ob es unter solchen Umständen rätlich sei, ihn noch einmal wieder anzuknüpfen. Rod-

bertus warf sich um diese Zeit, wie schon berichtet worden ist, ganz und gar auf das Studium der Nationalökonomie des klassischen Altertums, und 1868/69 gab er das Buch heraus: „Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes." Dietzel nennt es das reifste seiner grösseren Werke; jedenfalls ist es das, welches ihn den Agrariern empfohlen hat, und enthält es die gründlichste Darstellung seines Rentenprinzips. Ein Versuch, ihn ins öffentliche Leben hineinzuziehen, war in den sechziger Jahren noch von andrer Seite unternommen worden — oder hat er ihn selbst unternommen? Grün, dem wir diese Nachricht verdanken, drückt sich undeutlich aus —; er wurde bei der ersten Wahl zum Norddeutschen Reichstage in seinem Kreise Usedom-Wollin als Kandidat aufgestellt, erlag aber einer Koalition von Konservativen und Fortschrittlern.

Wie Rodbertus von 1870 ab bis zu seinem Tode die politischen Ereignisse und die wirtschaftliche Entwickelung denkend und schreibend begleitet hat, erfahren wir aus seinen Briefen an Hermann Rudolf Meyer. Dieser nennt heute noch Rodbertus seinen verehrten Lehrer und vertrat damals unter der Leitung des Geheimrats Herman Wagener, des Gründers der Kreuzzeitung, den sozialreformerischen Flügel der konservativen Partei. Im Sommer 1870 übernahm er die Redaktion der Berliner Revue, und begann mit einem Angriff auf die, „gegen den Wunsch der Konservativen und gegen das Votum des Ressortministers konzessionierte Preussische Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft, sowie mit der Empfehlung einer Reform der Landschaften, die dann später auch durchgeführt wurde". Er bat Rodbertus um Rat und litterarischen Beistand. Daraus entwickelte sich ein so lebhafter Briefwechsel, dass selten eine ganze Woche zwischen zwei Briefen liegt, und zu Zeiten die Briefe einander Tag für Tag folgen.

In seinem Antwortschreiben auf Meyers ersten Brief erklärt sich Rodbertus bereit zur Mitarbeit an der Revue (einige seiner Beiträge an dieses Blatt hat Meyer der von ihm herausgegebenen Briefsammlung angereiht) und spricht seine Freude darüber aus, dass Meyer seine Thätigkeit an dem Blatte mit dem Feldzuge gegen die Boden-Kreditbank begonnen habe; in seinen Augen ist das Institut „für die Entrepreneurs ein höchst vorteilhaftes, für die Grundbesitzer durchaus unnützes und für die Gesellschaft im allgemeinen sehr verderbliches Unternehmen“. Dass man Hypotheken glaube zu Weltmarktspapieren umschaffen zu können, sei eine Illusion*). Am 17. November schreibt er: „Sie haben sich an ein grosses Unternehmen gewagt und ich interessiere mich lebhaft für Sie. Je länger die „Zentrale“ besteht, desto grösser und komplizierter wird dieser Rattenkönig von Interessen, den der Kapitalismus, unter dem Schutze des Staats, zusammengeschwänzt hat. Desto rascher müssen natürlich die Gegner vorgehen. Leider macht die pinguis Minerva, mit der die landwirtschaftlichen Vereine und Zeitungen agieren — so gut auch ihr dunkler Drang sein mag — unsern pommerschen Gänsen Konkurrenz, aber das darf nicht abschrecken und Sie sind (befähigt, versteht sich von selbst) so auch am ersten in der Lage, den Kampf nach jener Seite und die Aufklärung nach dieser Seite vorzunehmen.“ Er habe die Bekanntmachung der Zentrale über die Beleihungsbedingungen wiedergefunden, die er verlegt hatte, „weil mir unter den folgenschweren Ereignissen dieses Jahres — die Weltgeschichte ist seit 1870 wie ein Strom, der plötzlich eine scharfe Biegung macht und nach ganz andern Weltgegenden fliesst, als man vorher gewähnt hatte — die Betrachtung von Geld und Gut und seiner Verteilung ganz abhanden gekommen war. Aber jetzt,

*) Einigermassen ist das doch gelungen.

wo eine so tüchtige Kraft wie Sie — und gewiss auch angeregt von den Ursachen des Ver- oder Zerfalls des französischen Reichs — die Frage wieder aufnimmt, fühle auch ich mich wieder angeregt, wenn auch die bedeutendsten, unvorhergesehensten und niedagewesenen Ereignisse erst 1871 passieren dürften". Meyers Unternehmen, äussert er wiederholt, sei um so schwieriger und verdienstvoller, da es im allgemeinen um die nationalökonomischen Kenntnisse erbärmlich bestellt sei. „Wie könnte das auch heute schon anders bei uns sein, wo noch nicht einmal jede Universität einen nationalökonomischen Lehrstuhl hat, diese Wissenschaft, die in 50 Jahren allen vorausgeeilt sein wird, nur erst in den Händen von Liebhabern ist, die denn auch, wie die meisten blossen Liebhaber, Ernst, Treue und Wahrheit vermissen lassen. Dabei hat die Gewohnheit der kapitalistisch-privatwirtschaftlichen Auffassung schon unsre geistigen Anlagen verdunkelt und die besten Köpfe so umsponnen, dass sie einer objektiven, n a t i o n a l ökonomischen Auffassung gar nicht mehr fähig scheinen" (MR., S. 9). „Die Unwissenheit des „gebildeten" Publikums in der Nationalökonomie habe ich mir allerdings nicht so gross vorgestellt, wie sie ist. Ich will und soll nach einem neuen Plan eine grosse Stadt aufbauen, und soll mir zugleich, wie ein Pionier der Wildnis, mit der Axt, durch diesen Wald von Unwissenheit, erst einen Weg zu der Stelle bahnen. Das ist für eines Menschen Kraft fast zu viel und Sie müssen mir daher viel beistehen." (MR., S. 21.) Eine weitere Schwierigkeit wird auf S. 18 hervorgehoben: „der grösste Teil unsrer Beamten und unsres Grundbesitzerstandes sind schon vom Kapitalismus af- oder infiziert. Dieser ist Schlingpflanze und Eingeweidewurm zugleich, und es dürfte jedem organischen Wesen schwer werden, einem so aussaugenden Schmarotzertum zu widerstehen, wenn dieses schon so fest umsponnen und sich schon so tief eingewühlt hat."

Von Mitte Dezember an aber werden Steuerfragen verhandelt; er empfiehlt dringend eine Kapitalrentensteuer und eine Börsensteuer und entwirft im Briefe vom 3. Februar 1871 sowie in einem Artikel der Revue (MR S. 494) ein Steuerprogramm, das dann später Miquel einigermassen verwirklicht hat. „Nur ein guter kapitalistischer Komödiant kann sich das naive Ansehen geben, zu glauben, dass die neueren Staaten mit direkten Steuern allein auskommen könnten. Es sind zwei Steuerhälften, die zusammen gehören: das direkte (sic!) und das indirekte. Beide sollen aber gleichmässig und mit möglichst geringer Schädigung der Nationalproduktion umgelegt werden.“ Bei den direkten Steuern heisse der allgemeine Grundsatz: alle Einkommenzweige sind zu treffen, aber ein jeder bei jedem Pflichtigen nur nach dem Masse seines Privatbezugs. Es seien demnach erforderlich: 1. eine Grundrentensteuer (Grundsteuer), 2. eine Zinsrenten- oder Kapitalsteuer, 3. eine Unternehmungssteuer (Gewerbesteuer), die auch vom landwirtschaftlichen Unternehmergewinn und von den Dividenden der Aktien (nicht von den Zinsen des Aktienkapitals) zu erheben ist, 4. eine Lohnsteuer von den Besoldungen der Beamten einschliesslich der Minister, von den Einnahmen der „Leib- und Seelenärzte, Advokaten, Professoren, Mimen und Künstler“ und vom Lohn der Arbeiter. Beim System der indirekten Steuern seien zu unterscheiden: 1. Die Besteuerung des Umsatzes. 2. Die Besteuerung gewisser Produktionen und Konsumtionen, die nicht zum notwendigeren Lebensunterhalt gehören, aber aus mancherlei Gründen einen überwuchernden Platz in der nationalen Produktion oder Konsumtion einnehmen; also Salz freizugeben, Branntwein, Tabak, Zucker zu besteuern, (statt des Zuckers wäre hier besser das Bier zu nennen). Ad 1 seien dreierlei Umsatzarten oder Umsatzformen zu unterscheiden, bei denen Zollabgaben und Stempelabgaben in Frage kommen. a) Der reale Umsatz der Produkte und

Waren, der zur Bewegung des nationalen Produktionsprozesses unumgänglich gehört. Dieser Umsatz sei im innern nationalen Verkehr ganz, im internationalen Verkehr möglichst frei zu lassen (also z. B. Wegfall der Schlacht- und Mahlsteuer, Herabsetzung der Eisenzölle). b) Der Umsatz von Fonds zu produktiven Zwecken. (Grundbesitzverkehr und Leihkapitalverkehr.) Diese seien mässig aber gleichmässig zu besteuern. c) Der rein unproduktive Umsatz von Fonds an den Börsen in Hausse und Baisse. „Hier ist allein das fiskalische Interesse massgebend, so viel zu nehmen, wie man nachhaltig bekommen kann.“ Immer wieder dringt er darauf, dass der Grundsteuer eine Kapitalrentensteuer zur Seite trete. In einem Briefe vom 22. Dezember 1870 wird der Zusammenhang der hohen Politik mit der Arbeiterbewegung gestreift. Eine Stelle in Meyers Briefe habe ihn geschreckt. Er habe zwar schon gehört, „dass weibliche Schutzengel über Paris schwebten, aber noch nicht geglaubt, dass sie zu Dämonen werden könnten. Das wäre fürchterlich, wenn das neue Kaisertum durch einen Rückzug von Paris inauguriert würde. Aber sei dem, wie es sei — keinenfalls glaube ich für uns Deutsche an irgend eine republikanische Fernsicht. Eine individualistische Republik kann es in Europa nicht geben; es könnte nur eine sozialistische sein. Aber unsre sämtlichen Sozialisten, Marx nicht ausgeschlossen, schleppen noch die individualistische Eierschale nach. Die unglücklichen romanischen Länder können sich daher möglicherweise à la spanisches Amerika, noch Dezennien lang, individualistisch-republikanisch abquälen; diese Abquälereien können auch uns einige vermehrte Bebel-Liebknecht'sche Juxe bringen, allein, da wir in unsern Sitten, unserm Geschmack, unsern Regentenhäusern, Gegengewichte besitzen, so ist — natürlich gesunder Regierungsverstand vorausgesetzt — nichts bei uns zu befürchten. Nur sozialistische Republiken könnten uns gefährlich

werden*), die können aber nicht individualistische sein; und da unsre „Sozialisten“ sowohl wie Republikaner noch sämtlich Individualisten sind, so werden sie auch überhaupt keine sozialistische Republiken von irgend welcher Dauer fertig kriegen. Sie, geehrter Herr, wissen übrigens auch aus einer mündlichen Unterhaltung, dass ich den Sozialismus, der in der Geschichte obsiegen und seinerseits die Dauer eines Zeitalters behaupten wird, seiner Natur nach für monarchisch halte. Die Geschichte hat schon öfter ihre Wahrheiten zuerst in einer unschmackhaften, ja widerlichen Sauce serviert.“ So anerkennend er stets von Meyers Revue spricht, genügt ihm doch dies Blatt nicht. Er möchte ein Organ haben, das, ohne zu Rücksichten gegen eine bestehende Partei verpflichtet zu sein, ganz ausschliesslich seinen Bestrebungen diente. Er will deshalb versuchen, „ob sich nicht in ganz Deutschland ein Paar Dutzend Männer finden, die sich über bestimmte Grundsätze des agrarischen Rechts, der Volkswirtschaft und der Landwirtschaft vereinigen, und dann mit ihren Mitteln ein Blatt gründen, das energisch nur für diese bestimmten Grundsätze eintritt. Auch dies Blatt soll kein Sprechsal sein, sondern bestimmte Ziele verfolgen, also ein prononciertes Parteiblatt sein, wenn auch die Partei in kein Fach der heutigen Parteischablone passen, sondern disparata membra der verschiedenartigsten heutigen Parteigrundsätze (sic!) in sich aufnehmen würde. Das Blatt würde dann noch das Nebenverdienst haben, an der Sprengung des heutigen Parteibaues mitzuarbeiten. Da Sie Berlin als ein Capua der Presse schildern, so dürfte es hier nicht erscheinen, sondern etwa in Leipzig.“ (S. 44.)

---

*) Hierzu bemerkt Meyer: „Als Gambetta anfing, mit den Arbeitern zu kokettieren — 12. Juli 1880 — musste man in Berlin an soziale Reformen denken; daher Bismarcks plötzliches soziales Interesse.

Auf S. 50 ff. erfahren wir, was, wie es scheint, ganz unbekannt geblieben ist, dass es Rodbertus gewesen ist, der vorgeschlagen hat, Bismarck mit dem Herzogtum Lauenburg zu dotieren. Der Vorschlag wurde, nachdem ihn Rodbertus in einer Privatunterhaltung mit Gesinnungsgenossen erörtert hatte, in einem Artikel der Berliner Revue in die Oeffentlichkeit gebracht. Ob Bismarck, bemerkt er dazu in dem Schreiben an Meyer vom 5. März 1871, „die Sache angenehm sein würde, davon habe ich keine Ahnung. Ich denke mir aber, dass ein Ländchen wie Lauenburg, mit wunderschönen Domänen, Forsten (der Sachsenwald), Sauparks u. s. w. — und über die Sauparks hätte ich fast die Souveränitätsrechte vergessen — keinem Menschen unangenehm sein würde; dachte mir auch, dass nur in etwas Aehnlichem eine würdige Nationalbelohnung läge, dass die Anregung dazu um so mehr aus dem Volke kommen müsse, als sie von Bismarcks Kollegen gewiss nicht kommen wird; genug, dass irgendwie und wo die Sache ausgesprochen und womöglich dann eine kleine Pression geübt werden müsse, und zwar so: Es müssten sich in ganz Deutschland ein bis zwei Dutzend Männer aus den verschiedensten Lebens- und Parteistellungen, auch Zeitungsredaktionen, im stillen, zu einer demnächst zu veröffentlichenden Aufforderung zu einer Petition an den Reichstag vereinigen, die ungefähr folgenden Inhalts sein müsste: Der Reichstag wolle den Kaiser bitten 1. dem Grafen Bismarck Lauenburg als Thronlehen zu verleihen, 2. sich selbst bereit erklären, dem Kaiser die $2^1/_2$ Millionen Thaler zu erstatten, die für die Abtretung Lauenburgs an Oesterreich gezahlt worden sind. Volk und Kaiser ehrten damit gleichmässig; jenes, indem es das Geld gäbe, dieser indem er ihm die Ehren resp. Souveränitätsrechte schenke. Eine solche Petition würde in gewissen Kreisen mecklenburgischer Gutsbesitzer, aus denen die Veröffentlichung des Artikels erfolgte, vielen Anklang finden. Indes muss doch die Sache mit Dis-

kretion in Angriff genommen werden, auch des zu Ehrenden wegen.“ Er habe also an mehrere Herren geschrieben, die ihm als enthusiastische Verehrer Bismarcks bekannt seien. Des Bremer H. H. Meyer Antwort sei wie Gummi Elastikum: ich möchte wohl, aber ich mag nicht, wünsche jedoch aus vollstem Herzen Erfolg. Max Simon in Breslau, Franz von Löher in München, Geheimrat von Niemeyer in Tübingen (Leibarzt des Königs von Württemberg) hätten noch nicht geantwortet. Natürlich wurden gegen diesen Plan allerlei Bedenken erhoben. Darauf erwidert Rodbertus: „Dass Bismarck als Herzog von Lauenburg an Unbefangenheit verlieren würde, glaube ich nicht. Für mich liegt das Bedenken darin, ob nicht die Bedenken (die gewisse Herren geäussert haben) die Minister abhalten würden, einer Aufforderung zur Petition nachzukommen, und kläglich dürfte doch diese nicht ausfallen.“

Aus den nachfolgenden sozial- und wirtschaftspolitischen Erörterungen ist zunächst wieder ein Gedanke hervorzuheben, den Miquel, wenn auch vorläufig noch nicht in dem von Rodbertus gewünschten Umfange, mit der Central-Genossenschaftskasse verwirklicht hat. „Das einzige Mittel, etwa 100 Millionen fruchtbringend für die Landwirtschaft und den Grundbesitz anzulegen wäre, damit die Fonds zu einem allgemeinen Kreisbanksystem zu gewähren, das nicht auf Hypotheken liehe*), sondern dem landwirtschaftlichen und kleinstädtischen Personalkredit unter die Arme griffe.“ (S. 63.) Von dem schwelgerischen Mahl der Industrie und des Handels bei dem gestiegenen Zinsfuss habe der Grundbesitz nichts abbekommen; dagegen werde er von den Prügeln seinen Teil bekommen, die beim nachfolgenden Katzenjammer abfallen würden. In einer Nachschrift zu diesem Briefe vom 4. April 1871 meldet er, dass ihn die Jenaer philo-

*) Andere hatten vorgeschlagen, der Staat solle eine Hypothekenbank dotieren.

sophische Fakultät „plötzlich und unerwartet“ honoris causa zum Doktor gemacht habe. Am 2. September 1871 sagt er den Krach schon ganz zuversichtlich voraus. „Uebrigens rüsten Sie sich darauf, dass wir im nächsten Jahr die grösste Handelskrisis bekommen [sie ist erst im Frühjahr 1873 eingetreten], die in diesem Säkulum gewesen ist. Eine allgemeine Preissteigerung ist noch jeder Krisis vorausgegangen, und kommt dann eine schlechte Ernte hinzu — und die heurige ist es im allgemeinen — so ist immer der Teufel los, und es brauchten nicht einmal französische Milliarden noch mit ins Spiel zu kommen. Fast möchte man deshalb die Strikes preisen, weil sie die Produktivkräfte etwas hemmen, wenn sie nur nicht zugleich die Kaufkraft der arbeitenden Klassen schwächten.“ Die Pariser Kommune weckt einen Gedanken wieder auf, den er in der Abhandlung von 1839 ausgesprochen hatte. „Bisher sagte man: die Grundlagen der modernen Civilisation können nicht mehr wie die der antiken zertrümmert werden, denn es fehlen fortan auf dem Erdenrund die auswärtigen Barbaren dazu. Und jetzt zeigt sich, dass die moderne Civilisation solche auswärtige Barbaren gar nicht dazu nötig hat, sondern sie in ihrem eigenen Schosse erzieht. Noch mehr! Die Barbaren der Völkerwanderung trieb nur die Gier nach den Lebensgenüssen der antiken Civilisation; unsre einheimischen Barbaren treibt nicht allein dieselbe Gier, sondern auch ein tiefes Gefühl erlittenen Unrechts und deshalb auch des Hasses und der Rache. Das ist die Erklärung, weshalb Alarich bei der Plünderung Roms seinen Barbaren befahl, alle monumentalen Gebäude zu schonen, und weshalb die heutigen Barbaren diese in ihrem eignen Vaterlande niederbrennen. Auch eine Differenz, die einen Geschichtsphilosophen zur Verzweiflung bringen kann. Und was brachten unsre besten Blätter? Schimpfworte! Schimpfworte zu einem Ereignis, das, so grausig es ist, doch an Bedeutung in der Geschichte grade so gross dastehen

wird wie seine glückliche, glorreiche Kehrseite: das wiederaufgerichtete deutsche Kaiserreich! Digitus Dei est hic! Wer darin nicht den Finger der Vorsehung erkennt, dass der deutsche Staat berufen ist, sich auch der sozialen Frage anzunehmen, nachdem er die nationale gelöst, der würde allerdings seine Darwinsche Abstammung beweisen, denn das religiöse Element ist in der That das einzige, was Darwin nicht im Tier nachzuweisen vermocht hat; Ethik vindiziert er ihm mit Recht.“ (S. 83.) Die Kommune zusammen mit der deutschen Arbeiterbewegung veranlasste die Konservativen natürlich, ihr altes Klagelied über die Zuchtlosigkeit wieder einmal anzustimmen. Für die Behandlung dieses Gegenstandes in der deutschen Landeszeitung, einem Agrarierorgan, dessen Oberleitung Meyer übernommen hatte (den landwirtschaftlichen Teil redigierte der berüchtigte Niendorf) giebt Rodbertus den Rat, es möge neben dem Mangel an Zucht der Ueberfluss an Not nicht verschwiegen und dieser stärker betont werden als jener. In beiden Beziehungen stehe es bei den ländlichen Arbeitern, namentlich weil sich die alten Lebens- und Lohngewohnheiten teilweise noch erhalten hätten, etwas besser als bei den städtischen, aber die Unzufriedenheit und ihre Ursachen seien dort wesentlich dieselben wie hier, höchstens mache es noch einen Unterschied, dass der ländliche Arbeiter sein eigenes Dach und Fach habe*). S. 90 bekennt Rodbertus mit Beziehung auf diese Frage, es verfolge ihn eine grosse Angst, „dass nämlich die Verhandlungen der europäischen Kabinette bezüglich der Internationalen zu einer Art Karlsbader Beschlüssen gegen die Bestrebungen der arbeitenden Klassen führen könnten. Das wäre ein Unglück, das das Glück des wiedererstandenen Deutschen Reiches aufwiegen würde. Andrerseits glauben Sie nicht,

*) Was freilich für die heutigen Wanderarbeiter nicht mehr zutrifft.

dass ich den Strike-Unsinn billigte, und nicht jede energische Unterdrückung, die das unglückliche Koalitionsgesetz dem Staate gegen Ausschreitungen noch übrig lässt, aufs freudigste begrüsste. Dies Gesetz beruht auf einer so vollständigen Verkennung der sozialen Pflichten der einzelnen Klassen der Gesellschaft, dass man nach hundert Jahren die Gesetzgebung für verrückt halten wird, welche die Einstellung von Dienstleistungen gestattete, die zum Leben des sozialen Körpers notwendig sind. Dies Gesetz ist in der That die höchste Ausgeburt des Individualismus. Freilich hatte und hat der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die ziemlich leere und nur erst formale Rechtssphäre des Arbeiters mit materiellem, geistigem und ethischem Inhalt ausgefüllt werde, aber dieser Pflicht entspricht auch das Recht, die arbeitenden Klassen zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten anzuhalten, freilich nicht mehr im Wege der Privatdienstbarkeit, sondern allgemeiner öffentlicher Gesetzgebung. Indessen, weil der Staat jene seine erstere Pflicht zu erfüllen vorläufig noch verabsäumte, deshalb auch noch dieses sein Recht der versäumten Pflicht hinterherzuwerfen, ist ein sehr von Gott verlassenes Thun." Gegen die Koalitionsfreiheit eifert er oft und heftig, ebenso gegen die Gewerkvereine und ihre Zünftlerei und gegen Arbeiterschutzgesetze nach dem Muster der englischen. Nichts will er wissen von freien Lohnkontrakten und sozialen Prügeleien, einen Königsfrieden will er haben. Wenn nicht der Staat Lohnerhöhungen gebiete, so nütze alles übrige nichts. „Ob ein Gaul vor dem Karren niederstürzt, weil er zu lange arbeitet, oder weil er bei kürzerer Arbeit zu schlecht gefüttert wird, das scheint mir ganz auf eins herauszukommen. Die Gesetze gegen die erste Art Tierquälerei sind nicht weit her, wenn die gegen die zweite Art ausbleiben." (S. 234.) „Erst Beweis dafür, dass Erlaubnis zur Sonntagsarbeit und zu zwölfstündigem Arbeitstag Tierquälerei ist, Anordnung der strengen

Sonntagsfeier und des Achtstundentags — und zwar ohne sich weiter um die Lohnhöhe zu bekümmern — die Humanität in Person ist! Wenn die Arbeiter den Achtstundentag verlangen, vergessen sie natürlich niemals hinzuzufügen: aber noch etwas mehr Lohn für acht Stunden als früher für zwölf! Das liesse sich als Antitierquälerei und Humanität hören. Aber soweit geht Ihre Antitierquälerei beileibe nicht. Wenn nur bei dieser Antitierquälerei in homöopathischer Dosis die Arbeiter die vier ausgefallenen Arbeitsstunden hindurch schlafen könnten! Der Franzose sagt ja: qui dort, mange. Indessen ist Schnaps billig, das Bett hart oder gar nicht vorhanden, und siehe da — die Bassermannschen Gestalten finden sich noch nachträglich zu Elegants gestempelt gegen diese durch ihre Antitierquälereigesetze gehegte und gepflegte und der allnährenden Mutter Grün ans Herz gelegte neue Einkindschaft! Und warum? Aus Nachäfferei Englands, wo diese humansozialen Kapriolen jetzt 50 Jahre lang spielen und doch die soziale Frage schwieriger und schwäriger geworden ist als überall, wo solche Antitierquälerei nicht stattgefunden. Die englischen Fabrikinspektoren haben nur Marx Material geliefert und deshalb liebt sie dieser; den Arbeitern geholfen haben sie nicht." (S. 292). Ja er eignet sich sogar — wie später einmal in einer Reichstagssitzung auch Bismarck — das Wort Napoleons I. an: „Da der Mensch Sonntags essen will, muss er auch Sonntags arbeiten dürfen."

Dass mit allen diesen kleinen Mitteln die soziale Frage nicht gelöst werden kann, ist ja richtig, aber kann man aus einem zum Krüppel Geschossenen keinen Adonis machen, so folgt daraus noch nicht, dass man ihn ohne Pflege und Heilung auf der Strasse liegen lassen müsse. Die Arbeiterschutzgesetze haben in England furchtbaren Greueln ein Ende gemacht, die Fabrikinspektoren und die Gewerkvereine haben in England unermesslichen

Segen gestiftet und stiften ihn heute noch — was freilich vor 27 Jahren noch nicht so deutlich zu erkennen war — die bei uns erst vor wenigen Jahren eingeführte strenge Sonntagsruhe hat Hunderttausenden von geplagten Menschenkindern Erquickung gebracht, und dass die soziale Frage in England schwieriger und schwäriger geworden sei als überall, wo keine Arbeiterschutzgesetze (oder nur ganz unzulängliche) erlassen worden sind, ist ein arger Irrtum. Gewiss droht dem englischen Industrie- und Handelsstaat noch eine furchtbare Krisis in der Zukunft, aber über die in der Sozialgesetzgebung zurückgebliebenen Staaten, wie Italien und Spanien, bricht diese Krisis heute schon herein, und deren Arbeiterstand ist ihr weniger gewachsen, als es der englische sein wird. Dass aber der Staat berechtigt sein soll, den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu verweigern, während er seine Pflicht gegen sie versäumt, ist eine Ansicht, die bei einem juristisch und staatswissenschaftlich so vollkommen durchgebildeten Manne im höchsten Grade befremdet. In Italien und in Ungarn geschieht heute das, was Rodbertus fordert; die arbeitenden Klassen werden vom Staate zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten angehalten, d. h. Soldaten mit geladenem Gewehr treiben die Fronbauern, die sich gegen entwürdigende und unerträgliche Arbeitsbedingungen sträuben, aufs Feld und zwingen sie, dort zu arbeiten. Aber dabei geht der Staat nichtsdestoweniger zu Grunde, weil er unmöglich bestehen kann, wenn das Volk im Elend verschmachtet. Hingegen in England und in Deutschland, wo sich die organisierte Arbeiterschaft ertrotzt, was ihr der nun einmal nicht vorhandene Sozialstaat Rodbertusischer Idee nicht aus freien Stücken gewährt, nämlich leidlich erträgliche Arbeitsbedingungen, bleibt die Volkskraft erhalten und damit auch der auf ihr ruhende Staat.

Diese Schrullen entsprangen seinem starren Doktrinarismus; er wollte durchaus nicht zugeben, dass den

Arbeitern noch auf einem andern Wege geholfen werden könne, als auf dem der Lohnregulierung durch den Staat, und da von diesem Mittel niemand etwas wissen wollte, so mochte er von keinem andern Mittel etwas wissen. Man würde ihm bitter unrecht thun, wenn man sich durch seine Verspottung des Arbeiterschutzes verleiten liesse, an seiner Menschenfreundlichkeit zu zweifeln. Mit tiefer Entrüstung erinnert er daran, wie im vorigen Jahrhundert Lord Chatham unter dem Beifall des ganzen Oberhauses erklärt habe: „So lange noch ein Engländer ein Pfund mehr hat, als er braucht, darf kein Engländer verhungern“, und wie dann, nachdem die „Civilisation“ sechzig weitere Jahre fortgeschritten war, die malthusische Lehre zur Herrschaft gelangt sei, nach welcher die Arbeiter durch ein Naturgesetz bis an der Welt Ende zum Hungern verurteilt sein sollen. Die Arbeitszeit verkürzen wollte auch er, aber nur durch die Einführung seines Normalarbeitstages, von dem später die Rede sein wird. Wie sehr er sich in die Meinung von der Nutzlosigkeit des Arbeiterschutzes nur aus Opposition hineingeredet hat, beweist der von Wagner (N. III, S. 247 ff.) mitgeteilte Entwurf eines Reformplanes, der zwar nicht von ihm herrührt, aber von ihm gebilligt und mit Zusätzen versehen worden ist; darin wird u. a. ein strenges Verbot der Sonntagsarbeit, Regulierung der Nachtarbeit und die Einsetzung von Fabrikinspektoren gefordert. Dieser Entwurf ist, nebenbei bemerkt, noch deswegen besonders merkwürdig, weil es darin heisst: „Die beabsichtigten Reformen müssen in einem Staatsakte ausdrücklich verkündigt werden; z. B. in einer Thronrede oder durch eine gelegentliche Ansprache Seiner Majestät des Kaisers oder in einer Rede des Ministerpräsidenten vor den Kammern“, was bekanntlich in der Botschaft vom 17. November 1881, die sich an das ganze Volk richtete, geschehen ist.

Während sich Rodbertus in dieser Sache hartnäckig

sträubte, in die Bahn einzulenken, welche die Weltgeschichte einschlug, traf er um so mehr in einer andern das richtige: wohl niemand hat mit solcher Energie, Beharrlichkeit und Klarheit wie er, der Verstaatlichung der Eisenbahnen vorgearbeitet. Er drang darauf bei jeder Gelegenheit, besonders in zwei Artikeln der Revue. Unter dem Titel: Ein Riesenpolyp (M R S. 666) führt er aus: Das Eisenbahnwesen sei eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Erscheinung; es als einen gewöhnlichen Zweig der Privatindustrie behandeln und unter das allgemein gewerbliche Konkurrenzgesetz stellen, das heisse die Idee des Staates und des öffentlichen Rechts auf den Kopf stellen. Eisenbahnen könnten nur gebaut werden, wenn der Bauherr das Expropriationsrecht habe; wie könne man einem Privatunternehmer das Recht zu solchem Eingriff ins Eigentum anderer Privatbesitzer verleihen! Das Eisenbahnnetz eines Landes sei ein Land- und Heerstrassensystem in höchster Potenz, und zugleich ein Postwesen von ungeheurer Leistungsfähigkeit; Heerstrasse und Post aber seien stets Regale, niemals Privatangelegenheiten gewesen. Laufe also das Privatbahnwesen gegen die Natur des Staates, so sei es ausserdem eine grosse Gefahr für ihn. Die Eisenbahnfürsten bildeten zusammen mit den ihnen verbündeten Bankfürsten und ihren Armeekorps von Beamten und Arbeitern einen Staat im Staate. Und unter der Ueberschrift: „Freihändlerischer Cynismus“ (S. 694) verzeichnet er als das Ergebnis einer Untersuchung des Tarifwesens: „1. Dass die Tarifierungswillkür der Privatbahnen, die eben zu den Differentialtarifen führt, grosse soziale Uebel im Gefolge habe; 2. dass die Vertreter der Bahnverwaltungen keine Geneigtheit zeigten, diesen Uebeln abzuhelfen; 3. dass die Vertreter des Grosshandels die Bahnverwaltungen in dieser Ungeneigtheit, irgendwie zu helfen, redlich unterstützten; 4. dass also alle konstatierten Uebel dem Privatbahnsystem inhärent sein müssten und

aus ihm selbst keine Abhilfe zu erwarten sei. Kein antiker und kein mittelalterlicher Staat, schreibt er S. 485, „hätte die Thorheit begangen, ein Besitzobjekt, das seiner Natur nach so eminent res publica ist, wie das Eisenbahnwesen, dem Privateigennutz zur Verwaltung und Ausbeutung preiszugeben. Umgekehrt! Für den reichen Römer war es ein munus, Heerstrassen auf eigene Kosten zu bauen und sie dann dem Staate zum Eigentum zu überweisen. Heute kommt es vor, dass Eisenbahnen vermittelst der Garantie auf Kosten des Staats gebaut und dann der privaten Kapitalmacht als bleibendes Geschenk überlassen werden.“ Da er die ungehinderte Zirkulation der Menschen, Güter und Nachrichten im Volkskörper als einen Teil des Lebensprozesses erkannt hat, der so notwendig und wichtig sei wie die Produktion selbst, so dürfe, meint er, eine Verteilung der Eisenbahnen an verschiedene Besitzer schon darum nicht geduldet werden, weil dabei jener Umlauf nicht rasch, leicht und ohne Störungen von statten gehen könne. Ueberhaupt, das spricht er oft den Physiokraten und Smithianern gegenüber aus, müsse auch in der Volkswirtschaft regiert werden. Einen Artikel der Revue, den er diesem Gedanken widmet, überschreibt er: „Nicht Physiokratie, sondern Anthropokratie“, und giebt ihm zum Motto die Goetheschen Verse: „Nach ewigen, eh'rnen grossen Gesetzen müssen wir alle unsers Daseins Kreise vollenden. Nur allein der Mensch vermag das Unmögliche; er unterscheidet, wählet und richtet; er allein darf alles Irrende, Schweifende nützlich verbinden“. Ueberlasse sich die Gesellschaft dem Walten der Natur, so gehe sie zu Grunde, denn nicht von selbst, wie im Menschenleibe die Nährstoffe, sondern nur unter verständiger und planvoller Leitung gelangten die gesellschaftlichen Güter dahin, wo sie zum Ersatz nötig seien. Ohne solche Leitung leide der Markt bald an Ueberfüllung, bald an Mangel, gehe die Güterverteilung so un-

gleichmässig vor sich, dass die arbeitenden Klassen immerfort nur auf den notwendigen Unterhalt beschränkt blieben, während die besitzenden Klassen zu immer höherer Luxussteigerung getrieben würden. „Dort, im physischen Organismus, irrt der Mensch und heilt die Natur, hier, im gesellschaftlichen, heilt der Mensch und irrt die Natur. Wir müssen uns also des Göttlichen in uns wieder mehr erinnern. Wir müssen die ehernen Gesetze jener Naturnotwendigkeit brechen, nach denen sonst auch der deutsche Staat seines „Daseins Kreise vollenden" würde. Wir müssen diesen Naturgesetzen freie, sittliche, neubelebende Menschengesetze substituieren ..... Wir müssen es und wir können es, denn wir Menschen vermögen das Unmögliche, wir dürfen alles Irrende, Schweifende nützlich verbinden".

Meyer ist, wie es scheint, nicht allein religiös, sondern positiv gläubig und vermochte daher auch, den konservativen Traditionen entsprechend, die Religion als soziales Heilmittel zu empfehlen. Damit war Rodbertus schlechterdings nicht einverstanden. „Sie fragen, wie mir Ihre letzten vier Artikel gefallen haben? Die ersten sehr gut. Den letzten vermag ich nicht zu billigen, weil er dem Missverständnis Raum giebt, es solle den arbeitenden Klassen der Himmel wiedergegeben werden, damit sie nicht zu viel von der Erde verlangten. Meine Gedanken, als ich den Artikel las, durchfuhr wenigstens plötzlich der Vers:

> Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
> Ich kenn' auch die Herren Verfasser,
> Ich weiss, sie trinken heimlich Wein,
> Und predigen öffentlich Wasser." (S. 89.)

Sie thun es nicht einmal heimlich, und werden daher mit Recht von den Sozialdemokraten ausgelacht. Das Recht, Leute, die in bitterer Armut schmachten, auf den Himmel zu vertrösten, gestehe ich nur solchen zu, die selbst auf die Erde verzichtet haben, also Asketen, die mit der

Askese vollen Ernst machen, und deren Zahl ist nicht gross. Meyer erwiderte, er hege die feste Ueberzeugung, dass die Arbeiter nur mit Hilfe der Religion über die schmerzliche Erkenntnis ihrer Lage hinwegkommen könnten. (Die hege ich, nebenbei bemerkt, auch, und halte daher die Aufklärer, die den Arbeitern die Religion genommen haben und sie dann, wenn sie kaum ein winziges Stück Erdenglück, nur die Erlösung vom Hunger und von qualvollen Arbeitsarten fordern, mit Flinten und Kanonen niederschiessen lassen, für die frevelhaftesten aller Thoren und für die thörichtesten aller Frevler, aber den Arbeitern diesen Trost zu predigen, würde ich mich, wie gesagt, nur dann für berechtigt halten, wenn ich mich entschliessen könnte, Asket zu werden.) Rodbertus antwortete: „Ich bin von dieser Ihrer Ueberzeugung überzeugt. Aber glauben Sie nicht, dass die Arbeiter einmal mit Hilfe der Nationalökonomie über diese schmerzliche Lage selbst hinwegkommen werden, und zwar, ohne aufzuhören, Arbeiter zu sein, und ohne Kapitalisten zu werden? Hiervon bin ich meinerseits innig überzeugt. Aber das berührt nicht die durch Ihren Artikel zwischen uns angeregte Frage. Ich, meinerseits, stelle die subjektive Befriedigung, die der Mensch aus der Religion zieht, gleichfalls viel höher, als die objektive Wirksamkeit, die sie im Staate als Zuchtmittel übt. Ich selbst könnte gar nicht ohne Religion sein; jede politische, jede nationalökonomische Frage knüpfe ich an Gott, wenn „der Herr Pfarrer“ freilich auch nur „ungefähr so sagt“. Ich bin so religiös, dass ich die Trennung von Kirche und Staat für einen Irrtum der Weltgeschichte halte, den sie dereinst einsehen und remedieren wird. Aber ich meine, soweit die Religion vorzugsweise subjektives Befriedigungsmittel ist, soweit ist sie gerade weniger Mittel der Willensbildung, und nur in dieser Beziehung hatten Sie, wie mir scheint, um nicht Missverständnisse zu erregen, in einem welt-

lichen Blatt die Religion zu behandeln.“ (S. 93. Als zwischen ihnen von der Zucht die Rede gewesen war, hatte er bemerkt, er denke nicht an die rohen Zuchtmittel früherer Zeiten, sondern meine nur Willensbildung). Ihm ist jede Einmischung der Religion in politische und soziale Fragen widerwärtig und er ist deshalb nicht erbaut davon, wenn Männer wie Wichern politischen Einfluss üben. Ein gemeinsamer Freund hatte Meyern längere Zeit nicht geschrieben. Dass diesem vor Meyers kirchlich gefärbtem Konservatismus graue, schreibt Rodbertus S. 218, traue er ihm nicht zu. „Ich glaube, da denkt er wie ich, der ich immer Freude an Ihrem Umgange und an Ihrer Korrespondenz empfinden würde, wenn Sie selbst von St. Wichern bis zu St. Loyola gingen. Damit will ich natürlich gegen Wichern erst recht nichts gesagt haben. Ich bin ihm einmal in den vierziger Jahren flüchtig in seinem Rauhen Hause begegnet und er hat den liebenswürdigsten Eindruck auf mich gemacht. Er hatte nicht Zeit, uns selbst das Rauhe Haus zu zeigen, und es begleitete uns also ein „Bruder“. Dieser zeigte uns zuletzt auch sein eigenes bescheidenes Zimmer, an dessen einer Wand ein kleines Bücherbrett stand. Zudringlich, wie ich war, ging ich auf dasselbe zu und stöberte unter den Bänden. Ich fand eine „Weltgeschichte vom christlichen Standpunkt“, eine „Naturgeschichte vom christlichen Standpunkt“, eine „Erdbeschreibung vom christlichen Standpunkt“. Plötzlich durchfuhr mich der Gedanke, ob wohl eine Mathematik vom christlichen Standpunkt unter den Büchern wäre. Aber der Bruder musste wohl so etwas auf meinem Gesicht gelesen haben, denn er ward ungeduldig, und ich durfte meine Nachforschung nicht zu Ende bringen. St. Loyola — St. Wichern, du sublime au — plus sublime il n'y a qu'un pas.“ Bei so geringem Verständnis für die Empfindungen der Orthodoxen darf es nicht wundern, dass ihm der Katholizismus völlig unverständlich ge-

blieben war, und dass er daher den Kulturkampf mit Freuden begrüsste, denn selbstverständlich sah er, als ein Verehrer der Staatsallmacht, in einer selbständigen und starken Kirche nur eine schädliche Beeinträchtigung der Wirksamkeit des Staates. Er lobte also das Schulaufsichtsgesetz, freute sich über den Aerger der Frommen bei Falks Ernennung, freute sich darüber, dass Bismarck Rom gegenüber die Staatshoheit so fest vertrat. Als der mit solcher Zuversicht erwartete Erfolg zweifelhaft zu werden anfing, schrieb er einmal (S. 436): „Die eigentlichen Waffen gegen Rom liegen doch wo anders. Rom ist ein zu unsichtbarer, zu wenig handgreiflicher Feind, als dass Fäuste hier viel ausrichten könnten. Die wahren Waffen gegen Rom liegen in der altkatholischen Partei, dem Protestantismus (der sich dabei ebenfalls etwas würde regenerieren müssen) und der Schule.“ Mit dem Altkatholizismus und dem Protestantismus ist es nichts gewesen, und mit der Schule ist es auch nichts mehr. Eben jetzt macht man Miene, den Unterricht in der Volksschule, in den Präparandenanstalten und Seminaren auf den Stand der Stiehlschen Regulative zurückzuschrauben, weil man Angst bekommen hat vor den klug gewordenen Arbeitern, und die „Liberalen“ machen zwar von Zeit zu Zeit ein wenig Lärm über die „Reaktion“, aber keine ernstliche Opposition dagegen. Diese Herren hat Rodbertus schon sehr früh durchschaut. „Auch der Liberalismus ist ja jetzt nur noch Maske; sie zittern ja alle vor ihren eignen Grundsätzen“, schreibt er schon am 18. April 1873.

Bei aller Anerkennung der politischen Verdienste Bismarcks vermochte doch Rodbertus die Hoffnung, die er in sozialer Beziehung auf ihn gesetzt hatte, nicht lange aufrecht zu erhalten. Meyer drängte ihn, sich mit Bismarck in Verbindung zu setzen. Der Weg, den Meyer vorschlage, schreibt er am 29. November 1871, sei nicht gangbar. „Audienz geht nicht; dazu ist die Frage noch

nicht reif genug, um sie in einer Stunde Sprechens aufzuklären, und Denkschrift — würde nicht gelesen. Gleich nachdem B. aus Frankreich zurückgekehrt, orientierte ich mich deshalb. Bei b. (Bucher) allerdings nicht, weil mir das gar nicht geholfen hätte; B. ist der reine Staatsmönch, oder vielmehr Staatstrappist geworden. Wenn ich nicht zuweilen anderswo was erführe, von dem keine Silbe! Aber meine Quelle musste ich für sicher halten. Sie meinen, der Inhalt einer solchen Denkschrift musste Nat. II analog. Rententheorie II sein.*). Sie fügen sogar hinzu, Nat. II würde einen tiefen Eindruck auf B. machen. Sie täuschen sich aus Interesse zur Sache. Wie B. Rententheorie II gar nicht angesehen hat, obwohl ich es ihm selbst gesandt habe, so würde er auch nicht Nat. II ansehen. . . . . . Ich weiss nicht, ob Sie Bleichröder oder mich für einen bessern Nationalökonomen, oder mich oder Bleichröder für einen grösseren Juden halten, aber ich bin fest überzeugt, dass, wenn Bleichröder und ich B. Vorträge über die soziale Frage hielten, er dem, „der von Anfang der Welt an zählt", sein Ohr leihen würde. Als Rententheorie II erschien, hätten eigentlich die offiziösen Journale meine Vorrede, die zu ganz bestimmten Zwecken geschrieben war, etwas verbreiten müssen, aber es unterblieb, weil die damals geplante aber schliesslich verfehlte Prämienanleihe**) in Varzin Unterstützung fand. Sie sehen: Audienz und

---

*) Mit Nationalökonomie I hatte M. jedenfalls die Sozialen Briefe gemeint. Rententheorie II ist der zweite Teil des Buches über die Kreditnot des Grundbesitzes. Der zweite Teil giebt die Mittel und Wege an, wie die im ersten Teile entwickelte Rententheorie durchzuführen wäre; im Vorwort zum zweiten Teile wird der Gedanke ausgeführt, dass der Staat durch seine Gesetzgebung im ländlichen Grundbesitz und in der Arbeiterschaft ein Gegengewicht gegen die Kapitalsmacht schaffen müsse, die schon einen Staat im Staate bilde.

**) Ein Unternehmen der Diskontogesellschaft, wie Meyer anmerkt.

Denkschrift bei B. — nichts! Eher beim Kronprinzen. Möglich, dass die offene Verschlossenheit B.'s, mit der er so viel ausrichtet, in petto die Absicht hat, wie er den Parlamentarismus durch den Parlamentarismus halb schon zu Tode gehetzt, so auch auf kapitalistischem Gebiet den Teufel durch Beelzebub austreiben will. Aber ich habe die schmerzliche Ahnung, dass die Sache einen andern Ausweg nehmen wird. Zwei Riesen trägt das 19. Jahrhundert, einen Imperator, der seinen Platz neben Alexander dem Grossen, Cäsar, Karl dem Grossen findet, Napoleon, und einen Diplomaten und internationalen Staatsmann, der vielleicht gar nicht seinesgleichen hat. Aber ersterer musste doch auf den Schneefeldern Russlands verbluten, und ich meinerseits fürchte, die soziale Frage ist auch der russische Feldzug von Bismarcks Ruhm."

Je mehr seine Hoffnung auf Bismarck schwand, desto freundlicher wandte er sich den Sozialdemokraten zu. „Den Sozialdemokraten", schreibt er am 9. Sept. 1871, „halte ich jetzt selbst. Ich muss die Idee dieser Leute verfolgen. Wenn sie bloss auf das ökonomische Gebiet zu beschränken wären, so liesse sich doch viel mit ihnen machen. Aber es war schon mein Zwist mit Lassalle, dass dieser das Politische mit hineinzog." Und am 30. November: „Was der Sozialdemokrat gestern über mich brachte, hat mich gefreut, denn soweit der Kern der sozialdemokratischen Partei ein rein wirtschaftlicher ist, gehöre ich ihr mit ganzer Seele an; für die konkrete Form ihrer ökonomischen Bestrebungen, Produktivassociationen, depreciere ich freilich auch noch. Doch möchte ich im Interesse der Sache Ihnen, verehrter Herr, anheimgeben, ob Sie nicht Hasenclever den Rat zugehen lassen wollen, er solle nicht seine Schiffe hinter sich verbrennen, indem er sich zu sehr darauf steife, die Arbeiter würden vom heutigen Staat nichts annehmen, und Lassalle würde es auch nicht gethan haben. Lassalle hat es durchaus ehrlich mit den Arbeitern gemeint; das Gerücht von

seiner Verbindung mit der Regierung halte ich für das albernste Geschwätz; die Bourgeoisie hatte damals den Arbeiter für sich eingefangen, und die individualistisch-kapitalistische Theorie der Bourgeoisie brachte damals den Staat in Gefahr, Lassalle hielt aber was auf den Staat; L. wollte deshalb vor allen Dingen die Arbeiter den Täuschungen der Bourgeoisie entziehen; das ist die Erklärung seines Auftretens. Dass unser Staat dazu günstig war, war klar, aber L. operierte in der konkreten Weise, wie er that, durchaus nicht des preussischen Staats, sondern der Staatsidee wegen so. Dass er zugleich ein warmes Mitgefühl für die Leiden der arbeitenden Klassen hatte, versteht sich dabei von selbst. Die Stellen, die H. aus Lassalles Briefen bringt, lassen auch alle eine andere Auslegung zu, als H. glaubt; und dass diese andre Auslegung die richtige ist, dafür habe ich authentische Beweise in Händen. Vielleicht wäre es gut, wenn Sie H. avertierten." Am Neujahr 1872 erzählt er von seinen Verhandlungen mit dem Professor Schönberg und bemerkt u. a., er habe diesem auch vertraut, „dass ich in der Sylvesternacht einen verstohlenen Schluck Punsch auf die Gesundheit der Internationale trinken würde, damit sie uns — nicht wieder einschlafen lasse, welches Geheimnis Sie also jetzt auch erfahren haben." Am 16. August 1872 spricht er sein Bedauern darüber aus, dass Meyer mit den Sozialdemokraten schroff gebrochen habe. Der Bruch war kein endgültiger. Im nächsten Jahre benachrichtigte Meyer den Sozialdemokratenführer von dem leidenden Zustande Rodbertus, und Hasenclever wurde in einer grossartigen Volksversammlung beauftragt, jenem die Teilnahme der Arbeiter Berlins in einem Schreiben auszusprechen. Rodbertus dankt dafür am 22. April 1873. Am 14. Januar 1874 schreibt er aus Lugano: „Ich habe 1848 manches dazu beigetragen, die Demokratie salonfähig zu machen; vielleicht gelingt es mir auch mit dem Sozialismus." In der That ist ihm

das bis zu einem gewissen Grade gelungen, aber von der Art und Weise, wie sich sein Wunsch zu verwirklichen begann, war er wenig erbaut. „Hoffentlich halten Sie mich für keinen Kathedersozialisten“, schrieb er am 26. August 1872; er habe die Einladung nach Eisenach abgelehnt; die kleinen Mittelchen dieser Herren erklärte er für „weisse Salbe“. Nur keine weisse Salbe! Nur nicht den Grundsatz, es mit keinem verderben wollen!, hatte er schon das Jahr vorher (S. 88) gerufen.

Was er nun eigentlich wollte? Sein grosses Zukunftsprogramm entwickeln wir später. Für die schlechte Gegenwart wünschte er sich nur eine Partei, die dieses Programm zur Grundlage ihrer Bestrebungen gemacht hätte, denn „in der Gesellschaft werden alle verschiedenen Interessen nur durch Parteien vertreten“, womit er freilich, ohne es zu bemerken, seine Ablehnung der politischen Arbeiterorganisation verurteilt. „Monarchisch, national, sozial — diese drei Worte können allein diejenige Partei charakterisieren, die grossartige Zukunftschancen hat.“ (S. 178). Die Worte allein thuns freilich nicht; vor zwei Jahren ist eine neue Partei auf diese drei Namen gegründet worden, aber vorderhand steht es um ihre Zukunftschancen noch schwach. Dass Bismarck die alten, in den Verhältnissen von 1848 wurzelnden Parteien gesprengt habe, rechnet er ihm zum Verdienst an. (S. 256). Zweierlei steht ihm für die Zukunft fest, einerseits, dass die heutige Staatsform, der Repräsentativstaat, im Ausleben begriffen sei (S. 267), andrerseits, dass die Entwickelung nicht rückwärts schreiten könne, dass daher an Wiederherstellung der Innungen und dergleichen nicht zu denken sei. Nicht die neuen Wirtschafts- und Produktionsformen sind es, was er an der Gegenwart verurteilt, sondern nur die Staatsgesetze und Staatseinrichtungen, die eine falsche Verteilung des Nationalprodukts verschulden. Die moderne Technik und die durch sie gebotenen modernen Produktions-, Verkehrs- und

Kreditformen findet er vortrefflich. Namentlich die Aktiengesellschaft preist er. „Aber was in aller Welt haben Ihnen meine lieben, lieben Aktienunternehmungen gethan? Den Gründungsschwindel gebe ich Ihnen preis, den können Sie mit Fusstritten behandeln — aber wiederum „das arme Kind mit dem Bade!“ Gerade wie bei der Notenemission. Weil Staat Dädalus diesem oder jenem Lieblingssöhnchen diese Flugmaschine überlassen und dieser sich dabei ikarisch die Flügel versengt hat, sollen diese gleich mit Krücken vertauscht werden. Gebrauche doch der Staat die Maschine allein! So auch mit der Aktienunternehmung. Diese Betriebsform, die aus tausend kleinen Kapitalquellen die Zuflüsse zu einem Strom zu verbinden weiss, hat eine Mission zu erfüllen. Sie hat Gottes Schöpfung zu supplieren, Landengen und Berge durchzustechen, wo der Allmächtige es vergessen oder noch nicht an der Zeit gehalten hat, vom Meer getrennte Länder zu verbinden, Alpen zu durchbohren u. s. w. Der Pyramidenbau und die phönizischen Quadern reichen nicht an das, was das Aktienkapital noch zu schaffen hat. Aber ich, für meine Person, habe noch einen ganz besondern „Schwarm“ für sie. Und warum? Sie säubern mir meine Strasse. Und wie sie sie säubern! Der gewöhnliche Freihandel ohne Aktienform ist nur ein miserabler Handbesen; der Freihandel mit Aktienform ist ein Dampfmaschinenbesen, der in 10 Jahren so viel reinfegt, wie jener Samstagsbesen in hundert.“ (S. 290). Das bedeutet ohne Zweifel, die Aktienform werde durch beschleunigte Vernichtung der Kleinbetriebe die Herbeiführung der sozialistischen Betriebsform beschleunigen. Was an den alten Gesellschaftszuständen, meint Rodbertus, von bleibendem Wert gewesen sei, das werde auch in den neuen bestehen bleiben. Er tritt (S. 269) Dühring entgegen, der behauptet hatte, das „autoritäre“ und das „superstitiöse“ Prinzip vertrügen sich nicht mit der sozialen Gesellschaftsordnung der Zukunft. Gerade

das Umgekehrte sei der Fall. „Sowohl das autoritäre Prinzip, und dieses eben in der monarchischen Form, wie auch das religiöse Prinzip — dieses zwar nicht in orthodoxer aber in entschieden christlicher Form — werden aus den sozialen Zuständen der modernen Staatenordnung eine neue Belebung und neue Stärkung ziehen; wobei es allerdings möglich ist, dass wenn die Organe des heutigen autoritären und religiösen Prinzips kurzsichtig genug sind, sich dem heute schon so klar ausgesprochenen Willen der Geschichte zu widersetzen, es allerdings geschehen mag, dass dieser Widerstand mit Gewalt gebrochen wird, womit dann die Geschichte ein revolutionäres Interimistikum regulieren würde."

Während so Rodbertus unermüdlich an der Heilung des Gesellschaftskörpers arbeitete, fehlte ihm selbst die leibliche Gesundheit. Ich bin sehr, sehr leidend, schreibt er an „Heilige 3 Könige 1873". Und am 22. April des genannten Jahres nach einer langen Abhandlung über die Berechnung des Arbeitswerts: „Satis superque! Ich bin todmüde. Sie müssen nämlich wissen, dass meine Krankheit, in der sich Lungen-, Magen- und Leberleiden begegnen sollen, in fast völliger Appetit- und Schlaflosigkeit besteht. Seit vielen Wochen ist mein tägliches Nahrungspensum ein Teller starker Bouillon, 9 Austern und 1/2 Sekt, mehr und anderes prästiere ich überhaupt nicht. (Eigentlich nicht übel!) Dabei haben meine körperlichen Kräfte so abgenommen, dass ich augenblicklich nicht 100 Schritt gehen kann; geistig fühle ich mich aber vollkommen frisch, wenn's nicht etwa Einbildung ist. Habe ich die Auszehrung, die Unterleibsschwindsucht? Der Arzt behauptet, er kriegte mich wieder durch, sowie er mich nur in warmer Jahreszeit hoch oben in den Alpen hätte. Vorläufig gehe ich übermorgen auf eine Woche nach Greifswald, wo er mich bei einer neuen Brunnenkur täglich mehreremal inspizieren will. Ich hüte nicht das Bett, sondern sitze, die Füsse in Decken, im Lehnstuhl

und lese und schreibe, oder liege auf dem Sofa. Sprechen greift mich sehr an, und deshalb nehme ich einen Fremdenbesuch höchstens nur auf 10 Minuten an. Zu 10 Minuten, die Sie mir freundlicherweise in Aussicht stellen, Sie 60 Meilen machen zu lassen, wäre aber doch ausverschämt von mir, so lieb mir die 10 Minuten wären. Ich erlaube mir eine andere Proposition. Sie schenken mir Ihren Besuch auf ein paar Tage um die Pfingstzeit, wo es hier hübscher ist als jetzt und wo ich hoffentlich wieder so viel Kräfte habe, dass wir uns peripathetisch in meinen Laubengängen unterhalten können." Der Plan wurde ausgeführt. Am 14. Juni schreibt er von Heringsdorf aus: „Sie sind sehr freundlich in der Beurteilung Ihres Jagetzower Besuchs, und ich, der ich das nicht für Formalität halte, schöpfe daraus die Hoffnung auf eine Wiederholung Ihres Besuchs." Meyer scheint ihm aus seiner geistigen Frische ein langes Leben prophezeit zu haben; darauf erwidert er: „Sie meinen es gut mit mir, aber der Anklamer Oberkellner ehrlicher. Als ich dort Mittag machte, griff er mir zur Unterstützung unter die Arme, als ich aus dem Wagen stieg, und sagte: Sie haben sich furchtbar verändert, Sie leben wohl nicht mehr lange. Nein, es giebt Leute, die geistig gesund bleiben, bis ihnen der mürbe Zunder abfällt, und ich würde Gott dafür danken, wenn es auch bei mir so wäre." Am 11. Juli meldet er, dass ein inneres Geschwür aufgegangen und er dadurch vielleicht gerettet sei. Aber er liege nun im Bett und müsse sich eines Sekretärs bedienen; auch müsse die Reise nach dem Süden aufgeschoben werden. Am 3. November berichtet er, er könne schon zehn Minuten lang am Stock gehen und werde daher mit Hilfe eines Dieners nach Lugano übersiedeln. Aber, verehrter Herr, setzt er hinzu, „was interessiert Sie so sehr mein Befinden? Wünschen Sie mich zum Henker, aber lassen Sie bei unserer Korrespondenz die Partie gleich sein! Ich schreibe Ihnen Broschüren als Briefe,

und Sie antworten immer nur mit drei Zeilen Fragen nach meinem Befinden. Das wird beinahe anzüglich. Jedenfalls komme ich zu kurz dabei, fast wie der von einem Gründer ausgebeutelte Publikus.“ Er reiste über Heidelberg und München, und schreibt dann am 3. Dezember aus Lugano, Hôtel du Parc; er ist entzückt vom Ort und von seiner Pension, doch kommt das erst in zweiter Linie: der Brief beginnt mit Angelegenheiten der Soziallitteratur. Vorzugsweise beschäftigten ihn die Werke Colquhouns und Baxters über die Verteilung des Nationaleinkommens in England. Er schrieb einen Artikel darüber für Meyers Revue, und fügte ihm drei Zeichnungen bei, die koloriert ausgeführt werden sollten. Die eine war Baxter entnommen, die zweite war eine Gesellschaftspyramide, die er nach Colquhoun konstruiert hatte. Es komme dabei, meint er, eine andere Figur heraus als die von Baxter entworfene; dem Fusse, der die arbeitenden Klassen darstellt, müsse doch auch „das grosse, allgemeine ergastulum der volkswirtschaftlichen Neuzeit noch hinzugefügt werden, das öffentliche Unterstützungswesen Englands, das wohl ebensoviel Pein mit sich führen mag wie jene vielfachen, allerdings etwas anders eingerichteten Sklavenzwinger der Römer“. Auch sei er von Baxter im Kolorit abgewichen, und habe „zwischen dem Dunkelgrau der Jammerregion und dem Rosenrot der Millionenregion noch einige Uebergangsfarben angebracht. Es schien mir eine Ungerechtigkeit gegen die 60 L. und selbst 300 L. Einkommen, ihnen mit dem Rosa der 5000 L. Männer zu schmeicheln, ohne sie mit diesen Tausenden von Pfunden selbst regalieren zu können.“ Die dritte Zeichnung war der Entwurf einer Karikatur, die ein geübter Zeichner ausführen sollte; die arbeitenden Klassen sollten durch ein Ameisengewimmel, die Millionäre durch einen Geldsack angedeutet werden u. s. w. Der Aufsatz blieb ungedruckt; die Revue ging ein, und Rodbertus wollte nun seine Arbeit dem Werke von Meyer:

„Der Emanzipationskampf des vierten Standes“, als Anhang beigeben, aber dem Verleger waren die kolorierten Tafeln, auf denen Rodbertus bestand, zu kostspielig. Erst nach seinem Tode ist diese Arbeit von Wagner und Kozak veröffentlicht worden unter dem Titel: „Zur Beleuchtung der Sozialen Frage II. Teil“ (N. III S. 1 bis 92). Wagner urteilt über das von Rodbertus benützte statistische Material sehr abfällig. Rodbertus hätte hier, schreibt er in der Einleitung S. IX, „durchaus kritischer sein müssen, schon in Bezug auf die Baxterschen Daten, vollends in Bezug auf die Colquhounschen Daten für 1812 und noch mehr auf deren direkte Vergleichbarkeit mit den späteren Baxterschen. ...... Ich möchte mich wenigstens gegen den Verdacht verwahren, als ob ich dieses Colquhounsche Material für irgend brauchbar zu einer solchen Beweisführung hielte, obgleich ich die Rodbertussche Theorie [vom Zurückbleiben des Arbeitereinkommens hinter dem Wachstum des Nationalreichtums] im Ganzen für richtig ansehe und es nicht für unmöglich halte, dass die wirkliche Veränderung in der Verteilung des britischen Nationaleinkommens einigermassen in der von Rodbertus hier mit ganz unzuverlässigen Zahlen zu beweisen gesuchten Richtung vor sich gegangen sein mag.“ Es fehlt nicht an neueren Berichten über das immer noch furchtbare Elend und die unsägliche Armut des englischen Proletariats, und die misslungenen Streiks der in den Gewerkvereinen organisierten „Arbeiteraristokratie“ beweisen, dass eine erhebliche Steigerung des Arbeitereinkommens über den notwendigen Unterhalt bei dem herrschenden System der freien Konkurrenz nicht möglich ist.

Am 1. März 1874 meldet Rodbertus aus Pallanza, dass er dahin habe übersiedeln müssen, weil er in Lugano immer kränker geworden sei. Es heisst in dem Brief u. a.: „Ich habe absolut nichts dagegen, dass ich im Daheim abkonterfeit werden soll; im Gegenteil, ich freue mich, wenn meine Frau mich plötzlich zu sehen

bekommt, der es eine Ueberraschung bleiben soll. Aber so, wie das Bild, das Sie besitzen, mich zeichnet, sah ich aus, als ich meine Sozialen Briefe an von Kirchmann schrieb; das sind 20 Jahre her, heute, wo ich Hasenclever danken und dabei die soziale Frage behandeln werde, sieht die sterbliche Hülle, in der meine unsterbliche Seele Ende November 1873 über den Brenner zog, so aus, wie auf der beifolgenden Karte der Künstler Hanfstängel mich photographiert hat. Sie haben also die Wahl unter zwei Porträts, oder können sie als Illustrationen des Wechsels menschlicher Lebensschicksale auch beide nehmen — ganz wie Sie wollen. Von Hasenclever habe ich heute einen liebenswürdigen Brief bekommen, und ich danke Ihnen, dass Sie die Sache so eingefädelt haben." Am 19. April schreibt er aus Meran: „Ich liege hier nun wieder vier Wochen vor Anker, weil ich nicht die Kraft gehabt habe, unmittelbar von Pallanza nach Hause zu reisen. Von Italien — Besuch von Genua, Florenz — war natürlich keine Rede mehr. Ich fahre seit Wochen nur in einem Rollstuhl. Und doch blicke ich immerfort nur in die Zukunft, und diese hat einen wunderbar rosigen Schimmer für mich, der mich erhebt und mein körperliches Leiden vergessen lässt." Am 27. meldet er aus Meran, dass er die oben erwähnten Skizzen zur Veröffentlichung an den „Sozialdemokraten" geschickt habe und nun in bequemen langsamen Etappen — über Davos, Bern, Stuttgart, Heidelberg, Dresden — zurückzukehren und am 10. oder 11. Juni in Berlin einzutreffen gedenke. Es gehe ihm etwas besser, aber er habe diese Besserung mit absoluter Ruhe erkaufen müssen, nicht einmal die schönen Schlösser der Umgegend zu Wagen besuchen dürfen, da sein kranker Unterleib die Stösse auf den steinigen Wegen nicht vertrage." Am 14. Juni schreibt er aus Jagetzow: „Ich habe alle Ihre Briefe bekommen und wenn ich Ihnen bisher nicht geantwortet habe, liegt es daran, dass ich beim Uebergang über den

Arlberg, wo ich mit meinem Schlitten im Schnee stecken blieb, mich erkältete und seitdem ein Auge verloren habe. Ich habe dadurch einige äusserliche Aehnlichkeit mit dem genialsten Helden des Altertums, meinem Lieblingshelden Hannibal, erhalten, den das gleiche Schicksal beim Uebergang über den Bernhard ereilte." Im übrigen gehe es ihm besser. Die Wirkung der Ruhe, die er beobachtet habe, sei „durch die Verordnung von 2 Flaschen Ofener Adelsberger täglich und so viel Bier, Weissbrot und Schweizerkäse", wie er nur irgend zu vertilgen vermöge, dergestalt unterstützt worden, dass er um 16 Pfund Gewicht zugenommen habe, nachdem er in Italien federleicht geworden sei. Eine Woche später war er in Berlin zum Wollmarkt. Meyer war durch Unwohlsein abgehalten, ihn dort aufzusuchen; Rodbertus schreibt ihm deshalb: „Die Vorschläge, die ich Ihnen machen wollte, bestanden in Kürze darin, ob sie nicht einige Wochen, etwa die Monate Juli und August, bei mir in Jagetzow leben wollten, auf ganz englische Art, so wenig jeder durch den andern geniert, wie möglich. Meine Bibliothek kennen Sie; sie würde Ihnen nützlich sein können. Ich habe selbst die kühne Idee, ob Sie sich nicht bereit finden würden, da ich einäugig geworden bin, die letzte Hand an ein paar Schriften (auch die Antwort von Hasenclever ist darunter) von mir zu legen, die der Herausgabe harren. Wir setzten auf den Titel gradezu: herausgegeben von Rudolf Meyer, und in der Vorrede würde erwähnt, dass meiner halben Erblindung wegen Sie diese Arbeit übernommen hätten. Aber, wie gesagt, wir lebten ganz auf englischem Fusse; jeder erfreute sich des andern, würde aber nicht gestört durch den andern. Sie müssten selbst erlauben, dass ich ausrückte und Sie das Haus hüteten u. s. w." Meyer bemerkt, er würde die Herausgabe von Rodbertus' Werken sehr gern übernommen haben, wenn er nicht durch die Umstände in die Fremde getrieben worden wäre. (Da

Meyers Schrift „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland", wegen deren er verurteilt wurde, erst 1877 erschienen ist, so kann sich diese Bemerkung nur auf die Herausgabe des litterarischen Nachlasses von Rodbertus nach dessen Tode beziehen, deren sich später Professor Adolf Wagner unterzogen hat.) Im Herbst besuchte er Berlin noch einmal. Meyer lud ihn mit Geheimrat Wagener und dem Professor Adolf Wagner zusammen zu einem Diner, welches ihm so gut mundete, dass er in einem Briefe vom 8. November scherzt, alle Damen der Umgegend seien nun darauf versessen, die Herrlichkeiten, die er ihnen beschrieben, nachzuahmen, was ihnen aber nicht gelinge; er gedenke bei Meyers Leibkoch Privatstunden zu nehmen, um dann die heimatliche Küche zu reformieren; „das Leben und die Küche", schliesst er seinen kulinarischen Exkurs, „sind doch schön!" Zum Arbeiten sei er noch nicht gekommen, trotzdem ihn Professor Wagner (der den Rest von Rodbertus' Leben hindurch in lebhaftem Verkehr mit ihm blieb) sehr drängte. Am 6. Januar 1875 beglückwünscht er Meyer, dass er im schönsten Lebensalter in eine Zukunft hineingehe, die der Menschheit Gewaltiges bescheren werde, und fährt fort: „Ich, meinerseits, denke seit mehreren Wochen mehr an meinen eigenen Ausgang aus der Welt, als an deren inneren Fortgang. Ich will nicht sagen, dass mir viel schlechter wäre als in Berlin, und dass ich nicht abermals von 4 bis 10 Uhr dinieren könnte. Mich ergreift auch noch mitunter die Hoffnung, dass, wie ich durch ein Wunder von meiner inneren Krankheit geheilt worden bin, ich so auch durch ein Wunder mein Auge wieder bekommen könnte. Auch andere Impulse haben noch über mich Gewalt, so die Strassburger Preisaufgabe. Für die Aufgabe, eine soziale Weltbewegung zu analysieren, ist nur der Preis so unanständig niedrig, unter 5000 Mark dürfte er nicht sein." Am 12. Januar schreibt er u. a.: „Ungemein leid thut es

mir, dass Sie mit Ihrem Schriftstellerloose so unzufrieden sind. Sie nennen es „tagelöhnern“. Aber die Heroen unserer Litteratur haben alle in dieser Weise getagelöhnert. Goethe allerdings nicht, aber Lessing, Herder, Schiller, bis sie am Abend ihres Lebens erst ihren Hafen fanden, oft nur einen Nothafen, wie Lessing, der doch der Regenerator unserer Litteratur war. Tagelöhnern Sie nur in der Nationalökonomie, wie Lessing in der allgemeinen Litteratur, und lassen Sie dann das Wort „Tagelöhner“ in goldenen Lettern über Ihre Thüre schreiben.“ Meyer bemerkt hierzu, was ihn unzufrieden gemacht habe, sei der Umstand gewesen, dass ihm der Zwang zu journalistischer Tagelöhnerei grössere und gründliche Leistungen unmöglich gemacht habe, zu denen er sich befähigt fühle. Darin hat er nun freilich recht; wenn ein Mann, der von der Feder leben muss, Sachen schreiben wollte, wie die Abhandlungen von Rodbertus über das römische Steuerwesen, so würde er vor ihrer Vollendung erhungern. Für Rodbertus gab es selbstverständlich keine Honorarfragen. Die eine, die er einmal zu lösen hatte, war nicht von der gewöhnlichen Art. Am 16. Oktober 1871 schrieb er an Meyer: „Hierdurch, verehrter Herr, bescheinige ich Ihnen den Empfang des unerwarteten Honorars von 18 Thalern für einen Aufsatz, betitelt der Normalarbeitstag. Die Geschäftssache wird damit abgemacht sein. Nun aber zu der Gefühlssache! Ich bin in der That in Verlegenheit gewesen über diese Zusendung. Noch niemals in meinem Leben hat man mir, wenn ich als Volontär, oder Freibeuter, oder am liebsten als Wolf von Wunnenstein, auf eigne Rechnung, mich in einer Zeitschrift ausliess, Honorar geschickt. Sie zuerst. Nun wissen Sie, dass ich Arbeitslohn für das edelste Einkommen halte. Ferner halte ich Schriftstellerei, wenn sie „Normalarbeit“ leistet, für die edelste Arbeit. Ich habe auch dann und wann eine Kleinigkeit von einem Buchhändler bekommen, mit dem ich schacherte,

und habe dabei keine andere Empfindung gehabt, als wenn ich ein Pferd verkaufte. Aber Ihre Zusendung vermag ich unter keinen dieser Gesichtspunkte zu subsumieren. Meinen Golddurst — auri sacra fames — haben Sie zwar aufs äusserste erregt, denn ich habe mir berechnet, dass ich, bei meiner völlig freien Station in Jagetzow, da ich leicht wöchentlich zwei solcher Arbeiten liefern könnte, mich ausgezeichnet stehen würde. Aber Sie wissen ja doch auch, dass ich das Metallgeld abschaffen will, und meine Schriftstellerei kann doch nicht mit meiner Handlungsweise in Widerspruch geraten. Wiederschicken ging auch nicht. — Milder Zweck? Ich hatte einmal einen Stallhalter, dem ich das bedeutende Pfandgeld für sechs Nachbarpferde, die mir stets die Wiesen abfrassen, schenken wollte, und er antwortete: „wat der Herr nich mag, mag ick ook nich." So war denn vollständige Gefühlsrevolution in mir über Ihre Zusendung. Da erschien meine Frau und sagte: betrachte mich als milden Zweck! und dabei hatte sie mir bereits die Hälfte fortgenommen. Die andere Hälfte rettete ich, und ich habe mir mit Ihrer Erlaubnis vorgenommen, sie zwar nicht „zu Glücksburg in einer lockern Nacht" mit Ihnen durchzubringen, aber sie das nächstemal in Berlin mit Ihnen zu verdinieren. So, denke ich, löst sich die zwischen uns entstandene soziale Frage am besten." Zur Abschaffung des Metallgeldes, die er hier scherzend erwähnt, wäre eine von der Geldberechnung unabhängige Schätzung aller Güter, Arbeiten und Leistungen notwendig. Darum handelte es sich bei der „Normalarbeit" und dem „Normalarbeitstage". Keine seiner Ideen stiess auf solchen Widerstand wie diese; sie wurde auch von den Gelehrtesten nicht verstanden. Zweimal im Leben hatte er jedoch die Freude, bei Praktikern Verständnis zu finden. 1847 bildete sich in Greifswald ein „Baltischer Zweigverein für das Wohl der arbeitenden Klassen", dessen Vorsitzender er war. Man beschränkte seine Thätigkeit

vorerst auf die ländlichen Arbeiter und Rodbertus wollte mit der Berechnung des Normalwerks in allen landwirtschaftlichen Arbeiten beginnen. „Ich fand einen Gutsbesitzer“, erzählt später Rodbertus, „einen Pächter und einen Inspektor, die ebenfalls der Meinung waren, das ginge sehr gut, und die sich in die Arbeit teilten. Da kam die Katastrophe von 1848 und zerstörte das Leben der jungen Pflanze“ (KO., S. 5). Im Jahre 1873 fand seine Idee Anklang bei der Regierung von Mecklenburg-Schwerin und Verständnis bei einem Architekten Peters, der, von jener Regierung subventioniert, Tafeln zur Berechnung des Normalwerks bei allen Zweigen des Baugewerkes ausarbeitete und darüber mit Rodbertus korrespondierte. „Es ist ein ungeheurer Anfang,“ schreibt er an Meyer (S. 298), „den dieser Mann gemacht hat; meine nationalökonomische Seele jubiliert förmlich, dass mich ein Praktiker verstanden hat.“ Von seiner Zuversicht giebt auch ein Brief an Adolf Wagner Zeugnis, den er, am 25. Juli 1875, nach Jagetzow einladet. Nach einer Beschreibung seines Gutes und Gartens fährt er fort: „Hier wollen wir im Auf- und Abschlendern die Grundzüge eines neuen peripathetischen nationalökonomischen Systems besprechen, das, ebenso realistisch wie das gleichbenannte aristotelische System, der Nationalökonomie eine neue und verbesserte Richtung geben soll. Ich sage realistisch, aber nicht in dem Sinne realistisch, dass es bloss die gegenwärtige Wirklichkeit mit allem ihrem Quark in sich aufnimmt, sondern in dem Sinne, dass es die Fäden verfolgt, die aus der Vergangenheit unsrer Wissenschaft durch die Gegenwart hindurch in die Ideen der Zukunft führen. Denn auch die Ideen, wenn man sie nur von den Jrrwischen zu unterscheiden weiss, die sie zu begleiten pflegen und seitwärts und abwärts führen, sind von so fester Realität, wie nur die derbste, handgreiflichste Wirklichkeit sein kann, und werden sich stets mit einer die Naturgewalten intensiv und extensiv

übertreffenden Geschichtsgewalt Bahn brechen, wo menschliche Thorheit ihnen den Weg vertreten will". (Z.G.St., 34. Bd., S. 236). Ein paar Monate vorher hatte er an J. Zeller in Karlsruhe, der sich vergebens bemüht hatte, die Schriften von Rodbertus aufzutreiben, und sich deshalb an den Verfasser selbst wandte, geschrieben: „Ich schwöre noch, mit wenigen Ausnahmen, auf jedes Wort, das ich in der Nationalökonomie geschrieben, und lebe der festen Ueberzeugung, dass, wenn ich erst „das Kapital" und „die soziale Frage" herausgegeben haben werde, man meine Theorie in fünfzig Jahren von den Dächern predigen und dann die Praxis bald nachfolgen lassen wird. Leider fing ich die Bearbeitung der sozialen Frage zu früh an, als noch niemand an sie glaubte, und blieb daher ganz unbeachtet, was nicht ermunternd für einen Schriftsteller ist, der mit grosser Anstrengung Neues zu ergründen und zu schaffen sich bewusst ist, und heut ist es beinah wieder zu spät, denn ich bin bejahrt, eine tödliche Krankheit hat mich zwei Jahre lang aufs Lager geworfen u. s. w." (Z.G.St., 35. Bd., S. 217.) Um dieselbe Zeit, wo er dies schrieb, erkrankte er wieder, und im Sommer peinigten ihn Geschwüre. Doch, schreibt er am 13. Juni an Meyer, sei er schon zufrieden, dass sein Kopf frei bleibe; vielleicht bilde er sich das nur ein; Meyer möge ihn aufmerksam machen, „wenn einmal ein Gran Unsinn mit abfällt. Erfrischung, ich meine geistige, und Ermunterung sog ich dann aus Ihrem Brief. Keine Biene hat so aus Lindenblüten gesogen. Es kamen zu Ihren freundlichen Worten dann auch desgleichen von Wagner hinzu, und eine Unterhaltung, die ein Freund von mir im Kultusministerium mit dem Direktor dort gehabt, der von meinem Leiden gehört und der gemeint, den gesunden Rodbertus müsste er noch in Berlin haben. Mit dem Kopf könnte ichs allenfalls machen, aber heute wenigstens nicht mit den Beinen."

In den Juli fällt auch noch ein Briefwechsel mit

Friedenthal, dem preussischen Minister für Landwirtschaft. Rodbertus, Wagner und Meyer hatten beim sechsten Kongress deutscher Landwirte einen Antrag gestellt, der angenommen wurde: der Reichskanzler solle ersucht werden, eine Kommission einzusetzen, „mit der Aufgabe, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen auf dem Lande sowohl an sich, wie in ihrem Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Lage des Grundbesitzes und des Kapitals nach sechs Gesichtspunkten [die aufgezählt werden], zu untersuchen.“ Auf eine Anfrage Friedenthals antwortete Rodbertus, jedenfalls müssten die drei Antragsteller Mitglieder der Kommission sein; „dagegen dürften vom Reichskanzleramte ausserdem nur noch zwei zu ernennen sein, denn bei der notorischen Abneigung der Mitglieder des Reichskanzleramtes gegen eine ernste Behandlung der sozialen Frage könnte leicht, wenn die Mehrheit der Kommission vom Reichskanzleramt ernannt würde, eine genügende Beantwortung der sechs Fragepunkte noch im Schosse der Kommission selbst scheitern.“ Dass Friedenthal darauf nicht antwortete, wird niemanden Wunder nehmen. Im Herbst liess sich Rodbertus bewegen, einen Antrag mit zu unterschreiben, den Meyer in der dritten Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu stellen beabsichtigte: den Reichskanzler zu ersuchen, „der deutschen Industrie sowie den bei derselben beteiligten Unternehmern und Arbeitern sowohl nach aussen wie nach innen denjenigen Schutz zu gewähren, resp. zu verschaffen, welcher in Anerkennung des Wertes der Arbeit und der eigenartigen Stellung der deutschen Industrie als das alleinige Mittel erscheint, unsere in Frage gestellte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und den sozialen Frieden auf dem heimischen Markt wieder zu gewinnen.“ Rodbertus sträubte sich längere Zeit gegen die Unterschriftsleistung und verstand sich erst dazu, nachdem anstatt der ursprünglichen Fassung die hier gegebene gewählt worden war, weil er

ein entschiedener Gegner der Schutzzöllnerei war und mit Recht fürchtete, der Schutz nach aussen durch „Produktionsverträge“, wie es ursprünglich hiess, werde als Schutzzoll verstanden werden. „Sie wickeln“, schreibt er (S. 420) an Meyer, „eine sozialistische Massregel für die Arbeiter in eine schutzzöllnerische Massregel für die Unternehmer. Das ist schon formell gefährlich. Sie haben in Eisenach nicht die Majorität in sicherer Hand, es könnte also leicht geschehen, dass der Antrag auf schutzzöllnerische Massregeln durchginge, der auf sozialistische Massregeln durchfiele. Das würde ich aber für ein grosses Unglück halten.“ In der „Schlesischen Presse“ (Z.G.St., 35. Band, S. 231) erklärte er sein Verhalten in dieser Angelegenheit und bemerkte u. a., er wünsche einen Zustand, wie er in Neuvorpommern und Mecklenburg geherrscht habe, ehe jenes Preussen und dieses dem deutschen Reiche einverleibt wurde; die beiden Ländchen hätten sich der Handelsfreiheit im vollsten Masse erfreut, aber von Freihandel sei bei ihrer Zunft- und Agrarverfassung keine Rede gewesen. Am 29. Oktober fragte er an, ob Meyer in Eisenach die Briefe an Hildebrand, Schmoller und Schöneberg abgegeben habe, die er ihm dahin gesandt hatte. Das ist sein letzter Brief an den Freund.

„Im letzten Herbst und Winter entwickelte Rodbertus eine jugendliche Thätigkeit zur Verschönerung von Jagetzow, dem Erbgut der geliebten Tochter und der teuren Enkel. Er baute eine reizende Villa in dem Seebade Heringsdorf, legte einen Hirschpark im Walde an, pflanzte dorthin eine Obstallee von 350 Bäumen. Zur Beaufsichtigung der Arbeiten fuhr er täglich hinaus, am 2. Dezember bei 10 Grad unter Null in den Hirschpark, wo er die Tiere fütterte. Tags darauf erkrankte er schwer; sein aus Greifswald herbeigeholter Freund, Professor Mosler, konstatierte eine Lungenentzündung. Angesichts der ernsten Gefahr wurde die Stimmung des Patienten sanft und milde; die Hand der Gattin in der

seinigen haltend, erlitt er am sechsten den wünschenswerten raschen Tod.“ (Gr.) So ganz lebte Rodbertus seinen wissenschaftlichen und sozialen Bestrebungen, dass weder er selbst noch einer seiner Freunde es für der Mühe wert erachtet hat, die Nachwelt über seine Familienverhältnisse zu unterrichten und ihr zur Kennzeichnung seines Charakters Anekdoten zu überliefern. Dass er gemütlich war, haben wir aus seinen Briefen an Meyer gesehen, ebenso, wie er Gastfreundschaft übte; in seiner letzten Einladung an Meyer vom 9. Juli 1875 heisst es: „Hier sollen Sie sich in meinem Eichenhain, und in den schattigen Veranden oder unter den blühenden Rosen erholen.“ Und Grün schreibt: „Nicht nur in der Welt war er eine liebenswürdige Erscheinung, ganz besonders erquickend wirkte er als Hausherr und Hauswirt. Die traulichste Gastlichkeit waltete unter seinen Auspizien und denen seiner edlen Gattin.“ Von demselben Freunde der Familie erfahren wir, dass die Gattin eine geborene Prittwitz war, dass das Paar eine einzige Tochter hatte, die die Freude und der Stolz des Vaters war, und dass er die beiden Enkelsöhne, die sie ihm schenkte, innig liebte. Nachdem ihr erster Gatte, Herr von Osten, 1866, als Reserveoffizier einberufen, an der Cholera gestorben war, heiratete sie 1868 den Rittmeister von Lindheim. Frau Rodbertus schrieb nach dem Tode ihres Mannes an Grün: „Mein Herz schmachtet nach seiner Anerkennung, nicht allein des wissenschaftlich gebildeten Mannes; auch seine vortrefflichen und liebenswürdigen Eigenschaften möchte ich gewürdigt sehen. Die Jahre, in welchen er sich der Beteiligung am öffentlichen Leben enthielt, haben seine Schätze der Wissenschaft wunderbar vermehrt, und es schmerzt mich unendlich, dass sie mit ihm ins Grab gelegt worden sind .... Von allen Seiten kommen mir die grössten Anerkennungen von Rodbertus Wesen und Bedeutung zu, und dieses Erbe ist eine wahre Fundgrube von Glück für mich.“

Zweiter Teil.

Die Lehre.

---

1. Antike Staatswirtschaft.

Um den volkswirtschaftlichen oder, wie Rodbertus lieber sagt, staatswirtschaftlichen Prozess einigermassen zu verstehen, muss man die hauptsächlichsten der verschiedenen Formen kennen, in denen er zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern verläuft, also hauptsächlich die Volkswirtschaft der Griechen und Römer und die des Mittelalters. Es versteht sich also von selbst, dass Rodbertus auch schon seine erste Schrift nicht abfassen konnte, ohne von jenen Dingen mindestens so viel zu wissen, wie jeder historisch Gebildete weiss. Aber seine selbständigen Forschungen auf dem Gebiete der antiken Nationalökonomie bestätigten nicht allein seine Grundansicht, sondern erschlossen ihm und allen Nachfolgenden erst das tiefere und vollkommen klare Verständnis des Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsprozesses. Als systematischer Kopf fühlte er das Bedürfnis, die Reihe der geschichtlichen Erscheinungen zu ordnen. Zu diesem Zweck nahm er die Analogie der Gesellschaftsbildungen mit den organischen Wesen zu Hilfe, auf die dann Schäffle sein Hauptwerk gebaut hat. (MR. S. 135 schreibt Rodbertus allerdings schon vor dem Erscheinen von Schäffles „Bau und Leben des sozialen Körpers“: „Kommt etwas zu früh, so macht es, wenn es die Wahrheit selbst ist, gar keinen Eindruck; ich habe darin zu traurige Erfahrungen gemacht mit meinem früheren Geschreibsel; aber heute finde ich mich bei Schäffle und Marx geplündert, ohne dass ich genannt

werde.“ Adolf Wagner erklärt diesen Vorwurf für unbegründet; weder Schäffle noch Marx hätten Rodbertus geplündert; die den dreien gemeinsamen Ideen hätten eben in der Luft gelegen. N. III S. XXIX.) Er warnt aber sofort vor falschen Anwendungen der Analogie und hebt zunächst selbst grosse Unterschiede zwischen dem Reiche der Natur und dem der Gesellschaft hervor. Von der Gesellschaft wissen wir, wie ihre neuen Bildungen aus den alten entstanden sind; aber wie sich die physischen Organismen aus einander entwickelt haben, wissen wir nicht. Dagegen sehen wir die Stufenfolge der Pflanzen- und Tiergeschlechter bis zum vollkommensten Wesen, dem Menschen, hinauf, abgeschlossen vor uns, während die Reihe der Gesellschaftsbildungen noch lange nicht abgeschlossen ist. In der Einbildung, dass sie schon abgeschlossen und in der heutigen Gesellschaft das Endziel der Entwicklung erreicht sei, haben manche im Menschen das Bild des heutigen Staates gesehen. Rodbertus aber meint, die Gesellschaftsorganition sei erst auf der Stufe des Kerbtiers angelangt; so lose und unorganisch wie bei diesem die Körperteile, seien das beherrschende Haupt, der Staat im engeren Sinn, und die Klassen der Staatsbürger mit einander verbunden. (Vgl. auch M. I S. 74.) Die Vollkommenheit der Gesellschaftsorganismen wächst nach ihm mit der Arbeitsteilung, mit der Ausbildung des Centralorgans und mit der Innigkeit der Verbindung zwischen dem Leib und seinem Centralorgan. Der ganze mit einem Centralorgan versehene soziale Körper ist Staat im weiteren Sinne; die Centralorgane (das Nervensystem) bilden den Staat im engeren Sinne. Das Analogon zum vollkommensten natürlichen Organismus, dem Menschen, werde erst in Zukunft verwirklicht werden; es werde dies die eine organisierte menschliche Gesellschaft sein. Rodbertus gliedert nun die bisher dagewesenen Staatsformen in zwei Hauptgruppen, deren Unterarten die Stufen der

sich im Laufe der Geschichte vollziehenden Gesellschaftsentwickelung bilden. In der heidnisch-antiken Periode folgten auf einander: die Theokratie, der Kastenstaat, die Satrapie, die Polis; in der christlich-germanischen: der kirchliche Staat, der Ständestaat, die Bureaukratie, der Repräsentativstaat. Durch alle Staatsformen bleibt die Familie der Grundbestandteil des Organismus, wie im körperlichen Organismus die Zelle.

Der antike Staat ist nun in der Weise entstanden, dass von den Männern eines nomadisierenden Stammes ein jeder eine Scholle zu eigen bekam, und der übrige Teil des Stammlandes diesen neuen privaten Ackerbürgern entweder zur gemeinsamen Nutzung als Weide, oder einzelnen zur Privatnutzung gegen ein Entgelt überlassen ward. Als Ackerbürger, nicht als Bauern, sind die Bürger des antiken Staates zu bezeichnen, denn sie siedeln sich innerhalb eines Mauerringes an, von wo aus sie ihre Hufen bewirtschaften. Vielleicht haben sie ursprünglich auf ihren Hufen gewohnt und innerhalb der Stadt, deren Mauer ihnen Schutz vor Gefahren bot, nur Absteigequartiere gehabt; später besass fast jeder sein Stadthaus und sein Landhaus, seine Villa, und wenn einzelne nur auf dem Lande wohnten und sich des Besitzes eines eigenen Stadthauses nicht erfreuten, so wurde dadurch das Wesen des kleinen Staates als eines Stadtstaates nicht aufgehoben; er war also eine Polis. Die Polis beruhte auf dem Oikos, der Hauswirtschaft. Zwischen dem Oikos und der Polis schob sich kein Zwischenglied von verhältnismässiger Selbständigkeit, etwa eine Gemeinde, ein; das Bedürfnis, sich in Gemeinden zu gliedern, entstand für grössere Gemeinwesen erst durch den Gottesdienst der christlichen Kirche; das Heidentum bedurfte keiner Kultusgemeinde. Der Oikos erfreute sich der Autarkie, er genügte sich wirtschaftlich selbst; alles, was seine Angehörigen brauchten, erzeugten diese selbst, so dass sie des Tausches und Kaufes gar nicht oder nur

mit Beziehung auf Dinge von untergeordnetem Gebrauchswert, wie Gegenstände des Schmucks, bedurften. Es gab also weder ein von der Landwirtschaft abgesondertes Gewerbe, da der Bauer mit seinen Leuten selbst seine Rohprodukte zu Geräten, Kleidern und Werkzeugen verarbeitete, noch gab es einen Handelsstand, da es ja nichts auszutauschen, keine Güter unter verschiedene Hauswirte zu verteilen gab. Jeder Hauswirt leitete die Urproduktion und die Fabrikation, mit der seine Familie beschäftigt war, und verteilte das Produkt unter deren Glieder, den Anteil eines jeden nach Willkür und Gutdünken bemessend. Demnach gab es weder verschiedene Vermögens-, noch verschiedene Einkommensarten. Es gab nur eine Art des Besitzes, den Grundbesitz, keinen besonderen Kapitalbesitz. Das, was wir heute Kapital nennen, die Gesamtheit der zur Fabrikation und zum Transport gehörigen Werkzeuge, der Rohstoffe und der Vorräte, gehörte ebenfalls den Grundbesitzern. Grund- und Kapitalbesitz fielen also zusammen. Ausserdem waltet zwischen dem modernen und dem antiken Kapital noch ein zweiter grosser Unterschied ob. Den Hauptbestandteil des modernen Kapitals bilden die Maschinen. Im Altertum gab es keine Maschinen, und von toten Werkzeugen nur wenige, sehr unvollkommene und einfache. Den wichtigsten Bestandteil bildeten die lebendigen Werkzeuge, das Arbeits- und Nutzvieh, und zu diesen gehörten auch die arbeitenden Menschen, die Sklaven, die ja Eigentum des Hausherrn waren und gesetzlich nur als „redende Werkzeuge" galten und behandelt wurden. Von einem solchen Kapital darf man in Wahrheit sagen, was man vom modernen fälschlich sagt, dass es von Natur Ertrag abwerfe, denn wie die Bäume Früchte tragen, so werfen die Stuten Füllen, geben die Kühe Milch, die Schafe Wolle, legen die Hühner Eier, und zwingen die ebenfalls sich selbst vermehrenden Sklaven und die Pflugochsen den Acker, Korn zu tragen, während Geld ein totes Ding

ist und Maschinen nichts produzieren, wenn sich keine Arbeiter finden, die sie bedienen. Voraussetzung der Fruchtbarkeit des antiken Kapitals ist allerdings, dass die arbeitenden Menschen dazu gerechnet werden. Hat Aristoteles geirrt, wenn er die Sklaverei für eine Einrichtung der Natur hielt, so war sein Irrtum verzeihlich, weil er eine Gesellschaft ohne Sklaverei, die ihn eines Besseren belehrt haben würde, nicht kannte. Dagegen ist es unverzeihlich, wenn unsere heutigen Nationalökonomen, welche verschiedene Gesellschaftsformen kennen, die den Besitzern Rente sichernden gesetzlichen Einrichtungen: das Privateigentum an Grund und Boden und an Kapital und die Ausschliessung der Arbeiter davon, wenn sie solche Einrichtungen der Menschen für Einrichtungen der Natur halten. Das moderne Kapital ist so gut wie der antike Oikos geschichtlich geworden und beruht auf Gesetzen und Rechtsverhältnissen; wenn man es für einen von der Natur gegebenen Grundbegriff ansieht und die Wissenschaft der Volkswirtschaft darauf bauen will, so ist das derselbe Irrtum, dessen sich Aristoteles mit Beziehung auf den Oikos und die Sklaverei schuldig gemacht hat. Wie nur eine Art von Besitz, so gab es im klassischen Altertum auch nur eine Art von Einkommen, eben den Ertrag des Grundbesitzes und der darauf betriebenen Fabrikation. Wenn man von der ältesten Zeit absieht, wo der Besitzer noch Arbeitsgenosse seiner wenigen Sklaven war, so kann man das Einkommen des Oikenwirts als Rente bezeichnen. Ihm gehörte alles, was nach Bestreitung des Unterhalts seiner belebten Werkzeuge, des Viehfutters und der Nahrung, Kleidung und Beherbergung seiner Sklaven, vom Arbeitsertrage seiner Wirtschaft übrig blieb, und da Einkommen, das ein Besitz ohne eigene Arbeit des Besitzers abwirft, Rente heisst, so war also der Oikenwirt ein Rentner. Nur eine andere Art von Einkommen trat in einzelnen Fällen noch hinzu, der Zins von Darlehen, die, da es noch keine mit

fremdem Kapital betriebenen Unternehmungen gab, durchaus wucherischer Natur waren. Aber auch die Geldverleiher waren Oikenwirte, so dass also auch das Leihkapital diesen gehörte und das stellenweise Hervortreten dieser besonderen Einkommenart weder eine besondere Vermögensart noch eine besondere Klasse von Besitzern begründete. Uebrigens spielte das Geld nur eine untergeordnete Rolle in der echten Oikenwirtschaft; wo es Einfluss gewann, da erkannten die schärfer Blickenden, wie Aristoteles und die römischen Gesetzgeber, sofort, dass es die bestehende Gesellschaftsordnung mit Auflösung bedrohe, weshalb u. a. Cäsar anordnete, dass nur eine bestimmte Quote des Vermögens als foenus benutzt werden dürfe, das übrige in Grundbesitz anzulegen sei, und die Zahl der Seeschiffe festsetzte, die ein Senator höchstens haben dürfe. Namentlich hatte das Geld keine Bedeutung für die Fabrikation. Heute gehen die Rohstoffe vom Grundbesitzer zum Hersteller des Halbfabrikats, von diesem zum Vollender des Fabrikats, und nicht selten durch mehr als eine Zwischenstufe hindurch, zuletzt zum Grosshändler und zu allerletzt zum Detaillisten, der das vollendete Produkt an die Konsumenten verteilt; und mit jedem Ortswechsel wechselt das Gut auch seinen Besitzer, jeder Besitzwechsel aber wird durch Geld vermittelt. Im alten Oikos wurden die Rohstoffe in Vorratskammern des Oikenherrn untergebracht, nach dessen Weisungen an die ihm gehörigen Werkstätten verteilt, ohne den Besitzer zu wechseln, aus einer Werkstatt in die andere geschafft, und schliesslich war denn auch zur Verteilung an die Konsumenten oder Gebraucher, die freien und unfreien Familienglieder, nichts anderes nötig als eine Anordnung des Hausvaters. Deshalb war der Rentmeister eines solchen Haushalts mehr Magazinverwalter als Kassierer. Die Bücher wurden übrigens in Rom mit grosser Sorgfalt geführt, und die tabulae, auf denen die Vermögens- und Einkommensstücke inventarisiert, die

Ab- und Zugänge eingetragen wurden, hatten öffentliche Geltung. Es ist klar, dass bei dieser Art Wirtschaft weder Ueberproduktion noch eine aus andern Ursachen entspringende Geschäftskrisis eintreten konnte. Der Herr liess von keiner Art von Gütern mehr herstellen als er und seine Familie brauchte und zu verwenden gedachte, ihn aber an der Herstellung dieses Notwendigen zu hindern, hatte keine ausserhalb seines Oikos stehende Privatmacht die Gewalt. Es ist ferner klar, dass er, die erforderliche Zahl von Sklaven vorausgesetzt, nicht genötigt war, sie sich überarbeiten zu lassen. Die Oikenwirtschaft trägt ihr Mass: die Befriedigung der Bedürfnisse der Hausgenossen, in sich selbst; über dieses Mass hinaus arbeiten zu lassen, hat der Oikenherr keine Veranlassung. Dagegen ist die Geldwirtschaft, wie schon Aristoteles erkannt hat, völlig masslos, weil der Aufhäufung von Geldkapital keinerlei äussere oder innere, psychologische Schranken gesetzt sind, und deshalb hat diese Wirtschaftsform auch die masslose Ausbeutung der abhängigen Arbeiter zur Folge. Der Hauptübelstand der Oikenwirtschaft bestand darin, dass es doch zwei Mächte gab, die den Oikenwirt an der Herstellung des Notwendigen hindern konnten, nämlich die Natur, die zuweilen Missernten verhängte, und der Staat, der seine Person und sein Vermögen für den Krieg in Anspruch nahm. Wurde er einmal durch eine dieser Mächte empfindlich geschädigt, dann war er genötigt, zu einem wohlhabenderen Mitbürger seine Zuflucht zu nehmen, der ihn dann wohl durch Wucher von Haus und Hof trieb. Sind doch die adeligen Grundbesitzer Altroms „die ärgsten Geldjuden“ gewesen, „die es je in der Geschichte gegeben“. (H. IV. S. 344.)

Kaum als ein Uebel ist es zu betrachten, dass in der älteren Zeit, wo der Grundbesitz des einzelnen Bürgers noch klein und die Zahl seiner Sklaven noch gering war, die Produktion des Oikos nur die bescheidenen Bedürf-

nisse eines rohen Bauernlebens bestritt und für Luxus, für feinere, namentlich geistige Bedürfnisse, nichts übrig hatte; denn auf der entsprechenden Kulturstufe wird solche Armut nicht als ein Uebel empfunden. Später, als sich die vielen kleinen Haushaltungen zu wenigen grossen zusammengeballt hatten, und diesen die Ländereien und die versklavten Menschen unterworfener Staaten zur Verfügung standen, war innerhalb eines jeden Oikos auch für Luxus jeder Art und für die Befriedigung aller geistigen Bedürfnisse gesorgt. In der nach Tausenden zählenden Sklavenfamilie der römischen Grossen gab es Aerzte, Philosophen, Architekten, Mechaniker, gelehrte Bücherabschreiber so gut wie Tänzerinnen, Sängerinnen und Sänger und Musiker. Männer wie Cäsar konnten scheinbar Uebermenschliches leisten, weil sie sich der Köpfe und Hände von Hunderten von gebildeten Sklaven wie ihrer eigenen bedienten. Das Sklavenheer eines grossen Oikos zerfiel in mehrere Klassen, deren Unterschiede gesetzlich anerkannt worden sind. Eine besondere Klasse bildeten die Handwerker und Künstler; die für diese Klasse bestimmten Knaben wurden von frühester Jugend für ihren zukünftigen Beruf ausgebildet. Das übrige Sklavenheer zerfiel zunächst in die familia rustica und die familia urbana. Sowohl die Sklaven des Stadthauses als des Landgutes oder der Landgüter wurden in drei Rangklassen eingeteilt. Die oberste Klasse bildeten zunächst die Offizianten, die unsern leitenden und aufsichtführenden Privatbeamten entsprechen. Dazu gehörten u. a. der Oberverwalter (Generaldirektor) und die Verwalter einzelner Wirtschaftszweige, wie der Vogelwärter und der Bienenwärter; dann der Rechnungsführer, der Oberprokurator (Vorratsverwalter) mit den Unterprokuratoren, zu denen der Kellermeister gehörte, der Leiter des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs (villicus), ferner der Oberbediente, der Obergärtner, der Küchenchef u. s. w. Je kleiner der Oikos, desto mehr solcher Aemter wurden

natürlich einer einzigen Person übertragen. Ausser den Offizianten gehörten in die erste Klasse die Diener von bewährtem Charakter, denen der Herr eine Vertrauenstrauenstellung einräumte und denen er Botschaften, Aufträge und Geschäfte von Wichtigkeit anvertraute, und die ordinarii, das waren solche Sklaven, denen die selbständige Leitung eines Erwerbsgeschäfts, z. B. einer Wechsel- und Leihbank oder eines Kramladens, übergeben wurde. Namentlich in solchen Stellungen gelangten die Sklaven leicht zu einem peculium, d. h. zu einem Vermögen, an das sie zwar kein strenges Eigentumsrecht hatten, da ja der Herr, wie der Eigentümer des Sklaven, so natürlich auch jedes Sklavenbesitzes war, das aber, wenn es ihnen der Herr liess und ihnen ausserdem die Freiheit schenkte, dann die Grundlage ihrer bürgerlichen Existenz bildete. Auch Sklaven konnte der Sklave von seinem peculium kaufen, und ein solcher servus servi hiess dann servus peculiaris. Die mittlere Klasse bildeten die eigentlichen Arbeiter; auf dem Lande die Pflüger, die Garten- und Weinbergarbeiter, die Ochsenknechte u. s. w., in der Stadt die Sänftenträger, Thürsteher und wie sie sonst heissen mochten. Die unterste Klasse umfasste den Auswurf, die Taugenichtse, die man zum Kloakenfegen und anderen widerwärtigen Verrichtungen verwendete. Sklaven konnten, als Eigentum des Herrn, von diesem auch an andere verliehen und vermietet werden. Eine Stelle des römischen Rechts nun über den Niessbrauch von Sklaven besagt, der Niessbraucher dürfe nicht einen Abschreiber zur Feldarbeit, einen Schauspieler als Badediener, einen Sänger als Kammerdiener, einen Fechter zum Latrinenreinigen verwenden, denn so gebrauche sie kein verständiger Herr; auch mussten die feineren Sklaven secundum ordinem et dignitatem, nach ihrem Rang und ihrer Würde, vom Niessbraucher genährt und gekleidet werden. Von dem Worte mediastinus, dessen Sinn bis dahin zweifelhaft gewesen war, beweist

Rodbertus, dass es aus mediae aetatis isti entstanden ist und die jungen Sklaven von 15 bis 20 Jahren bezeichnet hat, die zu leichteren Arbeiten verwendet wurden, und die, wenn sie der familia rustica angehörten, einerseits unsern heutigen Hofejungen, andererseits dem Begriff „Jungvieh" entsprachen. Am Schlusse der Abhandlung darüber bemerkt er: „Die Römer schonten wahrscheinlich ihre Sklaven im Knabenalter mehr als wir die gleich alten Kinder unsrer freien Arbeiter, ebenso wie wir ein Füllen nicht zu früh anspannen oder eine Färse nicht zu früh nutzen. Denn das Interesse des Besitzers schützt oft in der Sklaverei den Sklaven, wo es, bei Freiheit der Arbeiter, den Arbeiter aufs schmählichste ausbeutet. Ein anderes Beispiel habe ich schon einmal anderswo angeführt: in Teuerungsjahren nimmt unter den freien Arbeitern die Sterblichkeit ausserordentlich zu, bei teueren Haferpreisen die unter unsern Pferden noch gar nicht; so auch nicht bei annona cara die unter den Sklaven in Rom." Dafür sei man dort härter gegen die Abgelebten gewesen, an denen man weiter nichts verlor, und die daher wohl nicht selten zum Verhungern ausgesetzt oder einfach umgebracht worden sein mögen. Da Cato, wie Rodbertus anführt, als Wirtschaftsregel empfiehlt, alte Sklaven zu verkaufen, so scheint es doch nicht durchweg geschehen zu sein, und mag man wohl mitunter den unbrauchbar Gewordenen bei leichten Verrichtungen das Gnadenbrot gegeben haben. Bei den Vertrauens- und Lieblingssklaven verstand sich das von selbst, soweit sie nicht freigelassen wurden und, wie der Trimalchio des Petronius, als wohlhabende, angesehene Männer starben.

Aus solchen Oiken also bestand der römische Staat. Das Nationalvermögen gliederte sich nicht in verschiedene Zweige, sondern bestand aus gleichartigen, nur der Grösse nach verschiednen Stücken. Dieser Staat hatte daher etwas Molluskenhaftes, sowohl wegen der gleichartigen Struktur seiner Teile, als weil sich im Staatskörper noch

kein Centralorgan, kein Staat im engern Sinne, ausgesondert hatte; waren es doch die Bürger selbst, die, der Reihe nach zu Beamten erwählt, den Staat regierten; und eine Menge Funktionen, die heute dem Staate gebühren, übte der pater familias als alleiniger Herr, Vorgesetzter, Richter und Polizei seiner Frau, seiner Kinder und Sklaven, die alle, von gewissen Rechten der Frau und der Kinder abgesehen, gar kein unmittelbares Verhältnis zum Staate hatten. (Weil Rodbertus die Bureaukratie für ein wesentliches, ja für das höchste und wichtigste Organ des vollkommenen Gesellschaftskörpers hält, mag er von sogenannter Selbstverwaltung und Ehrenämtern nichts wissen.) Auch dieses war eine Wirkung der Sklaverei, dass die Bürger, als Rentner der Notwendigkeit der Erwerbsarbeit überhoben, dem Staate für die Verwaltung von Ehrenämtern wie für den Krieg jederzeit zur Verfügung standen. „Uebrigens weiss ich," bemerkt Rodbertus H. IV, S. 341, „dass ich diesen Zustand in grösserer Schärfe skizzirt habe, als ihn die Geschichte, auch wohl in seinem ersten Ursprung, verwirklicht hat. Aber gerade in dieser Schärfe entspricht er der aristotelischen Idee, und von der Idee aus muss man die Schöpfungen der Wirklichkeit betrachten, wenn man ein richtiges Urteil über sie fällen will." In der That dürfte die antike Wirklichkeit ganz bedeutend anders ausgesehen haben, nicht bloss als sie Rodbertus schematisch darstellt, sondern auch, als er sie sich vorgestellt hat. Er irrt meiner Ueberzeugung nach, wenn er (H. V, S. 307) meint, die Leute, die von den griechischen Komikern als Handwerker bezeichnet würden, seien allesamt, gleich dem Gerber Kleon, nur Oikenherren gewesen, die Handwerkssklaven einer bestimmten Art beschäftigten. Zu deutlich geht aus den griechischen und römischen Komikern (namentlich aus dem Preise der Armut, die zur Handwerksarbeit zwinge und dadurch alle Kultur und allen Reichtum erzeuge, in des Aristophanes Plutus

Vers 510 ff.), aus den Idyllikern und auch aus Xenophon hervor, dass es im Attika des Perikles und später in den Provinzen des römischen Reiches und selbst in Italien zahlreiche selbstarbeitende kleine Bauern und Handwerker gegeben hat, dass daher das antike Wirtschaftsleben nicht so grundverschieden von dem unsern gewesen ist, wie es Rodbertus darstellt. Wie hätten denn auch die Oikenherren durch ihre Handwerkssklaven Waren für den Verkauf anfertigen und durch ihre servi ordinarii Kramhandel betreiben lassen können, wenn die ganze Bevölkerung aus Oikenfamilien bestanden hätte, deren jede sich wirtschaftlich selbst genügte? Trotzdem aber beruht die Rodbertusische Darstellung in doppelter Beziehung auf Wahrheit. Einmal gab es thatsächlich solche sich selbst genügende Oiken in bedeutender Zahl, und war die vollständige Durchführung des Oikensystems das Ideal nicht allein des Aristoteles, sondern auch des Volkes. Dem Bauer Dikäopolis in den Acharnern des Aristophanes, den der Krieg in die Mauern Athens getrieben hat, schmerzen die Ohren von dem ewigen kauft, kauft, was er dort von morgens bis abends hören muss, und vom Trimalchio, dem Emporkömmling, lässt Petronius die Gäste rühmen, dass er nichts zu kaufen brauche, weil ihm alles zuwachse. Zum andern bestand die Bürgerschaft der Stadt Rom in den letzten Jahren der Republik thatsächlich aus grossen Oikenherren, nämlich die Bürgerschaft, die diesen Namen verdiente und die sich kaum auf 2000 Köpfe belief; die übrigen „freien Bürger“ waren schmarotzende Klienten der Reichen und Kostgänger des Staates. Beruht demnach die Darstellung des Rodbertus der Idee und auch einem Teile der Wirklichkeit nach auf Wahrheit, so ist sie zugleich von einer so entscheidenden Wichtigkeit für das Verständnis des volkswirtschaftlichen Prozesses, dass ohne sie auch unsre moderne Wirtschaft gar nicht verstanden werden kann. B. S. 151 zieht Rodbertus noch genauer die Grenze,

innerhalb deren seine Darstellung gilt. „Ich weiss wohl, dass ich den staatswirtschaftlichen Typus des Altertums in zu grosser Schärfe hingestellt habe und dass die Wirklichkeit manches gemildert und verwischt hat, dass viele Handwerker frei waren, dass namentlich auch das athenische Leben das Bild einer grösseren Geldwirtschaft, eines regen Handels und Verkehrs geboten hat. Aber ich weiss auch, dass jene freien Handwerksarbeiter, wie es heute noch in China und Ostindien geschieht, in der Regel nicht auf eigene Rechnung fabrizierten, sondern für Taglohn in jenen grossen Privatwirtschaften an dem diesen Wirtschaften verbleibenden Material arbeiteten, dass Aristoteles noch zu seiner Zeit das wirtschaftliche Leben der Athener als eigentümlich bezeichnet, und dass ein Geist von seiner Beobachtungsgabe, wenn nicht der hier geschilderte Zustand die Grundlage der Wirklichkeit gewesen wäre, niemals jene Unterscheidungen der Erwerbskunst hätte machen können, die sich im ersten Buch seiner Politik finden. Denn mag es immerhin in unsern Augen ein Vorurteil sein, dass er diejenige *χρηματιστική*, die sich bloss mit Geldausleihen beschäftigt — unser heutiges Bankiergeschäft — für abscheulichen Wucher, diejenige, die in dem reinen Kaufmannshandel besteht, auch noch für verwerflich hält, diejenige sogar, die den Ueberschuss der eigenen Wirtschaftsprodukte zu Gelde macht, nur ausnahmsweise hingehen lässt, und allein diejenige als gut und eines Freien würdig statuiert, die in der eigenen Wirtschaft die Befriedigungsmittel aller Bedürfnisse des Hauses herstellt, wenn, sage ich, diese Unterscheidungen in unsern Augen auch auf Vorurteilen beruhen, so beruhen doch gesellschaftliche Vorurteile selbst nur auf gesellschaftlichen Zuständen."

Das Gebiet nun, auf dem sich Volkswirtschaft und Staatsverwaltung im engeren Sinne am innigsten berühren, ist das Steuerwesen, dessen Untersuchung daher die Kenntnis der Volkswirtschaft einer Periode nicht wenig fördert.

Die steuerpolitischen Grundsätze hängen einerseits vom Zustande der Volkswirtschaft, andererseits von der die Zeit oder das Volk beherrschenden Rechtsidee ab. Aus dem beschriebenen volkswirtschaftlichen Zustande des Altertums folgt, dass es in Rom keine aus der Verschiedenheit von Vermögens- und Einkommensarten entspringende Vielheit von Steuern, namentlich keine Gewerbesteuern geben konnte. Für die Bürger, die Oikenherren, konnte es nur eine Art von Steuern geben, die vom ungeteilten Oikenvermögen, während bei uns die Vermögens- und Einkommenssteuern einen beinahe nur subsidiären Charakter tragen. Was die Rechtsidee betrifft, so begründete sie einen doppelten Unterschied des römischen Steuerwesens von dem unsern. Während bei uns die germanische Auffassung herrscht, dass der Staat den Bürgern nicht mehr an Steuern abnehmen dürfe, als diese ihm bewilligen, und das Privateigentum dem Staate gegenüber so gut geschützt ist wie andern Privateigentümern gegenüber, war der antike Staat omnipotent, und konnte die Person und das Vermögen jedes einzelnen, wenn er beides brauchte, unbeschränkt für sich in Anspruch nehmen. Freilich schwindet die Härte dieser Theorie, wenn man sich überlegt, dass der vielköpfige Despot ja niemand anders war, als die Gesamtheit der Beherrschten, dass also die Bürgerschaft durch zu starke Anziehung der Steuerschraube sich selbst wehegethan haben würde. In der Praxis tritt die Härte des antiken Staatsrechts nur dann hervor, wenn der Steuerherr und die Besteuerten nicht mehr vollständig zusammenfallen; wenn, wie das eine zeitlang in Athen der Fall war, eine Versammlung von grösstenteils vermögenslosen Bürgern Steuern ausschreibt, die die wenigen Reichen zu tragen haben, oder wenn, wie in den Munizipien der römischen Kaiserzeit, die Decurionen, d. h. die geborenen Senatoren, die Steuerlast auf die ärmeren Bürger abwälzen. Solche Abwälzung ward durch den Grundsatz der Solidarität

möglich, der noch weiter das antike Steuerwesen vom modernen unterscheidet; Städte waren in solidum haftbar; der Kaiser konnte die Steuer von einem oder von einigen reichen Bürgern eintreiben, und diese mochten sich dann an ihren Mitbürgern schadlos halten, so gut sie konnten; bei uns haftet jeder Steuerpflichtige nur für die ihm persönlich auferlegte Summe. Der andere, das antike Steuerrecht vom modernen unterscheidende Grundsatz bezog sich auf die Behandlung eroberter Länder. Bei uns behalten die Einwohner eines eroberten Landes ihr Privateigentum und werden in das Recht des Staates aufgenommen, der sie annektiert, also dessen Bürgern gleichgestellt. Im Altertum wurde das gesamte eroberte Land Domäne des erobernden Staates und wurden die unterworfenen Einwohner, sofern ihnen das Leben geschenkt ward, dessen Sklaven; wenigstens der Theorie nach, wenn diese auch fast niemals ihrer vollen Strenge nach geltend gemacht wurde.

Dieser zweite Grundsatz brachte es mit sich, dass im römischen Reiche die von den Bürgern zu entrichtende Steuer, der Bürgertribut, vom Provinzialtribut wesentlich verschieden war. Der Bürgertribut entsprang aus der Verpflichtung des Bürgers, mit seinem ganzen Vermögen dem Gemeinwesen Hilfe zu leisten, so oft dieses in Not war. Da bei der oben beschriebenen Natur des antiken Staates die Staatsbedürfnisse im Frieden sehr gering waren, trat die Notwendigkeit, Steuern zu erheben, fast nur im Kriege ein, der freilich in Rom alljährlich wiederkehrte. Der Bürgertribut wurde daher nur nach Bedarf erhoben, so dass es keinen festen Steuersatz gab, den der einzelne alljährlich zu entrichten gehabt hätte. Je nach Bedarf wurde angeordnet: von je 1000 Solidi hat jeder Bürger so und so viel zu entrichten. Die Erfüllung dieser Pflicht war ebenso wie der Kriegsdienst die höchste Ehre des Bürgers; weder bedeutete diese Zahlung eine Zinspflicht des Bodens noch eine Tributpflicht der

Person, welches beides schimpfliche Zeichen der Unterjochung waren. Sondern die Bürgersteuer war, wenn sie auch tributum hiess, nur ein Zusammenschiessen zu einer gemeinsamen Unternehmung, und fiel diese glücklich aus, so konnte den Bürgern die geleistete Steuer aus der Kriegsbeute vergütet werden. Einen Rechtsanspruch auf unmittelbare Vergütung hatten sie zwar nicht, aber mittelbar hielten sie sich immer schadlos, und in den letzten Zeiten der Republik wurde eine Reihe von Jahren hindurch gar kein Bürgertribut erhoben. Die Steuer wurde auf Steuereinheiten von je 1000 Solidi ausgeschrieben. Die Bürger schätzten sich selbst, was bei der erwähnten genauen Buchführung der Oiken leicht war. Die hauptsächlichsten der Schätzung unterliegenden Gegenstände waren natürlich die Grundstücke und Vorräte einerseits und die capita des Viehs und der Sklaven andererseits. Der Censor konnte in die Selbstschätzung in doppelter Weise eingreifen, indem er Vermögensobjekte, die bisher unbeachtet geblieben waren, mit heranzog, und indem er vorschrieb, wie einzelne Objekte eingeschätzt werden sollten. Cato Censorius that beides; er zog den Schmuck und die Garderobe der Frauen heran, und er schätzte jugendliche Luxussklaven auf das Zehnfache ihres Kaufpreises ein.

Die in Provinzen verwandelten unterjochten Länder wurden in doppelter Weise für den Fiskus herangezogen. Zunächst wurde ihr ganzer Grundbesitz als Domäne, als ager publicus im weiteren Sinne behandelt. Die Staatsländereien des eroberten Staates wurden Domänen, ager publicus im engern Sinne, gehörten also dem Fiskus unmittelbar und wurden gewöhnlich verpachtet. Die Privatgrundstücke wurden entweder ihren bisherigen Besitzern gegen einen Zins gelassen, oder, in sehr verschiedenen Kategorien und Rechtsverhältnissen, die Rodbertus genau beschreibt, zur Anlage von Kolonien verwendet und sonst nutzbar gemacht; in jedem Falle wurde aller Pro-

vinzialacker tributpflichtig, was ihn von dem Acker des römischen Bürgers unterschied. Den Personen aber wurde eine Kopfsteuer auferlegt, die ihnen anhaftete, wo immer sie sich, von der im weiten Römerreich herrschenden Freizügigkeit Gebrauch machend, befinden mochten. Da der Hausvater denselben Steuersatz, wie für sich, auch für seine Frau, für jedes seiner Kinder und jeden seiner Sklaven zu entrichten hatte, so bedeutete sie zugleich, die Zahl der Sklaven zum Massstabe des Vermögens genommen, eine gerechte und bequem zu veranlagende Vermögenssteuer. Staatsrechtlich betrachtet aber war der Provinzialtribut in seinen beiden Zweigen überhaupt keine Steuer, keine Erfüllung einer Bürgerpflicht, sondern eben ein Tribut, eine fortwährende Kriegskontribution, eine nota captivitatis. Die Abhandlungen von Rodbertus über diese Gegenstände enthalten, zum Teil in mehrseitigen Anmerkungen, eine Menge kritischer Exkurse, die den Studierenden als Muster scharfsinniger Unterscheidung, schöpferischer Kombination und lichtvoller Darstellung empfohlen werden können. Die Kopfsteuer giebt ihm (H. IV, S. 369) Veranlassung zu einem solchen Exkurs über Matthäus 17, 25. Die Steuereinnehmer fragen Petrus: Bezahlt euer Meister die Doppeldrachme? Worauf dieser antwortet: Ja! Zu Hause fragt Jesus den Petrus: Von wem nehmen die Könige der Erde Tribut oder Kopfgeld? Von ihren Kindern oder von den Fremden? Petrus antwortet: Von den Fremden. Darauf Jesus: Also sind die Kinder frei; damit wir sie aber nicht ärgern u. s. w. Das wird gewöhnlich so erklärt, dass Jesus, als Sohn Gottes, Abgabenfreiheit für sich in Anspruch genommen, und nur zur Vermeidung des Aergernisses die Steuer bezahlt habe. Rodbertus beweist jedoch, dass es sich hier nicht um die Tempelabgabe, sondern um die römische Kopfsteuer handle, und dass Jesus habe sagen wollen: Da die Könige der Erde nicht von ihren Landeskindern, sondern von den Fremden

Kopfsteuern erheben, wir aber keine Landeskinder des römischen Kaisers sind, so müssen wir Steuer zahlen; an unserer Weigerung würde man mit Recht Anstoss nehmen. Zugleich ist, wenn das Kopfgeld der Juden zwei Drachmen betrug, damit ein Anhaltspunkt für die Berechnung des Ertrages dieser Steuer gegeben.

Das war der Zustand des römischen Steuerwesens und der römischen Volkswirtschaft bis Augustus. Von da ab trat eine tiefgreifende Veränderung ein, die in einer tausendjährigen Uebergangsperiode den antiken Staat allmählich zum christlich-germanischen Staate des Mittelalters umbaute. Die Aenderungen der Volkswirtschaft und des Steuerwesens gehen, einander gegenseitig hervorrufend und ineinander eingreifend, fortwährend parallel. Ist es doch „noch immer das Steuerinteresse gewesen, was sich am ersten mit der sogenannten Untergrabung der sozialen Grundlagen vertragen hat". (H. IV, S. 427.) Die hauptsächlichsten volkswirtschaftlichen Aenderungen waren: Die Zerlegung der Latifundien in Kolonengüter, die Verwandlung der Sklaven in Hörige und Erbpächter, und die räumliche Trennung der Fabrikation von der Urproduktion. Am Anfange der Republik war der römische Bürger Eigentümer eines kleinen Bauerngutes; zu Catos Zeit hatte sein Besitz den Umfang eines grossen norddeutschen Bauerngutes, am Ende der Republik den eines grossen Rittergutes. Die Reichen hatten viele solche Rittergüter in Italien wie in den Provinzen, während die kleinen Güter verschwunden und die Nachkommen ihrer ehemaligen Besitzer Proletarier waren. Wenn Plinius klagt, die Latifundien hätten Italien zu Grunde gerichtet und würden nun auch schon den Provinzen verderblich, so hat das nicht bloss den Sinn, dass sie den kleinen Grundbesitz aufgesaugt, sondern auch, dass sie ausserdem die Produktivität der Landwirtschaft geschädigt hätten. Das italienische Wirtschaftssystem — Rodbertus beschreibt es genau — war

an sich vortrefflich; es fehlte weder am Fruchtwechsel, noch an der Düngung und der sorgfältigen Bodenbearbeitung; ja diese war geradezu gartenmässig. Eben deshalb aber war es unmöglich, ein etwa 3000 Morgen grosses Gut von einem einzigen Wirtschaftshofe aus gut zu bearbeiten, besonders da die Arbeiter Sklaven waren, die mitunter bis zur Arbeitsstätte eine Stunde weit zu gehen hatten, und zwar gefesselt, und die dann so widerwillig und schlecht arbeiteten, wie Zwangsarbeiter nur immer können. Eben das ergastulum, der Sklavenzwinger, und die Fesselung der Sklaven, waren ebenfalls Schöpfungen des Latifundiums. In der älteren Zeit hatte das Wort familia als Bezeichnung der Sklaven etwa unserm Ausdruck Hausgesinde entsprochen, und das patriarchalische Verhältnis, an das wir bei diesem Ausdruck denken, hatte wirklich bestanden. Seitdem aber der Pater familias nicht mehr Arbeitsgenosse seiner Sklaven war, nur noch zu einem Teil seiner familia urbana in persönlicher Beziehung stand, sein Landgut nur zuweilen besuchte, und wenn er viele Landgüter hatte, manche davon niemals seiner persönlichen Gegenwart würdigte, seitdem gab es weder ein sittliches oder gemütliches Band, noch ein Interesse, das den Ackerbausklaven an den Herrn und sein Gut gefesselt hätte, und der Sklave that, was Menschen in solcher Lage immer und überall thun, er lief fort, wenn er nicht angebunden wurde, eine Wahrheit, die, so einfach sie ist, doch unsern heutigen ostelbischen Grossgrundbesitzern immer noch nicht einleuchten will. Ihre altrömischen Standesgenossen ergriffen also das einzige Mittel, das es unter solchen Umständen giebt, die Arbeiter an ihr Gut zu fesseln, sie fesselten sie bei der Arbeit körperlich, und sperrten sie des Nachts in einen Zwinger. Die Unwirtschaftlichkeit einer solchen Bestellungsweise leuchtete bald ein, und die Landwirte, die Schriften hinterlassen haben, gestehen, dass es schlechtere Arbeiter, als gefesselte Sklaven, nicht

gebe. Man sah sich also dazu gedrängt, die Latifundien in kleine Pachtgüter aufzulösen, dieses umsomehr, als das kolossale Anwachsen der Millionenstadt Rom und das Wachstum auch anderer Städte die benachbarten Gutsbesitzer veranlasste, vom Körnerbau zur Viehzucht und Milchwirtschaft, zur Geflügelzucht, zum Wein-, Oliven-, Obst- und Gemüsebau überzugehen; auch Blumen wurden eine gesuchte Marktware; alle solche Produkte lassen sich aber nur in kleinen Wirtschaften mit Vorteil gewinnen. Die Verteilung des Nationaleinkommens, bemerkt bei dieser Gelegenheit Rodbertus (H. II, S. 214—220) „sie mag gut oder schlecht sein, bestimmt immer das nationale Bedürfnis, wie es sich auf dem Markte äussert, und die dadurch hervorgerufene landwirtschaftliche Produktion bestimmt häufig das ökonomische Mass der zu bewirtschaftenden Grundstücke“. Und ferner bemerkt er, dass schon die Verwandlung von Acker in Weide keineswegs immer ein Zeichen sinkender Landwirtschaft sei; „die Verwandlung in künstliche Wiesen kann aber niemals ein Zeichen dafür sein, sondern immer nur soviel bedeuten, dass für frische und vorzügliche Viehprodukte grosser Begehr entsteht und hohe Preise bezahlt werden, dabei blüht aber gerade die Landwirtschaft“. Also die Latifundien wurden parzelliert. Nun gab es aber keine freien Pächter — die Publikanen, die Mitglieder des Ritterstandes, welche Domänen und Steuern pachteten, waren grosse Herren und liessen sich nur auf grosse Geschäfte ein. Es blieb also nichts übrig, als tüchtige und zuverlässige Sklaven zu Pächtern zu machen, wie man ja auch längst schon vertrauenswürdigen Mitgliedern der familia urbana die selbständige Verwaltung von Handelsgeschäften übergeben hatte. So entstand eine Klasse unfreier Pächter oder Kolonen. Dazu kam, dass nach Beendigung der Eroberungen und Herstellung des Weltfriedens auf den Sklavenmärkten die Zufuhr ausblieb. Der Gutsbesitzer

sah sich also genötigt, Sklaven auf dem Gute zu züchten, und auch das machte den beiden schlimmsten Auswüchsen der Sklaverei, dem Zwinger und der Fesselung ein Ende. Die Sklaven mussten durch Familienbande und durch materielle Interessen an das Gut gefesselt werden. Bald unterschieden sich die Inquilinen, die auf dem Gute geborenen Sklaven, vorteilhaft von den auf dem Markte gekauften, die wie Vieh verbraucht wurden, und die Sklaveneltern wurden für fleissige Kinderproduktion durch Freilassung prämiert. Und zu dieser Bindung an das Gut half auch noch die Gesetzgebung mit, während sie sich mit dem Kolonat, das vorerst noch ein reines Privatverhältnis zwischen dem Herrn und seinen Sklaven blieb, erst später beschäftigte. Da die Sklavenschaft als instrumentum vocale den wichtigsten Bestandteil des Gutsinventars ausmachte, ohne den das Gut keinen Wert hatte, so wurde es verboten, die ins Gutsinventar eingetragenen Sklaven eines verpfändeten Gutes freizulassen oder sonst dem Gute zu entfremden; ebenso mussten bei Verkäufen und Verpachtungen von Gütern die eingetragenen Sklaven, die Adskriptizier, mit übergeben werden, und je öfter ein Gut verkauft wurde, desto deutlicher trat die Zugehörigkeit eines solchen Sklaven zum Gute hervor, da er ja jedesmal mit übergeben und aufs neue gebucht wurde. Die so entstandenen drei Klassen von Sklaven deckten sich teils, teils fielen sie auseinander. Ein Inquilin konnte Kolon werden, ein Kolon konnte adskribiert werden, adskribiert werden konnte aber auch ein nicht auf dem Gute geborener Sklave. Der Hauptsache nach gab es, nachdem sich diese Verhältnisse befestigt hatten, adskribierte Pächter und adskribierte Inquilinen oder gewöhnliche Landarbeiter. Auch auf städtischen Grundstücken kommen Adskriptizier vor, da auch das Stadthaus sein Inventar hatte. Dem Pfandrecht also war es zu danken, dass nicht bloss durch wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch durchs Ge-

setz ein Stand von Hörigen gebildet wurde, der nicht mehr als Ware umlief.*) Der zweite Beweggrund für den Gesetzgeber, in diese wirtschaftlich-soziale Umbildung fördernd und befestigend einzugreifen, lag auf dem Gebiet der Steuer. Zur übersichtlicheren Einschätzung war eine gesonderte Aufnahme des unbeweglichen und des beweglichen Besitzes eingeführt worden. Jene hiess jugatio, diese capitatio; ein Grundwert von 1000 solidi wurde als ein jugum, ein Häupterwert von 1000 solidi als ein caput angenommen. Wenn die Sklaven frei als Ware zirkulierten, so machte die capitatio Schwierigkeiten; der Gesetzgeber hatte also ein Interesse daran, sie ans Grundstück zu binden. Ferner musste er dem Streben der Decurionen, die in den Munizipien die grössten Besitzer waren, die ihnen auferlegte Steuer auf ihre Pächter abzuwälzen, entgegenarbeiten, weil der auf diesen lastende Druck viele veranlasste, fortzulaufen und die Aecker brach liegen zu lassen. Daher wird durch ein Gesetz vom Jahre 325 n. Chr. die Leistung des Kolonen an den Herrn fixiert, jenem, mag er auch ein Sklave sein, ein Klagerecht gegen den Herrn eingeräumt und drei Jahre später wird verordnet, dass die Bauern während der Aussaat und Ernte mit Hand- und Spanndiensten verschont bleiben sollen. Ferner wird verboten, Sklaven, die zu versteuern sind, über die Grenzen der

---

*) Die Sache kam auch 1000 Jahre später noch vor, aber da war doch nicht mehr das Pfandrecht notwendig, ein Verbot zu begründen, indem sich unter dem Einflusse des Christentums die Rechtsanschauungen geändert hatten. Kaiser Konrad II. verfügte i. J. 1031: „Da wir gehört haben, dass die Leibeignen (mancipia) der heiligen Kirche von Verden wie unvernünftiges Vieh für jeden beliebigen Preis verkauft werden, so wundern wir uns nicht allein über diese nichtswürdige Gewohnheit, sondern verwünschen sie auch als einen Greuel vor Gott und den Menschen, besonders da nach den Kanones die kirchlichen Grundstücke und Leibeignen nur gegen andere gleichwertige Grundstücke oder Leibeigne ausgetauscht werden dürfen."

Provinz hinaus zu verkaufen; etwas später, 334, wird verboten, bei Besitzteilungen die Sklaven von ihren nahen Verwandten zu trennen, also die Familienbande zu zerreissen, und durch Gesetze von 357 und 367 wird verboten, Sklaven vom Gute zu verkaufen. Im selben vierten Jahrhundert werden Kolonen erwähnt, die persönlich frei, wenn auch gleich den Sklavenkolonen an die Scholle gebunden sind. Solche freie Kolonen sind auf dreierlei Weise entstanden; erstens durch die Freilassung von Sklavenkolonen; zweitens dadurch, dass arbeitsfähige Bettler von freier Geburt zwangsweise zu Kolonen gemacht wurden. Drittens durch Ansiedlung eingewanderter Barbaren. Von Justinian ab werden nur noch die freien Bauern Kolonen genannt, während die unfreien amtlich adscripticii oder coloni censiti heissen.

Bei der Auflösung des Latifundiums trennte sich auch die Fabrikation von der Urproduktion. Der Oikenherr richtete in seinem Stadthause oder in dessen Nebengebäuden Werkstätten ein, in denen seine Handwerkssklaven die Rohprodukte verarbeiteten, die von den Kolonen als Naturalpacht abgeliefert wurden. Der Oikenherr hiess von da ab Possessor. „Wie es den antiken Republiken mit ihrer politischen Verfassung erging, nämlich, dass diese für ein zu gross gewordenes Land nicht mehr passte, so erging es auch dem Grundbestandteil dieser Staaten, dem Oikos, mit seiner wirtschaftlichen Form, als sein Landbesitz zu gross geworden war.“ (H. VIII, S. 388.)

Mit dieser wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung ging eine langsame Reform des Steuerwesens Hand in Hand, und beides zusammen ergab eine vollständige Umbildung des Staates. Die Geschichte dieser Veränderung leitet Rodbertus (H. V, S. 135) mit den Sätzen ein: Der Wandel umfasste einen Zeitraum von 500 Jahren [die erste Hälfte des Jahrtausends des Uebergangs der antiken Staatenordnung in die christlich-germanische].

„Mit seinem Beginn verloren die Römer ihre politische Freiheit und behielten nur die bürgerliche, den Freihandel, der sich noch zu allen Zeiten mit einem Ruhe schaffenden Despotismus vertragen hat“; unter Diokletian verlor die römische Gesellschaft gar noch den Freihandel und statt seiner schlang sich eine allgemeine bürgerliche Unfreiheit um alle Stände des Reiches und alle Arten des Eigentums. Ehe die Bewohner des Römerreichs bei der gleichen Unfreiheit aller anlangten, wurden die Freien in den Pflichten und den ihnen verbliebenen Rechten gleich gemacht, indem alle freien Provinzialen von Caracalla das Bürgerrecht erhielten.

Dio Cassius berichtet über eine Kabinettssitzung des Augustus mit Mäcenas und Agrippa, von der Rodbertus sagt, wenn sie nicht wirklich stattgefunden haben sollte, so sei sie wenigstens gut erfunden, denn sie enthalte das Programm dessen, was sich im Laufe der nächsten Jahrhunderte wirklich vollzogen hat. Agrippa rät, die Republik wieder herzustellen. Damit wären die Provinzen zu ewiger Unterthänigkeit verurteilt geblieben; denn wenn schon Italien im Rahmen der Polis — eine andre Form der Republik kannte man nicht — unmöglich Platz finden konnte, wie hätte es der orbis terrarum gekonnt? Mäcenas dagegen rät zum radikalsten Fortschritt: Gleichstellung der Provinzen mit dem Bürgerland im Recht, und „über diesem einen und unteilbaren Reich Errichtung — nicht eines satrapischen Despotismus nach orientalischer oder einer Tyrannis nach antiker Art, sondern — einer durch den Senat gemässigten Militär- und Beamtenmonarchie mit Besoldung und öffentlichem Unterricht“. Augustus habe sich für den Ratschlag des Mäcen entschieden in der Weise, dass er einen Teil dieses Planes selbst ausgeführt, das übrige seinen Nachfolgern überlassen habe.

Den Nachfolgern blieb namentlich die Gleichstellung der Provinzialen mit den Bürgern überlassen. Was jenen

sofort zu teil ward, das war Schutz vor der Ausbeutung durch räuberische Prokonsuln („wenn die Republik die Provinzen als praedia populi Romani verwaltet hatte, die jeder Prokonsul mit dem ihm folgenden Schwarm von Spekulanten aussaugen durfte, schrieb schon Tiberius seinen Gouverneuren vor: ein guter Hirt hat die Schafe zu scheeren, nicht zu schinden.“); Ruhe und Ordnung, „endlich eine gewinnbringende Nutzung ihrer produktiven Kräfte in dem allgemeinen Freihandel dieses ungeheuren Mittelmeerreiches.“ In Beziehung auf die Finanzen lautete die Lösung in dem neuen Militär- und Beamtenstaate: mehr Geld und bessere Ordnung. Es werden neue Steuern eingeführt: eine fünfprozentige Erbschaftssteuer, eine Umsatzsteuer: zwei oder vier Prozent von jedem verkauften Sklaven, und eine einprozentige Marktaccise. Ferner wurden in mehreren östlichen Provinzen die Steuern erhöht und überall die Nutzniesser des ager publicus schärfer herangezogen. Endlich ordnete er, um eine feste Grundlage fürs Steuerwesen zu schaffen, den Reichszensus an, den jedermann aus der Bibel kennt. In einer langen Abhandlung weist Rodbertus nach, dass diese Massregel eine Volkszählung und eine Bodenvermessung umfasst hat, dass sie sich aber nicht auf die Bürger bezogen hat, sondern nur eine Inventur der provinzialen Hilfsquellen, und auch hier weder eine Vermögensschätzung noch eine Bodenkatastrierung, sondern eben eine blosse Zählung und Vermessung gewesen ist; die Lukas 2 und die Apostelgeschichte 5 erwähnte „Beschreibung“ liegen zwar 5 Jahre auseinander, gehören aber, als Anfang und Schluss desselben Werkes, zusammen. Der Zensus war namentlich deswegen notwendig, weil Cäsar die Provinzialen vom Druck der Publikanen (Steuerpächter) zu befreien und die Erhebung unmittelbar für den Staat einzuführen begonnen hatte, damit aber der Anhalt zur Berechnung weggefallen war, den man an den Angeboten der Pächter gehabt hatte. Den für die Neuorganisation des Reiches

erforderlichen Beamtenstamm lieferte den reichen Juliern (Augustus hat 174 Millionen Thaler aus eigenen Mitteln fürs Gemeinwesen aufgewendet) die Sklavenschar ihres Oikos, von der ja, wie aus der Beschreibung dieses Staates im kleinen hervorgeht, der vornehmere Teil schon die Stellung von Privatbeamten eingenommen hatte, daher für die neuen Aemter durchaus geeignet war. Natürlich wurden nur Freigelassene, nicht solche, die noch im Sklavenverhältnisse standen, zu Staatsämtern befördert. Die zahlreichen Freigelassenen*) schufen nun auch ein vom Oikos unabhängiges Handwerk und Handelswesen, vollendeten also die Sonderung dieser Erwerbszweige von der Urproduktion und ermöglichten ihre besondere Besteuerung. Wenn oben gesagt wurde, das von Rodbertus entworfene Schema des antiken Wirtschaftslebens passe eigentlich nur auf das Rom der letzten Zeit der Republik, das, abgesehen von dem auf Staatskosten gefütterten Proletariergesindel, aus sich selbst genügenden Oiken bestand, während solche im übrigen Italien und in den Provinzen nur in eine des Warentausches bedürfende Bauern- und Handwerkerschaft eingestreut waren, so ist diese Einschränkung noch weiter durch die Bemerkung einzuschränken, dass der grosse und daher wirklich auch auf einer höheren Kulturstufe autarke Oikos in dem Augenblicke, wo er fertig war, auch schon sich aufzulösen begann. Indem der Oikenherr zahlreiche Sklaven und Freigelassene als Handwerker, Krämer, Wechsler und Wucherer (man denke an das biblische Gleichnis von den Talenten, das ja nicht verstanden worden wäre, wenn es sich nicht auf einen allgemeinen Brauch bezogen hätte) selbständig arbeiten liess und sich auf die Einziehung seines Gewinnanteils beschränkte, entstand ein Kleingewerbe, das zuletzt die Reste seiner ursprünglichen

*) Sie bildeten nach Friedländer den dritten Stand, die senatorischen Geschlechter den ersten, die Ritter den zweiten.

Hörigkeit abstreifte, geradeso wie im Mittelalter. Und auch alle Organisationsformen des Mittelalters und der Neuzeit finden wir bei diesem dritten Stande der Römerwelt: Zünfte, gesellige Vereine, Unterstützungs-, namentlich Begräbnisvereine, Produktivgenossenschaften, dazu freie Lohnarbeiter und Streiks*). Den gesetzlichen Rahmen für seine Organisationen boten dem Gewerbetreibenden, wie Rodbertus hervorhebt, die collegia tenuiorum dar, die erlaubt blieben, als die Genossenschaften der Grossen vom misstrauischen Cäsarismus unterdrückt wurden, ausgenommen solche collegia mercatorum, welche die Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses, z. B. die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, gegen eine Entschädigung übernahmen. Es waren dies Korporationen, die teils dem modernen Staatshaushalt ganz abgehen, teils solchen Corps, wie die heutigen Feuerwehren sind, entsprechen würden. Die Cäsaren leisteten der Auflösung des Oikos anfangs Widerstand. Cäsar selbst, wie bereits erwähnt worden ist, bestimmte, dass nur ein Teil des Vermögens als Wucherkapital verwendet, die Hauptmasse in Grundbesitz angelegt werde; auch die Zahl der Seeschiffe, die ein Senator haben durfte, war gesetzlich beschränkt. Trajan wollte nur noch, dass Bürger, die sich um Staatsämter bewerben, wenigstens den dritten Teil ihres Vermögens in Grundbesitz angelegt hätten.

---

*) Friedländer hat im ersten Bande seiner Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms, von S. 295 der sechsten Auflage ab, das Leben und Treiben dieser Leute anschaulich geschildert. Die Auffassung des Rodbertus bestätigt er insofern, als er glaubt, dass der neue Gewerbestand fast ausschliesslich aus Freigelassenen bestanden habe, da die freien römischen Bürger, auch wenn sie bettelarm waren, den Erwerb im Kleingewerbe für eine Schande hielten, während, wie er übereinstimmend mit Rodbertus bemerkt, auch das sittlich oder physisch schmutzigste Gewerbe: Geld- und Grundstückwucher, Bordellwirtschaft, das Unterhalten öffentlicher Bedürfnisanstalten u. dgl., dem keine Schande machte, der es im Grossen durch Sklaven betrieb, auf die er den Schmutz abwälzte.

Zu des grossen Juristen Paulus Zeit giebt es schon einen eignen Stand von Banquiers, von denen viele gar keinen Grundbesitz mehr haben. „Als der Staat den Kampf mit dem neuen Leben aufgegeben hatte, fing er an, Nutzen davon zu ziehen, indem er es besteuerte.“ (H. V. S. 307). Von Caligula an werden Gewerbesteuern eingeführt. Zuerst besteuert man die Bordelle, dann die Wirtshäuser, dann die Eckensteher, Dienstmänner, Lastträger und anderes „Gesindel“, wozu man die Christen rechnete, dann das Handwerk, endlich die Kaufmannschaft. Die durch das non olet bekannte Urinsteuer Vespasians war, wie Rodbertus nachweist, eine Latrinensteuer; die Anlage öffentlicher Bedürfnisanstalten verzinste sich um so besser, als der grossartige Gartenbau der Umgegend viel Dünger brauchte. „Wunderbar, wie in der Geschichte die Letzten immer die Ersten werden! Aus der Sklaverei gehen im Wege der Freilassung die ersten Staatsbeamten modernen Stils hervor*). Die Steuer von einer schmutzigen Abtrittsindustrie ist die früheste, die direkt das Handelskapital trifft; Steuern von Huren, Eckenstehern und solchem Gelichter sind die ersten in der Geschichte, die von „persönlichem Verdienst“ erhoben werden. Aber unter den letzteren sind schon die Christen!“ (H. V. S. 315). Wir können die Umwandlung nicht weiter verfolgen, die das Steuerwesen dadurch erfuhr, dass Caracalla den Provinzialen das Bürgerrecht verlieh, und dass dann Diokletian das Bürgerland der Realpflichtigkeit unterwarf, dass also der eine alle Unterthanen in der Freiheit, und der andre sie in der Unfreiheit gleich machte. Für das Verständnis der Volkswirtschaft kommen dabei nur zwei Umstände in Betracht. Erstens, dass das Steuerwesen und überhaupt der ganze Staatshaushalt naturalwirtschaftlich blieben. Man dürfe sich, schreibt

*) Dieser Prozess hat sich im Mittelalter bei den Dienstmannen der Fürsten wiederholt.

Rodbertus, durch die umlaufenden grossen Summen nicht täuschen lassen; heut wirke ein Thaler geldwirtschaftlicher, als damals 100 Solidi. Auch die Privatwirtschaft habe des Geldes noch wenig bedurft; der Possessor habe immer noch eignen Zuwachs verarbeiten lassen, also Geld als Betriebskapital zur Fabrikation nicht gebraucht; nur zwischen ihm und dem Kaufmann habe Geld vermittelt. So habe das Beamtengehalt umfasst: salarium, vestis, argentum, ministeria. Das Salarium bestand aus Gebrauchs- und Genussgütern. Valerian bewilligte dem Legionstribun, späteren Kaiser Claudius II., das Gehalt eines dux, nämlich 3000 modii Weizen, 6000 m. Gerste, 2000 Pfund Speck, 3500 Sextare abgelagerten Wein, 3500 Sextare Oel erster und 500 zweiter Qualität, 20 modii Salz, 150 Pfund Wachs, hinlänglich Heu, Spreu, Essig, grünes Gemüse, 300 Zeltfelle, Pferde, Maulesel, Kamele, Montur- und Armaturstücke, Gewänder, Feuerungsmaterial, einen zahlreichen Hausstand von Sklaven vom Oberhofmeister bis zum Pastetenbäcker, darunter zwei schmucke Weiber, Tafel- und Kochgeschirr, endlich 50 Pfund Silber, 150 Philippäer (Goldstücke) und eine Summe Kupfergeld. So war denn das ganze Staatskostenwesen der Hauptsache nach Magazinwesen, und die Steuer bestand, auch wenn sie in Geld ausgeschrieben wurde, meistens in Naturallieferungen, Hand- und Spanndiensten. Eben dadurch wirkte die Steuer verderblich. Rodbertus macht das an einem Fall aus der Gegenwart klar. In Preussen bestehe ein unscheinbares Gesetz, das nicht wenig zu den Erfolgen im letzten Kriege (von 1866) beigetragen habe. Darnach müssen in Kriegsfällen die Kreisverbände den Armeen die Naturalverpflegungsgegenstände liefern. Rodbertus selbst habe die auf seine Besitzung ausgeschriebenen Naturalien in eine 15 Meilen weit entfernte Stadt zu liefern gehabt. Das habe nicht die geringste Schwierigkeit verursacht, da die Lieferung durch Anweisungen auf den Bestimmungsort erfüllt werden konnte. Hätte sie

in natura ausgeführt werden müssen, hätte er seine Leute und sein Vieh mit Lastwagen dreimal 15 Meilen weit schicken müssen, so würden darunter die Erntearbeiten gelitten haben. Das geschah aber im römischen Reiche, wo solche Lieferungen, auch wenn kein Krieg war, jahraus jahrein gefordert wurden, und die oben erwähnten collegia, von denen z. B. eines den Transport des ägyptischen Getreides nach Rom zu besorgen hatte, nur stellenweise einige Erleichterung gewährten. Die Bauern waren daher beständig mit ihrem Gespann auf der Achse und hatten dabei vielfach ganz unwegsame Gegenden zu passieren. Kein Wunder, dass sie zuletzt keine Zeit mehr hatten, die Früchte zu bauen, die sie abliefern sollten, und dass sie, der fruchtlosen Plackerei müde, lieber fortliefen und Räuber wurden. Als daher Kaiser Probus, der seine Soldaten, damit sie ihr Brot nicht unverdient ässen, mit produktiven Arbeiten beschäftigte, überdies noch verkündigte, man werde in Zukunft gar keine Soldaten mehr brauchen (er wurde dafür von den Soldaten umgebracht), so begrüsste man diese Aussicht auf ein goldenes Zeitalter mit Jubel: der Stier werde nun wieder dem Pfluge, der Bauer seiner Ackerarbeit angehören, der Schmied werde Pflugscharen statt Waffen schmieden, unerschöpflicher Reichtum werde sich anhäufen. Rodbertus hebt hervor, dass zur Herbeiführung des heutigen, die Naturallieferungen, Hand- und Spanndienste übrig machenden Zustandes nicht bloss eine grosse ökonomische Umwälzung notwendig gewesen sei, sondern auch eine Steigerung der moralischen Kräfte, da der heutige Kredit- und Anweisungsverkehr auf gegenseitigem Vertrauen beruhe. Und die schon erwähnte Solidarhaft, die es den Mächtigen möglich machte, ihre Lasten auf die Schultern ihrer Pächter und ihrer ärmeren Mitbürger abzuwälzen, vollendete das Verderben. Heut, bemerkt Rodbertus S. 465, spiele im Steuerwesen nur das Klasseninteresse eine Rolle; dagegen habe Niemand ein Interesse daran,

den einzelnen Mitbürger höher besteuert zu sehen; das sei aber damals der Fall gewesen und habe einen Krieg Aller gegen Alle entzündet. So verödete denn, da die Bauern fortliefen und die Grundbesitzer ihre Aecker absichtlich brach liegen liessen, das Land. Wenn Rodbertus meint, bei unserem heutigem Steuersystem könne es nicht leicht vorkommen, dass der Steuerdruck verödend wirke, z. B. die Subhastation von Grundstücken wegen Steuerrückständen zur Folge habe, so hat er nicht vorausgesehen, was heute in Italien geschieht, wo schon tausende von Grundstücken wegen Steuerrückständen subhastiert worden sind. Dieser Untergang der kleinen Besitzer begünstigte wieder das Treiben der Landhaie und Bodenspekulanten, die aufs neue Latifundien von nie dagewesener Ausdehnung zusammenkauften. So bestand, wie Rodbertus an einem anderen Orte (N. III S. 13) bemerkt, die soziale Frage des Altertums von Anfang bis zu Ende wesentlich in dem Interessenkonflikt zwischen Gross- und Kleingrundbesitz; der Arbeiter, der noch im Sachgut steckte, schied aus den sozialen und politischen Fragen aus. Diesen Zustand möchten die heutigen „Staatserhaltenden“ wieder herbeiführen. Wäre die Arbeiterfrage durch die Entrechtung der Arbeiter beseitigt, so würde dann der Kampf zwischen Industriellen und Agrariern, in welchem sich zur Zeit noch beide Teile Zügel anlegen müssen, mit rücksichtsloser Erbitterung ausgefochten werden. Auch dieser Interessenkonflikt war, wie wir gesehen haben, im Altertum nicht vorhanden.

Als die Kraft, die den Auflösungsprozess in Gang gebracht und vollendet habe, bezeichnet Rodbertus den Freihandel. Und der Freihandel, schreibt er H. V S. 268 ff., jetzt [von des Augustus Zeit ab] „wo er, wenn auch belästigt durch Accise und Binnenzölle, die sich aber stets in den Grenzen von Finanzzöllen hielten, doch eine Welt beherrschte, wie seitdem noch nicht wieder, wo er auf diesem weiten Felde, ungestört durch die Ge-

witter der politischen Freiheit, bei verhältnismässiger Sicherheit des Eigentums, seinen ungemessenen Spekulationen nachhängen konnte, der Freihandel that seinen Dienst. Ich verstehe aber unter Freihandel nicht die Abwesenheit von Grenzzollschranken, nicht die unbehinderte Handelseinigung der verschiedenen Staaten, die überall Segen bringt, sondern die Abwesenheit jeder innern volkswirtschaftlichen Organisation, die Abwesenheit aller gesetzlichen Verbände gleichartigen gewerblichen Lebens; ich verstehe darunter die jedem einzelnen Individuum bis an die Grenzen der gewöhnlichen Kriminalgesetzgebung in das freie Belieben gestellte Benutzung der ihm zufällig gehörigen produktiven Mittel.“ Der Freihandel habe nichts gemein mit der politischen Freiheit und sei dieser nicht günstig; die Physiokraten hätten ihn sogar nur in absolutistisch regierten Staaten für möglich gehalten. Das Mittelalter sei voll politischer Freiheit, aber arm an Freihandel gewesen. Das was man heute bürgerliche Freiheit nenne, der Individualismus, sei reine Negation; freilich keine absolute Negation. Der Liberalismus nehme einen historisch gewordenen festen Kern und Bestand an, ein Kapital: auf dem Gebiete des Glaubens und Wissens Religion und einen über jede Anzweifelung erhabenen Wissensschatz; auf dem der Sitte und des Rechts immer noch gewisse allgemeine moralische Grundsätze, sowie den staatlichen Schutz der Person und des Eigentums; auf dem der Arbeit und des Verkehrs einen bestimmt verteilten wirtschaftlichen Vermögens- und Besitzstand. „Erst von hier an sollen keine weiteren Schranken bestehen dürfen. . So soll also fortan die geschichtliche Entwickelung, die doch selbst nur das Produkt vieltausendjähriger Schranken und Formen ist, an einem bestimmten Punkte gleichsam durchschnitten werden, und die sich dann in jenen drei Lebenssphären zufällig vorfindenden Bestände sollen die unantastbare soziale Grundlage abgeben“, auf der sich die Inhaber

jener Bestände in ungehinderter Freiheit bewegen dürfen. Diese Bewegungsfreiheit solle das Palladium sein, um dessen Erhaltung willen allein ein so kostspieliges Ding wie der Staat ist, und seine die individuelle Freiheit vielfach einengende Thätigkeit zuzulassen sei. Die Gesetze, nach denen das losgelassene Spiel der teils egoistischen teils sozialen Kräfte verläuft, sollen die „natürlichen Gesetze der Gesellschaft, und nur der Staat soll der wahre Staat sein, der, als Rechtsstaat, dieses freie Spiel schützt, im übrigen aber sich aufs Zusehen beschränkt.“ Indes auch mit jener Selbstbeschränkung durch Anerkennung eines unantastbaren Bestandes von geistigen Gütern und von Besitzverhältnissen sei der Individualismus mit nichten das natürliche Gesetz der Gesellschaft, sondern nur die corrosive Kraft, deren sich die Geschichte zur Zerstörung überlebter Gesellschaftsformen bediene. In wirtschaftlicher Beziehung habe der Freihandel das Verdienst, dass er die Produktivität und dadurch den Reichtum steigere. Indem aber die arbeitenden Klassen vom steigenden Reichtum eine immer kleinere Quote bekommen, schaffe der Freihandel den Gegensatz von Reich und Arm. Die Schroffheit dieses Gegensatzes werde noch dadurch gesteigert, dass der Freihandel zu immer wohlfeilerer Produktion treibe, dadurch aber die kleinen Betriebe und damit den kleinen Besitz vernichte. Es ist aber „nicht sowohl die Ungleichheit des Reichtums in einer Nation, die ihren Frieden und ihre Zukunft gefährdet, als vielmehr die Steigerung dieser Ungleichheit, und es ist nicht sowohl der Abstand zwischen den Höhen und Niederungen des Nationalvermögens, als vielmehr die durch keinen allmählichen Uebergang vermittelte Schroffheit dieses Abstandes, die den heimlichen Bürgerkrieg in unserm heutigen Gesellschaftszustande unausgesetzt schürt“. In der antiken Welt hätten sich, so lange der Cäsarismus den Freihandel duldete, die Keime der neuen Gesellschaftsordnung im Kolonat, der Bauern-

schaft und den Kollegien der Handwerker ohne Zwang des Staates entwickelt, und seien dann von Diokletian ab durch die Gesetzgebung befestigt worden. In neuerer Zeit habe derselbe Freihandel die in jener Uebergangszeit geschaffene Organisation aufgelöst; ja er hebe die gewerbliche Gliederung, die Scheidung von Rohproduktion und Fabrikation, von Grundbesitz und Kapital wieder auf und vereinige die verschiedensten Produktionszweige in einer und derselben Unternehmung. So entstünden Wirtschaftsorganismen neuer Art, die mit dem antiken Oikos zu vergleichen sein würden, wenn nicht mit den Hilfsmitteln der modernen Technik gearbeitet würde, ausserhalb des Hauses und auch nicht für das Haus sondern für den Markt. Diese neuen Unternehmungen schüfen einen neuen Beamtenstand; bekannt sei der Widerwille des Freihandels gegen alles, was Beamter heisst, und doch schaffe kein System mehr Beamte als der freihändlerische Kapitalismus; und er lohne sie reichlich mit Geld, während sich die Staatsbeamten mit der Ehre begnügen müssen. Eine weitere Wirkung des Auflösungs- und Neubildungsprozesses sei die, dass, je kolossaler die Unternehmungen würden, desto weniger der Besitz sich persönlich daran beteilige; mehr und mehr überlasse er die Leitung „qualifizierten" Arbeitern. So müsse in den besitzenden Klassen die Anhänglichkeit an ihren realen Besitz immer mehr dem Interesse am blossen Rentenbezug weichen, die eigentliche schöpferische Macht aber und die Liebe zur produktiven Thätigkeit auf die Spitzen des Arbeiterstandes übergehen.

„Möchte das alles sein, der Freihandel hat ja die Aufgabe, die alten Formen aufzulösen." Aber leider geschehe das unter Erscheinungen, von denen man nicht wisse, ob sie widerlicher oder verderblicher seien. „Nicht die entfesselte Arbeit beherrscht das wirtschaftliche Leben, sondern der die Produktion in Händen haltende und leitende entfesselte Besitz, dem die Lehre mitge-

geben ist, dass der Eigennutz eine Tugend sei. Gewinn ist für den Besitz, was ihm die Arbeit in ihrem Halmverkauf lassen muss, Gewinn, was der kleine Besitz gegen den grossen verliert, Gewinn vor allem, was die Fluktuationen des Marktes hier fortnehmen, um es dort aufzuhäufen. So wird, wie nicht die Arbeit, sondern der Besitz den Verkehr beherrscht, auch nicht die Arbeitsfrucht, sondern der Gewinn die Signatur der Zeit. Die Konkurrenz ist nicht Wett*arbeit* sondern Wett*erwerb*, und die in Schwindel ausartende Spekulation ist es schliesslich, die über den Fleiss und die Solidität des Schaffens triumphiert.“ Da die Reichtumsanhäufung dem Konsum diene, so folge dem Wetterwerb der Wettgenuss. Und nun scheide sich der wirtschaftliche Individualismus von dem des öffentlichen Rechts; der Freihandel werde ein Gegner der politischen Freiheit, die er bis dahin als Mittel für seine Zwecke gebraucht habe. „Denn jetzt, nachdem das politische Freiheitsstreben ihm jede Schranke der Bewegung hat forträumen geholfen, ist Ruhe und Ordnung sein Lebenselement geworden, und die fortgesetzten Aufregungen und Zuckungen jenes politischen Strebens stören ihn in den goldnen Folgen seines Kalküls. Das ist die Zeit seines **Verrats**, von dem ihn keine frühere Bundesgenossenschaft, kein Grundsatz, keine Ehre mehr zurückhalten wird. Er wird sich einer aus den politischen Parteiungen neu aufstrebenden, energischen, umsichtigen und eigennützigen Gewalt in die Arme werfen, die, um ihrerseits einstweilen einen Bundesgenossen an ihm zu besitzen, ihn auch einstweilen gewähren lässt. Das ist der *Cäsarismus*, dem auch unsre Zeit entgegenzugehen scheint. Cäsaren sind weit mehr die Kinder, als die Initiatoren ihrer Zeit... Kein Gott vermöchte einen Cäsar in den organischen Epochen der Geschichte, hätte ihn vor dem älteren Cato oder im deutschen Mittelalter zu erwecken vermocht.“ Selten seien die Cäsaren schon darum, weil sich das für ihren

Beruf notwendige Gemisch guter und schlechter Eigenschaften nicht leicht in einem Manne beisammen findet. Denn die schlechten können nicht entbehrt werden: „keine selbstlose Tugend geht über den Rubicon oder vollführt einen achtzehnten Brumaire. Wenn mit diesem Ausgange — Freihandel in Absolutismus — in der That der natürliche Zustand der Gesellschaft erreicht wäre, so würde die geschichtliche Entwickelung eine sehr trostlose sein. Es lässt sich aber ein andrer Ausgang vorhersagen, dass der Staat einst selbst dem Freihandel ein Ende machen wird; wenn nicht früher und zu dem Zwecke, um den zwischen den beiden Hauptklassen unsrer Gesellschaft gestörten Frieden wieder herzustellen — wenigstens dann, wenn die freihändlerische Entwickelung den Punkt erreicht hat, von wo ab sie sogar die Summe des Nationalreichtums nicht mehr zu steigern vermag . . . Mit Servius Tullius begann [der Freihandel], als mit Aufhebung der älteren Tribus- und Kurienverfassung die genokratischen Schranken fielen, die dem Verkehr mit vaterländischem Oikenbesitz entgegengestanden und dessen Anhäufung bei Einzelnen verhindert hatten. Mit Cäsar verriet er [die Freiheit]". Auch damals war es die Kapitalistenpartei, die Partei der Ritter, dieser damaligen Nichtsalsfreihändler, welche, um „in Ruhe und Ordnung ihren Spekulationen nachhängen zu können, die in der Entwickelung liegenden monarchischen Tendenzen mit allen Mitteln unterstützten und dadurch die Republik zu Grabe tragen halfen." Wie genau hat doch das Genie des grossen Nationalökonomen die Zukunft vorausgesehen! Heut ist ganz Europa cäsaristisch, und nur England besinnt sich noch. In Italien sieht man es deutlich: die „Freiheit", die von den Revolutionshelden errungen worden ist, hat nichts anderes zu bedeuten gehabt, als die Wegräumung der Schranken, die einer zügellosen Bereicherung und Volksausbeutung im Wege standen, und sobald sich das hungernde Volk widersetzt,

verwandeln sich die gewissen- und rücksichtslosen Verschwörer gegen die Bourbonen- und Habsburgerherrschaft in ebensoviele kleine — nicht Cäsaren, das wäre eine zu schmeichelhafte Bezeichnung, aber wenigstens — Despoten. Und noch eine zweite Prophezeiung, die eintrifft! Im Römerreich habe der belebende Reiz gefehlt, den der auswärtige Handel auf die Nationalproduktion auszuüben pflegt. Trotzdem habe sich der Freihandel 500+300 Jahre, bis Diokletian, zu behaupten vermocht, weil Rom zwei Gegengewichte gegen wirtschaftliche Stockungen gehabt habe, in der ersten Periode die Arbeit der Welteroberung, in der zweiten die Kolonisierung und Romanisierung dieser Welt. „Es leuchtet ein, dass für die modernen Freihandelsstaaten die Eroberung und Zivilisierung Asiens und Afrikas ebenso wirken müssten, und nicht minder, dass der Instinkt der Selbsterhaltung, ungeachtet aller moralischen oder völkerrechtlichen Bedenken, die modernen Staaten auch dazu treiben wird.“ (H. V., S. 291—292.) Das ist im Jahre 1865 gedruckt worden, heut sehen wir, wie die europäischen Staaten, um die der kapitalistischen Wirtschaft drohende Katastrophe hinauszuschieben, sich auf die letzten noch übrigen exotischen Ausbeutungsobjekte mit einer Wolfsgier stürzen, die durch keinen Rest sittlicher Scham gezügelt wird, sondern nur noch durch die Furcht eines jeden vor den Kanonen der Konkurrenten.

Unter Freihandel versteht also Rodbertus das, was man gewöhnlich Manchestertum nennt, aber keineswegs die Handelsfreiheit zwischen den Nationen; diese hält er für einen Segen und ist daher, wie die Leser bereits aus dem Briefwechsel mit Rudolf Meyer erfahren haben, ein entschiedener Gegner der Schutzzöllnerei. Was er will, das ist, dass der Staat durch Gesetze und Einrichtungen regelnd in den innern volkswirtschaftlichen Prozess eingreife, wie er das bei uns seit 15 Jahren vielfach gethan hat. Im alten Rom war es nun vorzugsweise der

„Freihandel“ mit Grundstücken, was das bestehende Wirtschaftssystem und zuletzt auch den Staat auflöste. Indem die Auflösung, wie gezeigt worden ist, einen halbfreien Bauernstand und ein selbständiges Kleingewerbe schuf, legte sie zur christlich-germanischen Staatenordnung den Grund. In der ersten Hälfte der tausendjährigen Uebergangszeit herrschte noch das Antike, in der zweiten schon das Germanische vor; in jener ist alles Land der Stadtverfassung, in dieser jede Stadt der Landverfassung unterworfen. Die Germanen griffen dann, nach Rodbertus, in den Prozess der Neubildung auch noch dadurch ein, dass sie neue Rechtsanschauungen zur Geltung brachten. Im antiken Staate herrschte allein das objektive, das aus geschichtlichen Verhältnissen gewordene, das gebietende Recht, welchem nach der Einzelne dem Staate gegenüber rechtlos war; diese Rechtlosigkeit wurde nur dadurch gemildert, dass die im Privatleben als Ordnerin anerkannte Idee der Gerechtigkeit im öffentlichen Leben mitunter in der Gestalt der aequitas zur Geltung kam und den Staat bewog, auf Wünsche der Unterthanen aus Billigkeit Rücksicht zu nehmen. Eben die unbestrittene Omnipotenz des Staates war schuld daran, dass dieser seine Unterthanen durch Steuerdruck zu Grunde richten konnte. Erst die Germanen bildeten den andern Pol des Rechtes aus: „seine fordernde, subjektive, an das Individuum geknüpfte Natur“. Unterstützt durch die naturrechtlichen Theorien, hat dieses egoistische, fordernde, subjektive Recht in Revolutionen von unten die modernen Zustände geschaffen. Heut, meint Rodbertus, sei das Recht nach beiden Seiten hin ankerfest geworden, habe die Rechte vom Staat und Individuum gegen einander abgegrenzt. „Darf man an seine so errungene Vollständigkeit die Hoffnung knüpfen, dass fortan auch seine weitere Entwickelung massvoller verlaufen werde, als dies bisher, sowohl in den Rechtsformen der einseitigen römischen aequitas, als in den

Rechtsrevolutionen des einseitigen modernen Naturrechts, geschehen? Wird namentlich schon die Lösung der sozialen Frage, .. dieser nächstbevorstehende, entschieden grossartigste Entwickelungsakt Zeugnis von diesem vollendeteren Geiste des Rechtes ablegen?" (H. VIII, S. 443).

---

2. Die Volkswirtschaft der Gegenwart.

In der christlich germanischen Welt vollendete sich die in der altrömischen begonnene Scheidung der Fabrikation von der Urproduktion. Damit war einerseits ein Gegensatz zwischen Stadt und Land gegeben, der vorher nicht bestanden hatte, und anderseits die Notwendigkeit der Geldwirtschaft, so naturalwirtschaftlich auch das Leben durchs ganze Mittelalter hindurch und bis in die neueren Zeiten hinein vielfach noch bleiben mochte. Es waren nun der Regel nach verschiedne Personen, denen der Ackerboden und denen das Fabrikationskapital gehörte; so wurde ein Markt notwendig, auf dem beide ihre Erzeugnisse austauschten, was nur durch Vermittelung des Geldes geschehen konnte. Und je länger desto vielfacher verzweigte sich die Produktion in verschiedne Handwerke und zerlegte sie sich in Produktionsabschnitte, so dass das Rohmaterial zunächst von den Einen zu Halbfabrikaten, von Andern zum eigentlichen Gebrauchsgut verarbeitet und zuletzt noch von Dritten zum unmittelbaren Gebrauch fertig gemacht wurde; so wechselt also jedes Gut, ehe es als Gebrauchsgut, als Teil des Einkommens einer einzelnen Person, seine Endbestimmung erreicht, sehr oft seinen Besitzer, und jeder Uebergang von dem einen Besitzer zum andern muss, wie bereits hervorgehoben worden ist, durch Geld vermittelt werden. Je weiter aber die Verzweigung und

Abstufung ging, desto mehr ward die die Welt umfassende Produktion ein unlösliches Ganzes, so dass es heut keinen Menschen mehr giebt, der unabhängig von den Andern produzieren und sich sein Einkommen verschaffen könnte. Die Produktion ist ein unaufhörlich fliessender Strom, der aus der Mutter Aller, der Erde, hervorbricht; menschliche Arbeit ist die Kraft, die ihn ursprünglich in Bewegung gesetzt hat und noch immerfort im Gange erhält, und er allein ist es, der jedem Einzelnen zuführt, was er braucht. Die Arbeitsteilung, die von einer andern Seite her gesehen Arbeitsvereinigung genannt werden muss, ist es, was die wirtschaftliche Thätigkeit der Einzelnen zu diesem Ganzen verschmolzen hat, und diese Arbeitsteilung ist so wenig wie die Staatengründung, auf dem Wege der Freiwilligkeit durch einen Sozialkontrakt zustande gekommen, sondern durch Gewalt begründet worden, indem der Stärkere die Schwächeren zu Sklaven machte, und ihnen in seinem Haushalt verschiedene Verrichtungen anwies. Die wichtigste Wirkung der Arbeitsteilung war, dass ein Teil der Sklaven mit der Herstellung von Werkzeugen beschäftigt und hierdurch die Arbeit produktiver gemacht wurde. Die Gesamtheit der Werkzeuge nennt man heute das Kapital.

Um das Wesen des Kapitals zu verstehen, muss man auf die isolierte Wirtschaft zurückgehen*). Die Früchte, die der isolierte Wirt der Urzeit geniesst, bilden sein Einkommen; der Stock, mit dem er sie vom Baume herabschlägt oder aus der Erde gräbt, ist sein Kapital. Will man einmal einen Unterschied machen zwischen dem Einkommen und dem Gute, für das man den Begriff des Kapitals gebildet und das Wort Kapital gewählt hat, so darf man niemals die Früchte, auch nicht einen mit

*) Die wenigstens gedacht werden kann, wenn sie auch vielleicht niemals existiert hat.

Hilfe des Stocks gewonnenen grösseren Vorrat von Früchten zum Kapital rechnen. Denn die Früchte sind dazu bestimmt, verzehrt zu werden; sie bilden also das Einkommen, und die Unterscheidung von Einkommen und Kapital würde aufgehoben, wenn man sie je einmal zum Kapital rechnete. Unter Kapital ist ein Erzeugnis der Arbeit zu verstehen, das als Mittel zur Produktion verwendet wird, also vorgethane Arbeit; zu ihm kann daher nichts gerechnet werden, als das Werkzeug selbst und das Material zu Werkzeugen, sowie das Rohmaterial für Gebrauchsgüter, z. B. für Kleider. Und nicht das Werkzeug ist es, was die Produktivität erhöht, sondern die auf das Werkzeug verwendete Arbeit. Das Werkzeug für sich allein ist ein totes und wertloses Ding; was Güter schafft, sie rascher und reichlicher schafft als vordem, das ist die Arbeit dessen, der das Werkzeug hergestellt hat, zusammen mit der Arbeit dessen, der es zu gebrauchen versteht. Im tiefsten Grunde genommen ist es freilich die Natur, die man für sich arbeiten lässt, was die Arbeit produktiver macht, sei es, dass man einen fruchtbareren Boden oder einen reichlicher tragenden Baum aufsucht, oder sich die Kräfte der Natur, von der Hebelkraft bis zur elektrischen und Dampfkraft, dienstbar macht. Aber nur ausnahmsweise kommt die Natur dem Menschen so gefällig entgegen, dass er ihrer Produktivkräfte [wie etwa bei der Holzflösserei] ohne Arbeit teilhaftig würde, und die hauptsächlichste Art von Arbeit, wodurch er die Produktivkräfte der Natur nutzbar macht, besteht eben in der Herstellung von Werkzeugen, von Kapital. So ist denn das Kapital selbst nicht produktiv, sondern nur die Arbeit ist produktiv. Das Kapital ist kein Muttertier, welches das Einkommen als sein Junges abwürfe. Das konnte man, wie bereits hervorgehoben worden ist, allenfalls vom Kapital des alten Oikenwirts aussagen, welches nicht aus toten, sondern aus lebendigen Werk-

zeugen bestand, aus Menschen, die sich von selbst vermehrten und die Arbeit leisteten, aus Vieh, das ebenfalls arbeitet und sich vermehrt und ausserdem Milch und Wolle liefert, aus Fruchtbäumen und Weinstöcken. Ebensowenig wie in der Produktivität besteht das Wesen des Kapitals darin, dass es ein Vorrat, eine grosse Masse wäre. Freilich liegen heute bei uns die Kapitalsgüter, z. B. die Baumwollenballen des Fabrikanten und seine Maschinen, in grossen Massen beisammen, weil sehr viele Menschen zu ihrer Herstellung zusammenarbeiten, und weil die heutige Fabrikationsweise die Anhäufung von Werkzeugen und Materialien an einem Orte fordert. Aber nicht deswegen werden diese Dinge Kapital genannt, weil sie in Haufen beisammen sind, sondern deswegen, weil sie Produkte sind, die nicht genossen werden, sondern weiter zur Produktion dienen.

Daraus geht schon hervor, wie verkehrt die Ansicht ist, das Kapital entstünde durch Sparen. Man mag unter dem Sparen das Entbehren oder das Ansammeln verstehen, in keinem Sinne schafft es jemals Kapital. Wie sollte dadurch ein Werkzeug entstehen, dass man auf den Genuss eines Nahrungsmittels verzichtet? Nur durch Arbeit entsteht es. Man hat wohl gesagt: wenn der Bauer, anstatt das Saatkorn zurückzubehalten, seine ganze Ernte aufässe, so könnte er im nächsten Jahre nichts ernten und niemals zu Wohlstand, zu Vermögen gelangen. Aber wird man das Sparen nennen, wenn ein Mann, anstatt alles Holz eines Baumes zu Sesseln zu verarbeiten, aus einem Teile davon Axtstiele macht? Wenn dieses nicht, dann auch nicht jenes. Ausserdem: wenn von Korn soviel vorhanden ist, dass sich die Familie satt essen kann und doch das Saatgetreide übrig behält, so wird ja nichts entbehrt. Muss sie aber hungern, um die Aussaat zu erübrigen, dann ist von Sparen am allerwenigsten die Rede, denn dann kann es ja niemals zu einer Anhäufung von Gütern kommen, an die man doch

vorzugsweise beim Sparen denkt.*) Uebrigens passt das Beispiel schon darum nicht, weil, wie gesagt, die Nahrungsmittel zum Einkommen und nicht zum Kapital gehören.**) Und was sollte ausserdem gespart werden? Die Werkzeuge selbst? Was hätte es für einen Sinn, Aexte und Pflüge zu „sparen“? Die spart man nicht, sondern man wendet sie an.

Ganz so, wie mit dem Kapital des fingierten isolierten Wirts, verhält es sich nun mit dem Nationalkapital der arbeitsteiligen Volkswirtschaft: Nehmen wir einmal an, es bestünde kein privates Grund- und Kapitaleigentum, sondern das Kapital gehörte ebenso wie der Grund und Boden der Gesellschaft. Gleich dem isolierten Wirt, muss auch die Gesellschaft unaufhörlich arbeiten, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Nur ist es hier nicht mehr ein und dieselbe Person, die alle Arbeit allein leistet, sowohl die Werkzeuge herstellt, als mit deren Hilfe die Nahrungs- und Genussmittel beschafft, sondern die Einen schaffen Werkzeuge, und zwar von diesen wiederum der Eine dieses, der Andere jenes Werk-

*) Gerade die Völker, die am anspruchslosesten sind und das Entbehren mit Virtuosität betreiben, in Asien die Hindu, in Europa die Italiener, bleiben die ärmsten Teufel, die es in der Welt giebt; die reichsten Völker der Erde, die Engländer und Amerikaner, sind Vielesser, und ihre höheren Klassen leben luxuriös und verschwenderisch. Und noch Eins zur Erläuterung! Entweder das Volk ist so arm, dass es beständig darben muss, dann hat es eben nichts, was erübrigt, gespart werden könnte. Oder es lebt im Wohlstand, dann spielt der mögliche Unterschied in der Menge der verbrauchten Nahrungsmittel gar keine Rolle. Um gesund und bei Kräften zu bleiben, muss sich ein jeder satt essen; das aber, was ein jeder über Bedürfnis essen kann ohne sich krank zu machen, ist so unbedeutend, dass die Summe solcher Mehrverzehrungen für die Bilanz der Nationalwirtschaft gar nicht in Betracht kommt.

**) In der arbeitsteiligen Wirtschaft gehören Getreide und Mehl auf ihren Durchgangsstationen, ehe sie in der Gestalt von Brot in die Hand des Konsumenten gelangen, zum Kapital des Müllers und des Bäckers.

zeug, die Uebrigen aber erzeugen mit Hilfe der Werkzeuge Einkommengüter, der Eine dieses, der Andre ein andres Nahrungsmittel, ein Dritter gewisse Kleidungsstücke u. s. w. Und nicht geht es so zu wie in der isolierten Wirtschaft, wo der Arbeitende das Graben einstellen muss, während er das Grabscheit anfertigt, auch nicht zugleich auf dem Acker und am Hausbau arbeiten kann. Sondern ununterbrochen wird auf dem Felde, in den Bergwerken, in den Fabriken und Werkstätten gearbeitet. Während der Bauer erntet, mahlt der Müller vorjähriges Korn und verbackt der Bäcker früher gemahlenes Mehl.*) Während auf den Pflanzungen neue Baumwolle geerntet wird, wird in Fabriken vorjährige versponnen, in andern Fabriken schon gesponnene verwebt und in Werkstätten der Kattun zu Hemden, in andern zu Frauenkleidern verarbeitet. So sehr sich nun auch das Aussehen dieses Produktionsprozesses von dem der isolierten Wirtschaft unterscheidet, am Wesen des Kapitals wird nicht das geringste geändert. Nach wie vor bleibt es die Gesamtheit der Werkzeuge, das als Mittel zu weiterer Produktion hergestellte Arbeitsprodukt, während die Gesamtheit der Nahrungsmittel, der Gebrauchs- und Genussgüter das Einkommen der Nation bildet. Die Produktion sowohl der Einkommengüter als auch der Kapitalgüter, deren hauptsächlichste heute neben den Rohmaterialien die Fabrikgebäude, Maschinen, Eisenbahnen (samt deren Wagen und Materialien) und Dampfschiffe sind, erfolgt auf allen Stufen und in allen Zweigen gleichzeitig und ohne Unterbrechung, und ununterbrochen quillt der Nation aus diesem Getriebe ihr Einkommen zu in der Gestalt der zum Gebrauch fertigen Produkte, die eine Behörde unter die Arbeitenden zur Konsumtion verteilt, nachdem sie von der Produktenmasse den für die Gesell-

*) In der heutigen Weltwirtschaft heisst es überdies: während der deutsche Bauer drischt, sät der indische und erntet der argentinische.

schaftsbedürfnisse nötigen Anteil vorweg genommen hat. Aus alledem folgt einerseits, dass auch in der arbeitsteiligen Gesellschaft das Kapital niemals durch Sparen entstehen kann. Kein Mensch vermöchte anzugeben, wie das zugehen sollte. Was zur Herstellung einer Fabrik oder Maschine, zur Beschaffung von Holz, Eisen und anderem Rohmaterial gehört, das ist Arbeit, wieder Arbeit, immer Arbeit und nur Arbeit allein. Es kann vorkommen, dass ein Volk darben muss, weil seine Arbeit nicht genug Nahrungsmittel beschafft hat; aber weit entfernt davon, dass dieses Darben den Zweck hätte, das Nationalkapital zu vergrössern, ist es vielmehr ein Hindernis der Vergrösserung, weil darbende Menschen weniger und schlechter arbeiten, als gut genährte, wie es denn, abgesehen von etwaigen natürlichen Ursachen, auch die Folge von zu wenig Arbeit oder von unzweckmässiger Arbeitsweise oder Arbeitsorganisation zu sein pflegt. Bei richtiger Organisation der Arbeit kann die Nation niemals in die Lage kommen, „sparen“ zu müssen, wenn man unter Sparen soviel versteht wie entbehren. Dass und warum beim heutigen System die Kapitalisten sparen müssen, wird sogleich erklärt werden, aber Arbeiter und Beamte *sollen* nicht sparen. Thäten sie es, dann (Kr. S. 241, Anm. 83) entsagte die ganze Nation dem Einkommen, das ihr ihre produktiven Mittel zu geniessen erlaubten, „d. h. die Nationalproduktion stände von einem gewissen Punkte ab still. Ein richtiger nationalökonomischer Instinkt hält daher auch die Arbeiter vom Sparen zurück“. Was aber das Sparen im Sinne von Anhäufen betrifft, so hätte es schlechterdings keinen Sinn, mehr Verbrauchsgüter anhäufen zu wollen, als eben verbraucht werden können; auf viele Jahre angehäufte Nahrungsmittel würden verderben, und Kleidermengen, die nicht im Jahre ihrer Herstellung gebraucht zu werden bestimmt wären, würden ein überflüssiger Ballast sein. Maschinen aufzuhäufen, statt sie zu be-

nutzen, hätte erst recht keinen Sinn. Was aber die für den augenblicklichen Gebrauch nötigen oder wünschenswerten Maschinen betrifft, so kann deren Zahl auf keine andere Weise vermehrt und ihre Güte auf keine andere Weise erhöht werden als eben wieder durch Arbeit. Vermehrung und Verbesserung der Arbeit sind die einzigen Mittel, den Reichtum einer Nation zu erhöhen. Die Arbeit wird aber vermehrt teils durch Erhöhung der Zahl der Arbeitenden, also durch Volksvermehrung, die in Gestalt von Einwanderung oder Geburtenüberschuss vor sich gehen kann,*) teils durch immer ausgedehntere Benutzung vorgethaner Arbeit.**) John Stuart Mill, welcher die Spartheorie für richtig hielt, hat sie selbst, ohne sich dessen bewusst zu werden, auf das schlagendste widerlegt, indem er ausführt, wie es gar nicht wunderbar sei, dass sich ein im Kriege verwüstetes Land, wofern es nur nicht entvölkert sei, so schnell wieder erhole, da ja die vernichteten Kapitalgüter auch ohne Krieg, nur etwas langsamer, vernichtet worden sein würden, nämlich durch Abnutzung, und alles Kapital durch Arbeit unaufhörlich erneuert werden müsse. — Das andere, was aus der Natur des Kapitals folgt, ist, dass die Lebensmittel der Arbeiter unmöglich zum Kapital gerechnet werden

---

*) Die Arbeitsteilung bewirkt, dass zwei Arbeiter nicht doppelt soviel, sondern vier und mehrmal so viel fertig bringen als einer.

**) Wozu nicht bloss das von Rodbertus beschriebene Kapital, sondern auch das Kapital von überlieferten Kenntnissen, Fertigkeiten und wirtschaftlichen Tugenden gehört. Die Anhänger der Spartheorie stellen die Nation als einen Rentner vor, der von den Zinsen seines „ersparten“ Vermögens lebe. Abgesehen nun davon, dass der Rentner, wie wir noch sehen werden, keineswegs von einem Vorrat lebt, den er selbst durch Entbehrungen aufgehäuft hätte — den Wein, den er seinerzeit nicht getrunken hat, haben längst andere getrunken — sondern von den Früchten der gegenwärtigen Arbeit Anderer, abgesehen davon kann und soll eine Nation niemals ein Rentnerleben führen — versucht sie es einmal, so verkommt sie — sondern soll immer nur von der Frucht ihrer Arbeit leben.

können. Die Unterhaltsmittel einer Nation machen eben ihr Einkommen aus, und wenn man das Einkommen Kapital nennt, so wird damit der Begriff des Kapitals aufgehoben, und es hat keinen Sinn mehr, von Kapital zu sprechen. Das vorjährige Korn, von dem das Volk im Beginn der gegenwärtigen Produktionsperiode lebt, ist der Ertrag der vorjährigen Arbeit, also, ein Teil des vorjährigen Nationaleinkommens, und während das Volk jetzt arbeitet, erzeugt es den Unterhalt, von dem es in der nächsten Arbeitscampagne leben wird.

An alledem wird auch dadurch nichts geändert, dass sich bei uns der Boden und das Kapital im Besitze von Privatpersonen befinden. Der Unterschied besteht nur darin, dass die Produktion nicht von einer Zentralbehörde geregelt, sondern dem Belieben der privaten Eigentümer und Unternehmer anheimgegeben ist, dass die für die Gesellschaftsbedürfnisse notwendigen Produkte nicht in natura vorweggenommen, sondern mittelst der Besteuerung ihrer Bestimmung zugeführt werden, und dass es den Einzelnen überlassen bleibt, auf welchen Wegen sich ein jeder seinen Anteil am Nationalprodukt, sein Einkommen, verschaffen kann und will und wie gross eines jeden Anteil ausfällt. Es bleibt also vor allem das Wesen und die Entstehungsweise des Kapitals unverändert. Aber der heutige Zustand erklärt es, wie man in den doppelten Irrtum geraten konnte, dass das Kapital durch Sparen entstehe, und dass der Unterhalt der Arbeiter zum Kapital gehöre, woraus dann der weitere Irrtum entstanden ist, der eingebildete Lohnfonds, der einen Teil des Kapitals bilde, gestatte nicht die Erhöhung des Arbeitslohns über eine gewisse Grenze hinaus. Befände sich die Gesellschaft im Besitz der Kapitalgüter, so wäre zur Produktion eines bestimmten Gutes, z. B. einer Maschine, weiter nichts nötig, als dass die Zentralbehörde, wie das der Oikenwirt der klassischen Zeit zu thun pflegte und orientalische Despoten vielleicht noch heute thun, einige

Arbeiter dahin schickte, wo sich die Rohmaterialien, Holz und Eisen, finden, dass sie von andern Arbeitern die von jenen gewonnenen Materialien nach der Angabe von dazu kommandierten Ingenieuren und unter der Leitung von sachkundigen Aufsehern verarbeiten liesse, und dass sie diesen Ingenieuren, Aufsehern und Arbeitern, die mittlerweile von noch andern Arbeitern hergestellten Nahrungsmittel, Kleider und Wohnungen anwiese, die sie während der Herstellung der Maschine brauchen. Jetzt aber befindet sich das Eisen im Besitz des einen, das Holz im Besitz eines andern Eigentümers, die Lebensmittel und die Kleidung für die Arbeiter befinden sich im Besitze dritter und vierter Eigentümer, und über die Arbeiter hat kein Unternehmer eine unmittelbare Gewalt. Sollen die Arbeiter, ihre Unterhaltsmittel und die Materialien und Werkzeuge zum Maschinenbau zusammengeführt werden, so ist dazu eine Reihe verschiedener Kauf- und Arbeitsverträge erforderlich, die alle durch Geld vermittelt werden. Dieses Geld muss der Unternehmer haben, und in dessen Besitz kann er durch Erbschaft oder Spekulation, aber allerdings auch durch Sparen gelangt sein. Dieses Sparen hat aber nicht etwa in einer Anhäufung von Gebrauchsgütern durch Verzichtleistung auf die Verzehrung bestanden; der Wein, auf den der Sparer verzichtet, wird, wie gesagt, mittlerweile von Nichtsparern getrunken.*) Sondern gespart, aufge-

*) Und würde das Sparen in diesem Sinne allgemein, so wäre das gerade für das herrschende Wirtschaftssystem das entsetzlichste Unglück, da ja die Produzenten von Wein, Cigarren, Delikatessen, Luxuswaren nur produzieren können, wenn sie des Absatzes gewiss sind, durch den Verzicht auf Genüsse daher ein so grosser Teil der Unternehmer bankrott und ein so grosser Teil der Arbeiter brotlos werden würde, dass unsere ganze Gesellschaftsordnung zusammenbräche. Wie in der kommunistischen und in der Oikenwirtschaft, so kann auch in unsrer kapitalistischen Volkswirtschaft die Produktion niemals durch etwas anderes als durch den Konsum im Gange erhalten werden.

häuft worden ist nur Geld, d. h. Anweisung und Anspruch auf Gebrauchsgüter. Der Sparer hat einige Jahre hindurch auf den ihm gebührenden Anteil am jährlichen Nationalprodukt verzichtet, und macht diesen aufgesparten Anspruch nun in der Weise geltend, dass er Materialien zum Maschinenbau kauft und seinen Arbeitern Anweisungen auf Lebensmittel giebt. Die Maschine, die nun gebaut wird, entsteht nicht dadurch, dass der Unternehmer ein paar Jahre hindurch keinen Wein getrunken hätte. Die Maschine entsteht, gleich allen andern Maschinen, lediglich dadurch, dass einige Dutzend Arbeiter ihre Hände rühren, nachdem ein Ingenieur seinen Kopf angestrengt hat. Und wenn der Unternehmer zugleich als Arbeitsleiter fungiert, so ist es für die Entstehung der Maschine ganz gleichgültig, ob dieser Arbeitsleiter ein paar Jahre hindurch täglich sein Glas Wein getrunken oder es von einem unnützen Müssiggänger hat austrinken lassen. Wenn diese bestimmte Maschine nicht anders entstehen kann, als dass ein Unternehmer ein paar Jahre lang entbehrt hat, so liegt das weder im Wesen der Maschine, noch im Wesen des Kapitals, noch im Wesen des Produktionsprozesses, sondern ganz allein in unsrer Rechts- und Eigentumsordnung, welche die für den Produktionsprozess erforderlichen Gegenstände und Personen auseinanderreisst, und ihre Vereinigung nur durch Geldsummen ermöglicht, die unter Umständen durch Sparen angesammelt werden. Aber Güter sind, um das noch einmal zu sagen, bei diesem Sparprozess nicht angesammelt worden, das Volk ist dadurch um nichts reicher geworden; was der Sparer zu verzehren sich versagt hat, das ist entweder von Andern verzehrt worden oder verdorben. Und so verhält es sich auch mit den Unterhaltsmitteln für die Arbeiter. Es ist richtig, dass der Unternehmer Geld haben muss, um die Arbeiter während des Produktionsprozesses zu bezahlen, weil sie nur hierdurch in den Besitz ihrer Unterhaltsmittel gelangen

können. Aber diese Unterhaltsmittel sind nicht vom Unternehmer „aufgespart“ worden. Während seine Arbeiter an der Maschine bauen, erzeugen andere Arbeiter die Nahrungsmittel, von denen seine Arbeiter in der nächsten Zukunft leben werden, wie sie jetzt von den Nahrungsmitteln leben, die jene landwirtschaftlichen Arbeiter im vorigeu Jahre erzeugt haben, ohne sich um den Kapitalisten, der Maschinen bauen will, zu kümmern, ohne auch nur von seinem Dasein Kunde zu haben. Dass das Geld des Unternehmers den Austausch zwischen den landwirtschaftlichen und seinen Arbeitern vermittelt, ist ganz nebensächlich. Die Vermittlung könnte auf vielerlei andere Weisen und ganz ohne Geld vor sich gehen: durch die Anordnung eines Oikenherrn oder einer Zentralbehörde der Gesellschaft, oder, wenn es landwirtschaftliche Maschinen sind, welche die Arbeiter bauen, so könnten die landwirtschaftlichen und die Maschinenarbeiter ihre Produkte ohne jede Vermittelung austauschen. Die Ansicht, heisst es Kr. S. 243, Anm. 87, dass der Arbeitslohn zum Kapital gehöre, beruhe auf einer kaum glaublichen Verwechslung; man werfe den Arbeitslohn, von dem der Arbeiter während einer Arbeit lebt, zusammen mit dem Arbeitslohn, mit dem er für diese Arbeit gelohnt wird; jener sei aber der Lohn für früher geleistete Arbeit und könne in einem ganz anderen Betriebe gewonnen sein. Es bleibt also dabei, dass auch in unsrer heutigen Produktions- und Rechtsordnung das Kapital immer nur durch Arbeit, niemals durch Sparen geschaffen, erneuert und vermehrt wird, wenn auch einzelne Personen sparen müssen, um als Unternehmer in den Produktionsprozess eingreifen zu können. Und es bleibt ferner dabei, dass die Unterhaltsmittel der Arbeiter, die einen so grossen, wenn nicht den grössten Teil des Nationaleinkommens bilden, niemals zum Kapital gerechnet werden dürfen, wenn es auch die heutige Eigentumsordnung mit sich bringt, dass die A n w e i s u n g auf

das Einkommen der Arbeiter eine Zeitlang in der Gestalt von Geld einen Teil des Privatkapitals des Unternehmers ausmacht. Nur dann dürfen die Unterhaltsmittel der Arbeiter zum Kapital gerechnet werden, wenn der Arbeiter Sklave, Eigentum seines Herrn, Sache ist, denn dann ist er selbst ein Arbeitsmittel, ein Werkzeug, und seine Nahrung hat dieselbe Bedeutung, wie das Viehfutter oder die zur Speisung einer Dampfmaschine verwendete Kohle.

Dieser Teil des Privatkapitals nun, aus welchem der Unternehmer den Arbeitslohn bestreitet, besteht nicht in jenen materiellen Kapitalgütern, die allein das wirkliche Kapital bilden, sondern in Geld oder Wertpapieren, d. h. in Tauschmitteln und Rechtsansprüchen, die er nach Belieben entweder in Genussgüter oder in Kapital oder in Arbeitslohn umsetzen kann. Dadurch, dass die Grund- und Kapitalbesitzer das zweite und dritte können, nehmen sie die Stelle von erblichen volkswirtschaftlichen Beamten ein. Von den alten Oikenwirten, die eben dieses auch waren, unterscheiden sie sich dadurch, dass der Grundbesitzer in der Regel kein Fabrikationskapital hat und sich auf die Produktion von Rohstoffen und Nahrungsmitteln beschränkt, während der Besitzer des Fabrikationskapitals in der Regel keine eigne Landwirtschaft besitzt und daher die Rohstoffe kaufen und seinen Arbeitern das Geld zum Einkaufen der Nahrungsmittel auszahlen muss; ferner dadurch, dass keinem von beiden die Arbeiter gehören, und dass diese daher durch einen Lohnkontrakt für die Produktion gewonnen werden müssen. Von der Behörde eines Staates ohne Privateigentum an Boden und Kapital aber unterscheiden sie sich dadurch, dass sie nicht, wie diese, planmässig zur Befriedigung der Bedürfnisse der Nation zusammenwirken, sondern planlos, ein jeder ohne Einverständnis mit dem andern, lediglich in Verfolgung ihres privaten Vorteils produzieren, dass sie auch aus Bequemlichkeit ganz auf die Produktion

verzichten und ihre Rechtsansprüche dazu benutzen können, sich eine unverhältnismässig grosse Menge von Luxusgegenständen und Genüssen zu verschaffen. Und da demnach in unsrer heutigen Rechts- und Eigentumsordnung nicht das Volksbedürfnis, sondern die Rücksicht auf den Gewinn des Unternehmers über die Produktion entscheidet, so kann diese in falsche und verderbliche Bahnen geleitet werden. So kann es geschehen, dass der Grossgrundbesitzer, auch wenn es an Brotgetreide fehlt, weite Flächen als Jagdpark verwendet, und dass der Kapitalbesitzer, anstatt die fehlenden Wohnungen für Arbeiter zu bauen, Luxusartikel für die Reichen anfertigen lässt. Das sogenannte Kapital also, das zu einem sehr kleinen Teil in Geld, zum bei weitem grössten Teil aus Wertpapieren besteht, ist weder selbst Kapital, noch bedeutet es an sich schon eine Förderung der Kapitalerzeugung. Es ist nicht selbst Kapital, sondern nur Anspruch auf Kapital- und Einkommengüter, und es kann ebensowohl zur Hemmung wie zur Förderung der Kapitalerzeugung gebraucht werden. Das erste tritt z. B. dann ein, wenn ein verschuldeter Landwirt den Teil seines Arbeitsproduktes, den er zu Meliorationen, also zur Steigerung der Produktivität seiner Arbeit verwenden sollte, einem nicht produzierenden Rentner als Zins abtreten muss. Die Rechtsverhältnisse und Tauschgeschäfte, die den volkswirtschaftlichen Prozess verschleiern, haben zur Folge gehabt, dass heute ganz allgemein Schulden für Vermögen und Produktionshemmnisse für Kapital angesehen werden. Dieselben Rechtsverhältnisse und Tauschgeschäfte haben auch den Schein der Produktivität des Kapitals erzeugt. Weil ein Mann, der über eine gewisse Geldsumme (das bedeutet für gewöhnlich nicht über eine gewisse Bargeldsumme, sondern über Wertpapiere von einem bestimmten Betrage) verfügt, weil ein solcher die Personen, denen er diese Geldsumme leiht, nötigen kann, ihm Zins zu zahlen, d. h. ihm einen Teil ihres Arbeitsproduktes oder, wenn sie

Unternehmer sind, einen Teil des Arbeitsproduktes ihrer Arbeiter abzutreten, deswegen scheint es so, als ob das Geldkapital seinen Herrn ernährte. Aber nicht dieses nährt ihn, sondern die Arbeiter nähren ihn, über die ihm sein Geld Macht verleiht, und ohne diese Arbeiter würde das Geldkapital, der Kapitalbesitz oder das Kapitalvermögen oder das Privatkapital noch toter und unnützer sein, als es das wirkliche Kapital ohne Arbeiter ist. Daher ist es auch ganz falsch, zu meinen, ein gewisses Gut, z. B. die ausreichende Menge von guten Nahrungsmitteln und gesunden Wohnungen könne deswegen nicht geschaffen werden, weil es an dem erforderlichen Geldkapital fehle. In der planmässig geleiteten Wirtschaft, sei es die Oikenwirtschaft oder die kommunistische Nationalwirtschaft, ist jederzeit so viel Kapital vorhanden, als Arbeitskraft bereit ist. Wenn in der heutigen Volkswirtschaft ein notwendiges Gut nicht hergestellt werden kann, weil sich kein Kapitalist findet, der sein Geld dazu hergäbe, wenn also z. B. keine Arbeiterwohnungen gebaut werden, obwohl es daran fehlt, und obwohl Platz, Material und brachliegende Arbeitskraft genug dafür vorhanden ist, so beweist das nur, dass die Grund- und Kapitalbesitzer, diese erblichen und unabsetzbaren volkswirtschaftlichen Beamten der heutigen Zeit, entweder ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind oder ihre Pflicht nicht erfüllen. Das Kapital selbst, im Sinne von Kapitalbesitz verstanden, meint Rodbertus, sei eben ein Konstruktionsfehler in unsrer Volkswirtschaft, das fünfte Rad am Wagen, und komme der Gesellschaft teuer zu stehen. (Kr. S. 247 Anm.)

Rodbertus untersucht dann noch, ob der als Geld verwendete Edelmetallschatz zum Nationalkapital gerechnet werden dürfe, und verneint die Frage, weil das Geld, gleichviel ob es aus Papier oder aus einem kostbareren Material bestehe, nur ein gesellschaftliches Bedürfnis sei, also zu den Einkommengütern der Nation

gehöre. Man kann ihm darin beistimmen, ohne deswegen an der von Adam Smith jedem Zweifel entrückten Wahrheit irre zu werden, dass sich das Geld im Besitz des Privateigentümers entgegengesetzt verhält; während es unter Umständen einen Teil seines Kapitals ausmacht, kann es niemals auch nur den kleinsten Teil seines Einkommens ausmachen; als Beamtenbesoldung z. B. vermittelt es ihm sein in realen Gütern bestehendes Einkommen und symbolisiert es zugleich, da man, wofern der Geldwert eines Landes oder einer Zeit bekannt ist, durch die Angabe: 6000 Mark Gehalt, schon erfährt, wie der Mann, wenn er kein Sonderling ist, wohnt, speist, sich kleidet, sich vergnügt und seine Kinder erzieht.

Durch die Arbeitsteilung also, die man nicht bloss, wie Adam Smith gethan hat, lokal und technisch fassen darf, ist jeder einzelne in solche Abhängigkeit von der Gesamtheit geraten und so in die Nationalproduktion [heute darf man sagen in die Weltproduktion] verflochten worden, dass keiner mehr für sich allein und selbständig zu produzieren vermag. Ein jeder arbeitet mit Werkzeugen, die andere geschaffen haben, an Materialien, die andere dem Schoss der Erde entrungen haben, und nährt sich dabei mit Nahrungsmitteln, die aus allen fünf Erdteilen zusammengeführt worden sind; selten, vielleicht niemals, kommt es mehr vor, dass ein und derselbe Mann einen Gebrauchsgegenstand aus dem Rohen herausarbeitete und vollendete; fast jeder solche Gegenstand läuft durch die Hände verschiedener Arbeiter. Ganz ebenso wie mit der Produktion der Güter verhält es sich aber auch mit ihrer Verteilung. Wie der Güterstrom durch die auf den verschiedenen Produktionsstufen und in den verschiedenen Produktionszweigen gleichzeitig vor sich gehende Arbeit unaufhörlich erzeugt wird, so ergiesst er sich auch in der Gestalt gebrauchfertiger Güter unaufhörlich über die Glieder der Gesellschaft, Produzenten wie Nichtproduzenten, und so wenig ein isolierter selbständiger Produ-

zent denkbar ist, so wenig kann ein Mann gedacht werden, der unabhängig von der Gesellschaft Einkommen bezöge, Einkommen, das nicht durch die gesellschaftliche Arbeit geschaffen wäre, und dessen Mass nicht durch die gesellschaftlichen Einrichtungen bestimmt wäre. Denn wie in den Produktionsprozess, so greifen die Staatseinrichtungen und das Recht auch tief in die Verteilung ein. Wie das heut bestehende Recht, indem es die Produktionsmittel der Willkür und dem Geschick oder Ungeschick von Privatbesitzern ausliefert, eine planmässige und dem Gesellschaftsbedürfnis genau angepasste Produktion unmöglich macht, so regelt es auch die Verteilung der Produkte. Im antiken Oikos gehörte das ganze Produkt dem Herrn. Es für sich allein verzehren konnte er, abgesehen von der physischen Unmöglichkeit, schon darum nicht, weil der grössere Teil davon dazu verwendet werden musste, sein zwei- und vierbeiniges Arbeitsvieh am Leben und arbeitsfähig zu erhalten. Was ihm über das Sklaven- und Viehfutter (worunter natürlich auch Kleidung, Beherbergung und sonstige Bedürfnisbefriedigung zu verstehen ist) übrig blieb, das war sein Einkommen, seine Rente. Später teilte sich dann die Rente zwischen den Urproduzenten und den Fabrikanten. Nach wie vor blieb sie aber das gemeinsame Arbeitsprodukt des Grundbesitzers und des Fabrikanten oder vielmehr der Sklaven beider. Als dann die Sklaven frei wurden, war das, wovon sie lebten, nicht mehr Viehfutter, Produktionsmittel, sondern Einkommen. Das Nationaleinkommen zerfiel jetzt in die beiden Kategorien Lohn und Rente, und die Rente spaltete sich in Kapitalrente oder Kapitalgewinn und Grundrente. Als dann später das Geld- und Leihkapital, das sich in Rom zuerst als selbständige Einkommenquelle vom Oikenvermögen gesondert hatte, später aber wieder verschwunden war, als dieses aufs neue zu selbständigem Dasein gelangte und zu einem weit grossartigeren als ehedem, da splitterte sich auch noch der

Zins ab, so dass wir jetzt vier Einkommenarten haben: Arbeitslohn, Grundrente, Kapitalgewinn und Zins. Die ganze Zeit über hat auch die Gemeinschaft in ihren mancherlei Gestalten als Staat, Kirche, Kommune ihren Anteil am Nationaleinkommen beansprucht, den sie sich gewöhnlich auf dem Wege der Besteuerung aneignet. Vor allem ist bei dieser Einkommenverteilung darauf zu achten, dass man auch wirklich den Begriff der Verteilung festhalte. Nicht verhält sich die Sache so, dass jeder für sich Einkommen bezöge, und dass sich aus diesen vielen Privateinkommen das Nationaleinkommen erst zusammensetzte. Sondern das Nationaleinkommen ist zuerst vorhanden, und verteilt sich dann unter die einzelnen. Es ist, wie gesagt, das Ergebnis der unteilbaren National- [oder Welt-] Produktion, und aus seiner Fülle empfängt der einzelne seinen Anteil. Die Güter, wie Wohnstätten, Nahrungsmittel, Kleidung, Verkehrsanstalten müssen erst durch die gesellschaftliche Arbeit geschaffen sein, ehe sich der einzelne einen Teil davon zum Gebrauch oder Genuss aneignen kann. Das andere, was beachtet werden will, ist dieses, dass die Rente arbeitsloses Einkommen ist, ein Abzug, den sich die Arbeiter von ihrem Arbeitsprodukt gefallen lassen müssen, bloss weil das positive Recht dem Eigentümer diesen Abzug zuspricht. Bei den selbst arbeitenden kleinen Grund- und Kapitalbesitzern fallen ja Rente und Arbeitslohn so zusammen, dass sie sich schwer von einander absondern lassen. Vollkommen klar gesondert erscheinen sie dagegen, wenn das Landgut, die Fabrik verpachtet ist. Hier sieht jedermann klar: Die Pacht, wie in diesem Falle die Grund- oder Kapitalrente genannt wird, fliesst dem Eigentümer bloss aus dem Grunde zu, weil er Eigentümer ist, und hat von Arbeitslohn oder von einer Entschädigung für Leistungen nicht das geringste an sich*). Den Einwand, dass die Rente, wenn

*) Da in England nicht allein die Landgüter ganz allgemein verpachtet, sondern auch die städtischen Wohnhäuser auf Pachtboden

auch nicht Lohn für jetzt geleistete, so doch Lohn für frühere Arbeit des Besitzers oder für Arbeit eines Vorfahren sei, weist Rodbertus als unhistorisch zurück; der Grundbesitz sei der Regel nach durch Gewalt entstanden, und grosse Vermögen würden niemals durch die eigene Arbeit des Besitzers geschaffen. Das Volk hat also recht, wenn es in der Grundrente und dem Kapitalgewinn eine Besteuerung der Masse zu Gunsten Weniger sieht, nur wird die Steuer nicht, wie man sich gewöhnlich vorstellt, in der Form erhoben, dass der Grundherr seine Rente auf den Getreidepreis, der Fabrikant seinen Gewinn auf den Warenpreis schlüge und dass so beide den Konsumenten ihre Bedürfnisse verteuerten, sondern beide legen auf einen bedeutenden Teil des Nationaleinkommens Beschlag und lassen den eigentlichen Produzenten, den Arbeitern, einen zu kleinen Teil davon übrig, indem sie ihnen zu wenig Arbeitslohn zahlen. Die Rente wird also den Eigentümern nicht durch einen Zuschlag zum Warenpreise, sondern durch einen Abzug vom Arbeitslohn zugeführt. Auf den Einwand eines Nationalökonomen, die Arbeiter würden thöricht handeln, wenn sie mehr Arbeit leisteten, als sie im Lohn entschädigt bekommen, erwidert Rodbertus: „Man verdenkt es den Arbeitern sehr, dass sie anfangen, dies thöricht zu finden, und sucht sie auf alle Weise eines andern zu belehren.“ (B. S. 139.) Rodbertus leugnet weder die Monopolrente, noch dass es Fälle giebt, wo der Verkäufer einen Zuschlag auf den Marktpreis legt, aber das sind eben Ausnahmefälle. Monopolrente ist z. B. schon die bald zu erwähnende Differenzialrente, die der zufällige Besitz guten Bodens in günstiger Lage abwirft. Bei dem viel-

---

errichtet, die Bergwerke von Pächtern angelegt und ausgebeutet werden, so wurde man hier zuerst auf dieses Verhältnis aufmerksam und bildete den Begriff der Grundrente aus. Von den englischen Verhältnissen ist auch der Plan abgezogen, den sozialen Nöten durch die Einziehung der Grundrente für den Staat abzuhelfen.

besprochenen Zuschlage, der dem Zwischenhandel vorgeworfen wird, ist zu unterscheiden. Ein Detaillist, den die Konkurrenz nicht hindert (z. B. der einzige Krämer am Ort, oder ein Händler, dem die Kunden verschuldet sind), vermag ebenso wie ein Fabrikant in einer ähnlichen günstigen Lage einen Zuschlag auf die Ware zu legen; auch er erfreut sich eines Monopols. Dagegen sind die Transportkosten und die Entschädigung der notwendigen Vermittelungsarbeit des Kaufmanns als Zuschlag zum natürlichen Preise nicht anzusehen; Kaffee, der in Brasilien wächst, ist an sich für den Bewohner einer mitteldeutschen Stadt gar nicht vorhanden; für diesen ist er erst produziert, wenn er beim Krämer seines Wohnorts liegt; die Reederei- und Frachtkosten, die Entschädigung des Gross- und des Kleinhändlers gehören also zu den Produktionskosten. Es sei, um jede Unklarheit auszuschliessen, noch einmal hervorgehoben, dass nicht etwa der Grundbesitzer oder der Fabrikant sein Einkommen unabhängig von den übrigen Produktionsträgern gewinnt. Das Einkommen eines Grossgutsbesitzers besteht nur zum kleinsten Teile aus den auf seinem Gute erzeugten Nahrungsmitteln, zum bei weitem grössten Teile aus Nahrungsmitteln, Genussmitteln, Kleidern, Bequemlichkeiten, Dienstleistungen, Vergnügungen, die er kauft. Der unmittelbare Gutsertrag bildet also nicht sein Einkommen. Diesen Gutsertrag wirft er durch Verkauf in die Masse des Nationalprodukts, und aus dieser Masse setzt er sich dann durch Auswahl der ihm zusagenden Güter sein Einkommen zusammen. Geld vermittelt den Tausch. Die Höhe der ihm zur Verfügung stehenden Geldsumme aber hängt ganz wesentlich von der Höhe der gezahlten Arbeitslöhne ab; zahlt er hohen Lohn, werden also die Arbeiter auf einen grösseren Teil des Nationaleinkommens angewiesen, so bleibt ihm eine kleinere Rente übrig, zahlt er niedrigen Arbeitslohn, so fällt sein Anteil am Nationaleinkommen grösser aus. Es

klingt wie ein Widerspruch, wenn Rodbertus das eine Mal den vom Sklavenfutter übrig bleibenden Teil des Oikenertrages als die Rente des Herrn bezeichnet, ein anderes Mal (B. S. 112) nachweist, dass die Landwirtschaft für sich allein, ohne die Gewerbe, keine Grundrente erzeuge; der Widerspruch fällt jedoch hinweg, wenn man überlegt, dass ja die Oikenwirtschaft das Gewerbe einschloss, also alle Arten von Einkommengütern erzeugte.

Da die verschiedenen Einkommenarten Teile des einen Nationalprodukts sind, so folgt daraus, dass die eine Einkommenart — unveränderte Produktivität der Arbeit vorausgesetzt — nicht vergrössert werden kann, ohne dass die andern beiden vermindert würden. Steigt also der Arbeitslohn, so fällt, wie wir schon gesehen haben, die Rente, und umgekehrt. Steigt innerhalb der unveränderten Rente die Grundrente, so fällt der Unternehmergewinn und umgekehrt. Ebenso verhält sich der Zins gegenüber diesen drei Einkommenarten. Je zwei von den vier Einkommenarten bewegen sich also entgegengesetzt, wenn ihr gemeinsamer Anteil unverändert bleibt. Bewegen sich zwei zusammen in derselben Richtung, so bewegen sich die andern beiden in der entgegengesetzten. So verhält es sich bei unveränderter Produktivität. Steigt oder sinkt aber die Produktivität, so steigt oder sinkt natürlich, wofern kein andrer Umstand einwirkt, im gleichen Masse auch die Produktenmenge, das Nationaleinkommen, wobei die vier Einkommenarten gleichmässig mitsteigen oder fallen, aber auch sich während der Schwankungen in der oben beschriebenen Weise entgegengesetzt bewegen können. Endlich kann sich das Wachsen der Produktivität auf einzelne Produktionszweige beschränken, wie denn die Produktivität der Gewerbe in unserm Jahrhundert weit stärker zugenommen hat als die der Landwirtschaft. Ein solches einseitiges Steigen der Produktivität ver-

mehrt nun zwar das Nationaleinkommen im ganzen, verschiebt aber die Verteilungsgrenze zu Ungunsten der Anteilsberechtigten in dem Produktionszweige, dessen Produktivität steigt. Denn da der Produzent seinen Anteil am Nationaleinkommen nur durch den Verkauf seines Produktes erlangen kann, der Marktpreis der Waren aber vorzugsweise durch ihre Herstellungskosten, d. h. durch die auf ihre Herstellung verwendete Arbeit bestimmt wird, die Steigerung der Produktivität aber eben darin besteht, dass zur Herstellung eines Gutes weniger Arbeit erfordert wird, so vermindert die Steigerung der Produktivität den Tauschwert des betreffenden Produktes, erniedrigt also seinen Marktpreis und damit zugleich das Einkommen der Empfangsberechtigten, wobei dann wieder der Verlust von den Rentnern und den Arbeitern dieses Produktionszweiges entweder gleichmässig getragen werden oder von den einen auf die andern abgewälzt werden kann. Die Gesetze, nach denen sich das Nationaleinkommen unter die vier Klassen von Einkommenberechtigten verteilt, sind andere, als die Gesetze, nach denen der Anteil einer Klasse unter die Angehörigen dieser Klasse verteilt wird; hier entscheiden oft der Fleiss, die Sparsamkeit, das Glück und Geschick des einzelnen Mannes. Aber diese persönlichen Unterschiede üben keinen Einfluss auf die Grösse des Anteils der ganzen Klasse, sondern bewirken nur Verschiebungen innerhalb der dieser Klasse zufallenden Portion.

Dass für die Eigentümer Rente abfällt, hat einen zweifachen Grund, einen wirtschaftlichen und einen Rechtsgrund. Der wirtschaftliche besteht in der Arbeitsteilung, welche die Arbeit immer produktiver macht und bewirkt, dass mehr von ihr abfällt, als die Arbeiter zu ihrem Unterhalt brauchen, und dass dieser Ueberschuss fortwährend wächst. Der Rechtsgrund ist die Eigentumsordnung, die im Altertum bewirkte, dass dem Herrn das

ganze Produkt samt den Produzenten, den Sklaven, gehörte, und die heute bewirkt, dass ihnen wenigstens die Produktionsmittel gehören, so dass die besitzlosen Arbeiter, wenn sie arbeiten und durch Arbeit Einkommen erlangen wollen, genötigt sind, den Grundbesitzern und Kapitalisten ihre Arbeitskraft zu den Bedingungen zu verkaufen, die diese festsetzen, und die hauptsächlichste Bedingung ist eben eine Lohnhöhe, die Rente übrig lässt. Den Nationalökonomen, die, wie Thiers, das Eigentum auf Arbeit gründen, hält Rodbertus vor, dass sie damit über das heutige Eigentum, wie überhaupt über das Eigentum der Gesellschaft seit dem Beginn der Kultur den Stab brechen. „So gewiss es ist," schreibt er B. S. 120, „dass die Arbeit allein das Prinzip des Eigentums ist, dass, wie Herr Thiers selbst noch fortfährt, die Arbeit nicht bloss das Prinzip des Eigentums, sondern auch sein Mass und seine Grenze sein muss, so gewiss ist es auch, dass, wo der Blick nur noch auf Teilung der Arbeit stösst, nirgends den Arbeitern selbst, sondern Anderen Boden, Kapital und Arbeitsprodukt zu eigen gehören. Nur vor der Teilung der Arbeit, also vor dem Beginn aller Civilisation ist der isolierte Arbeiter im Besitz zugleich des Bodens, des Kapitals und seines Arbeitsprodukts, ist der Boden noch sein, auf dem er jagt, der Bogen noch sein, mit dem er schiesst, das Wild noch sein, das er erlegt. Aber wo Teilung der Arbeit existiert, hört dies unmittelbare Eigentumsverhältnis des Arbeiters zum Boden, zum Kapital und zum Arbeitsprodukt auf. Der Boden ist nicht mehr sein, den der Arbeiter beackert, sondern eines andern, welcher Grundbesitzer und in dieser Beziehung nichts weiter ist; die Pflüge sind nicht mehr sein, womit der Arbeiter den Boden bestellt, sondern eines andern, welcher Kapitalist heisst, sei er blosser Kapitalist oder Pächter, oder zugleich der Grundbesitzer; das Getreide endlich, das der Arbeiter mähet und einscheuert, ist nicht mehr sein,

sondern des Grundbesitzers oder des Kapitalisten, dem jener es überlassen hat. Man sehe doch um sich! Wo gehört dem Arbeiter denn der Boden? Er gehört einem andern, der ihn vielleicht nie gesehen, geschweige denn gepflügt oder entwässert oder von Steinen befreit u. s. w." Es kommt vor [und dieser Fall ist bei uns in Deutschland weit häufiger als in England, ja sogar die Regel], dass der Grundbesitzer zugleich der Landwirt und Wirtschaftsleiter ist, und diese seine Thätigkeit verdient sicherlich eine Entschädigung, die man so hoch bemessen mag als man will. Aber nicht diese seine Thätigkeit giebt den Rechtsgrund ab, auf den hin ihm die Rente seines Gutes zufällt; der Richter spricht sie ihm auch zu, wenn er das Gut verpachtet hat, wenn er in der Stadt lebt und die Rente durch seinen Rentmeister erhebt, wenn er noch ein Kind ist und gar nichts leistet; mit einem Worte, der einzige Rechtstitel, auf den hin er seine Rente bezieht, ist sein Eigentumsrecht; die Produktivität der Arbeit macht die Rente möglich, das Eigentumsrecht führt sie dem Berechtigten zu.

Sehr ausführlich widerlegt Rodbertus Ricardos Theorie von der Entstehung der Grundrente. Der englische Nationalökonom lehrt bekanntlich, zuerst werde der beste Boden bebaut, und dabei falle gar keine Grundrente ab, sondern die Anbauer schlügen nur die Zinsen des auf den Anbau verwendeten Kapitals heraus. Bei zunehmender Bevölkerung sei man dann genötigt, auch schlechteren Boden anzubauen. Da dieser mehr Arbeit fordere, so komme das davon gewonnene Produkt höher zu stehen. Nach dem Preise dieses mühseliger gewonnenen, aber für die Volksernährung unentbehrlichen Getreides bestimme sich aber der Getreidepreis überhaupt. Daher bekämen jetzt die Besitzer des besten Bodens mehr für ihr Getreide, als zur Deckung von Arbeitskosten und Kapitalzins erforderlich sei, und dieses Mehr werde eben Grundrente genannt. Der zuletzt in Angriff genommene

schlechtere Boden werfe keine Rente ab. Zwinge dann aber die weitere Volkszunahme noch schlechteren Boden unter den Pflug zu nehmen, so werde auf dem beschriebenen Wege auch den Besitzern des Bodens zweiter Klasse Rente zu teil, während sich die Rente der ersten Klasse erhöhe. Und so gehe die Sache nun weiter, indem jeder Fortschritt zu einer schlechteren Bodenklasse der unmittelbar vorhergehenden zu Grundrente verhelfe und die Grundrente aller höheren Klassen steigere, während die letzte Klasse allemal nur den üblichen Kapitalgewinn abwerfe. Rodbertus bemerkt richtig, dass Ricardo wohl die Differenzialrente, und auch die nur unvollkommen, erkläre, aber nicht die Grundrente selbst. Wahr ist an Ricardos Theorie nur dieses, dass besserer Boden im allgemeinen mehr Rente abwirft als schlechterer; im allgemeinen, nicht in jedem einzelnen Falle; die Güte des Bodens kann durch zu weite Entfernung des Grundstücks vom Wirtschaftshofe oder des Wirtschaftshofes von der Stadt, der Bahnstation, dem Hafen nicht bloss aufgewogen, sondern in dem Masse überwogen werden, dass er unangebaut bleibt. Alles übrige ist falsch und widerspricht der Wirklichkeit. Es ist zunächst nicht wahr, dass immer und überall der beste Boden zuerst angebaut würde.*) Welches Stück die Ansiedler zuerst unter den Pflug nehmen, das hängt von vielerlei Umständen ab. Selbst vorausgesetzt, dass die ersten Besiedler schon die Unterschiede der Bodenklassen zu beurteilen verstünden, würden sie den besten Boden oft nicht zuerst in Angriff nehmen können, z. B. weil er, was schon erwähnt wurde, unbequem weit vom Wirtschaftshofe entfernt liegt, oder weil er zu nass ist. Gerade der allerbeste Boden liegt in nassen Niederungen und kann erst bei ziemlich weit fortgeschrittener Technik

*) Freilich auch nicht immer zuerst der schlechteste, wie Carey lehrt.

für den Anbau gewonnen werden, was heute noch täglich geschieht. Eben deswegen ist der Begriff der Bodengüte relativ; schlechter Boden kann in guten verwandelt werden. Rodbertus führt als Beispiel sein eigenes Gut an. Etwa 1000 Morgen desselben litten an Nässe, weil sich darunter eine undurchlassende Erdschicht hinzieht. Durch Drainierung gewann er nicht allein 120 Morgen, die vorher gar nicht anbaufähig waren, sondern die übrigen 880 Morgen rückten dadurch auch noch aus der zweiten und dritten Bodenklasse in die erste auf; und dieser zweite Einkommenzuwachs fiel ihm umsonst zu, weil die Kosten der Drainierung durch den Erwerb jener 120 Morgen vollständig gedeckt waren. (B. S. 274.) Dann aber ist es eine geradezu abenteuerliche Vorstellung, sich mit Ricardo unter den ersten Besiedlern eines Landes Kapitalisten zu denken, die den Anbau unternehmen, um von ihrem Kapital Zinsen zu gewinnen. In Amerika und Australien, dessen Einwanderer ja aus hochcivilisierten Ländern kommen, ist das allerdings mitunter der Fall, aber bei der ersten Besiedelung der europäischen Länder, deren Grundrente doch Ricardo erklären will, hat es weder Kapital noch Zins gegeben; beides ist erst in der Landwirtschaft und mit ihr entstanden. Jetzt allerdings, wo ein vom landwirtschaftlichen Grundbesitz getrenntes Fabrikationskapital vorhanden ist, wirken die drei Zweige der Rente beständig auf einander ein. Der Fabrikant muss erst die Zinsen, die er dem Geldverleiher schuldet, abrechnen, ehe er sich den verbleibenden Teil als den Ertrag seines eigenen Kapitals oder als Unternehmergewinn anrechnen kann, und Grundrente ist nur, was dem Grundbesitzer übrig bleibt, nachdem nicht bloss die Produktionskosten gedeckt, sondern auch die Hypothekenzinsen bezahlt sind und die Verzinsung seines Unternehmerkapitals abgerechnet ist. Der Wert der Grundstücke aber, ihr Kaufpreis, wird in der Weise berechnet, dass man die reine Grundrente nach dem gerade

landesüblichen Zinsfusse des Leihkapitals kapitalisiert. Ebenso falsch wie den Anfang, stellt Ricardo den Fortgang der Bebauung dar. Es kommt nicht vor, dass Kapitalisten im geeigneten Zeitpunkt dazu übergingen, ihr Geld in eine schlechtere Bodenklasse zu stecken, die beim dermaligen Grade der Volksdichtigkeit Verzinsung verspricht. Der schlechtere Boden befindet sich im Besitz von Grundherren, liegt mit deren besserem Boden im Gemenge und wird gewöhnlich schon von Anfang an in das Wirtschaftssystem hineingezogen und auf die eine oder die andere Weise nutzbar gemacht.

Einige Ansichten unsers Rodbertus über die Grundrente, auf die einzugehen sich jedoch nur in einem Buche über Agrarökonomie rechtfertigen würde, sind sehr anfechtbar. So z. B., dass immer und unter allen Umständen selbst auf dem schlechtesten Boden noch Grundrente abfalle, und zwar aus dem Grunde, weil der Grundbesitzer, der sein Material, den Boden, umsonst habe, sich ein kleineres Betriebskapital anzurechnen habe als der Fabrikant, dessen Kapital nicht allein Werkzeuge, sondern auch Materialien enthalte. Dagegen liesse sich u. a. einwenden, dass ja der Boden im Kaufpreise des Gutes bezahlt wird, dass hochkultivierter Ackerboden geradezu ein Kunstprodukt, also Kapital ist, und dass Düngemittel, Sämereien, die zuweilen gekauft werden müssen und Zuchttiere ebenfalls Materialien für die Landwirtschaft sind. Uebrigens hat Rodbertus selbst diese Behauptung durch das Zugeständnis eingeschränkt, dass die Konkurrenz durch Preisdruck sowohl die Grundrente wie den Unternehmergewinn vernichten könne. Ferner, dass steigende Bevölkerung allerdings, wie Ricardo und von Kirchmann glaubten, die Grundrente erhöhe, aber nicht aus dem Grunde, den diese beiden annehmen, nämlich wegen der mit der Bevölkerung steigenden Unproduktivität der Landwirtschaft, indem der Zwang, zu immer unfruchtbarerem Boden fortzuschreiten, der einen

steigenden Mehraufwand von Arbeit erfordere, das Getreide verteuere. Vielmehr lasse sich nachweisen, dass bei steigender Bevölkerung das Getreide sogar wohlfeiler werde, und dass, wo sein Preis mit der Bevölkerung steige, diese Steigerung andere Ursachen habe als die zunehmende Unproduktivität der Landwirtschaft. Deren Produktivität steige bei fortschreitender Kultur ebenso wie die der Gewerbe, wenn auch nicht in demselben Grade und nicht ins Unendliche. Gerade aus der steigenden Produktivität sei das Steigen der Grundrente bei wachsender Bevölkerung zu erklären, indem in dicht bevölkerten Gegenden Fleisch, Milch, Eier, Gemüse, Obst, die in den dünn bevölkerten gar nichts bringen, für den nahen Markt produziert werden und der Ackerbau mehr und mehr gartenmässig betrieben wird, so dass, da zugleich auch die rationell betriebene Wirtschaft der gleichen Fläche mehr Brotgetreide abgewinnt, die grössere Menge mannigfaltiger Produkte selbst bei fallenden Getreidepreisen die Grundrente erhöht. Man wird die Richtigkeit dieser Darstellung an sich zugeben können, dazu jedoch bemerken müssen, dass bei völliger Absperrung eines dicht bevölkerten Landes die an sich falsche Grundrententheorie Ricardos Wahrheit gewinnen würde. Da nämlich die Steigerung der Produktivität des Bodens, wie Rodbertus einräumt, ihre Grenzen hat, so muss irgend einmal der Zeitpunkt eintreten, wo das im Lande angebaute Getreide zur Ernährung der Bevölkerung nicht mehr ausreicht. Und von diesem Zeitpunkt an muss der Getreidepreis ins Ungemessene steigen, nicht aus dem Grunde, den Ricardo angiebt, wegen der steigenden Unproduktivität des Ackerbaues, sondern aus dem einfachen Grunde, weil beim ungenügenden Angebot einer unentbehrlichen Ware die Nachfrage den Preis so hoch steigert, als ihn die Reichsten noch irgend bezahlen können. Es ist zuzugeben, dass infolge der Hindernisse, die das Privateigentum der Produktion bereitet, eine

solche Not weit eher eintritt, als sie einzutreten brauchte, wenn die Produktion organisiert wäre, und dass England vielleicht heute noch das zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendige Getreide hervorbringen könnte, allein die Not ist thatsächlich in England eingetreten, und die dadurch notwendig gewordene zollfreie Getreideeinfuhr hat die landwirtschaftliche Grundrente Englands zwar noch nicht vernichtet, aber doch mit der Vernichtung bedroht. Demnach schweben infolge des bestehenden Grundeigentums die dichtbevölkerten Staaten beständig zwischen den beiden entgegengesetzten Gefahren einer durch Brotverteuerung erzeugten Hungersnot und einer Vernichtung der Grundrente durch ausländische Konkurrenz, die den inländischen Getreidebau vernichten und Hungersnot aus einem zweiten Grunde, nämlich infolge mangelnder Zufuhr zur Folge haben kann. Im allmeinen ist von diesen Erörterungen der landwirtschaftlichen Grundrente zu sagen, dass sie die Gesetze, nach denen sie entsteht und sich bewegt, richtig angeben, aber zur Erklärung des einzelnen praktischen Falles nur mit grosser Vorsicht und Zurückhaltung angewendet werden dürfen, weil der Reinertrag jedes Landguts von einer grossen Menge schwer zu übersehender Umstände abhängt, und weil namentlich beim selbst arbeitenden Bauer Kapitalzins, Grundrente und Arbeitslohn eine schwer in ihre Bestandteile aufzulösende Einheit bilden. Nur so viel ist sicher, dass die Pacht zweifellos Grundrente ist, dass also jedes verpachtete Gut Grundrente abwirft, und dass man bei ihm genau weiss, wie hoch sie ist. Ebenso weiss man von einem gewerblichen Aktienunternehmen, dass es Unternehmergewinn abwirft, wenn es über den landesüblichen Zins noch eine Dividende ergiebt, wobei allerdings, wenn der Ertrag nicht auf Jahre hinaus gesichert erscheint, ein Teil der Dividende als Risikoprämie abgerechnet werden muss.

Zu seiner überaus gründlichen und ausführlichen

Kritik der Grundrententheorie Ricardos wurde Rodbertus durch den Umstand veranlasst, dass von Kirchmann bei Erklärung der beiden Leiden der heutigen Gesellschaft: des Pauperismus und der Handelskrisen, von jener Theorie ausgegangen war. Kirchmann erklärte den Pauperismus aus der vermeintlichen zunehmenden Unproduktivität der Landwirtschaft, die Absatzstockungen aber aus drei ineinandergreifenden gesellschaftlichen Verhältnissen; erstens empfingen die Arbeiter einen zu geringen Arbeitslohn, so dass die Kaufkraft des grösseren Teils der inländischen Bevölkerung dem steigenden Warenangebot nicht entspreche; dazu komme, dass die kaufkräftige Klasse von ihrer Kaufkraft nicht genügend Gebrauch mache und, anstatt Luxus zu treiben, immer mehr Kapitalgüter schaffe, also das Angebot von unverkäuflichen Waren vermehre, so dass die Gesellschaft an einer Ueberfülle nicht allein unverkäuflicher Waren, sondern auch unverwendbarer Kapitalien leide. Zweitens vermindere die den Pauperismus erzeugende Unproduktivität des Bodens die Kaufkraft der ärmeren Masse noch weiter und verursache ausserdem der wechselnde Ernteausfall, der die Kaufkraft der Landleute bald erhöhe, bald vermindere, Störungen im Absatz. Drittens vergrössere unsere Geld- und Kreditwirtschaft die Stockungen, indem sie die Fabrikanten und Kaufleute zwinge, zur Befriedigung ihrer Gläubiger ihre Waren zur Unzeit loszuschlagen. Rodbertus widerlegt nun eben mit seiner Grundrententheorie die Erklärung, die von Kirchmann für den Pauperismus gegeben hat; sehr richtig bemerkt er, dass es bei Annahme der Ricardoschen Theorie eine Lösung der sozialen Frage nicht gebe, da dann das ganze Menschengeschlecht dem Hungertode entgegengehen würde. Von den Entstehungsursachen, die Kirchmann für die Handelskrisen gegeben hat, erkennt er die erste an, giebt ihr aber eine genauere Fassung und macht sie zugleich für den Pauperismus verantwortlich. Er sagt: nicht darin be-

steht das Uebel, dass die Arbeiter zu wenig bekommen, weniger als ihnen gebührt; ihr Anteil möchte immerhin zu Gunsten der Grund- und Kapitalbesitzer ungerecht verkürzt werden; wenn er nur wenigstens im selben Masse stiege, wie die Produktivität der Arbeit steigt, so brauchte es weder Pauperismus zu geben (denn auch ein am Werte der Arbeit gemessen zu kleiner Produktenanteil kann bei einem hohen Stande der Produktivität ein behagliches Dasein gewähren) noch würde die Verkürzung der Arbeiter Absatzstockungen erzeugen, da ja, wie vorausgesetzt wird, ihr Anteil, obwohl an sich zu klein, mit der wachsenden Produktivität steigt und also auch ihre Kaufkraft im Verhältnis zum wachsenden Angebot mitwächst. Das Uebel liegt vielmehr darin, dass während die Produktivität beständig steigt, das Einkommen der Lohnarbeiter immer auf demselben niedrigen Stande zurückbleibt, und alles Mehreinkommen den Rentnern zufliesst, so dass also das Arbeitereinkommen eine immer kleinere Quote des Nationaleinkommens bildet. Wenn auch das Geldeinkommen gestiegen ist, so ist doch das Naturaleinkommen der Arbeiter, auf welches allein es ankommt, durchschnittlich auf dem Punkte des notwendigen Unterhalts zurückgeblieben, unter den es nicht sinken kann, ohne den Arbeiterstand zu vernichten. Das Malthusische Gesetz, das eherne Lohngesetz Lassalles, gilt also thatsächlich, wenn auch die Ansicht seines Entdeckers, dass es ein unabänderliches Naturgesetz sei, bestritten werden muss. Sollte sich aber auch hie und da das Naturaleinkommen der Arbeiter über den tiefsten Stand gehoben haben, so müsste man dennoch sagen, dass es gefallen sei, weil es sicherlich nicht in demselben Masse wie das Einkommen der Grund- und Kapitalbesitzer gestiegen ist. Das Arbeitereinkommen kann in dem einen Sinne steigen, während es im andern unverändert bleibt oder fällt. Bliebe es z. B. bei sinkender Produktivität unverändert, so würde man dennoch sagen

müssen, dass es gestiegen sei, weil es eine grössere Quote des zusammenschrumpfenden Nationaleinkommens ausmachen würde als vorher. Steigt es dagegen, aber in geringerem Grade als die Produktivität der Arbeit und die Rente, so ist es im andern Sinne gefallen, weil es einen kleineren Teil des Nationaleinkommens ausmacht, als vorher. Es ist nun klar, dass die Arbeiter bei diesem Stande der Dinge im grossen und ganzen elend bleiben müssen, und dass die hinter der steigenden Produktenmenge in immer grösserem Abstande zurückbleibende Kaufkraft eines so grossen Teiles der Nation immer schlimmere Absatzstockungen erzeugen muss, dass also hierin die Ursache sowohl des Pauperismus als der Absatzstockungen zu suchen ist. Es musste so kommen wie es gekommen ist, weil die persönlich frei gewordenen Leibeigenen den Kapitalbesitzern ohne Mittel gegenüber stehen, bei ihnen — nicht um Arbeit betteln müssen, denn diese haben sie, sie bieten sie an, sie sind also die „Arbeitgeber", nicht die Kapitalisten, die man, der Ungerechtigkeit die Krone aufsetzend, fälschlich so nennt, — sondern um Erlaubnis zu arbeiten betteln müssen; und da sie durchaus von der Gnade der Grundbesitzer und Kapitalisten abhängen, ohne die sie sich ihren Lebensunterhalt nicht zu erwerben vermögen, so bleibt ihnen nichts übrig, als ihre Arbeitskraft um jeden Preis, d. h. um den niedrigsten, zu verkaufen. Der sich selbst überlassene Verkehr aber vermag an diesem Zustande nichts zu ändern. „Je bevölkerter das Land, je produktiver dabei die Arbeit, je grösser zugleich die individuelle Freiheit wird, desto mehr werden in einem sich selbst überlassenen Verkehr die Arbeiter gezwungen, wohlfeil zu arbeiten, denn desto mehr wird die Arbeit einer Ware gleichgestellt, die dem Gesetz der Konkurrenz unterliegt, desto mehr werden die Unternehmer in stand gesetzt, ‚die Arbeit an den Mindestfordernden fortzugeben.' Als ob die Unternehmer die Arbeit vergäben,

und sie nicht erhielten! Aber so verkehrt sind durch die heutigen Verhältnisse auch schon die alltäglichen Vorstellungen geworden, dass, weil heute nicht ohne Erlaubnis gearbeitet werden kann, diese Erlaubnis die Arbeit selbst heisst." (B. S. 73.)

Rodbertus erkennt es nicht allein an, sondern hebt bei jeder Gelegenheit auf das nachdrücklichste hervor, dass dieser Zustand unvermeidlich eintreten musste. Kultur hätte, führt er wiederholt aus, ohne Arbeitsteilung nicht entstehen können; Arbeitsteilung aber ward nur durch Sklaverei möglich, also bei einem Zustande, wo, weit entfernt, dass den Arbeitern der Boden, die Werkzeuge und das Arbeitsprodukt gehört hätten, auch die Arbeiter selbst dem Herrn gehörten. Es musste dann der Fortschritt gemacht werden, dass der Arbeiter frei und sein Menschenrecht, seine Menschenwürde theoretisch anerkannt wurde, aber es konnte nicht vermieden werden, dass es vorläufig, da der mehrbeschriebene jetzige Zustand eintrat, bei der theoretischen Anerkennung blieb. Der nächste Schritt, den die Entwickelung zu thun hat, ist, dass die Anerkennung praktisch werde, und soll das geschehen, so muss das Unwürdige und die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Zustandes eingesehen werden, während zugleich den leitenden Kreisen in der oben angegebenen Weise klar zu machen ist, welche wirtschaftliche Notwendigkeiten zu einer Aenderung drängen. In dieser zweiten Beziehung weist er noch besonders darauf hin, welche Unvernunft darin liegt, dass in den Krisen nicht allein das Kapital entwertet, sondern auch der höchste wirtschaftliche Wert, die Arbeit, zur Wertlosigkeit verdammt, das beste Geld, die Arbeit, ausser Kurs gesetzt wird*). Und das geschieht immer gerade zu der-

*) K. 195—196. Da Arbeit allein Werte schafft, so ist auch Arbeitsleistung das einzige wirkliche Aequivalent für empfangene Werte, also die beste, im Grunde genommen die einzige vollgültige Bezahlung; alles andere Geld ist nur ein Mittel, diese endgültige Bezahlung herbeizuführen.

selben Zeit, wo Tausende das Notwendigste entbehren müssen, wo also recht viel Arbeit zur Befriedigung der Bedürfnisse erforderlich wäre! Allein diese Arbeit kann nicht in Bewegung gesetzt werden, weil nicht das Bedürfnis darüber entscheidet, ob und was gearbeitet werden soll, sondern der Besitz; es kann immer nur für solche gearbeitet werden, die bezahlen können, und die falsche Einkommenverteilung bringt es mit sich, dass die wenigen gar nicht so viel verbrauchen können wie sie zu bezahlen im stande sind, während die vielen das, was sie brauchen, nicht bezahlen können. So muss die gesellschaftlich notwendige Arbeit ungethan bleiben, und so legt das Privatkapital der Produktion immer drückendere Fesseln an.

Das ist die wirtschaftliche Seite der Sache. Mit nicht geringerem Nachdruck behandelt Rodbertus die moralische. Er bezeichnet die Stellung, welche die Vulgär-Oekonomen dem Arbeiter anweisen, als entehrend, und hebt zugleich die Thorheit hervor, die darin liegt, dass diese selben Liberalen demselben Arbeiter politische Rechte einräumen, den sie einerseits als Werkzeug oder Arbeitsvieh und anderseits als Ware behandeln. „Eine ebenso entehrende Vorstellung als die war, welche den Arbeitslohn nach dem notwendigen Unterhalt oder wie eine Maschinenreparatur schätzen liess, hat auch bei der zur Tauschware gewordenen Arbeit, diesem Ursprung aller Güter, von einem „natürlichen Preise“ oder von „Kosten“, wie bei dem Produkt derselben gesprochen, und diesen natürlichen Preis, diese Kosten der Arbeit in den Güterbetrag gesetzt, der nötig sei, um die Arbeit immer wieder auf den Markt zu bringen, d. h. der den Arbeiter in den Stand setzt, sich fortzupflanzen. Welch ein thörichter unbeschreiblicher Widerspruch in der Auffassung derjenigen Nationalökonomen, welche die Arbeiter in ihrer rechtlichen Stellung über die Geschicke der Gesellschaft mitentscheiden und zugleich sie national-

ökonomisch nur immer als Ware behandeln lassen wollen! Denn die Arbeit sind in dieser Beziehung die Arbeiter. Wäre die Say-Bastiatsche Schule in allen gesellschaftlichen Beziehungen sich ihrer selbst bewusst, so müsste sie nur aus Zensusmännern bestehen“ (B., S. 71), d. h. so dürfte sie den Arbeitern keine politischen Rechte einräumen und müsste sie auch für strafunmündig erklären, wie das den Sklaven des Altertums geschah. „Eigentum, nämlich Grund- und Kapitaleigentum,“ sagt Proudhon, „ist Diebstahl; Sklaverei Mord“. Wenn Grund- und Kapitaleigentum, bemerkt hierzu Rodbertus, „deshalb Diebstahl ist, weil es den Produzenten einen Teil ihres Produktwerts raubt, Sklaverei deshalb Mord, weil sie den Menschen um seine freie Entwickelungsfähigkeit bringt, so herrscht selbst in demokratischen Institutionen, die, bei Grund- uud Kapitaleigentum, auch für den Arbeitslohn den „freien Verkehr“ beibehalten, nicht bloss Diebstahl, sondern auch Mord. Denn solange die Arbeiter, sogar in ihrem Produktteil, von den Früchten der zunehmenden Produktivität ausgeschlossen sind, werden sie auch sicherlich um ihre freie Entwickelungsfähigkeit gebracht. Ihre materielle Lage wird mit Gewalt — der Gewalt der Dinge — auf dem Niveau des notwendigen Unterhalts, und ihre moralische und geistige Entwickelung auf dem ihrer materiellen Lage festgehalten. Bei freier Konkurrenz für den Arbeitslohn besteht auch noch im Grund- und Kapitaleigentum die Sklaverei wesentlich fort.“ (K., S. 204.) Schonungslos deckt er alle die Sophismen auf, mit denen die Nationalökonomen der liberalen Schule den heutigen Zustand zu rechtfertigen suchen, so z. B. die in jenem Geschichtchen steckenden, womit Bastiat die Kapitalrente erklärt. Jakob, ein armer Tischler, der 300 Tage im Jahre arbeitet, verwendet 10 Arbeitstage auf die Anfertigung eines Hobels, mit dem er dann in 290 Tagen, mehr Möbel fertig bringt, als vorher in 300. Wilhelm,

ein anderer Tischler, leiht sich den Hobel von ihm auf ein Jahr. Offenbar fordert es die Gerechtigkeit, dass Wilhelm, nachdem er ein Jahr lang mit dem durch Jakobs Arbeit hergestellten Hobel seine Arbeit produktiver gemacht hat, am Ende des Jahres nicht allein einen ebenso brauchbaren Hobel oder dessen Wert zurückgebe, sondern noch einen angemessenen Teil von dem mit dem Hobel gewonnenen Mehrprodukt, d. h. nicht bloss das Kapital, sondern auch noch einen Zins dazu. Gegen diese Auffassung Bastiats, schreibt Rodbertus (B., S. 176 ff.) „lässt sich in der That nichts einwenden, — als dass sie gar nicht zur Schilderung des heutigen sozialen Streites passt, dass sie diesen verdunkelt, anstatt ihn ins rechte Licht zu stellen, dass sie ihn zwischen den Parteien verdeckt, zwischen denen er wirklich geführt wird, und zwischen denen fingiert, die sich gar nicht feindlich gegenüberstehen. Ist in dieser Erzählung Jakob denn ein anderer als der Kapitalbesitzer, und Wilhelm ein anderer, als der Anleiher oder Unternehmer? Aber zwischen Kapitalisten und Unternehmern herrscht heute kein Streit, sondern zwischen diesen zusammen einerseits und den Arbeitern andererseits. Die Unternehmer sind es nicht, die sich weigern, den Kapitalbesitzern Zinsen zu zahlen, wohl aber behaupten die Arbeiter, dass das, was Unternehmer und Kapitalisten ziehen, dass Gewinn und Zins ihnen den gerechten Arbeitslohn schmälern." Rodbertus vervollständigt die Parabel. „Auch heute mag Jakob in 10 Tagen den Hobel produzieren, aber er ist weit entfernt, deshalb Besitzer des Hobels zu werden. Er für seine Person bekommt nicht den Hobel, sondern nur einen kümmerlichen Lohn für 10 Tage Arbeit, denselben Lohn, den er auch bekam, als er unproduktivere Gegenstände schuf als einen Hobel. Einem Andern, den wir Rapax nennen wollen, und dem Jakob, um nicht zu verhungern, genötigt war, die Arbeit, welche den Hobel schuf, auf 10 Tage für ein Stück Brot zu verkaufen,

fällt das Produkt der Arbeit Jakobs zu. Nun verleiht nicht Jakob mehr den Hobel an Wilhelm, und beansprucht von diesem die Zinsen, sondern Rapax. Aber auch Wilhelm gebraucht nicht selbst den Hobel, sondern wiederholt den Vertrag, den Rapax mit Jakob geschlossen hat, mit Johann, der in derselben Lage wie Jakob ist, und der deshalb, mag auch seine Arbeitskraft durch den Hobel noch so sehr gesteigert sein, sie immer noch für dasselbe Stück Brot an Wilhelm verkaufen muss. Jakob und Johann werden immer fleissiger und geschickter. Jakob lernt Dampfmaschinen bauen und Johann lernt damit spinnen oder fahren, aber dieselben Verhältnisse, derselbe Hunger, der im Beginn ihrer Lehrzeit beide nötigte, Jakob seinen Hobel an Rapax, Johann das Produkt seiner durch den Hobel gesteigerten Arbeitskraft an Wilhelm für ein Stück Brot fortzugeben, nötigen beide auch heute, die Dampfmaschine und die damit vermehrten Produkte für dasselbe blosse Stück Brot an Rapax und Wilhelm zu überlassen.“ Hier könnte man einwenden, dass noch dritte Personen ins Spiel kommen, die zum Teil dem Gelehrtenstande angehörenden Erfinder, und dass manche von den Arbeitern, die selbst erfinden, Kapitalisten werden. Indessen trifft das von Rodbertus aufgestellte Schema doch im ganzen zu, denn nachdem die durch Erfindungen verbesserte Technik einmal in Fluss gekommen ist, verteilen sich die Funktionen der Produktion thatsächlich in der beschriebenen Weise unter die drei oder vier Klassen; die Arbeiterklasse erscheint hier in die Werkzeugverfertiger und die Produzenten von Gebrauchsgütern geteilt. Rodbertus fährt fort, selbst wenn Jakob und Johann keine Schulbildung hätten, müssten sie sich darüber wundern, dass ihre immer produktiver werdende Arbeit nur den Rapax und Wilhelm immer mehr bereichere, während sie selbst arm bleiben; sie würden anfangen zu murren und Untersuchung dieser merkwürdigen Thatsache zu fordern.

„Und wenn nun die Untersucher, um diese Thatsache zu erklären oder zu entschuldigen, die Sache vorstellen wollten, als wenn der Streit zwischen Rapax und Wilhelm bestände, als wenn es sich darum handelte, den Teil der Vorteile, die Wilhelm an Rapax abtritt, gegen Wilhelm zu rechtfertigen! Wenn nun gar die Untersucher, um diese Rechtfertigung zu begründen, Rapax und Jakob, und wieder Wilhelm und Johann identifizierten! Wäre es nicht für Jakob und Johann um vollends die Geduld zu verlieren? Wären sie nicht berechtigt zu glauben, dass man zu ihrer Not noch den Hohn und die Täuschung fügen, aber keinenfalls Bereitwilligkeit zur Lösung des Rätsels zeigen wollte?“ (B., S. 176—178.) Nicht weniger bitter als den berühmten Nationalökonomen Bastiat verspottet er (B., S. 126), den in diesem Fach weniger berühmten Thiers, der den Profit des Kapitalisten mit dem pathetischen Ausruf verteidigt: „Ich habe ein Stück Land urbar gemacht, das mir Schwierigkeiten aller Art entgegenstellte, ich habe es eingehegt, bepflanzt, bewässert, mit Gebäuden versehen, oder, was auf eins herauskommt, ich habe andre Dinge, die der Ertrag meiner Arbeit waren, dafür bezahlt.“ Herr Thiers und Land urbar machen! Natürlich sind unter dem „Ich“ die Arbeiter zu verstehen, die er bezahlt, wie er ja auch im letzten Satz andeutet, aber das kommt gar nicht auf eins heraus, denn der Ertrag seiner „Arbeit“, womit er diese Arbeiter bezahlt, ist eben selbst schon Ertrag der Ausbeutung, die er rechtfertigen will. Und wenn in Amerika europäische Bauern mit ihren Armen immerhin mehr ausgerichtet haben als Herr Thiers mit den seinen ausgerichtet haben würde, so sind auch das nicht unbewaffnete Arme gewesen, sondern sie waren mit Werkzeugen, dem Produkt der Arbeit andrer, ausgerüstet; diese Bauern waren also schon kleine Kapitalisten, als sie anfingen, urbar zu machen u. s. w. Rod-

bertus beruft sich dabei auf Bastiats Ausspruch: ein Mensch, der die Gesellschaft entbehren kann — und Gesellschaft bedeute hier eben die Teilung der Arbeit — ist entweder ein Tier oder ein Gott, und fügt hinzu: „sicherlich kein Kapitalist, der Besitzungen roden und mit Gebäuden versehen kann."

—

3. Die Staatswirtschaft der Zukunft.

Wie ist aus diesem Zustande herauszukommen? Nach Rodbertus jedenfalls nicht auf dem Wege der Revolution. Nur wenn sowohl in volkswirtschaftlicher Beziehung wie im Recht die Kontinuität der Entwicklung gewahrt wird, hat die Menschheit Aussicht, auf eine höhere Stufe ihres gesellschaftlichen Daseins zu gelangen. Und die Fortentwickelung kann nimmermehr darin bestehen, das entweder das Privateigentum an Boden und Kapital, etwa durch Produktivassoziationen, von den jetzigen Besitzern auf andere Privateigentümer, die Arbeiter, übergeht; auch nicht darin, dass die Arbeiter zum Besitz ihres vollständigen Arbeitsproduktes gelangen. Dieses zweite ist seit eingetretener Arbeitsteilung unmöglich, und könnte nur durchgesetzt werden, wenn man auf diese und damit auf die Kultur verzichtete. Dass das materielle Produkt seiner Arbeit dem Arbeiter nicht gehören kann, leuchtet ohne weiteres ein: wie sollte der Anteil eines jeden der Arbeiter, die zur Herstellung einer Stecknadel beigetragen haben, berechnet werden, und was sollten die Arbeiter mit ihren Stecknadeln anfangen? Aber auch den vollen Wert ihres Produkts können und dürfen die Arbeiter nicht bekommen, weil, je verwickelter die Arbeitsteilung und je reicher die Kultur wird, desto mehr Gesellschaftsbedürfnisse entstehen; die Mittel zu deren Befriedigung müssen zu allererst vom Nationalprodukt abgezogen werden, und nur was davon übrig bleibt, kann unter die Arbeiter verteilt werden. Das Ziel der Entwickelung

kann also nur sein: Die Ueberführung von Boden und Kapital in das Eigentum der Gesellschaft, und gesellschaftliche Einrichtungen, durch die sowohl die Produktion geleitet und jederzeit dem Bedürfnis der Gesamtheit angepasst als das Produkt gerecht verteilt wird. Nachdem im Anfange der Kultur die Arbeiter selbst dem Herrn gehört haben, im weiteren Fortgange der Kulturentwickelung dann die Arbeiter zwar persönlich frei geworden, die Arbeitswerkzeuge aber im Eigentum des Herrn zurückgeblieben sind, wird zuletzt die Vollendung der Entwickelung die daraus entspringenden Ungerechtigkeiten aufheben, indem sie die Gesellschaft zum Herrn der Arbeitsmittel und zur Leiterin des Arbeitsprozesses macht und nur noch eine Art von Eigentum übrig lässt: das Eigentum am verdienten Arbeitslohn. Dieses ist aber die einzige sittlich zu rechtfertigende Art von Eigentum, so dass also die Losung des echten Fortschritts nicht lautet: Eigentum ist Diebstahl, sondern: Eigentum ist vor Diebstahl zu behüten. Das Eigentum überhaupt, wiederholt er (Kr. S. 244 Anm. 87), „brauchte in einem Zustande ohne Grund- und Kapitaleigentum so wenig aufgehoben zu sein, als es heute bei einem Beamten aufgehoben ist, der nur von seinem Gehalte lebt. Nur das rentierende Eigentum wäre aufgehoben." Auch das Erbrecht ist ihm „so heilig wie das Eigentumsrecht selbst". (B. S. 225.)

Das höchste Ziel der irdischen Entwickelung ist die organisierte Menschheit, ist eine Gesellschaftsverfassung, in der jeder einzelne ein vollkommener, ein die Idee der Menschheit verwirklichender Mensch werden kann. „Mag die Schöpfung ein Scheidungs- und Individualisierungsprozess gewesen sein, die Geschichte ist ein Vereinigungsprozess, und zwar ein Vereinigungsprozess, der sich zu immer weiteren Kreisen verschlingt und zu immer grösserer Innigkeit vertieft. Gemeinschaft des individuellen Lebens ist das einzige soziale Lebensprinzip. Wir Heutigen sind gewöhnt, den sozialen Fortschritt in dem

Uebergang zu einer höheren Freiheitsstufe zu erblicken." Das sei eine verkehrte Auffassung, die sich der über sich selbst nicht klare Zeitgeist der Uebergangsperiode bilde. Wenn Stahl mit seiner bekannten Forderung, dass die Wissenschaft umkehren müsse, weiter nichts gewollt hätte, als die Gesellschaftswissenschaften von ihrer individualistischen Auffassung zurückzuführen, würde man ihm recht geben müssen. Nur das Wort „Umkehr" würde zu tadeln sein, weil der Individualismus, der abgelebte Staatsformen aufzulösen hat, eine vorübergehend unentbehrliche Triebkraft des Fortschritts ist. Nicht umkehren darf die Wissenschaft inmitten einer selbstgeschaffenen Wüste, sondern sie muss hindurch. Stahl hatte aber doppelt unrecht, die Umkehr zu fordern, weil er ausserdem auch noch die Idee zu den notwendigen Neubildungen aus den der Vergangenheit und Auflösung anheimgefallenen Formen entnahm. Seine Gegnerschaft gegen eine als Individualismus verstandene Freiheit aber sei, wie gesagt, begründet gewesen. „Der organisierende, Leben schaffende Funke ist nicht die Freiheit, sondern die Gemeinschaft, ist, wenn man sich nicht vor dem Worte fürchtet: Kommunismus, nicht Individualismus." Die Alten seien noch nicht in den Fehler der Heutigen verfallen; dass die Staaten auf Gemeinschaft, also auf Kommunismus beruhen, habe auch Aristoteles in seiner Polemik gegen Plato nicht bestritten; es frage sich nur, wie weit der Kommunismus reichen solle. Die Verkehrtheit der Neueren bestehe darin, dass sie den Kommunismus im Prinzip verwerfen und die auflösende Kraft für das gesellschaftliche und politische Bindemittel halten. (H. V S. 273—275.) Der Kommunismus, schreibt er (K. S. 213 ff. an von Kirchmann, widerspreche dem freien Gebrauch unserer Fähigkeiten, unseren besseren Neigungen und Empfindungen in keiner Beziehung. „Ich behaupte noch mehr! In jenem Zustande mit Kommunismus an Boden und Kapital ist nicht bloss das Eigentum gesicherter, die

Freiheit grösser, die Gleichberechtigung allgemeiner als in dem heutigen oder selbst denkbar freiesten Zustande mit Privateigentum an Boden und Kapital, sondern sind Eigentum, Freiheit und Gleichberechtigung überhaupt und allein erst rein und vollständig zu verwirklichen. Was ist denn Eigentum, von Rechts wegen und prinzipiell? Das unbeschränkte Recht auf die volle Frucht seiner eigenen Arbeit! Suchen Sie für das Eigentum eine andere Unterlage, und Sie kommen nicht bloss mit dem Rechtsbewusstsein des Volkes in Konflikt, Sie werden auch in Ihren Deduktionen entweder an der Sklaverei oder der wirklichen Gütergemeinschaft [dem falschen Kommunismus, der auch das Eigentum an den Früchten der Arbeit aufhebt] stranden! Aber die heutigen Eigentumsverhältnisse, die vom Grund- und Kapitaleigentum dominiert werden, beruhen gerade auf einer fortwährenden schreienden Verletzung dieses Prinzips, gleichwie die Sklaverei, die sich nur graduell, nicht prinzipiell vom Grund- und Kapitaleigentum unterscheidet. Jene unterwirft sich freilich die Person, dieses nur die unmittelbare persönliche Aeusserung, aber beide bringen die Person mit Gewalt um die volle Frucht ihrer Arbeit. Jene proklamiert nur diese Gewalt, dieses sucht dieselbe durch Sophismen zu verbergen. Aber die Wirkung auf das Eigentum, das Unrecht, was gegen dieses begangen wird, bleibt sich gleich; nur seine Ausübung verhält sich etwa wie Brutalität und Heuchelei. Sehen Sie sich die heutige Freiheit an! Was ist Freiheit? Nicht die Unabhängigkeit des Individuums von einem gesellschaftlichen Willen, einer gesellschaftlichen Moral, wie die Individualisten und leider auch ein Teil der Demokraten wähnen; — sie besteht vielmehr darin, beide mitbilden zu dürfen, an beiden gleichfalls seinen individuellen Anteil zu haben — sondern Unabhängigkeit von einem anderen individuellen Willen, einer anderen individuellen Moral. Suchen Sie auch hier ein anderes Prinzip, und Sie scheitern

wieder entweder an dem brutalsten Egoismus oder dem blinden Autoritätsglauben. Aber die heutige persönliche Freiheit ist für die meisten nichts als eine fortwährende Abhängigkeit von fremdem individuellem Willen und fremder individueller Moral, Abhängigkeit von dem Willen und der Moral der Grund- und Kapitalbesitzer, Dienst, Botmässigkeit. So lange es Grund- und Kapitaleigentum giebt, so lange wird es auch Herren geben. Die Rente ist nichts, als das letzte geschichtliche Kriterion des Herrn." Auch die Gleichberechtigung ist, wie ausführlich gezeigt wird, „erst dann [nach Aufhebung des Privateigentums an Boden und Kapital] vollständig verwirklicht, denn erst dann wird zur Wahrheit, was sonst bei bürgerlicher und politischer Gleichberechtigung ewig Phrase bleiben muss . . . Nicht der Individualismus, sondern der Sozialismus schliesst die Reihe der Emanzipationen, die mit der Reformation begonnen haben. Daher bin ich auch der Ueberzeugung, mein verehrter Freund, dass, wenn jemals Recht und Freiheit vollständig auf Erden herrschen sollen, die Gesellschaft einem Zustande, wie ich ihn geschildert habe, entgegen gehen muss. Ich gestehe offen, ich meinerseits glaube an die dereinstige Aufhebung des Grund- und Kapitaleigentums. Geschichte, Gegenwart und Wissenschaft haben diesen Glauben gleich sehr in mir begründet. Werfen Sie einen flüchtigen Blick auf die Geschichte! In allen grossen sozialen Erschütterungen, in jeder der gesellschaftlichen Wehen, aus denen sich neue Zeiten erzeugten, trat auch plötzlich die kommunistische Idee den betroffenen Zeitgenossen entgegen. Nehmen Sie die Anfänge des Christentums, dieses ersten und tiefsten Befreiungsversuchs des Menschen, und Sie haben sogar den Kommunismus verwirklicht, freilich in naivster und kindlichster Weise . . . Sollte in diesen, mit jeder neuen sozialen Erschütterung in immer stärkerem und immer weiterem Masse wiederkehrenden kommunistischen Bestrebungen, in den Utopien und Systemen

dieser ganzen Reihe der edelsten und einsichtsvollsten Männer von Plato bis Owen durchaus nichts Wahres enthalten sein? Sollten alle diese Systeme nur die Ausgeburt entweder von Neid und Eigennutz, oder einer phantastischen Spielerei gewesen sein? Blicken Sie auf die Gegenwart! Mir scheint die heutige Entwickelung in allen Bereichen des praktischen Lebens, im Verkehr, im Recht, in den Sitten zumal, zum Kommunismus zu tendieren. Sind nicht unsere grössten und nützlichsten Einrichtungen des Verkehrs kommunistischer Natur, und sind sie nicht desto grösser und nützlicher, je mehr sie es sind? .... Niemand, dünkt mich, kann mehr seinen Blick davor verschliessen, dass thatsächlich heute mehr wie jemals in allen gesellschaftlichen Beziehungen Kommunismus waltet, im Recht, in den Sitten und in den Ideen, dass er durch beachtenswerte Schulen und noch beachtenswertere Parteien vertreten wird, mit einem Wort, dass er eine Macht repräsentiert, mit welcher der individualistische Staat sehr bald sein Kompromiss zu machen haben dürfte."

Durch solche Kompromisse wird eben die Kontinuität des Uebergangs in volkswirtschaftlicher wie in legaler Beziehung gewahrt werden. „Nein! Auf der Strasse, mittelst Strikes, Pflastersteinen oder gar Petroleum wird die soziale Frage nicht gelöst. Als nur noch erst abzuschaffen war, mochten im Sturm erzwungene Dekrete genügen. Aber damals wurde auch erst an der Wiege der sozialen Frage gezimmert. Heute nun ist sie selber da, ist uns fast schon über den Kopf gewachsen, und abzuschaffen, um sie zu lösen, giebt es nichts mehr. Heute heisst es organisieren. Dabei ist sie von eigentümlicher Konstitution, wie eine Sinnpflanze: vor rauhen, gewaltthätigen Händen fährt sie erschrocken zurück.*)

*) Damit charakterisiert er nicht die soziale Frage, die leider ebenso geräuschvoll gelöst wird oder auch bei allem Lärm ungelöst bleibt wie alle anderen grossen Fragen der Menschheit, sondern nur seine eigene Gemütsart.

Dauernder sozialer Friede, einheitliche politische Regierungsgewalt, fester, vertrauensvoller Anschluss der arbeitenden Klassen an diese Gewalt, grosse Aufnahmen, Vorarbeiten und Anstalten, die eine Reihe tiefer Kombinationen bilden und nur in Ruhe, mit Ordnung und Energie zu treffen sind, das sind die Vorbedingungen der Lösung der sozialen Frage. Sie schliessen gleichermassen eine zerfahrene Staatsgewalt, eine turbulente Arbeiterbevölkerung und „Karlsbader Beschlüsse“ aus. Wenn konservativ die Konservierung des verrotteten Plunders bedeutet — nenne er sich nun liberal oder werde er illiberal genannt — so giebt es nichts Antikonservativeres als die soziale Frage. Wenn aber konservativ bedeutet: Stärkung monarchischer Staatsgewalt, friedliche Reformarbeit, Aussöhnung der sozialen Klassen unter der Aegide und nach der Norm des strahlenden Suum cuique — so giebt es nichts Konservativeres als die soziale Frage.“ (Kl. S. 359.) Als leitende Gesichtspunkte für die Behandlung der sozialen Frage stellt er (N III S. 245) auf: „Beschränkung der Bestrebungen auf die eine Aufgabe, für das Mitsteigen des den Arbeitern zufallenden Anteils am Nationaleinkommen mit dem Steigen des letzteren selbst zu sorgen; Lösung dieser Aufgabe nur durch die nationalökonomische Intervention des Staats; Aufrechterhaltung des reinen Lohnsystems.“ Aus dieser Beschränkung erklärt es sich, dass er immer nur in der Einzahl von der sozialen Frage spricht und gegen die Behauptung protestiert, die soziale Frage sei so alt wie die Welt. Die sozialen Fragen allerdings seien so alt, nicht zwar wie die Welt, aber doch wie die Gesellschaft; die soziale Frage jedoch, die er meint, sei kaum hundert Jahre alt, und darin hat er recht. (N. III. S. 274 ff.) Diese Frage sei keine Hunger- und Almosenfrage, sondern eine Auseinandersetzungsfrage. Sie sei auch keine Frage des Seelenheils. „Man verleumdet und entehrt die Religion, wenn man sie dazu machen will. Die

Kirchlichen, die sich an die Fersen der sozialen Frage hängen, um Seelenfängerei dabei zu treiben, sind wie Marodeurs, die in der Schlacht die Verwundeten plündern. Wie hat sich das Christentum gewandelt! Aus der treibendsten sozialen Kraft, die zu ihrer Zeit alle Grundlagen des Staates und der Gesellschaft umschuf, ist es zu einer Konservierungsanstalt geworden. Das Christentum hat nicht die Aufgabe, die arbeitende Klasse zur Unterwürfigkeit unter die gegenwärtigen sozialen Gesetze, sondern die Besitzenden zur Aenderung derselben zu bestimmen.“ (N. III S. 272—273.)

Bei dem vom Staate zu leitenden Uebergange kann die heutige Gestalt der Arbeitsteilung im allgemeinen unverändert fortbestehen. „Die heutigen Landwirtschaften, die heutigen Fabriken, kurz alle einzelnen Betriebe könnten in derselben Weise wie bisher fortgesetzt werden. Alle diese Betriebe könnten auch dieselben Güter wie heut produzieren, vorausgesetzt, dass, wenn die Umwandlung des Eigentums an Boden und Kapital in Gemeinschaftseigentum erfolgt, die Renten den bisherigen Eigentümern nicht genommen, sondern nur auf das Gesellschaftsbudget übernommen würden. Denn wenn auf diese Weise das Grund- und Kapitaleigentum nicht sowohl aufgehoben als vielmehr abgelöst würde, so würde vorerst auch immer noch dieselbe Konsumtion nach Art und Umfang der Güter stattfinden, und nur allmählich und in dem Masse, als die Zunahme des Nationaleinkommens das Einkommen und die Genüsse der arbeitenden Klassen erhöhte, würde auch die Nationalproduktion einen veränderten Inhalt gewinnen.“ (K. S. 116.) Aber die Willkür und Planlosigkeit, mit der jetzt von den Privateigentümern produziert wird, müsste allerdings aufhören. Eine „Centralbehörde“, die monarchischen oder demokratischen Ursprungs sein könnte, was zwar nicht ethisch, aber doch wirtschaftlich gleichgültig wäre, würde jetzt in einer Hand alle die staatswirtschaftlichen Funk-

tionen vereinigen, die heute nur zum kleinsten Teil einer gesellschaftlichen Behörde, nämlich dem Finanzminister, obliegen, zum bei weitem grössten Teile den Privaten delegiert, namentlich unter den verschiedenen Grund- und Kapitaleigentümern versplittert sind, und würde sie mit einem ganz andern Erfolg üben. Sie würde das Nationalprodukt sowohl dem Bedürfnis anpassen, als es auf der Höhe der vorhandenen Produktionsmittel halten (K. 123ff.). Rodbertus sucht dann zu zeigen, dass sich sowohl die Bedürfnisse, nicht bloss die öffentlichen, in Beziehung auf welche es schon heute geschieht, als auch die zu ihrer Befriedigung vorhandenen Produktionskräfte ermitteln lassen. Die zweiten allerdings, aber bei den Bedürfnissen würden doch die wechselnden Moden Schwierigkeiten erzeugen, die er zu unterschätzen scheint. Für die Nahrungsmittel freilich ist das Mass durch die Natur des Menschenleibes gegeben, so dass man genau anzugeben vermag, wie viel ein Mann, ein Weib, ein Kind von guter Gesundheit braucht, um vollkommen leistungsfähig zu bleiben, und wieviel sie vertragen können, ohne Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu schädigen, und daher weiss man es auch von einem Volke von 10, 20, 30 oder 50 Millionen Köpfen, und darnach berechnen schon heute die Getreidehändler alljährlich, nachdem das Ernteergebnis bekannt geworden ist, wieviel ein jedes Land entweder zur Ausfuhr übrig haben oder an Zufuhr brauchen werde. Aber schon bei den Getränken und beim Tabak wechselt das Bedürfnis sehr bedeutend, da die Volks- und Standessitte bald höhere, bald geringere Anforderungen an die Mässigkeit oder an den Aufwand stellt, und welche Behörde soll im voraus wissen, wie oft es im nächsten Jahr den Frauen belieben wird, mit ihren Kleidern und Hüten zu wechseln, und ob sie viel oder wenig Stoff und Besatz zu ihren Kleiderärmeln und sonstiger Gewandung brauchen werden? Es würde also wohl ohne einige Freiheitsbeschränkung nicht abgehen,

indem die Behörde durch die Menge des Stoffes, den sie für Damenbekleidung zur Verfügung stellte, zur Innehaltung eines mittleren Masses im Kleiderwechsel, in Kleider- und Aermelweiten zwingen, und den Modewechsel innerhalb vernünftiger Grenzen halten würde, d. h. innerhalb der Grenzen, die sie selbst für vernünftig erachtete. Dagegen liesse sich freilich einwenden, dass die Frauen auch heute nichts weniger als frei sind, sondern unter dem härtesten Zwange stehen, indem sie bei Strafe, ausgelacht oder gering geschätzt zu werden, alljährlich die oft lächerlichen Kleiderformen annehmen müssen, die ihnen eine selbst dem Namen nach unbekannte Pariser Schneiderin oder eine von deren vornehmen Kundinnen vorschreibt; aber was man sich von einer freiwillig gewählten, wenn auch vielleicht verrückten Despotin gefallen lässt, das leidet man noch lange nicht von einer legitimen und vielleicht wirklich verständigen Behörde. Und welcher Staatswirtschaftsleiter wird voraussehen können, wieviel Ansichtspostkarten, wieviel Fahrräder, Nippfiguren u. s. w. das Publikum verlangen wird?

Bedeutend grösser noch würden die Schwierigkeiten sein, die der Centralbehörde aus der Pflicht erwüchsen, das Arbeitsprodukt nach den Leistungen zu verteilen. Rodbertus gedachte sie mit dem Arbeitsgelde zu überwinden, mit dem es bekanntlich vorher schon Owen praktisch versucht hatte, und das dann später, nach Rodbertus, Proudhon wieder empfahl. Rodbertus hat von Owen nichts gewusst, als er i. J. 1842, in der Schrift, „Zur Erkenntnis unsrer staatswirtschaftlichen Zustände“, seine Idee zum erstenmal entwickelte; später hat er sie in der 1871 veröffentlichten Abhandlung, „der Normalarbeitstag“ und im „Kapital“ genauer dargelegt. Die Grundzüge seines Planes sind folgende. Zu den wirtschaftlichen Gütern gehören nur solche, die die Natur nicht umsonst gewährt oder wenigstens nicht gebrauchs-

fertig und nicht am Orte, wo sie gebraucht werden, darbietet, die also erst gebraucht werden können, nachdem Arbeit auf sie verwendet worden ist. Wirtschaftliche Güter kosten also Arbeit; sie kosten aber auch nur Arbeit und nichts als Arbeit. Diese Arbeitskosten sind es, die man sich vergüten lässt, wenn man ein Gut hingiebt, um ein anderes dafür einzutauschen. Die Arbeitskosten bestimmen also den Tauschwert des Gutes. Selbstverständlich kann kein Gegenstand einen Tauschwert erhalten, der nicht irgend einen Gebrauchswert hat, aber nicht der Gebrauchswert ist es, der den Tauschwert bestimmt, sondern die auf den Gegenstand verwendete Arbeit.*) Nun fällt freilich in dem sich selbst über-

*) Jedermann kann sich das leicht klar machen, wenn er überlegt, wie alle Warenpreise — der Preis ist der in Geld ausgedrückte Tauschwert — entstehen. Ein Baum im brasilianischen Urwald kostet an und für sich gar nichts. Aber will man sein Holz gebrauchen, so muss man ihn aus dem Walde herausschaffen, und das kostet eben Arbeit, und genau soviel Arbeit, als darauf verwendet worden ist, wird im Preise entschädigt. Braucht ihn ein Ansiedler, der am Rande des Urwalds wohnt, holt er ihn nicht selbst, sondern lässt sich ihn vom Nachbar besorgen, so wird ihm dieser Nachbar nach dem üblichen Tage- und Fuhrlohn soviel Arbeitsstunden oder Tage anrechnen, als er mit seinen Knechten und seinem Gespann seinem Acker entzogen hat. Nehmen wir an, dass vier Personen zwei Tage lang gearbeitet haben und dass vier Pferde notwendig waren, so wird der Stamm vielleicht auf 30 Mark zu stehen kommen. Soll aber der Stamm mit Fuhrwerk in eine Stadt an der hundert Meilen weit entfernten Küste geschafft werden, so wird die Arbeit des Bauern, der den Transport übernimmt, und seines Gespanns auf mehrere hundert Mark zu stehen kommen. Dann tritt noch die Abladearbeit hinzu, und wird der Stamm übers Meer nach Europa geschafft in eine Stadt im Binnenlande, die Arbeit des Seetransports, eines nochmaligen Landtransports und mehrmaliger Umladungen. Die Kapitalkosten, die im Preise der meisten Waren gerechnet werden, sind die Arbeitskosten, die auf die Anfertigung der zur Herstellung des Gutes notwendigen Werkzeuge, Maschinen und Gebäude verwendet worden sind, und so löst sich jeder Warenpreis zu guterletzt in Arbeit und nichts als Arbeit auf. Dass aber der Tauschwert für gewöhnlich nicht durch den Gebrauchswert bestimmt wird,

lassenen Verkehr der Marktpreis fast niemals genau mit dem Kostenwert zusammen, sondern meistens darüber oder darunter, aber die Preisbewegung strebt wenigstens beständig dem Normalpreise zu, welcher der genaue Ausdruck des Kostenwertes sein würde.*) Auch der Umstand, dass heute Edelmetall als Geld verwendet wird, verursacht Abweichungen vom Normalpreise, weil der Wert dieses Wertmassstabes selbst schwankt. Das Arbeitsgeld soll nun den dreifachen Zweck erfüllen, erstens der Gesellschaft das kostspielige, jetzt gebräuchliche

---

ist ebenso klar. Kein Ding hat einen höhern Gebrauchswert als die Luft, ohne die der Mensch nicht zehn Minuten lang leben kann, und die ist umsonst. Einen sehr hohen Gebrauchswert hat das Brotkorn, das wichtigste aller Nahrungsmittel, und von dem bekommt man für eine Mark zehn und mehr Pfund, weil mit mässiger Arbeit eine grosse Menge davon gewonnen wird. Edelsteine dagegen, die einen sehr geringen Gebrauchswert haben, sind sehr teuer, weil ihr Aufsuchen in entlegenen Gebirgen, das Heraushauen aus anderm Gestein und das Schleifen viel Arbeit erfordert. Für gewöhnlich, sagten wir, werde der Tauschwert nicht durch den Gebrauchswert bestimmt; unter Umständen übt allerdings der Gebrauchswert Einfluss. Nach Missernten wird das Brotkorn sehr teuer, weil man es unbedingt braucht und daher weit mehr als den Kostenwert dafür bietet, soviel, wie man bieten kann, während Edelsteine einer bestimmten Art, wenn sie zu teuer zu stehen kommen, ungekauft bleiben und unter dem Kostenwert losgeschlagen werden müssen.

*) Die Mode, Liebhabereien, grosse Not des Käufers oder des Verkäufers, die Konkurrenz wie das Fehlen der Konkurrenz, Monopole, Verkehrsverhältnisse, die Spekulation, wirken auf die Preisbildung ein. Wenn in dem oben angeführten Beispiele der Wald sich im Besitz eines Privateigentümers befindet, so wird dieser für die Erlaubnis, in seinem Walde Bäume zu fällen und sie mitzunehmen, eine Steuer fordern, auch wenn der Wald kein Forst, sondern Urwald ist, also keine Arbeit gekostet hat, und die erhobene Steuer kann den Wert der auf das Fällen und Transportieren des Baumes verwendeten Arbeit übersteigen. Wenn wir eine gelehrte Abhandlung schrieben, würden wir hier zu untersuchen haben, ob nicht durch diese Steuer das Rodbertusische Gesetz durchbrochen wird, wonach die Rente nicht aus einem Preiszuschlag, sondern aus einem Abzug vom Arbeitslohn entsteht.

Tauschmittel zu ersparen, auf dessen Anschaffung ein Teil der Nationalarbeit hinausgeworfen werden muss; zweitens den Warenpreis zum genauen Ausdruck des Kostenwerts zu machen; drittens hierdurch zu bewirken, dass jedem Warenverkäufer und Arbeitenden sein voller Produktenwert einkommt, oder wenigstens der Anteil des Produktenwerts, der nach Abzug des auf die Staatsbedürfnisse zu Rechnenden und des Anteils der historisch berechtigten Rentenempfänger übrig bleibt. Würden diese Anteile nach dem heutigen Teilungsmodus fixiert, und würde demnach z. B. bestimmt, dass von dem Werte des Arbeitsprodukts, dieses gleich zehn gerechnet, drei Teile dem Grundrentner, drei Teile dem Kapitalisten, drei Teile dem Arbeiter gehören und ein Teil dem Staate verbleiben soll, so würde, wenn sich fortan alle Güter nach dem Produktenwerte umtauschten und auch dem Arbeiter seine drei Teile stets gesichert blieben, diese drei Teile mit fortschreitender Produktivität immer grösser werden; damit wäre einerseits der Arbeiterstand aus seiner Not erlöst, andrerseits wären die Absatzstockungen beseitigt, da die Kaufkraft aller Bevölkerungsklassen im graden Verhältnis zur wachsenden Produktivität mit wüchse.

Zu diesem Zweck ist zunächst die normale Arbeitszeit für jedes Gewerbe festzustellen, die je nach der Intensität der Arbeit und nach andern Umständen verschieden sein muss. Diese normale Arbeitszeit, die zwischen sechs und zwölf Stunden schwanken kann, mag der normale Zeitarbeitstag genannt werden. Dann werde in jedem Gewerbe das normale Arbeitswerk des Zeitarbeitstages festgestellt, d. h. es werde ermittelt, wie viel Arbeit einer bestimmten Art ein mittelmässig tüchtiger und geschickter Arbeiter bei mittlerem Fleiss in der normalen Arbeitszeit vollbringt*). Für jedes

*) Das hat der S. 94 erwähnte Architekt Peters für einen Teil der Baugewerbe geleistet. Rodbertus' Briefwechsel mit ihm findet sich Z.G.St.Band 34 S. 323 ff.

solche geleistete Arbeitswerk erhält der Arbeiter einen normalen Werkarbeitstag bezahlt oder bescheinigt, gleichviel ob er es in einem Zeitarbeitstage, oder in einem halben, oder in zweien vollbracht hat. Unter der Autorität des Staates wird für jedes Gewerk der Lohnsatz für den Werkarbeitstag festgesetzt; diese Festsetzungen sind periodisch zu wiederholen und die Lohnsätze nach der gestiegenen Produktivität entsprechend zu erhöhen. Um nun zum Arbeitsgelde zu gelangen, teilt man den normalen Werkarbeitstag, gleichviel ob der Zeitarbeitstag des betreffenden Gewerbes 6, 8 oder 12 Stunden beträgt, in 10 Werkstunden. Ein Produkt also, das ein halbes Normalwerk darstellt, wäre 5 Werkstunden wert, eines, das fünf Normalwerke enthält, würde 50 Werkstunden gelten, oder vielmehr 60, denn auch die Abnutzung der Werkzeuge muss nach ihrem Wert, d. h. nach den darin steckenden Werkstunden, deren 10 sein mögen, gerechnet werden. So ist der Warenpreis bestimmt. Was aber den Arbeitslohn betrifft, so kann dieser nicht dem vollen Normalwerk gleichkommen, da ja von diesem auch die Gesellschaftsbedürfnisse und die Renten zu bestreiten sind. Angenommen, die gegenwärtige Produktion eines Staates beliefe sich auf 10 Millionen Normalwerke, und bei der gegenwärtigen Einkommenverteilung und Besteuerung käme auf den Staat ein Teil, auf die Grundbesitzer, Kapitalisten und Arbeiter je drei Teile des Nationaleinkommens, so wären dem Arbeiter für jedes Normalwerk nicht 10, sondern 3 Werkstunden zu bescheinigen. Die Zettel, auf denen die geleisteten Werkstunden bescheinigt werden, sind das Geld der Zukunft. Innerhalb der Produktion ist Geld nicht mehr notwendig, da ja die Ueberführung der Rohprodukte in die Fabriken, der Halbfabrikate aus einer Fabrik in die andere, der fertigen Produkte in die Magazine (die heutigen Kaufläden würden durch Staatsmagazine ersetzt werden), nicht mehr durch Kaufoperationen, sondern durch

blosse Anordnung der Staatsbehörden bewerkstelligt werden würde. Das Arbeitsgeld wäre nur notwendig zur Liquidierung der Ansprüche der Arbeiter; für soviel Werkstunden, als der Arbeiter bescheinigt erhält, kann er sich in den Magazinen Produkte auswählen, deren Preis ebenfalls in Werkstunden angegeben ist. In der Uebergangszeit, wo, wie gesagt, die bisherigen Grundbesitzer und Fabrikanten noch unter der Aufsicht und Oberleitung des Staates weiter wirtschaften und ihre Rente empfangen, würde das Metallgeld noch neben dem Arbeitsgelde weiter kursieren und beide Arten von Geld würden sich austauschen können, da ja der Wert des Normalarbeitswerkes jedes Gewerbes nach dem jezt üblichen Tagelohn berechnet worden ist. Nach der vollständigen Durchführung der neuen Ordnung würde man zugleich das vollkommenste Geld und die vollkommenste Kreditwirtschaft haben, oder vielmehr die Geldwirtschaft würde von der echten Kreditwirtschaft abgelöst sein, die nach dieser Seite hin das Gesellschaftsideal verwirklichen würde. In der reinen Naturalwirtschaft konnten die verschiedenen Hauswirtschaften ihre Erzeugnisse nur in natura austauschen. Das Metallgeld erleichterte die Tauschgeschäfte, aber es blieb lange Zeit hindurch noch selbst so sehr Ware, dass ein in Gold oder in Silber empfangenes Darlehen nur in Gold oder Silber zurückgezahlt, eine in Gold oder Silber ausgeschriebene Steuer nur in dem vorgeschriebenen Metall entrichtet werden konnte. Zum Gelde kam dann als weitere Erleichterung des Verkehrs der Kredit. Aber wie das Geld bis [illegible]-
gen Tag ein unvollkommenes Tausch- un
mittel geblieben ist, da es den Wert, den es
vermitteln oder liquidieren soll, körperlich
schleppen muss, als ein Pfand, dass die Liq
haben wird, so ist auch der Kredit unvo
den Kreditpapieren das Unterpfand fehlt, u
heutigen anarchischen Produktion und Eink

teilung niemand sicher ist, ob ihm auch die auf seinem Papiere beglaubigten Ansprüche werden verwirklicht werden. Das Arbeitsgeld der Zukunft dagegen ist einerseits das vollkommenste Geld, weil es den wirklichen Wert sowohl der Ware wie der Arbeit genau angiebt, und es gewährt die vollkommenste Sicherheit, da die Güter, auf die es anweist, jederzeit wirklich vorhanden sind. So verwirklicht es die Idee des Kredits, der nichts anderes ist „als das Vertrauen, dass sich die Ansprüche aller Anteilsberechtigten am Nationaleinkommen zuletzt richtig liquidieren werden". (K. 163.)

Dass bei der beschriebenen Einrichtung die Verschiedenheit der Leistungen der Arbeiter gebührend zur Geltung käme, liegt auf der Hand: der faule oder ungeschickte würde niemals so viel bekommen können wie der fleissige und geschickte. Den Unterschieden der Qualität könnte dadurch Rechnung getragen werden, dass z. B. ein Mechanikernormalwerk gleich zwei oder drei Tischlernormalwerken angesetzt würde. Ob freilich die Berechnung für alle Gewerke in ihrer ungeheuren heutigen Verzweigung so leicht durchzuführen sein würde, wie sie Peters für ein einzelnes Gewerk durchführen konnte und wie sich Rodbertus vorgestellt haben mag, das ist eine andere Frage. Jedenfalls hat Robertus recht, dass sein Vorschlag, die Ausführbarkeit vorausgesetzt, sicherer zum Ziele führen würde als die von Proudhon geplanten Tauschbanken, da bei diesen das Privateigentum an Boden und Kapital und die private Leitung der Produktion fortbestehen sollten, daher einerseits auch die Anarchie der Produktion, andrerseits die Monopolrente von besonders gutem Boden oder besonders ergiebigen Bergwerken fortbestanden haben würden.

Rodbertus glaubt nun allerdings, dass sein Ideal erst nach fünfhundert Jahren (M. R. S. 258) werde verwirklicht werden. Vorläufig seien die Völker vorzugsweise um deswillen noch nicht reif, weil die Erziehung des Men-

schengeschlechts die sittliche Kraft des Individiums schwerlich schon so weit entwickelt haben dürfte, dass es über seine unmittelbare Bedürfnisbefriedigung hinaus freiwillig so viel Mehrarbeit auf sich nehmen möchte, als zur Erhaltung und Mehrung der höheren Kulturgüter notwendig ist. „Des Individuums, sage ich, und meine damit auch den Besitzer, nicht bloss den bisherigen Arbeiter, denn der Genuss von Künsten und Wissenschaften ohne Arbeit ist kein saures Geschäft. Und Erziehung, sage ich, denn Zwang und Zucht sind von jeher die Vorschule der Freiheit gewesen und werden es bleiben, wenn sich auch immerfort die Mittel der Erziehung ändern, wenn auch der Zwang des Privilegiums, der Person über die Person, durch den Zwang gleicher gesellschaftlicher Institutionen, z. B. des Grund- und Kapitaleigentums, verdrängt wurde, an die Stelle des Zwanges solcher Institutionen zuletzt nur noch der Zwang blosser natürlicher Verhältnisse, z. B. der Volksvermehrung, treten mag. Von der Zeit an, dass schon die besseren Geister die Unrechtmässigkeit der Sklaverei erkannt hatten, bedurfte es noch eines Jahrtausends [nein! fast zweier Jahrtausende!], um ihre letzten Spuren in der erblichen Dienstbarkeit, auch nur in den zilivisierten Staaten von Europa, zu verwischen. Wenn auch heute die Geschichte geschwinder verläuft, so ist dagegen das Grund- und Kapitaleigentum weit fester als die Sklaverei mit der Gesellschaft verwachsen. Zugleich verbindet es sich so oft mit einem in den Grenzen des Prinzips sich haltenden Eigentum [d. h. mit Eigentum, das sich der Grund- oder Kapitalbesitzer durch Arbeit verdient], es hat seinem Unrecht gegenwärtig so viel Recht beigemischt, dass man das wahre Eigentum nur mitempören würde, wenn man sofort schon Hand an das falsche legen würde. Daher glaube ich, dass, wie die Geschichte von jeher nur in Kompromissen fortgeschritten ist, auch nur ein Kompromiss zwischen Arbeit und Grund- und Kapitaleigentum

die nächste Aufgabe unserer Wissenschaft ist. Es würde mir leichter sein, die Grundzüge einer Nationalökonomie ohne Grund- und Kapitaleigentum — mit blossem Eigentum am Produktwert eigener Arbeit — bis ins Detail zu entwickeln. Aber für die Leiden der Gegenwart wäre dies Geschäft ebenso unnütz als leicht. Schwerer und nützlicher scheint es mir, jenem Kompromiss wissenschaftlich vorzuarbeiten, und nur dieser schwereren und nützlicheren Aufgabe werde ich mich unterziehen. Ich werde mich darauf beschränken, zu zeigen, wie die Lohnverhältnisse dergestalt reguliert werden können, dass fortan auch die arbeitenden Klassen den ihnen gebührenden Anteil erhalten und dass dennoch diese Regulierung ohne Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Gewerbes u. s. w. geschehen kann. Gewiss, es bleibt bei jedem Lohnverhältnis das Unrecht des Grund- und Kapitaleigentums prinzipiell bestehen, aber es kann doch in seinen praktischen Wirkungen bis zu einem Punkte verringert werden, der für die arbeitenden Klassen mehr wie bloss erträglich [„einträglich“, wie gedruckt steht, ist offenbar Druck- oder Schreibfehler] ist. Dem sozialen Zustande kann die Richtung gegeben werden, dass die Grund- und Kapitalbesitzer, anstatt wie heute die alleinigen Herren des Genusses, die Götter der Gesellschaft, denen die Arbeit nur zu opfern hat, zu sein, mehr das Ansehen nützlicher Menschen gewinnen, die für die Leitung der produktiven Unternehmungen in ihrer Rente nur eine Belohnung erhalten. Einen solchen Dienst produktiver Leitung hat die Gesellschaft ja zu bezahlen. Mag also in Wirklichkeit das Grund- und Kapitaleigentum nur mehr Amt und seine Rente mehr Gehalt werden.“ (K. S. 226 bis 229. Vergleiche auch Kr. S. 248 Anm. 88.) Also eine Einmischung der Gesellschaft zu Gunsten des Lohnes (K. S. 219) ist das zunächst Erforderliche. Jeden andern Weg, z. B. den von Lassalle vorgeschlagenen, die Ar-

beiter durch Produktivassoziationen zu Unternehmern zu machen, weist er entschieden ab. Ebenso verwirft er die Formulierung, die Professor Schönberg der sozialen Frage gegeben hatte: sie sei „das Problem, den thatsächlichen Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der lohnarbeitenden Klassen und der neuen Kulturaufgabe, welche man sich für diesen grössten Teil des Volkes stellt, zu heben." Wer die Aufgabe so stelle, schreibt er an den genannten Professor (M. I. S. 72 ff.), der arbeite mit lauter unbekannten Grössen. Denn erstens bestimme „man" die „neue Kulturaufgabe" schon für die Gegenwart sehr verschieden, je nachdem „man" ein Konservativer oder ein Liberaler, ein Theoretiker oder ein Praktiker sei. Zweitens wisse niemand, wie die schon für die Gegenwart unbestimmbare Kulturaufgabe in der Zukunft aussehen werde. Und drittens hänge die Erreichung irgend eines Höhegrades der Kultur vom Einkommen, für den Lohnarbeiter also von der Lohnhöhe ab. Nun sei zwar die Ansicht der Freihändler falsch, dass die Höhe des Arbeitslohns von dem für die Anstellung von Arbeitern verfügbaren Kapitalquantum abhänge, aber solange es Rentenberechtigte gebe, müsse es auch für die Lohnhöhe eine Grenze geben, möge diese Grenze auch mit der Zeit beständig fortrücken. Diese Grenze zu ermitteln, den Punkt — einen Punkt, der sich im Laufe der Zeit vorschiebt und immer aufwärts rückt — zu ermitteln, bis zu welchem der Lohn steigen kann, ohne den nationalökonomischen Fortschritt zu hemmen, und bis zu welchem er steigen muss, wenn das den Arbeitern zur Zeit erreichbare Mass von Kultur voll gemacht werden soll, dieses sei die augenblickliche Aufgabe; erst aus der so zu ermittelnden Lohnhöhe ergebe sich, welchen Masses von Kultur die Arbeiter zur Zeit teilhaftig werden könnten. Ist es nur Spott oder bekundet es einen leisen Zweifel, wenn Rodbertus dazu bemerkt: „Es wäre ja möglich, dass in dieser Welt — die

nach Hartmann besser wäre, wenn sie nie entstanden wäre — ein unlöslicher Widerspruch zwischen jener wirtschaftlichen Lage und der ‚Kulturaufgabe‘ bestände, den nur die Klerisei mit Singen, Beten, Fasten und Wechseln auf das künftige Himmelreich auszufüllen im stande wäre.“ Auch in diesem Briefe an Schönberg spricht er die Ueberzeugung aus, dass die deutsche Nation berufen sei, in dem grossen Fortschritt zu einer höheren Organisationsstufe der Gesellschaft die Führung zu übernehmen. Er kommt auf die Eisenacher, die sogenannten Kathedersozialisten, zu sprechen und bemerkt, sie begingen zwei Fehler. „Erstens treten deren Bestrebungen, Propositionen und Massnahmen ganz äusserlich an die Frage heran und werden daher nicht über eine immerwährende Experimentalökonomie, bei der die misslungenen Versuche weit überwiegen werden, hinauskommen.“ Das einzige scheinbar energische Interventionsmittel, das sie vorschlagen, die schiedsrichterliche Organisation, sei sogar in der Exekutionsinstanz absolut unausführbar *). „Zweitens, die Eisenacher würdigen die welthistorische Bedeutung der sozialen Frage im entferntesten nicht, und werden sich daher auch niemals in ihren Bestrebungen zu der Höhe aufschwingen, die dieser Frage als Begründerin einer neuen Staatenordnung zukommt — einer Staatenordnung, die, wie man nicht oft genug wiederholen kann, über der christlich-germanischen Staatenordnung oder der des Grund- und Kapitaleigentums so viel erhabener stehen wird, wie diese über der heidnisch-antiken oder der Staatenordnung des Mencheneigentums stand. Die römische Nationalität ging in diesem Uebergange

*) Das ist einer der Punkte, in denen Rodbertus durch die Thatsachen widerlegt worden ist; die Gewerbeschiedsgerichte fungieren ganz gut, wenn auch freilich ihre Wirkung bei weitem nicht so grossartig ist, dass sie als die Lösung der sozialen Frage oder auch nur als ein wesentlicher Beitrag dazu bezeichnet werden könnte.

zugleich mit ihren Grundlagen unter *). Wird die deutsche Nation, die einzige, die das Zeug haben könnte, den neuen analogen Uebergang durchzuführen, wirklich noch die Lebenskraft besitzen, um unversehrt hindurchzukommen? **) Ich, meinesteils, bin davon überzeugt, und ich sehe daher ohne Besorgnis an unserem alten schäbigen sozialen Mantel zerren, und sehe ihn selbst mit Freuden fallen, weil der Herzog unter den heutigen Nationen, der darunter steckt, die deutsche Nationalität, nicht mitfallen wird."

*) Sie war doch wohl schon vor diesem Uebergange, in der letzten Zeit der Republik, untergegangen, weil der latinische Stamm, oder gar bloss die ursprüngliche Bürgerschaft Roms, quantitativ viel zu schwach war, um die Völkermasse des Weltreichs anders als bloss in Sprache, Kultur, Sitte und Rechtsordnung romanisieren zu können; dass sie wenigstens dieses vermochte, ist ein Beweis für die wunderbare Geistesmacht, die dem winzigen Körper innewohnte.

**) Die Körpermasse dafür wäre vorhanden. Das deutsche Volk zählt mehr Köpfe innerhalb und ausserhalb des deutschen Reiches, als das ganze römische Reich zur Zeit seiner grössten Ausdehnung Einwohner hatte.

4. Kreditfragen.

Weil Rodbertus die einander durchdringenden Prozesse der Produktion und der Einkommenverteilung vollkommen durchschaute, konnte er auch das Wesen des Geldes und des Kredits begreifen und klar machen, wie kein Andrer weder vor noch nach ihm. Abgesehen von den schon erwähnten gelegentlichen Erörterungen hat er diesem Gegenstande vier besondere Schriften gewidmet. Die erste ist 1845 erschienen und behandelt die damalige preussische Geldkrisis (Kl., S. 1—54). „Sinkende Preise", so beschreibt sie Rodbertus, „wenn nicht zufällig das Ausland sie hebt, steigender Zinsfuss, Mangel an Kapital auf die sichersten Hypotheken und in allen Gewerben, nur nicht beim Eisenbahnbau und beim Aktienhandel." Die Krisis war eben durch die beginnenden Bahnbauten, wenn auch nicht geradezu verursacht, so doch in empfindlicher Weise fühlbar gemacht worden; wie gewöhnlich im Aufschwung begriffene grossartige Unternehmungen, hatten sie das Kapital an sich gezogen, das ohnehin knappe Geld noch knapper gemacht, dabei eine lebhafte Spekulation und tolles Börsenspiel hervorgerufen. Im Volke verbreitete sich die Ansicht, das werde ein schlimmes Ende nehmen; der Schwindel müsse mit einem grossen Krach endigen, weil ganz Preussen nicht genug Geld habe, die geplanten Bahnen zu bezahlen, und weil die vielen soliden Unternehmungen, denen das Geld entzogen werde, zu Grunde gehen müssten; man verglich die Bewegung mit dem Schwindel des

Schotten Law in Frankreich. Rodbertus erzählt die Geschichte dieses Schwindels und zeigt dann, dass die Vorgänge in Preussen nur eine rein äusserliche Aehnlichkeit, aber nicht die geringste innere Verwandtschaft damit hätten; derselbe Rodbertus, der später den Krach von 1873 zwei Jahre vorher mit ganz zweifelfreier Bestimmtheit vorhergesagt hat, verkündigte 1845 mit derselben Bestimmtheit und ebenso richtig, dass die damalige Spekulation gesund sei. Während das Unglück in Frankreich, führt er aus, von der Ueberflutung des Landes mit Zetteln und Aktien rührte, denen kein Wert innewohnte, und für die auch nicht nachträglich einer geschaffen werden konnte — denn die Kolonien in Louisiana, die vorzugsweise den Aktien der Indischen Kompagnie Sicherheit gewähren sollten, würden im günstigsten Falle erst nach Jahrzehnten geduldiger Arbeit einen Ertrag abgeworfen haben — bestehe in Preussen die Verlegenheit gerade darin, dass es an nichts als an einem Zettelgelde fehle, um das Volksvermögen wirklich in einem beträchtlichen Masse zu vergrössern. Das Hemmnis dieser Vergrösserung, die der Fortschritt der Technik ermögliche und nach der unsre überquellende Volkskraft hindränge, liege im Metallgelde. Gold und Silber seien ein sehr teurer Geldstoff. Um ihn anzuschaffen, müsse das Volk auf die Befriedigung eines Teils seiner Bedürfnisse und auf Annehmlichkeiten verzichten. Die Anschaffungskosten „werden dann oft am bedeutendsten und fühlbarsten, wenn die Nation gerade besonders grosse Anstrengungen zu machen hat, nämlich in Zeiten rasch wachsenden Verkehrs und Verbrauchs und grosser industrieller Unternehmungen. Während sie dann aller ihrer Mittel, aller ihrer Arbeit am bedürftigsten wäre, um jenen Anstrengungen nicht zu erliegen, muss sie dann gerade mehr wie je noch einen Teil dieser Mittel und Arbeit verwenden, um auch den steigenden Bedarf an Zirkulationsmitteln zu decken, ist sie mehr als je in Ge-

fahr, dass der nationale Aufschwung diesem steigenden Bedürfnis an Zirkulationsmitteln zum Opfer falle. Entspräche die vermehrte Ausbeute der edlen Metalle — gleichviel wo auf der Erde — stets dem vermehrten Bedürfnis an Geld, wäre dabei der internationale Verkehr frei und nicht durch Schutzzölle gehemmt, so könnte ein Mangel an Zirkulationsmitteln bei keiner Nation von verderblicher Dauer sein.“ Aber bekanntlich sei keins von beiden der Fall. Daher gebe es kein andres Auskunftsmittel, als dass in grösserem Umfange als bisher vom Papiergelde Gebrauch gemacht werde, das, solange Metallgeld das anerkannte Tauschmittel sei, die Natur eines Kreditgeldes habe.

Dann wird das Wesen des Produktivkredits erörtert. „Früher sagte man, der Kredit schaffe Kapitalien, heute sagt man, der Kredit schafft keine Kapitalien. Früher nahm man die Metallgeldsumme der Kapitalisten für das Kapital, und wenn der Kredit nun in Bankbillets neue Summen schuf, mit denen Unternehmer ebensogut wie mit jenen wirken konnten, so glaubte man folgerecht sagen zu können, der Kredit schaffe oder ersetze doch das Kapital. Heute nimmt man die naturalen Gegenstände, die der Unternehmer zur Produktion bedarf, für das Kapital, und da diese Gegenstände schlechterdings dazu nötig, aber noch nicht deshalb gerade vorhanden sind, weil die Geldsumme eines Kapitalisten vorhanden ist oder Bankbillets dazu kreirt sind, so glaubt man ebenso folgerecht sagen zu können, der Kredit schaffe oder ersetze keine Kapitalien. Beide Auffassungen sind einseitig. Weder die Geldsumme ist schon das Kapital, noch sind es [in der heutigen auf dem Privateigentum von Boden und Kapital beruhenden Gesellschaftsordnung] schon die naturalen Kapitalgegenstände. Erst die Einheit beider, erst die durch den Kapitalanspruch bewegten Kapitalgegenstände bilden das Kapital, das nationalwirtschaftlich in Betracht kommen kann. Ebenso ein-

seitig ist auch die Folgerung, dass keine Art des Kredits zur Erschaffung von Kapitalien beitrüge.“ Zwei Arten von Kredit thun das allerdings nicht: die gewöhnliche Geldleihe und das Entnehmen von Waren zum Verbrauch gegen Schuldscheine. Wohl aber thut es, wie Rodbertus zeigt, die dritte Art, der Produktivkredit. Es gilt das nur für die heutige Eigentumsordnung. In der Oikenwirtschaft, in der Despotie und im kommunistischen Zukunftsstaat, ist, um Materialien, Werkzeuge und Arbeiter zusammenzuführen, nichts erforderlich als ein Entschluss und ein Gebot des Eigentümers. Heut aber ist jene Verbindung zerrissen; eine andre Verbindung, die durch Geld und den heutigen Verkehr vermittelt wird, ist an ihre Stelle getreten, „und diese bringt es mit sich, dass den zu jeder Unternehmung nötigen naturalen Gegenständen, dem Kapital in der neueren Auffassung, noch die Metallgeldsumme oder ein Kapitalanspruch, das Kapital in der ältern Auffassung, gegenübertreten muss. Möglicherweise kann sich der Unternehmer dies Kapital in der ältern Auffassung leihen. Heute ist also zur wirklichen Kapitalentstehung und -vermehrung, zu jeder neuen Unternehmung, jedem Fortschritt der Nationalproduktion und des Nationalreichtums zweierlei gleich notwendig: die naturalen Kapitalgegenstände und der in einer Geldsumme aufgesparte Kapitalanspruch. Würde man nun nicht von dem Kredit, der diesen Kapitalanspruch zu fingieren oder zu ersetzen verstünde, mit Recht sagen können, er trüge zur Erschaffung neuer Kapitalien bei? In der That thut dies eine dritte Art des Kredits. Wenn nämlich die Besitzer der verschiednen naturalen Kapitalgegenstände diese einem Manne, der nichts als den Ruf der Einsicht und Redlichkeit, als Vertrauen besitzt, leihen, d. h. vorläufig ohne vollen Entgelt zum Gebrauch verstatten wollten, so würde das neue Kapital auch ohne einen vorhandnen Kapitalanspruch [d. h. ohne eine vom Unternehmer oder

von einem Geldverleiher aufgesparte Geldsumme] ins Leben treten können. Diese Art des Kredits, die von seinen andern beiden oben berührten Arten, deren eine den Kapitalanspruch nicht ersetzt, sondern nur den bereits aufgesparten von einem zum andern überträgt, und deren andre einen Streifen Papier den Dienst von Gold und Silber verrichten lässt, wesentlich verschieden ist, wird auch jetzt schon in dieser ursprünglichen Form aller Tage und Orten auf sehr nützliche Weise geübt. Sie ist derjenige Kredit, den jeder Grosshändler und Fabrikant auf mehr oder weniger Monate dem Detaillisten giebt. Allein diese ursprüngliche Form kann begreiflicherweise auch nur beim Handel vorkommen, während sie bei der Anlage einer im strengsten Sinne produktiven Unternehmung in keinem einzigen Falle ausreichen würde. Wenn sich nämlich ein Detaillist seinen Kramladen von einem oder auch mehreren Grosshändlern zusammenleiht, so ist doch dies Kreditverhältnis sehr einfacher Art; wenn aber der Unternehmer irgend einer produktiven Anlage sich alle grossen und kleinen Gegenstände dazu zusammenleihen wollte, so würde dies eine solche Reihe von Verwicklungen geben, dass die Ausführung daran scheitern müsste.“ Hierfür müsse eine andre Form ausfindig gemacht werden, oder vielmehr, sie sei schon gefunden und brauche nur in Preussen angewendet zu werden. Es sei die Zettelbank, die als Vermittlerin zwischen die Besitzer von Kapitalgegenständen und die Unternehmer trete, als alleinige Schuldnerin jener und alleinige Gläubigerin dieser, und so ermögliche, dass die bei vielen verschiednen Besitzern zerstreut liegenden Kapitalgegenstände zur Erzeugung neuer Kapitalgegenstände und Gebrauchsgüter, also zur Vermehrung des Volksvermögens, vereinigt werden können, auch wenn keiner der Unternehmer Geldkapital besitzt. „Nationen, die keine Zettelbanken besitzen, müssen in ihrem Nationalwohlstande

so langsam fortschreiten, als durch die jeder Erweiterung der Nationalproduktion notwendigerweise voraufgehende Aufsparung des ganzen Werts des dazu bedurften Kapitals bedingt ist. Mögen Talent, Fleiss, Redlickeit noch so heimisch in ihnen sein, mag das Material zu noch so vielen Schätzen in ihrem Boden liegen, mögen die neuen Unternehmungen noch so viel Gewinn verheissen, jeder Aufschwung der Nationalproduktion muss warten, bis in den älteren Produktionen erst der Wert gewonnen ist, der die Fesseln löst ..... Entstehen in solchen Ländern neue Unternehmungen, welche grosse und allgemeine Bedürfnisse befriedigen, und deshalb höhere Gewinne verheissen, als die bisherigen Kapitalverwendungen abwarfen, haben solche Länder zu der Zeit nicht das Glück, dass sich infolge eines ungewöhnlichen auswärtigen Absatzes neue Kapitalansprüche ansammeln, so können die neuen Unternehmungen nur mit solchen, die bereits in den älteren engagiert waren, in Gang gebracht werden.“ Die Folge davon ist: „Langjährige blühende Unternehmungen geraten in Verlegenheit und Stillstand, Kapitalien mangeln auf die sichersten Unterpfänder, der Zinsfuss steigt, aber nicht die Gewinne, d. h. die blossen Rentiers als solche sehen ihre Vorteile erhöht, nicht der tätige und unternehmende Teil der Nation, nicht der Landwirt, der Fabrikant und der Kaufmann“. Dieses eben sei das Uebel, an dem man in Preussen gegenwärtig leide, und es könne auf keine andere Weise geheilt werden, als durch die Ueberwindung des Vorurteils gegen die Zettelbanken. Er weist statistisch nach, dass Preussen auch abgesehen von den Eisenbahnbauten zu wenig Zirkulationsmittel habe, und dass der Mangel nur durch die aussergewöhnlich starke Getreideausfuhr nach England einigermassen verdeckt worden sei, wie denn überhaupt Länder ohne Zettelbanken in ihrer Produktion von solchen abhängig seien, die welche haben. An sich und einen Beharrungszustand

vorausgesetzt, sei es ja freilich richtig, dass es gleichgültig sei, ob der Güterumlauf mit einer grossen oder einer kleinen Geldsumme bestritten werde, ob infolgedessen dieselbe Ware zwei Thaler oder einen gelte, und dass der grössere Geldvorrat keine andere Wirkung habe, als die Taschen seiner Besitzer mehr abzunützen. Aber einen Beharrungszustand gebe es eben nicht, und der Uebergang zum Weniger oder Mehr, zur Verbilligung oder Verteuerung der Waren, sei es, was ausser den beschriebenen Wirkungen des Kapitalmangels die schmerzhaften Geldkrisen erzeuge. Dazu komme beim Fehlen der Zettelbanken eine unglaubliche Schwerfälligkeit des Verkehrs: „bei uns ist noch oft nicht bloss das leichteste und wohlfeilste, sondern auch das einzige Mittel Geld zu übertragen, wenn man sich Extrapost nimmt und es zu seinem Bestimmungsort hinfährt“.

Natürlich „können auch Zettelbanken nicht ins Unendliche neue Kapitalien schaffen helfen, sondern nur die in der ganzen Nation zur Zeit schaffbaren Kapitalien ins Leben rufen“. Aber so weit solche, d. h. also Rohstoffe und die zu ihrer Benutzung erforderliche Kraft, Einsicht und Kunstfertigkeit vorhanden sind, thun sie es auch wirklich bei richtiger Leitung, so dass der Kredit, den sie gewähren, nichts anderes ist, als das Vertrauen der Nation zu sich selbst. „Wenn Frankreich einmal [den Fehler begangen hatte, mit seinem noch dazu ganz unbegründeten Vertrauen alles Mass zu überschreiten], konnte es nur dadurch auf den richtigen Weg zurückkehren, dass es das Kreuz unumgänglicher Leiden auf sich nahm; wir, die wir den Fehler begangen haben, hinter dem richtigen Masse zurückzubleiben, sind in der glücklichen Lage, unsere Reue mit Vorteilen erkaufen zu können.“ Ja, das Siechtum, das aus der Fesselung des Unternehmungsgeistes entspringt, sei sogar noch weit schlimmer, als der ärgste Schwindel, denn, sind solche Katastrophen erst verwunden, so „wirkt der Zauber noch

in wohlthätiger Weise nach. Es sind eine Menge produktiver Urternehmungen ins Leben gerufen, die sonst in ihrem Nichts verharrt wären, bis der langsame Gang der Aufsparung die dazu erforderlichen Kapitalansprüche geschaffen hätte. . Selbst das übertriebenste Zettelbanksystem, das je existiert hat, das Lawsche, erhob Frankreich aus der Armut, in die Ludwig XIV. es gestürzt hatte, belebte seine Fabriken, verdoppelte seine Marine, vermehrte seine Kolonien, und bedeckte das Land mit grossen und gemeinnützigen Anlagen, die ihm noch heute zur Zierde gereichen." [Dasselbe darf man wohl auch der deutschen Gründerära nachsagen.] Was die damals brennende Frage betrifft, so sagt Rodbertus: „Man missverstehe uns nicht, wir reden nicht der Agiotage das Wort, sondern den Eisenbahnbauten. Gegen jene mag der Staat einschreiten wie er will oder wie er kann, denn sein Wille wird hier ziemlich ohnmächtig sein. Sollte er es aber nicht anders können, als wenn er die Eisenbahnbauten mit unterdrückte, so würden wir den Preis für zu hoch halten."

Nicht Staatspapiergeld soll dem Mangel abhelfen, weil der Staat die Macht hat, mit seinem Papiergeld Missbrauch zu treiben, und weil der Krieg solches Papiergeld leicht entwertet, sondern Bankpapiergeld, das Privaten gehört und für dessen Wert Privatkapitalisten einstehen. Aber der Staat soll die Banken beaufsichtigen und bei der Erteilung der Konzession Vorsicht üben; in Berlin soll eine Hauptbank eingerichtet werden, mit angemessener Verteilung von Filialbanken über die Provinzen. Die Verwirklichung dieses Planes begann gleich im nächsten Jahre, indem in Berlin die preussische Bank mit Privatkapital gegründet wurde, nicht, wie der Minister Rother wollte, als reine Staatsbank. Seit 1848 hat sich dann auch ein deutsches Privatbankwesen immer grossartiger entwickelt, schliesslich aber in der deutschen Reichsbank, die dem Ideal des Rodbertus so ziemlich

entsprechen dürfte, wieder einen beherrschenden Mittelpunkt gefunden.

Die Krisis der fünfziger Jahre, die Rodbertus zu der Schrift „die Handelskrisen und die Hypothekennot der Grundbesitzer“ veranlasste, war, wie er darlegt, himmelweit verschieden von der Geldklemme des Jahres 1845; sie war auch keine jener Geld- und Kreditkrisen, wie sie schon das Altertum gekannt hat, und wofür diese modernen Krisen fälschlich in England gehalten werden, weil sie sich allerdings in der Gestalt von Geldkrisen oder Börsenkrisen ankündigen. Ja der Zusammenhang zwischen Produktion und Börse, bemerkt er an einer anderen Stelle (Z. S. 248) „ist so innig, der täglich ausgegebene Kurszettel ein so zugängliches Anzeichen, die Beteiligung an den Wechselfällen der Börse so allgemein, dass die Börsenkrisen fast die Handelskrisen verdecken, und die Klagen der hungernden Arbeiter und der bankrotten Unternehmer von dem Geschrei der verlierenden Börsenspekulanten übertäubt werden.“ In der falschen Annahme, dass man es mit Geldkrisen zu thun habe, glaubte man zukünftigen Krisen mit der Peel-Akte vorbeugen zu können, welche der Bank von England die Ausgabe ungedeckter Noten verbot und den Zettelbanken in den Provinzen Beschränkungen auflegte. Aber gerade in Krisen habe die Peel-Akte jedesmal suspendiert werden müssen, und schon daraus gehe zur Genüge hervor, dass sich ihre Schöpfer in der Diagnose der Krankheit geirrt hätten. Die neueren Krisen seien nicht Geld-, sondern Produktions- und Warenkrisen, würden auch nicht, wie die Hamburger Krisis von 1799, durch Ueberspekulation erzeugt, sondern durch das mit der heutigen Eigentumsordnung dauernd gegebene Missverhältnis zwischen Produktion und Konsum. Es sei unrecht, der Produktion selbst, den Fabrikanten, oder auch der Spekulation die Schuld beizumessen. „Was die Spekulation verbricht, ist nicht nennenswert. Dies ist lediglich ein Vergreifen

im Markt, örtlich oder zeitlich, entweder durch Direktion der Ware nach einem falschen Markt oder deren Aufbewahrung auf eine unrechte Zeit, ein Vergreifen, das immer partiell ist und nicht im entferntesten an die allgemeine Lähmung des Marktes infolge von Handelskrisen heranreicht. An der Produktion tritt das Uebel auf, nicht an der Spekulation. Aber weil es an der Produktion zum Vorschein kommt, ist sie noch nicht daran schuld. Die Unternehmer sind im wesentlichen nichts als volkswirtschaftliche Beamte, welche, wenn sie die nationalen Produktionsmittel, die ihnen die Institution des Eigentums unauflöslich anvertraut hat, mit der Anspannung aller Kräfte arbeiten lassen, nur ihre Schuldigkeit thun. Denn das Kapital ist, wiederhole ich, nur zur Produktion da." „Auch sind es," fährt Rodbertus fort, „nicht sowohl Luxusartikel, die den Markt überfüllen, als vielmehr die Gegenstände der allgemeinen Konsumtion, an denen die Mehrzahl der Gesellschaft sogar noch Mangel hat. Sollten also nicht vielmehr die Unternehmer mit ihren Mitteln auf das angestrengteste produzieren müssen, um jenen Mangel zu heben? Die Theorie rief ihnen ja noch ausserdem zu, die Zuvielproduktion sei nur eine Zuwenigproduktion." (Kl. S. 231). Dass diese Theorie — es ist die von Ricardo und Say gemeint — das Richtige, was ihr vorschwebt, falsch anwendet, hat er zehn Seiten vorher gezeigt. Say und Ricardo hatten gerade in der Zeit, wo Millionen Menschen anfingen, die Wirkungen der Warenkrisen zu empfinden, gegen Malthus und Sismondi bewiesen — was vermöchte die Wissenschaft nicht zu beweisen! — dass das, was sich in sinnfälligster Weise ereignete, gar nicht vorkommen könne. „Es kann zwar, sagten sie, von dieser oder jener Ware zu viel produziert werden, aber nur, weil von andern Waren zu wenig produziert worden ist. Denn Produkte werden mit Produkten gekauft. Wenn A Brot, B Röcke, C Schuhe, D Tische herstellte und jeder plötz-

lich auch doppelt so viel von seiner Ware wie bisher produzierte, so würde doch nicht die Kaufkraft irgend eines Teilnehmers dieses Tauschverkehrs abgenommen haben, denn A hätte ja doppelt so viel Brot wie bisher zu vertauschen, und wie A, so jeder andere von seinen Produkten auch. Jeder würde also auch doppelt so viel eintauschen und verzehren können.*) Dass aber alle von allem genug haben sollten, kommt doch schwerlich sobald vor, und gesetzt, die Nationalproduktion stiege einmal so hoch, so würde sich das menschliche Begehrungsvermögen neue Bedürfnisse schaffen, und ein Teil des zuviel in der Produktion von Brot, Röcken u. s. w. angelegten Kapitals würde sich zur Herstellung von Luxusartikeln wenden. Jede Steigerung der Produktion, schliesst daraus die Theorie, konsumiert sich also auch immer selbst, denn in geradem Verhältnis mit der Produktion steigt auch die Kaufkraft". Der Fehler dieser Theorie steckt in den angenommenen Personen A, B, C und D, die gar nicht vorhanden sind. „So einheitliche Produzenten, deren jeder die vollständige Produktion eines einzelnen Gutes übernommen hätte und deshalb auch das ganze Produkt [oder seinen Wert] erhielte, giebt es nicht. Unter jeder dieser imaginären Persönlichkeiten bergen sich vielmehr in Wirklichkeit mehrere sehr verschiedenartige Teilnehmer der Produktion und des Produkts: nämlich der Unternehmer, der Grundbesitzer, der Kapitalist, der Arbeiter." Die Kaufkraft jeder dieser Klassen hängt nicht davon ab, was für Produkte geschaffen werden, sondern einen wie grossen oder kleinen Teil des Produktenwerts die Eigentumsordnung einem jeden zuführt; dass nun der Anteil der zahlreichsten Klasse, der Arbeiter, nicht

*) Ob er das k a n n, ist bei Brot doch die Frage, und ob er w i l l, bei Röcken, Schuhen und Tischen; d i e s e n F e h l e r, der freilich im folgenden einigermassen korrigiert wird, hervorzuheben, hatte Rodbertus nicht nötig, da er die Theorie von einer anderen Seite her umstösst.

bloss an sich zu klein ausfällt, sondern eine immer kleiner werdende, eine stetig fallende Quote des Nationalprodukts bildet, dass also die Kaufkraft der zahlreichsten Klasse, wo nicht stetig sinkt, so doch immer mehr hinter der stetig wachsenden Produktivität der Arbeit zurückbleibt, das ist nach Rodbertus, wie wir bereits dargestellt haben, die Ursache der modernen Krisen. Weil so der innere Markt versagt, muss unaufhörlich nach Erweiterung des auswärtigen gestrebt werden, und diese instinktive Anwendung des richtigen — nicht Heilmittels sondern nur — Palliativs offenbart die Natur des Uebels deutlich genug. „Jeder neue auswärtige Markt gleicht daher einer Vertagung der sozialen Frage." Von hier aus, heisst es in der Anmerkung auf S. 233, „mag man einen raschen Blick auf die Wichtigkeit der Erschliessung Asiens, namentlich Chinas und Japans, dieser reichsten Märkte der Welt, sowie der Erhaltung Indiens unter englischer Herrschaft werfen. Die soziale Frage gewinnt dadurch Zeit, denn der Gegenwart gebricht es zu ihrer Lösung an Uneigennützigkeit und sittlichem Ernst ebenso wie an Einsicht." Das ist 1858 geschrieben! 1898 leuchten beide hier angeführte Thatsachen so grell in die Augen, dass man schon stockblind sein muss, um sie nicht zu sehen. Und der Wunsch, den er daran knüpft, geht seit 15 Jahren — bis auf die „Gemeinsamkeit" und was noch daran hängt — so reichlich in Erfüllung, dass er mehr als befriedigt sein würde, wenn er noch lebte. „Ein volkswirtschaftlicher Vorteil ist nun allerdings kein genügender Rechtstitel zu gewaltsamem Einschreiten. Allein andererseits ist auch die strikte Anwendung des modernen Natur- und Völkerrechts auf alle Nationen der Erde, sie mögen einer Kulturstufe angehören welcher sie wollen, unhaltbar. Unser Völkerrecht ist ein Produkt der christlich-ethischen Kultur und kann, weil alles Recht auf Gegenseitigkeit beruht, deshalb auch nur ein Mass für die Beziehungen zu Nationen sein, die dieser selben

Kultur angehören. Seine Anwendung über diese Grenzen hinaus ist natur- und völkerrechtliche Sentimentalität, von der die indischen Greuel [im Aufstande der Sepoys] uns geheilt haben werden. Vielmehr sollte das christliche Europa etwas von dem Gefühl in sich aufnehmen, das die Griechen und Römer bewog, alle andern Völker der Erde als Barbaren zu betrachten. Dann würde auch in den neuern europäischen Nationen wieder jener weltgeschichtliche Trieb wach werden, der die Alten drängte, ihre heimische Kultur über den orbis terrarum zu verbreiten. Sie würden in gemeinsamer Aktion Asien der Geschichte zurückerobern. Und an diese Gemeinsamkeit würden sich die grössten sozialen Fortschritte knüpfen, die feste Begründung des europäischen Friedens, die Reduktion der Armeen, eine Kolonisation Asiens im altrömischen Stil, mit andern Worten, eine wahrhafte Solidarität der Interessen auf allen gesellschaftlichen Lebensgebieten." Die Beschreibung des Verlaufs einer modernen Handelskrisis (Kl. S. 213 bis 216) gehört zu jenen unübertroffenen und unübertrefflichen Mustern klarer, anschaulicher und erschöpfender Darstellung, in denen ausser Adam Smith kein Nationalökonom mit Rodbertus verglichen werden kann, und die jeder gelesen haben muss, der in nationalökonomischen Dingen mitreden will.

„Mit solchen Handelskrisen", fährt Rodbertus dann fort, „steht die gegenwärtige Hypothekennot der Grundbesitzer in keinem Zusammenhange; diese ist andrer Natur und hat andre Ursachen." Die Bodenkreditfrage hatte er schon 1847 einmal in der Schrift „Für den Kredit der Grundbesitzer, eine Bitte an die Reichsstände", behandelt, und er that es noch einmal auf Lothar Buchers Anregung in dem 1868/69 in zwei Teilen erschienenen Buche: „Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes." Zur Erläuterung eines Teiles seines Agrarkreditsystems diente noch die Abhandlung über „Die neuesten Grundtaxen des Herrn von Bülow-

Cummerow“ (1847). Auf die agrar- und kredittechnischen Einzelheiten dieser hochwichtigen Arbeiten kann hier nicht eingegangen werden; nur die darin entwickelten Grundsätze sind kurz zusammenzustellen. Rodbertus scheidet sehr scharf zwischen Hypotheken- oder Bodenkredit und Personalkredit. Was den ersten anlangt, so ist, führt er aus, das dabei in Betracht kommende „Kapital“ natürlich nicht Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne, es ist auch nicht einmal Leihkapital im gewöhnlichen Sinne des Worts, sondern es ist ein Wertteil des Landguts, der vom Gute losgelöst wird. Es ist ganz verkehrt, von einem dem Grundbesitz gegenüberstehenden Kapital zu sprechen, das nach der Meinung der Kapitalisten den Grundbesitz wohlthätig befruchten, nach der Meinung der Grundbesitzer ihn auswuchern soll. Zu Meliorationen werden keine Hypotheken aufgenommen; jene werden gewöhnlich aus den Einnahmeüberschüssen des Gutsbesitzers bestritten, und nimmt er einmal zu diesem Zwecke den Kredit in Anspruch, so ist das Personalkredit. Die Hypothekenschuld entsteht zum allergrössten Teile durch Abfindung von Miterben und dadurch, dass bei Ankäufen Kaufgelderreste auf dem Gute stehen bleiben. Die Sache geht also nicht so vor sich, dass die Kapitalisten dem Grundbesitz zu Hilfe kämen, indem sie ihr Leihkapital in Grundbesitz anlegten*), sondern der Grundbesitz schafft fortwährend neue Kapitalisten, indem Miterben und Verkäufer den ihnen gebührenden Wertanteil des Gutes mitnehmen, in Geldkapital verwandeln, als Rentner leben oder ihr Kapital in Gewerbe und Handel anlegen. Auf diesem Wege wird ein grosser Teil des nicht grundbesitzenden Volkes Mitbesitzer und Mitnutzniesser des landwirtschaftlichen Bodens. Und

*) Das geschieht doch wohl in nicht ganz unbeträchtlichem Umfange dadurch, dass viele Landwirte mit geliehenem Gelde Güter kaufen; doch bleibt im allgemeinen die Auffassung von Rodbertus unanfechtbar.

diese Art von Verschuldung des Grundbesitzes, sagt Rodbertus (Kl. S. 235) ist ein grosses Glück. Träte sie nicht ein, so wären nur zwei Fälle denkbar. Entweder das Nationalvermögen wäre sehr ungleich verteilt und einer kleinen Anzahl von Reichen stünde eine ungeheure Mehrheit ganz Armer gegenüber, denn der Grundbesitz bildet den bei weitem grössten Teil des Nationalvermögens; selbst in England wurde damals der Wert des Grundbesitzes zwölfmal so hoch geschätzt als alles in Industrie und Handel angelegte Kapital*). Oder der Boden müsste bei jeder Erbteilung in natura geteilt werden, was zu einer Zerstückelung führen würde, welche die rationelle Bewirtschaftung unmöglich machen, also die Nationalproduktion und damit das Nationaleinkommen vermindern würde.

Diese Absplitterung des Bodenwerts ist nun bisher in der Form der Hypothekenverschuldung und der Pfandbriefschuld erfolgt. Die erste dieser beiden Verschuldungsformen widerspricht aber der Natur des Grundbesitzes, der dabei als Kapital behandelt wird, während er nicht dieses, sondern ein ewiger Rentenfonds ist und daher nicht die Kapitalschuld, sondern nur die Rentenschuld zulässt. Das Handels- und Fabrikationskapital wird fortwährend umgesetzt, kehrt zum Unternehmer jährlich ein- oder mehreremal zurück und kann daher, wenn es geliehen ist, auch zurückgezahlt werden. Dem Grundbesitzer kommt niemals der Wert seines Gutes ein; dieses wirft nur Rente ab, er kann daher weder das Ankaufskapital noch einen grösseren Teil davon zurückzahlen, wenn er das Gut behalten will; diese nicht vorhandene Möglichkeit, Kapitalien zurückzuzahlen, wird aber vorausgesetzt, wenn man die Hypotheken kündbar macht. Die Pfandbriefschuld vermeidet zwar diesen Fehler, lässt

*) Natürlich sind die Grundbesitzer nicht sovielmal reicher als die übrigen Stände zusammengenommen, weil ja eben ein Teil ihres Grundbesitzes Angehörigen der andern Stände gehört.

aber den andern bestehen, dass Gutswert und Schuld als Kapital berechnet werden. Der Reinertrag des Gutes wird nach dem gerade herrschenden Zinsfuss kapitalisiert, und auf diesen Gutswert werden die Schulden, wiederum als Kapitalien, eingetragen. Das wirkt nun folgendermassen. Ein Gut, das 4000 Thaler Reinertrag abwirft, gilt beim Zinsfuss von 4 Prozent 25 × 4000 = 100 000 Thaler. Steigt der Ertrag auf 5000 Thaler, so kann der Uebernehmer immerhin vier Geschwister mit je 25 000 Thalern abfinden, die entweder auf das Gut eingetragen oder mit einem aufgenommenen Kapital ausgezahlt werden, denn sein Gut ist ja jetzt 25 × 5000 = 125 000 Thaler wert, und ihm bleiben sowohl 25 000 Thaler Kapital als 1000 Thaler Jahreseinkommen. Steigt aber dann der Zinsfuss auf 5 Prozent, so ist sein Gut nur noch 20 × 5000 = 100 000 Thaler wert, ihm gehört kein Pfennig mehr davon, und bei einem Zwangsverkauf zieht er völlig leer und bloss ab. Deshalb muss die Form der Rentenverschuldung eingeführt werden, die den Besitzer von den Schwankungen des Zinsfusses unabhängig macht. Werden nicht Kapital-, sondern Rentenschulden eingetragen, d. h. wird in dem obigen Beispiel dem Besitzer nur die Verpflichtung aufgelegt, den Miterben jährlich 4000 Thaler auszuzahlen, so bleiben ihm seine 1000 Thaler Rentenüberschuss, der Zinsfuss mag auf und ab tanzen wie er will. Und steigt die Gutsrente, so bleibt ihm die Steigerung des Ueberschusses, die sehr leicht so weit gehen kann, dass das Gut nach zwanzig oder dreissig Jahren eine zweite Abfindung von weiteren vier Miterben ertragen kann, ohne dass den Besitzer die Last erdrückte. Damit aber die Miterben, wenn sie es wollen oder brauchen, ihre Renten in Kapital verwandeln können, soll zwischen die Gutsbesitzer und ihre Gläubiger eine Rentenbank treten, die von jenen die Zinsen einzieht und diesen ihren Anspruch in Form von Rentenbriefen verwirklicht, die, als Inhaberpapiere, verkauft und so zu Geldkapital

gemacht werden können. Ist hierdurch für die Beweglichkeit der auf dem Grundbesitz ruhenden Kapitalien hinreichend gesorgt, und viel besser als bei der schwerfälligen Form der Hypothekenschuld, so soll durch diese Einrichtung auch der Grundbesitz selbst nicht unbeweglich gemacht werden, sondern die Möglichkeit bestehen bleiben, einen überschuldeten Besitzer vom Gute zu treiben. „Eigentum, hat man neuerlich oft gesagt, ist Amt. Und in der That Grundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute sind im wesentlichen volkswirtschaftliche Beamte. Aber sie sind in Folge des Eigentums unabsetzbar und darum bleibt die Verkäuflichkeit des Grundbesitzes das einzige Mittel, in der Landwirtschaft schlechte Beamte durch gute zu ersetzen. Kehrte man zu einer den modernen Verhältnissen angepassten Form des Rentenkaufs zurück, so könnte man sich auch den Segen dieser Freiheit ohne deren Nachteile sichern." (Kl. S. 239 Anm.)

Um dieses „Rentenprinzip" drehte sich des Rodbertus Agrarpolitik ebenso standhaft, wie seine Nationalökonomik um die sinkende Lohnquote. In Beziehung auf die Wirkungen, die er davon hoffte, befand er sich in einem dreifachen Irrtum. Erstens erwartete er, dass die Grundrente noch weiter steigen werde; statt dessen fing sie bald nach seinem Tode infolge der amerikanischen Getreideeinfuhr, dann der australischen Wolleinfuhr und andrer Umstände, an zu fallen, wenn auch nicht in dem Grade, wie die Agrarier behaupten. Dann erwartete er eine weitere Steigerung des Zinsfusses; auch davon ist das Gegenteil eingetreten. Endlich könnte die vorgeschlagene Verschuldungsform die unvermeidliche Wirkung fortgesetzter Erbteilung: die Verdrängung der alten Besitzerfamilien durch neue, in keinem Falle für immer aufhalten, denn eine solche Ertragssteigerung ist nicht denkbar, dass ein Gut eine ungemessene Zahl von Rentenverpflichtungen und auch noch einen Ueberschuss für den Besitzer abwerfen könnte. Der Grundsatz selbst aber

ist unbestreitbar und von der neueren Gesetzgebung anerkannt worden, sowohl durch die Einführung der Rentengüter als auch durch das Gesetz vom 8. Juni 1896, das die Abfindung der Miterben in Rentenform vorschreibt für alle Rentengüter, die nach den Gesetzen vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891, und für alle Ansiedlungsstellen, die in Posen und Westpreussen nach dem Gesetze vom 26. April 1886 begründet werden. Ob die Steigerung des Zinsfusses die Not der Hypothekenschuldner damals in dem Grade vermehrt hat, wie Rodbertus annimmt, ist zweifelhaft. Conrad leugnet es. Die Einwendungen, die dieser bedeutende Nationalökonom im Handwörterbuch der Staatswissenschaften gegen das Rentenprinzip erhebt, hat er ausführlicher schon in Hildebrands Jahrbüchern ausgesprochen und Rodbertus hat sie in mehreren langen Anmerkungen seines Buches widerlegt*). In einem Punkte wenigstens hat dieser zweifellos recht; Conrad hatte schon die damalige „Not der Landwirtschaft“ (1868!) zum teil auf sinkende Getreidepreise zurückgeführt; Rodbertus weist aber statistisch nach, dass die Getreidepreise in Norddeutschland, um das allein es sich handelte, damals noch gar nicht gesunken waren.

Während der Bodenkredit allein den Grundbesitzer angeht, gleichviel ob er sein Gut verpachtet hat oder selbst bewirtschaftet, wird der Personalkredit nur vom Landwirt in Anspruch genommen, gleichviel ob er Eigentümer oder bloss Pächter seines Gutes ist. Rodbertus meint nun, auch wegen des Personalkredits brauche die Landwirtschaft „das Kapital“ nicht zu inkommodieren; es befänden sich stets in den Kassen der einen Land-

*) Brentano erkennt die grosse Bedeutung der Wertsteigerung durch das Sinken des Zinsfusses an und beleuchtet sie statistisch; aber er leugnet, dass jeder beim Kauf angenommene Wert eines Landguts, der den Ertragswert übersteigt, ein fiktiver Wert sei; die Ueberschätzung könne mehrere gute und berechtigte Gründe haben. Agrarpolitik I S. 90 u. S. 92—95.

wirte so viel müssig liegende Ueberschüsse, als gerade im Augenblick einige andre brauchten. Es sei daher nichts notwendig als eine Einrichtung, die jene Ueberschüsse und diesen Bedarf zusammenbringe. Bei der gegenwärtigen Organisationslosigkeit komme es vor, dass ein und derselbe Gutsbesitzer in ein und demselben Jahre — ihm selbst war das begegnet — für ein Kapital keine Anlage und für einen augenblicklichen Bedarf kein Geld finde. Ebenso rühre ein grosser Teil der Verlegenheiten, die aus Hypothekenkündigungen entstehen, ganz allein vom gänzlichen Mangel jeder Organisation her. Er führt Fälle an, wo benachbarte Gutsbesitzer, die lange Zeit, die einen eine Anlagegelegenheit und die andern Kapitalien gesucht hatten, durch einen Zufall persönlich zusammengeführt, ihren Verlegenheiten durch blosse Umschreibung abhelfen konnten. Allen solchen Verlegenheiten könne man durch Kapitalmärkte und Zahltage abhelfen, die gleich einem Clearinghaus alle kostspieligen und zeitraubenden Umständlichkeiten ersparen und den grössten Teil aller solchen Geschäfte durch blosse Umschreibungen erledigen würden, so dass dafür nur ganz geringe Bargeldsummen erfordert werden würden. Ein Geldmakler in Rostock, bei dem Gutsbesitzer verkehren, habe einen 500 Thaler enthaltenden Beutel gezeichnet und nun feststellen können, dass dieser Beutel fünfzehnmal in einer Woche zu ihm zurückgekehrt sei. Eine solche Menge von Kapitaltauschgeschäften habe dieselbe Geldsumme verrichtet; hätte man eine Bank gehabt, bei der diese Geschäfte durch Umschreibung erledigt werden konnten, so hätte sich der Beutel gar nicht von der Stelle zu rühren brauchen, es wäre ohne alles Geld gegangen. Die mecklenburgischen Gutsbesitzer seien schon durch den einen Umstand besser gestellt als die benachbarten pommerschen, dass ihre Regierung die Güter katastrieren lasse und das Ergebnis alljährlich im Staatskalender bekannt mache. Dadurch bekämen die ham-

burgischen und die hannöverschen Kapitalisten wenigstens einen wenn auch nur unvollkommenen Anhalt für die Beurteilung der Sicherheit, die diese Güter gewährten, in die Hand, und die Folge davon sei, dass hannöversches und hamburgisches Geld den mecklenburgischen Gutsbesitzern reichlich zur Verfügung stehe, während es den Weg über die preussische Grenze nicht finde. Rodbertus entwirft nun einen ausführlichen Plan für eine beide Kreditarten umfassende bankmässige Organisation. Lebte er heut, so würde er finden, dass die Bodenkreditanstalten, die Reformen der Landschaften, die Raiffeisenvereine, die westfälischen und die schlesischen Bauernvereine, die im Anschluss daran durch die Agitation des Bundes der Landwirte hervorgerufenen Vereinsgründungen samt der Centralgenossenschaftskasse ebensoviele sehr verheissungsvolle Anfänge zur Verwirklichung seines Planes sind, und dass sich die Entwickelung unsers landwirtschaftlichen Kreditwesens durchaus in der von ihm vorgezeichneten Bahn bewegt.

Dem zweiten Teil der „Kreditnot“ hat Rodbertus in Gestalt einer Vorrede eine „soziale Betrachtung“ beigegeben, die seine Bestrebungen um die Reform des landwirtschaftlichen und Bodenkredits in sein System eingliedert und die wir wenigstens auszugsweise wiedergeben müssen. „Dem Kapital steht eine glänzende Zukunft bevor. Kapitalien sind Parzellen vom Nationalprodukt, insofern sie noch weiter zur Produktion dienen. Ihre Natur ist die Beweglichkeit selbst. Sie vermögen sich in alle Formen umzusetzen, alle nationalen Grenzen zu überfliegen, sich zu ungeheuren Summen zusammenzuschiessen, sich bis ins Kleinste zu zerteilen. Aus dieser Bewegung entspringt ihre Rentabilität, vermöge ihrer werfen sie ihren Gewinn ab. Man nennt Kapitalien tot, die keiner solchen Bewegung unterliegen. Das Kapital hat auch bereits eine Gesetzgebung zu erlangen gewusst, die seiner Natur und seinem Gewinn vollkommen ent-

spricht. Nach welcher Richtung es sich bewegen kann, darf es sich auch heute bewegen. Was es in jeder Richtung gewinnen kann, darf es auch gewinnen. Es ist dies in der That auch sein „natürlicher“ Gewinn. Und das Kapital hat die Gunst solcher Gesetzgebung zu benutzen verstanden. Früher teilte sich der Kapitalgewinn in Zins und Unternehmergewinn. Um so viel, als der eine Teil fortnahm, war der andere niedriger. Die Ruhe blieb dem Zins, das Geschäft dem Unternehmergewinn. Heute hat das Kapital in der Aktienform das Mittel gefunden, den Unternehmungsgewinn als Dividende zum Zins zu schlagen und doch dabei die Ruhe des Rentners zu geniessen.“ In den grossartigen Aktienunternehmungen habe sich das Kapital eine Organisation geschaffen, die einem Staat im Staate ähnlich sieht. Deren Einflüssen werde sich der Staat, so tadellos seine Integrität zur Zeit noch sein möge, auf die Dauer nicht zu erwehren vermögen. „Gegen soziale Mächte helfen nur soziale Gegengewichte.“ Eine solche Gegenmacht ersteht heute dem Kapital in den Arbeiterassoziationen. Die Arbeit, in ihrer Kooperation, ist die zunehmend produktive Kraft, die den Nationalreichtum schafft. Die Arbeit erhält ihren Lohn. Nach der zunehmend produktiven Natur der Arbeit ist es daher klar, dass sie in ihrem Lohn ein Mitrecht an den steigenden Früchten der zunehmenden nationalen Produktion zu beanspruchen hat. Ein mit der steigenden Produktivität mitsteigender Lohn ist in der That der „natürliche“ Lohn der Arbeit. Mehr und mehr werden auch von dem fortgeschrittenen Teile der Gesellschaft diese Natur und diese Lohnberechtigung der Arbeit erkannt und anerkannt; allein es fehlt noch viel, dass, gleich wie das Kapital die seiner Natur und seinem Gewinn, so auch die Arbeit die ihrer Natur und ihrem Lohn entsprechende Gesetzgebung errungen hätte. Aber die Arbeiter erheben sich heute deshalb. Damit thun sie nicht mehr, als was das Kapital schon gethan hat.“

Diese Gesetzgebung werde einen anderen Charakter tragen müssen, als die vom Kapital errungene; während diese negativer Art ist, indem sie dem Kapital Raum schafft und die Freiheit, seine Schwingen zu regen, sichert, wird jene positiver Art sein müssen. „Und die Arbeit, mag sie in dieser oder jener Losung: Nieder mit dem Kapital! oder: Her mit dem Kapital! — beide nehmen sich an Verkehrtheit nichts — vorläufig ihr Ziel noch so falsch gesteckt, einen noch so falschen Weg dazu eingeschlagen haben, die Arbeit wird zu ihrer Gesetzgebung gelangen, wie das Kapital zu der seinigen gelangt ist.“ Dadurch werde die Arbeit dem Kapital an Macht ebenbürtig werden, und beide würden sich zuletzt den Staat streitig machen. Dazu seien beide, sowohl das Kapital als die Arbeit, international. „Und der Grundbesitz? Der Grundbesitz hat seine besondere Natur, wie Kapital und Arbeit sie haben. Er ist Land, und damit das gerade Gegenteil des Kapitals: die Unbeweglichkeit selbst .... Auch seinen besondern Einkommenszweig hat der Grundbesitz, er besteht in der Rente . . . Die Rente ist unser natürliches Einkommen. Wie dem Kapital und seinem Gewinn, der Arbeit und ihrem Lohn, so kommt auch dem Grundbesitz und seiner Rente die ihnen entsprechende Gesetzgebung zu.“ Diese hätten sie noch nicht; ja Grundbesitz und Rente seien noch übler daran als die Arbeit und ihr Lohn, weil eine verkehrte Verfassung schlimmer sei als Verfassungslosigkeit. Ausserdem noch deswegen, weil die Grundbesitzer uneinig seien. „Uns fehlt der Instinkt des materiellen Interesses, den das Kapital in solcher Schärfe besitzt, uns fehlt auch das Klasseninteresse [Klassenbewusstsein?], mit welchem sich die Arbeit, wie Ein Mann, erhebt .... Die Arbeit beginnt sich um ihren natürlichen Lohn zu scharen. Folgen wir ihrem Beispiel! Sammeln wir uns um unsere Rente!“ Wenn der Grundbesitz die ihm angemessene Gesetzgebung erringe, so werden, meint Rodbertus, die Grundbesitzer

mehr gethan haben, als sich selbst gerettet zu haben, sie werden zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Gesellschaft beigetragen haben. — Das ist die Vorrede, die Bismarck nicht angesehen hat. Desto eifriger hat sie Miquel studiert, unter dessen Schutz und Schirm die Grundbesitzer, denen es heut wahrlich weder am Instinkt des materiellen Interesses noch am Klassenbewusstsein und an der Eintracht gebricht, sich um ihre Rente sammeln und sich bereits eine Gesetzgebung geschaffen haben, mit der Rodbertus freilich wohl nicht in allen Stücken einverstanden sein würde. Die politische Lage hat sich insofern geändert, als der in der konservativen Partei vertretene Grundbesitz, der zu Rodbertus' Zeit einen Anlauf nahm, mit den Arbeitern vereint das Kapital zu bekämpfen und daher auch anfangs die Sozialreform begünstigte, jetzt in der Gesetzgebung die Führung hat und mit dem industriellen Grosskapital verbündet die Bestrebungen der Arbeiter bekämpft.

Dritter Teil.

Die Bedeutung des Mannes.

Nicht seine Bedeutung für die wissenschaftliche Betrachtung meine ich, sondern die fürs Leben, für die preussisch-deutsche Staatswirtschaft der Gegenwart. Die wirtschaftlichen Aufgaben sind gegenwärtig von einer so sehr alles andre überwiegenden Wichtigkeit, die Notwendigkeit ihrer Lösung drängt uns in solchem Grade, dass es Sünde wäre, einen Teil des Raumes, der mit nützlichen Fingerzeigen für die Lösung ausgefüllt werden kann, auf rein theoretische Erörterungen zu verschwenden; etwa von Aristoteles ab bis auf Ricardo alle Fäden der Kette aufzuzeigen, aus denen Rodbertus mit seinem Einschlag sein System gewoben hat. Eher würde mich noch die Aufgabe reizen, von jenen mecklenburgischen, pommerschen und preussischen Junkern zu sprechen, die wie Thünen, Bülow-Cummerow und Theodor von Schön, durch ihr eigenes Interesse und das ihrer Standesgenossen gedrängt, unserm Rodbertus mit theoretischen Untersuchungen vorgearbeitet haben. Also nur um die praktische Bedeutung des Mannes handelt es sich hier, und diese besteht in Folgendem: 1. Er hat mittelbar einen bedeutenden Einfluss auf die preussisch-deutsche Gesetzgebung ausgeübt. 2. Er hat das Wesen der Gesellschaftswirtschaft ergründet und klar gemacht. 3. Er hat die Unvernunft, und er hat 4. die Unsittlichkeit der kapitalistischen Wirtschafts- und Rechtsordnung aufgedeckt.

1. Im „Normal-Arbeitstag“ (Kl. S. 341) schreibt er: „Die Intervention des Staates auf dem volkswirtschaft-

lichen Gebiete verwirft das herrschende System prinzipiell, und Lohnregulation findet es unvereinbar mit seinen Begriffen von Produktionskosten und Kapitalvermehrung. Indessen dürfte für das Freihandelssystem die Stunde bald vollgeschlagen haben, wo es aufhören wird, das „Herrschende" auch nur genannt zu werden, wo es vielmehr zu seinen Vätern in der Geschichte der Nationalökonomie versammelt sein wird, denn schon seit einiger Zeit ist es dem toten Reiter zu vergleichen, dessen Rüstung Stück für Stück „abfiel wie mürber Zunder". Eine richtiger entwickelte Theorie wird zeigen, einmal, dass der Staat, gerade prinzipiell, zur Leitung auch desjenigen Teils des staatswirtschaftlichen Gebiets berufen ist, den man heute Volkswirtschaft nennt, und dass, wenn ihm hier das Grund- und Kapitaleigentum unzweifelhaft gewisse Funktionen entzieht, die ihm aber prinzipiell zustehen, diese vom staatswirtschaftlichen Standpunkt, nur als infolge jener Rechtsinstitution delegiert anzusehen sind, denen er also remedierend nachzuhelfen, wo es nötig ist, sowohl das Recht als die Pflicht hat. Und sie wird, zweitens, zeigen, dass Regulierung und Fixierung von Arbeitslohn und hoher Reallohn gar keinen Einfluss auf Produktionskosten und Kapitalbildung haben und diese also auch, weil sie in letzter Analyse durch ganz andre Momente bestimmt werden, durch solche Festsetzungen nicht alteriert werden. Mit dem Entsetzen des Freihandelssystems [über seine Vorschläge] hätte es also nichts auf sich." Das war eine kühne Voraussagung, denn der Liberalismus, den Rodbertus als das Freihandelssystem zu bezeichnen pflegt, stand damals, im Jahre 1871, eben im Begriff, seine grössten Triumphe zu feiern und die Alleinherrschaft im neuen Reiche anzutreten. Und heute? Der Liberalismus ist nicht bloss im Deutschen Reiche, sondern in ganz Europa tot, und hat sich freilich auch der zweite der beiden an der angeführten Stelle ausgesprochenen Grundsätze, dass hoher Arbeitslohn die

Kapitalvermehrung nicht hindert, noch nirgends Anerkennung errungen, so wird dafür der erste, dass sich der Staat in den Prozess der Güterproduktion und -verteilung einzumischen habe, weit allgemeiner und stärker anerkannt als den Regierungen lieb ist. Jedermann, die herrschenden Klassen voran, schreit nach Staatshilfe, und verlangt die Einmischung des Staates bald zur Vermehrung seines Reichtums, bald zur Sicherung seiner Rente, bald zur Abwendung von Schädigungen. Die Gründe, mit denen in den achtziger Jahren die konservativen Zeitungen die Abkehr vom Manchestertum predigten, waren grösstenteils dem Gedankenkreise des Rodbertus entnommen. In einem solchen Grade ist der Liberalismus machtlos geworden, dass man es im Interesse der Volksfreiheit und der höheren Geisteskultur beklagen muss. In Italien und Ungarn aber bedeckt er sich noch dazu mit unauslöschlicher Schmach. Denn dort sind die Leiter des Staates Männer von nicht allein liberaler sondern revolutionärer Gesinnung, und sie gehen so weit in der Schamlosigkeit, sich heute noch zu dieser Gesinnung zu bekennen, Revolutionsjubiläen zu feiern und mit den „freien Institutionen“ ihrer Länder zu prahlen, während sie ihre Herrschaft nur mit einem Despotismus zu behaupten vermögen, der den russischen an Brutalität übertrifft und nicht einmal die Entschuldigung des religiösen Aberglaubens für sich hat, der in Russland dem Despoten wie seinen proletarischen Bauern die bestehenden Zustände als göttliche Ordnung erscheinen lässt und dadurch beiden erträglich macht.

Gehandhabt wird nun allerdings auch bei uns die Staatseinmischung keineswegs durchweg im Geist und Sinn des grossen Nationalökonomen. Gleich die Einleitung der neuen wirtschaftlichen Aera durch die Rückkehr zum Schutzzoll widersprach seinen Grundsätzen, denn er verwarf, wie wir gesehen haben, die internationalen Verkehrsschranken so gut wie die intranationalen;

unter dem Freihandel, den er bekämpfte, verstand er ja nicht die Handelsfreiheit, die er im Gegenteil pries. Im weitern Fortgang dann aber hat sich die Gesetzgebung Preussen-Deutschlands immer mehr seinen Idealen genähert. Vollständig durchgeführt worden ist die von ihm geforderte Eisenbahnverstaatlichung; der Miquelschen Steuerreform liegt sein Programm zu Grunde. Das landwirtschaftliche Kreditwesen ist in Beziehung auf den Personalkredit völlig, in Beziehung auf den Bodenkredit zum Teil nach seinen Grundsätzen geordnet und sogar das Rentenprinzip, das bei seinen Lebzeiten von den Einen verspottet und von den Andern nicht verstanden wurde, ist in die Gesetzgebung aufgenommen worden; auch eine vom Staate dotierte Zentralgenossenschaftskasse haben die Landwirte und die Handwerker bekommen. Gründlich vorüber ist die Zeit, wo die Rittergutsbesitzer, wie Rodbertus wenigstens klagt, vom Staate politisch zwar als Schosskinder, wirtschaftlich dagegen als Stiefkinder behandelt wurden. Der Antrag Kanitz, der nur mit Mühe abgewehrt wird, schliesst sogar auch schon die Bodenverstaatlichung ein, da er nicht durchgeführt werden könnte ohne obrigkeitliche Regulierung des Getreidebaues, diese aber die freie Verfügung des Eigentümers über seine Grundstücke erheblich beschränken, daher das Eigentumsrecht prinzipiell antasten würde. Ferner ist die von Rodbertus oft wiederholte Forderung erfüllt worden, dass eine genaue amtliche Statistik einerseits der Produktion nicht nachhinke sondern voranleuchte und andrerseits völlige Klarheit über die Arbeiterverhältnisse schaffe: das Kaiserliche statistische Amt besorgt in seinen sich immer reicher entfaltenden Verzweigungen das erste, und die Reichskommission für Arbeiterstatistik bemüht sich zum Entsetzen der Grossunternehmer wie der Kleinmeister um das zweite. (Ausführlich behandelt Rodbertus die Statistik, der er die höchste Wichtigkeit beilegt, N. III S. 66 ff.; er bezeichnet dort die Statistik und die Philosophie

des Staats als die beiden Hilfswissenschaften der reinen Politik.) Im einzelnen aufzuzählen, was der Staat im Interesse der Arbeiter gethan hat, wäre überflüssig. Rodbertus würde das alles nun allerdings zu den kleinen Mitteln rechnen, die er teils missbilligte, teils für unwirksam erklärte; allein erstens ist doch durch diese zahlreichen und tiefen Eingriffe in Produktion und Verteilung wenigstens sein Grundsatz amtlich anerkannt worden, und zweitens befand er sich, wie wir bereits bemerkt haben, mit seinem geringschätzigen Urteil über Arbeiterkoalitionen, Schiedsgerichte und Arbeiterschutz im Irrtum. Schon allein die erzwungene Sonntagsruhe ist eine ungeheure Wohlthat für Millionen geplagter Menschen und zudem dadurch von grosser Bedeutung für die Zukunft, dass sie den Arbeitern die Fortbildung möglich und sie dadurch fähiger macht, ihre Ansprüche an Staat und Gesellschaft durchzusetzen. Durch die Bäckereiverordnung ist auch schon das Recht des Staates, die Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter zu bestimmen, grundsätzlich anerkannt worden. Zudem bilden Gewerkvereine, Schiedsgerichte, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung zusammen einen Apparat, durch den das Arbeitereinkommen einigermassen vor weiterer Herabdrückung bewahrt und sogar um einen nicht ganz unbedeutenden Prozentsatz erhöht wird, das zweite vorzugsweise durch die Zwangsversicherung, da man das, was dadurch den Arbeiterinvaliden, den Alten, den Kranken, den Hinterbliebenen zufliesst, doch zum Gesamtarbeitereinkommen rechnen muss, so dass also der dritte der von Rodbertus aufgedeckten Teilströme des Nationaleinkommens auf Kosten der andern beiden, der Grundrente und des Unternehmergewinns, ein wenig erhöht wird. Mit diesem ersten Schritt zur Verwirklichung seiner Forderung einer durchgreifenden Lohnregulierung würde er sich heute vielleicht begnügen, da ihre vollständige Erfüllung so schwierig erscheint und eingewurzelte Vorurteile so empfindlich

beleidigt, dass nicht sobald daran zu denken sein dürfte; schon dieses müsste ihn mit hoher Genugthuung erfüllen, dass der im einzelnen Falle zwar bescheiden, bei Addition der Einzelsümmchen aber bedeutend erscheinende Griff des Staates in die Taschen der Unternehmer jene Vorurteile wenigstens erschüttert und die Gemüter einigermassen vorbereitet hat.

2. Rodbertus hat das verwickelte Getriebe der Produktion und der Güterverteilung so vollständig aufgedeckt, dass in dieser Beziehung den zukünftigen Nationalökonomen nichts mehr zu thun übrig bleibt. Die älteren, Adam Smith einbegriffen, sind nur als Vorbereiter und Materialiensammler zu betrachten, Karl Marx hat ihn in einigen Punkten ergänzt. Die nach ihm erschienenen systematischen Werke sind teils Kompilationen teils Variationen und bereichern unsre Kenntnis nur mit Einzelheiten; im wesentlichen, in der Erschliessung des Verständnisses des volkswirtschaftlichen Prozesses, haben sie dem von Rodbertus Geleisteten nichts hinzuzufügen vermocht. Dass Adolf Wagner (N III S. XXV—XXVI und XXXIX) die meisten der Rodbertusischen Theorien für falsch „und mindestens für sehr einseitig“ erklärt, lässt sich ja verstehen. Doch giebt er zu, dass Rodbertus „geradezu fundamental“ gewirkt habe, und fährt fort: „Nicht das Mass der Zustimmung zu den Theorien eines Denkers und Autors, sondern das Mass der Anregung zum Fortschritt, welches die Wissenschaft überhaupt und jeder ihrer Jünger von einem solchen Manne erfahren hat, bestimmt die Anerkennung, welche demselben ein kritischer Verehrer entgegen bringt.“ Die nächste Epoche der Kulturwelt, schreibt Georg Adler am Schluss seines Artikels „Sozialismus und Communismus“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, „ist die der sozialen Reform, welche die unverschuldete Armut beseitigen, den ungerechten Druck abwehren und die aufgeregten und streitenden Elemente der Gesellschaft

versöhnen muss. Jetzt sind nicht mehr Genies nötig, um versteckte Zusammenhänge zu entdecken, . sondern die selbstlose Hingabe an die mühsame reformatorische Detailarbeit in Wissenschaft und Leben." Sehr richtig! Neue Genies zur Aufdeckung der wirtschaftlichen Zusammenhänge sind nicht mehr nötig, weil Smith, Rodbertus und Marx diese Leistung ein für allemal vollbracht haben. Aber es wäre sehr zu beklagen, wenn der Satz so verstanden würde, dass diese Leistung nichts zu bedeuten habe, dass auch die Genies, die uns Gott in der Vergangenheit beschert hat, überflüssig seien, und dass ohne jede Theorie oder mit falschen Theorien erfolgreich reformiert werden könne. Und leider neigen viele sehr tüchtige, sehr rechtschaffene und sehr gescheite Männer dieser Ansicht zu, teils weil sie als „Praktiker" die Theorie grundsätzlich verachten zu müssen glauben, teils weil ihnen alle nationalökonomische Theorie auf den Sozialismus loszusteuern scheint, von dem sie den Untergang von Staat und Gesellschaft, von Religion und Kultur, von Eigentum und Familie fürchten. Sie bemerken nicht, dass sie sich selbst von Theorien leiten lassen. Auch wenn sie in der Verachtung der Theorie so weit gehen, dass sie z. B. von der Lohnfondstheorie noch nie etwas gehört oder gelesen haben, gründet sich doch ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik auf diese falsche Theorie, die ihnen weitere Erhöhungen des Arbeitslohns als den Ruin des Kapitals erscheinen lässt. Aehnlich steht es mit den zwei Dogmen, dass unsre nationale Existenz vom Warenexport abhänge, und dass dieser durch die Forderungen der Arbeiter bedroht werde. Ist das etwa keine Theorie? Und steht dieser Theorie nicht die der Agrarier gegenüber, die ebenfalls Männer der Praxis und Verächter der Professoren und dabei höchst einflussreich im Staate sind, die Theorie, dass man den Staat durch Grenzzölle absperren, die Volksgenossen konsumfähig machen und so die nationale Existenz auf den

innern Markt gründen müsse? Ist denn eine Gesetzgebung, die über ein planloses Experimentieren auf Augenblicksanstösse hin hinausginge, auch nur denkbar in einem Staat, dessen herrschende Kreise alle Theorie nur darum in Verruf erklären, um die Massen ihrer Anhänger für zwei diametral entgegengesetzte Theorien fanatisieren zu können? Kann man denn im Ernste an soziale Reformarbeit denken, wenn nach der einen dieser Theorien für die Besserung der Lage des Arbeiterstandes keine Mittel vorhanden sind und auch niemals vorhanden sein können? Denn es ist Malthus, der in der ersten jener beiden Theorien spricht, auch wenn man ihn nicht nennt, wie aus der zweiten Carey spricht, ob zwar die, welche ihm nachsprechen, meistens nicht einmal seinen Namen kennen. Im ersten seiner Sozialen Briefe (Z S. 257) erklärt Rodbertus die Gewerkvereine für ohnmächtig, weil „der, welcher Lebensmittel besitzt, länger zu hungern imstande ist, als der, welcher keine besitzt“. Und er fügt hinzu, dass, wenn die Assoziationen (heut würde er wohl sagen: die Sozialdemokraten) „auch den arbeitenden Klassen die volle politische Gewalt zuwenden könnten, doch dieser Gewalt noch immer zu wissen übrig bliebe, was sie staatswirtschaftlich zu dekretieren hätte“. Das muss aber doch auch schon die jetzt bestehende Gewalt wissen, nachdem sie, dem Manchestertum den Rücken kehrend, die Leitung der Volkswirtschaft in die Hand genommen hat, und wie kann sie es wissen, wenn die herrschenden Klassen, aus denen sich ihr Beamtenstand rekrutiert, teils entgegengesetzten Theorien huldigen, teils ohne jede Theorie rat- und ziellos im Dunkeln tappen? Ich bin überzeugt, dass die Arbeiterschaft, wenn sie zur Leitung der Volkswirtschaft berufen würde, der ungeheuren Aufgabe nicht gewachsen sein würde, schon weil es ihr an der Routine in der Verwaltung fehlt. Aber ich bin auch nicht minder überzeugt davon, dass der Durchschnitt der gebildeteren unter den sozial-

demokratischen Arbeitern leidlich richtige Vorstellungen vom volkswirtschaftlichen Prozess hat, während die besitzenden Klassen teils in der hochmütigen Meinung, dass Macht Kenntnisse überflüssig mache, teils aus Abscheu und Furcht vor einer Wissenschaft, deren Koryphäen Sozialisten sind, sich zu freiwilliger Unwissenheit in den volkswirtschaftlichen Dingen verurteilen, was zur Folge hat, dass der reiche Schatz von Kunst und Uebung in der Verwaltung, dessen sich unsre vortreffliche Bureaukratie erfreut, zu einem grossen Teil auf recht zweifelhafte Experimente verschwendet wird. Ist es mir doch vorgekommen, dass ein hochgebildeter, auch litterarisch thätiger Banquier nicht einmal die schon von Adam Smith klar gemachte Wahrheit, dass das Einkommen nicht in Gelde besteht, begreifen konnte. Viel schlimmer noch als bei uns steht es in Italien, wo das in mehreren Beziehungen begabteste Volk der Welt durch materielles Elend und brutale Unterdrückung zu Grunde gerichtet wird, weil die herrschenden Kreise keine Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen haben. Möchten die dieses unglückliche Land beherrschenden Männer immerhin so leichtsinnig und genusssüchtig, so habsüchtig und diebisch, so voll lächerlicher Eitelkeit und Ruhmsucht, so von Menschlichkeit und Nächstenliebe entblösst sein wie sie sind, wenn sie nur wenigstens Liebe zu ihren eigenen Kindern haben, was doch gewiss der Fall ist, dann würde eine mässige Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hingereicht haben, sie vor einer durch und durch unvernünftigen Politik zu bewahren. Sie würden die unsinnige Agrarverfassung abgeändert, dem Raubsystem der sogenannten Kommunalbesteuerung gewehrt, die unzähligen Sinekuren abgeschafft haben. Sie würden den völlig zwecklosen Militär- und Flottenaufwand wenigstens auf die Hälfte beschränkt, ein die Nationalproduktion erdrückendes Steuersystem vermieden, den Volksunterricht gefördert haben, und würden die

den Arbeiter- und Kleinbauernstand hebenden Assoziationen und Kassen begünstigen, anstatt sie als politisch verdächtig zu unterdrücken. Sie würden die mutwillig erzeugte Not nicht mit unproduktiven Notstandsarbeiten bekämpfen, bei denen Geld und Arbeit nutzlos weggeworfen werden, und die das Uebel nur verschlimmern, da sie ja natürlich immer rasch fertig sind, und die dabei beschäftigten Arbeiter dann weniger Aussicht auf Arbeit haben als je. Sie würden, mit einem Worte, nicht die Wurzeln des Nationalwohlstandes vernichtet haben, ohne den ihre Kinder das Genussleben, den Prunk und die Prahlerei der Väter nicht fortsetzen können. Heute noch den Staat regieren und durch die Gesetzgebung in die Volkswirtschaft eingreifen wollen, ohne die von Rodbertus gelieferten Erklärungen der volkswirtschaftlichen Begriffe und Prozesse zu kennen, ohne zu wissen, was Kapital, was Rente ist, wie das Kapital entsteht, wie sich Kapital und Kapitalbesitz, wie sich Produktivität und Rentabilität unterscheiden, das ist monströs.

3. Die Unvernunft der gegenwärtigen Eigentumsordnung hat Rodbertus klar gemacht, indem er zeigte, wie es gegenwärtig nicht mehr der Mangel, sondern der Ueberfluss ist, was Armut und Not erzeugt, und wie das Boden- und Kapitaleigentum die Gesellschaft hindert, den Reichtum hervorzubringen, den zu schaffen sie fähig ist; Marx drückt denselben Gedanken in dem bekannten Satze aus, die Eigentumsverhältnisse seien aus Entwickelungsformen der Produktivkräfte in Fesseln derselben umgeschlagen. Carlyle hatte eine Welt für verhext erklärt, worin sich die Leinweber deswegen keine Hemden kaufen können, weil die Fabrikanten zu viel unverkäufliche Leinwand liegen haben; Rodbertus hat die natürlichen Ursachen aufgedeckt, aus denen die scheinbare Verhexung entspringt. Seit Rodbertus' Tode ist die radikale Unvernunft unsrer Gesellschaftsordnung stetig immer auffallender in folgenden widersinnigen Erschei-

nungen zu Tage getreten. Jedes Volk beeifert sich, für andere Völker Sklavendienste zu verrichten, und zwingt nötigenfalls diese andern Völker mit Waffengewalt, solche Dienste anzunehmen; denn dieses und nichts anderes bedeutet das Streben nach Ausdehnung des Exports, worin alle Völker wetteifern. Vernünftig ist der Exporthandel nur dann, wenn er im Austausch von Produkten besteht, die das importierende Land nicht hervorzubringen vermag; in diesem Falle bedeutet er eine wirkliche Bereicherung aller Völker, die daran teilnehmen. Wenn aber, wie es jetzt geschieht, jedes Volk dem andern solche Waren zuschiebt, die dieses ebensogut erzeugen kann, und die Einfuhr dahin dadurch möglich macht, dass es diese Waren wohlfeiler liefert, so verrichtet es eben Sklavendienste, um das andere Land zu bereichern. Ferner: weil die Not heute nicht daraus entsteht, dass es an Gütern fehlte, sondern daraus, dass die Massen aus Mangel an Geld oder was dasselbe ist, teils aus Mangel an Arbeitsgelegenheit, teils wegen zu niedrigen Lohnes, die im Ueberfluss vorhandenen Güter nicht kaufen können, so ist das Augenmerk der leitenden Kreise nicht auf Vermehrung der Güter, sondern auf Verminderung der Güter und auf Vermehrung der Arbeitsgelegenheit gerichtet. Jene wird durch Kartelle und Schutzzölle angestrebt, diese vorzugsweise durch den Wechsel zwischen Krieg und bewaffnetem Frieden. Beide brauchen eine ungeheure Masse von Material: von Schiffen, Waffen, Ausrüstungsgegenständen, Montierungen. Nun kann man den Krieg und das Soldatenwesen lieben so viel man will und den Patriotismus der Bürger, die immer weitere Steigerungen der Kriegsrüstung beschliessen, aufs höchste preisen, aber dadurch wird nichts an der volkswirtschaftlichen Thatsache geändert, dass die Arbeit, die auf die Herstellung der militärischen Gegenstände verwendet werden muss, der Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger entzogen wird, diese also ärmer macht, eine Last für sie

ist, wie das auch in allen früheren Zeiten, z. B. im kaiserlichen Rom, klar erkannt worden ist. Der Patriotismus würde ja gerade dann am schönsten strahlen, wenn man die Thatsache, dass jede Ausgabe fürs Militär volkswirtschaftlich betrachtet ein Opfer und sonst nichts ist, offen anerkennen wollte. Wenn nun in unserer Zeit Krieg und Kriegsrüstungen aus dem oben dargelegten Grunde, weil sie „Arbeit schaffen“, als Wohlthäter des produktiven Volkes gepriesen werden, so ist das der Gipfel des Unsinns. Und die Spitze dieses Gipfels ist die Kinderarbeit, die überall in den modernen Staaten um sich greift, wo sie der Staat nicht verbietet, die da grauenhafte Verheerungen anrichtet und im einzelnen meistens als eine barbarische Grausamkeit erscheint, von der keine frühere Zeit etwas gewusst hat. Während in Zeiten, wo die Produktivität der Arbeit nicht den hundertsten Teil der heutigen betrug, nicht einmal die Sklavenkinder zu schwerer und anhaltender Arbeit gezwungen, die jugendlichen Sklaven nur mässig angestrengt wurden, werden heut, wo die Produktivität durch den Reichtum, mit dem sie die Völker überschüttet, diese in Verlegenheit setzt, und wo die Regierungen ängstlich umherschauen, von wo in der Welt sie wohl ihren Arbeitern Arbeitsgelegenheit herbeischaffen könnten, deren Kinder gezwungen, der Gütervermehrung ihre Gesundheit, ihre natürliche Heiterkeit, kurz ihre Jugend zu opfern, und bürdet man in manchen Gewerben 14 bis 16 jährigen Knaben eine täglich achtzehnstündige Arbeitszeit ohne Sonn- und Feiertagsruhe auf!

4. Die Unsittlichkeit des heutigen Zustandes besteht zunächst darin, dass die Gesellschaft grundsätzlich auf die rücksichtsloseste Selbstsucht gegründet wird. Bei Adam Smith erscheint der Grundsatz, dass die Befriedigung aller Privat- und Gesellschaftsbedürfnisse dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden müsse, noch nicht unsittlich, weil er annahm, dass dieses freie Spiel

die Aufgabe der Bedürfnisbefriedigung erfüllen, dass ferner nicht allein die Individualegoismen einander das Gleichgewicht halten, sondern auch in ihrer Gesamtheit durch die natürliche Sympathie gezügelt werden würden, und dass auf diese Weise das freie Spiel die gesellschaftliche Harmonie herstellen werde. Diese Voraussetzungen haben sich als falsch erwiesen. Dann besteht die Unsittlichkeit, wie Rodbertus schon in seiner allerersten Schrift dargelegt hat, darin, dass die moderne Gesellschaft den Arbeitern die Rechte freier Bürger gewährt und damit auch die sittlichen Pflichten solcher auferlegt, ihnen aber die Mittel verweigert, deren sie zur Erfüllung dieser Pflichten und zur Erwerbung der entsprechenden Tugenden bedürfen würden. Schon die Erlaubnis zur Ausübung ihrer Bürgerpflichten müssen sie oft als eine Gnade ansehen. Eben da ich dies schreibe, am 20. Juni 1898, lese ich in einer konservativen Zeitung folgende Notiz, die offenbar als ein hohes Lob verstanden werden soll: „Das Kriegsministerium hat den Arbeitern der Militärwerkstätten in Spandau für den Wahltag, den 16. Juni, an dem nur einen halben Tag gearbeitet wurde, damit die Arbeiter hinreichende Zeit hätten, ihr Stimmrecht wahrzunehmen, den vollen Tagesverdienst [in der Zeitung gesperrt] gewährt.“ Von der Gnade des Brotherrn hängt es also ab, ob seine Arbeiter eine Staatsbürgerpflicht ausüben können, und bestraft er sie für die Ausübung nicht mit einem Lohnabzuge, so verdient er noch ein besonderes Lob. Keiner der Arbeiterführer, schreibt Rodbertus (N. III S. 19 ff.), „nicht Marx, nicht Lassalle, nicht Hasenclever und Hasselmann, nicht Liebknecht“, habe den Arbeitern den Druck, der auf ihnen lastet, vollständig aufgedeckt und zum Bewusstsein gebracht. Berge von Unrecht habe man auf sie getürmt, wozu u. a. auch gehöre, dass fast alle Staatseinrichtungen, z. B. die Justiz, hauptsächlich den Besitzenden dienten, zu den Kosten der Erhaltung dieser Einrichtungen aber die

Arbeiter verhältnismässig am meisten beitragen müssten. Es charakterisiere, führt er S. 37—41 aus, den Mangel an Gerechtigkeitsgefühl bei den besitzenden Klassen, wenn sie wie über ein erlittenes Unrecht empört darüber seien, dass die Arbeiter jetzt (er schrieb das in der Gründerzeit) die Konjunktur für sich ausnutzten. Er selbst und seine Standesgenossen hätten in der vorhergehenden Zeit die ihnen günstige Konjunktur rücksichtslos gegen die Arbeiter ausgenützt, und es werde ihnen nicht mehr als ihr Recht, dass jetzt die Arbeiter ebenso handelten. Er kommt auf die Champagnerflasche des Steinträgers zu sprechen, über die soviel geredet werde. Nun, „der Gründungsbesitz hat dem Arbeiter einen so hohen Lohn gezahlt, dass dieser in den Stand gesetzt ward, eine Flasche Champagner zu trinken. Er hat es nicht des Arbeiters, sondern seines eigenen Vorteils wegen gethan. Er hat es g e w o l l t, wie der Arbeiter es gewollt hat, beide ihre Handelschancen benutzend, der Besitz nicht minder wie die Arbeit, denn diese schöpferische Kraft [die das Wesen des Menschen ausmacht] ist ja von dem System ebenfalls zu einer Ware erniedrigt, über deren Preis wie über Besenreis und Zündhölzer zu feilschen schon seit einer Reihe von Generationen nicht unter der Menschenwürde gehalten wird. Dieser Handelslohn aber, obwohl er den schimpflichen Faden des Systems, dem er angehört, nachschleppen muss, ist doch wenigstens [beim Champagner trinkenden Steinträger] Arbeitslohn, ist Verdiensteigentum, Eigentum der echtesten Art.“ Wie er angelegt wird, ob in Champagner, in Weissbier oder in Kleidern, darüber zu reden hätten die Gründer am wenigsten ein Recht, denn deren Erwerb sei weniger ehrenhaft, und dass sie ihr Einkommen wirtschaftlicher verwendeten als die Arbeiter, könne man auch nicht behaupten.

Die Darstellung der Ungerechtigkeit der heutigen Ordnung bei Rodbertus bedarf nach mehreren Seiten hin der Ergänzung, die hier zu geben nicht der Ort ist. Es

wäre darzustellen, wie ungesund, lebensgefährlich und peinvoll viele der heutigen Arbeiten sind, und dass manche davon ganz gut beseitigt werden könnten, weil sie nur dem Luxus und einem Uebermass von Bequemlichkeit dienen. Ferner, dass gerade die unangenehmsten, gesundheitsschädlichsten und peinvollsten Arbeiten am schlechtesten gelohnt werden, weil es die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte mit sich bringt, dass sich immer Unglückliche finden, denen nur die Wahl übrig bleibt zwischen einer solchen Arbeit und der Verlumpung. Ferner, dass eine Menge für die Gesellschaft unbedingt notwendige Arbeiten, wie die Erdarbeiten bei Eisenbahnen- und Kanalbauten, das Ausladen der Schiffe, zum Teil auch die Bedienung der Maschinen auf den Dampfschiffen, das Ausräumen schlammiger Kanäle und Flüsse, mit Gelegenheitsarbeitern ausgeführt werden, die, nachdem sie die gerade vorliegende Arbeit verrichtet haben, einfach an die Luft gesetzt werden, ohne dass sich irgend jemand darum kümmert, ob sie in nächster Zukunft eine ähnliche Arbeit finden oder umkommen werden, während der Grenzzöllner z. B. auch dann seine Besoldung fortbezieht, wenn tagelang kein Wagen mit zollpflichtigen Waren vorbeikommt, und er weiter nichts zu thun hat, als vor seinem Häuschen seine Pfeife zu schmauchen; noch dazu eine Besoldung bezieht für eine nicht allein überflüssige sondern volkswirtschaftlich sinnlose Verrichtung, da die Grenzzölle weiter nichts bewirken, als ein ganz zweckloses Hinüber- und Herüberschieben von Geldsummen aus einem Staate in den andern. Ferner ist es ein unsittlicher Zustand zu nennen, dass die Herrschaft vorgeschobener unpersönlicher Mächte, wie des Kapitals und des „Arbeitsmarktes“, die Verantwortung der Personen aufhebt für das Schicksal derer, die ihnen dienen, z. B. der Passagiere eines Dampfers für das Schicksal der Heizer und Kohlenzieher, der Stickereien tragenden Damen für das Schicksal der Stickerinnen u. s. w.,

während sich der Sklavenhalter der Verantwortung für das Los der Sklaven, die ihm Güter schaffen und Dienste leisten, bewusst bleibt. Endlich hat Rodbertus nur die Ungerechtigkeiten ins Auge gefasst, die der Arbeiterstand erleidet, den Umstand aber, dass die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung jeden Erwerbenden zwingt, mehr oder weniger ein Diener der Ungerechtigkeit zu werden, nur gestreift, nicht ausgeführt. Es geschieht dies dadurch, dass diese Ordnung nicht auf die Produktion zur Befriedigung des Nationalbedürfnisses sondern auf den Gelderwerb gegründet ist, dass aber Geld weit leichter durch Raub am Produkte andrer als durch eigenes Produzieren erworben wird; ferner dadurch, dass die Befriedigung eines überflüssigen, übermässigen und für die Kultur wertlosen Luxus meistens mehr Geld bringt als die Befriedigung der allerdringendsten Volksbedürfnisse, endlich dadurch, dass diese „Ordnung" jeden mit jedem in einen Interessenkonflikt verwickelt, worin er nur die Wahl hat, ob er sich durch Schädigung andrer bereichern oder selbst Schaden leiden, vielleicht untergehen will.

Wenn das Wort unsittlich überhaupt noch einen Sinn hat, so muss es auf diesen Zustand angewendet werden. Wie sich ein christliches Gewissen in diesem Zustande befinden muss, braucht kaum gesagt zu werden; es fühlt sich verpflichtet, ihn zu bekämpfen und eine Aenderung anzustreben, die den Zwang zur Ungerechtigkeit aufhebt. Nicht weniger scharf muss die bestehende Ordnung von jener sich auf Fichte und Hegel stützenden Schule verurteilt werden, die das Privateigentum als unerlässliche Grundlage der Sittlichkeit fordert, denn diese Ordnung beruht eben auf dem Ausschluss der Mehrzahl vom Eigentum und daher nach der Ansicht dieser Philosophen von der Sittlichkeit; wenn nämlich Alle ein Eigentum besässen, das ihnen die Existenz gewährleistete, so würde kein Mensch ein solcher Narr sein, sich der Arbeit

in Fabriken, Gruben und Schiffen um einen Lohn zu unterziehen, der den Kapitalisten Rente oder Dividende übrig lässt und so die Erhaltung, Neubildung und Vergrösserung des Eigentums in seiner heut herrschenden Form, des Privatkapitals, ermöglicht. Noch weniger würde er ein solcher Narr sein, um kargen Lohn gesundheitsschädliche, lebensgefährliche und peinvolle Arbeiten zu übernehmen oder Gelegenheitsarbeiten wie die der Erd-, Kanal- und Dockarbeiter zu verrichten, und gerade solche sind es, auf denen das ganze Getriebe des modernen Lebens beruht. Die Ansicht jener Schule lässt sich also mit der heutigen Eigentumsform nur unter der Bedingung vereinigen, dass man die Arbeiter nach der alten Sklaventheorie als Sachen behandelt, denen die Persönlichkeit abgesprochen wird, und von denen daher auch keine Sittlichkeit gefordert werden kann. Fichte, der allem, was menschliches Antlitz trägt, die Menschenwürde zusprach, ist daher folgerichtig Sozialist geworden. Es mag ausdrücklich anerkannt werden, dass das deutsche Reich dank der in ihm noch bestehenden verhältnismässig gesunden Verteilung des Grundbesitzes, dank der Tüchtigkeit und hohen Durchschnittsbildung seines Volkes und der Pflichttreue seiner intelligenten Bureaukratie und dank dem allgemeinen Wahlrecht unter allen Ländern der Erde dasjenige ist, in welchem die Unvernunft und die Unsittlichkeit der kapitalistischen Ordnung am wenigsten grell hervortreten.

Die Unvernunft hat auch Marx hervorgehoben, von Unsittlichkeit durfte er nicht sprechen, da sein Materialismus solche nicht kennt. Zwar hat sich die Hervorhebung der Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes allezeit als das kräftigste Agitationsmittel der Sozialdemokratenführer bewährt und bleibt die gemeinsame Empörung über diese Ungerechtigkeit das festeste Band der Partei, aber darin liegt eben eine Verleugnung des Marxismus. Wenn die Ideen, einschliesslich der Gerechtigkeit, nichts sind

als Spiegelungen wirtschaftlicher Verhältnisse, dann sind sie wert- und wesenlose Schemen. Ja es ist dann unbegreiflich, wie der zuweilen herrschende Zustand ungerecht gefunden werden kann. Das ist nur möglich, wenn man die Idee von einem Seinsollenden hat, dem die Wirklichkeit widerspricht. In der materialistischen Auffassung giebt es aber kein Seinsollendes, sondern nur ein Seiendes. Und wenn in dieser aus vernunftlosen Atomen entstandenen Wirklichkeit Entwickelungsgesetze zu herrschen scheinen, so ist auch das eben nur ein Schein. Der Schein der Ordnung ist rein zufällig entstanden. Es könnte ebensogut das Chaos herrschen, und wenn die Arbeiter bis zum Ende der Zeiten im Elend verharren müssen, anstatt ins Paradies ihres Zukunftsstaates einzuziehen, so haben sie so wenig ein Recht, sich darüber zu beschweren, wie der Regenwurm, wenn ihn der Hahn frisst oder ein herabfallender Stein zermalmt. An die Gerechtigkeit appellieren und dadurch den Obrigkeiten und den herrschenden Klassen Pflichten gegen das Volk auflegen, das kann man nur, wenn man, wie Rodbertus, an Gott glaubt. Der Sozialist Ed. Bernstein hat diesen Widerspruch im Marxismus erkannt und erörtert ihn, natürlich ohne ihn heben zu können, in Nr. 39 der „Neuen Zeit“. Dass die deutschen Arbeiter dem Marxismus verfallen sind, ist in doppelter Beziehung ein Unglück. Erstens hat Rodbertus das Getriebe der Volkswirtschaft tiefer ergründet, umfassender und richtiger dargestellt als Marx, und namentlich den Grundbegriff des Kapitals, von dem Marx eine einseitige und willkürliche Definition giebt, erschöpfend und befriedigend erklärt. Dann aber schliesst der Marxismus die Möglichkeit einer sittlichen Begründung der Arbeiterforderungen aus, während der ganze Gedankenbau des Rodbertus die Forderung zur Grundlage hat, dass in allen menschlichen Dingen die Vernunft und Gerechtigkeit regieren sollen, und dass sich der Staat die Aufgabe stellen müsse, die

göttlichen Ideen zu verwirklichen. Dem Marxismus gegenüber haben die „Staatserhaltenden“, welche die sittlichen Ideen mit dem Munde anerkennen, wenn sie sie auch in ihren Werken verleugnen, für ihre Bekämpfung der Sozialdemokratie als einer die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft bedrohenden Partei einen Schein von Berechtigung. Schöpfte die Arbeiterpartei ihr Programm aus Rodbertus, so müssten die Gegner des Sozialismus verstummen oder beschämt bekennen, dass das Recht, die Sittlichkeit und das Christentum nicht auf ihrer, sondern auf der Gegenseite zu finden seien.

Dietzel nennt (D II S. 35) die Lehre des Rodbertus „ein Gedankengefüge ohne praktische Verwertbarkeit“. Das ist ihm zu verzeihen, weil im Jahre 1883, wo er das schrieb, die „Verbündeten Regierungen“ eben erst in die Bahn eingelenkt hatten, die schliesslich zur Verwertung von Rodbertus' Gedanken führte. Man kann sagen, dass sie heut schon verwirklicht sind, soweit die von ihm vorausgesehenen Notwendigkeiten dazu gezwungen haben, und soweit die herrschenden Klassen dabei selbst ihre Rechnung finden. Seine Grundanschauungen werden freilich von diesen vorläufig noch abgelehnt, obwohl seine praktisch befundenen Vorschläge nur Folgerungen aus seinen Grundanschauungen sind und diese allein ihn befähigten, das praktisch Brauchbare zu finden. Dietzeln scheint trotz der vermeintlichen praktischen Wertlosigkeit eine sorgsame Analyse der Lehre „des grossen Doktrinärs“ darum berechtigt zu sein, weil „diese Lehre ein in der Kette der sozialen Ideen logisch notwendiges Glied bildet. Oft ist gesagt, es müsse die Staatsphilosophie Schellings und Hegels im Sozialismus münden: Rodbertus ist dieser Sozialist der organischen Staatsidee.“ In die Folge der philosophischen Systeme ist Rodbertus damit richtig eingereiht, aber ganz richtig hat Dietzel Rodbertus' philosophische Ansicht doch nicht erfasst,

wenn er ihn zu jener Art von sozialistischen Antiindividualisten rechnet, die das Individuum nur als Werkzeug und die Gesellschaft als den einzigen Zweck betrachten, das Glück der Individuen aber nicht als Zweck gelten lassen. Diese Ansicht ist einfach Unsinn, weil ausserhalb der Köpfe von Individuen, von bewussten Persönlichkeiten, die Gesellschaft und die Gesellschaftszwecke so wenig vorhanden sind wie die Welt überhaupt. Es ist richtig, dass Rodbertus die Individuen als Atome des Gesellschaftskörpers bezeichnet und behandelt, aber seine ganze Behandlung der sozialen Frage beweist auf das unzweideutigste, dass er das Glück der Individuen als den Endzweck aller Gesellschaftseinrichtungen betrachtet, und dass er jenen physiologisch-anatomischen Vergleich nicht bis ins Widersinnige ausgedehnt wissen will. Oefter wiederholt er: der Mensch lebe nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeite um zu leben, und K.S. 69 schreibt er: „Das letzte Wort der Nationalökonomie wird doch gewisslich nicht „arbeite und entbehre, sondern arbeite und geniesse“ sein müssen.“ Aus einem Manuskript, von dem nicht angegeben wird, wie es überschrieben und wo es zu finden sei, führt Dietzel den Satz an: Der Staat ist nicht da „zur Glückseligkeit der Einzelnen, sondern die Einzelnen sollen zum geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Wohlbefinden des Staates dienen.“ Wenn Rodbertus diesen Satz wirklich niedergeschrieben haben sollte, so hätte er es in einer schwachen Stunde ohne sorgfältige Ueberlegung gethan. Der Staat ist eine Einrichtung, und eine Einrichtung kann sich weder wohl noch übel befinden, denn sie hat keine Empfindung. Ein Staat kann zwar gut oder schlecht geordnet sein, aber wenn man ihn glücklich oder unglücklich nennt, so meint man die Menschen, die ihn ausmachen; sein Glück oder Unglück ist also das Glück oder Unglück von Individuen; wer das Wohl des Staates oder das Wohl der Gesellschaft anders verstanden wissen

will, der spricht Unsinn. Nur darf natürlich das Wohl der Staatsangehörigen, für das zu sorgen Pflicht jedes Einzelnen und der Gesamtheit ist, nicht auf das gegenwärtig lebende Geschlecht beschränkt sein, sondern die Fürsorge muss auch die zukünftigen Geschlechter umfassen. Die Leute, die da predigen, das Individuum müsse sich für den Staat opfern, meinen damit gewöhnlich nur, die ärmeren Volksgenossen müssten sich für die herrschende Klasse opfern. Zu dieser Art von Leuten hat Rodbertus nicht gehört.

Begründet sind die Einwendungen Dietzels gegen die Rodbertusische Theorie von dem Aufsteigen der Gesellschaft zu immer vollkommeneren Staatenarten nach Analogie der Darwinischen Entwickelungstheorie und gegen die Klassifizierung der Staatenarten. Er bemerkt sehr richtig, dass der altegyptische Staat, wenn man mit Rodbertus den Grad der Arbeitsteilung zum Massstabe der Vollkommenheit nimmt, ein vollkommeneres Gebilde gewesen ist als die griechischen Politien und die römische Republik, und dass sich die mittelalterliche Volkswirtschaft, wenigstens nördlich der Alpen, keineswegs aus der zersetzten römischen Oikenwirtschaft, vielmehr ganz selbständig entwickelt und dieselben wirtschaftsgeschichtlichen Phasen durchlaufen hat wie die antike. „Beide sind von der Kleinwirtschaft freier Bauern zur Grossgutswirtschaft vorgeschritten und tragen auf dieser Strecke ihres Werdens das Gepräge naturalwirtschaftlicher Autarkie.“ Er hätte hinzufügen können, dass sich seitdem die Aufsaugung der Bauernwirtschaften durch Grossgutwirtschaften und die Wiederauflösung dieser in Kleinwirtschaften, die Verknechtung der Bauern und der ländlichen Arbeiter und ihre Wiederbefreiung noch einigemal wiederholt hat und voraussichtlich noch öfter wiederholen wird. Ich meinesteils sehe überhaupt keinen Fortschritt zur Freiheit in der Weltgeschichte, sondern nur einen beständigen Wechsel in den Formen der Abhängig-

keit und Verschiebungen des Jochs von den einen Nacken auf andre; und ich halte die Frage, ob in einer stark differenzierten Gesellschaft ein wirklich freier Arbeiterstand möglich sei, für bis jetzt ungelöst. Darin stimme ich mit Rodbertus überein, dass wirkliche Rechtsgleichheit nur durch den Sozialismus hergestellt werden könnte, glaube aber, dass das dann eine allgemeine Gleicheit in der Unfreiheit sein würde: alle Bürger würden Staatssklaven sein. Vielleicht würden sie sich für frei halten und sich in dieser Einbildung über ihre allgemeine gleiche Knechtschaft trösten, wahrscheinlich aber würde allgemeine gleiche Unzufriedenheit herrschen und neue Umwälzungen herbeiführen. Dass Rodbertus bei der Darstellung des Charakteristischen der (seiner Meinung nach) aufeinanderfolgenden Staatenarten ebenso übertreibt wie bei der Darstellung der Lage der neben einander lebenden Stände und Klassen, hat er, wie wir oben sahen, selbst zugegeben und mit der Notwendigkeit scharfer und klarer Begriffsbestimmungen und Unterscheidungen gerechtfertigt. In der That muss der Theoretiker oft so verfahren wie der Anatom, der das Knochengerüst, das Gefässsystem, das Nervensystem und die Muskulatur in besondern Präparaten darstellt, obgleich in der Natur keines dieser Systeme jemals anders als auf das engste mit den andern dreien verflochten vorkommt, und man darf einen Menschen, in welchem eines der vier Systeme vorherrscht, als Knochen-, Blut-, Nerven- oder Muskelmenschen bezeichnen, obwohl seinem Leibe selbstverständlich auch die übrigen Bestandteile des tierischen Organismus nicht fehlen. So rechtfertigt es Rodbertus (Z. S. 235), dass er, dem Sprachgebrauch folgend, den Begriff „Arbeiter“ streng auf die Handarbeiter beschränkt. Dass es auch geistige Thätigkeiten gebe, auf die der Ausdruck Arbeit angewandt werden könne, und dazu unzählige unmerkliche Uebergänge, mache die Unterscheidung nicht schlechter. Von den höchsten Tier- und

Pflanzenarten führe eine ununterbrochene Stufenfolge bis hinab zu den Pflanzentieren, in denen beide Reiche in einander übergingen, trotzdem bleibe der Baum ein Baum und das Pferd ein Pferd. So seien die Handarbeiter eine erkennbare und von den andern verschiedene Menschenklasse. „Wort und Sache könnten nur verschwinden, wenn einst die Wohlthaten der Zivilisation Gemeingut, die Arbeit Gemeinlast in der Gesellschaft geworden wären. Inzwischen aber vergilt eine instinktive Gerechtigkeit die grössere Lebenslast dieser Klassen mit dem ausschliesslichen Schmuck jener Bezeichnung, und — mit dem Anrechte, das die Geschichte daraus zu entwickeln im Begriff ist." Ebenso hat der Theoretiker die Wirkung jeder Kraft, z. B. der Physiker die der Schwerkraft, für sich allein zu erforschen und ihre Gesetze festzustellen, obwohl diese Gesetze in der Natur nur selten klar hervortreten, weil die Wirkung jeder Kraft durch Gegenwirkungen anderer Kräfte gestört wird, weshalb rein theoretische Berechnungen, die nur die Gesetze der einen Kraft zu Grunde legen, in der Wirklichkeit fast niemals zutreffen. Für die Volkswirtschaft und die Gesellschaftswissenschaften überhaupt bedeutet das, dass, wie Ed. Bernstein in Nr. 39 der „Neuen Zeit" richtig ausgeführt hat, die Theorie immer nur die Tendenz der Veränderungen, nie ihren wirklichen Verlauf angiebt, und dass sich keine Tendenz radikal durchsetzt. So wirke der kapitalistischen Tendenz zur Auflösung der Arbeiterfamilien, die von den sozialistischen Theoretikern richtig gezeichnet worden sei, der von denselben Sozialisten betriebene Arbeiterschutz entgegen, der die Frauen und die Kinder dem Hause wiedergebe und so die Familie wieder herstelle. Der von Rodbertus aufgedeckten Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, sich durch eine falsche Einkommenverteilung in Krisen zu entwickeln, wirkt einerseits die von ihm selbst hervorgehobene Tendenz auf Erweiterung der Absatzgebiete entgegen, andrer-

seits die Tendenz, durch die Vermehrung der Beamten sowie durch Schaffung halb und ganz schmarotzerischer Existenzen für kaufkräftige Abnehmer von Produkten zu sorgen, und neue Staats- und Luxusbedürfnisse zu schaffen, deren Befriedigung Arbeiter erfordert. Hierbei erscheint die Saysche Theorie, dass Ueberproduktion nicht möglich sei, weil nach Befriedigung der alten Bedürfnisse der Menschengeist immer neue ersinne, als halbe Wahrheit; als halbe nur, denn nicht nach Befriedigung der alten Bedürfnisse werden die neuen ersonnen, sondern obgleich ein grosser Teil der alten, berechtigten Bedürfnisse unbefriedigt bleibt; und nicht eben die nützlichsten Gesellschaftsklassen sind es, die durch ihre erhöhte Kaufkraft den Ausfall decken, den die zu geringe Kaufkraft der produktiven Arbeiter verursacht.

Dass aber Rodbertus die verschiednen Staatenarten nicht allein zu scharf charakterisiert, sondern auch noch, den historischen Thatsachen Gewalt anthuend, sie in eine historische Stufenfolge zwängt, das liegt in seiner Philosophie, welche die Philosophie seiner Zeit war, und die ihn auch zum Utopisten gemacht hat.

Denn Utopist ist er allerdings. Nicht etwa deswegen, weil er den kommunistischen oder sozialistischen Zukunftsstaat vorausgesagt hat, denn in diesem stecken wir ja alle drin. Keine frühere Zeit hat einen Beamtenorganismus gehabt, der sich mit dem unsern vergleichen liesse, und dieser ist die leibhaftige Verwirklichung des Rodbertusichen Sozialismus. Wenn sich die Beamten als Todfeinde des Sozialismus gebärden, so geschieht das teils aus Unkenntnis der Sache, teils wird es durch die Haltung der deutschen Arbeiterführer gerechtfertigt. Natürlich sehen sich die Beamten genötigt, eine Partei zu bekämpfen, deren Führer sich in wahnsinnigen revolutionären Phrasen ergehen und unausgesetzt auf die Regierung schelten. Und vollends seit 1895, wo die Liebknecht und Genossen mit verbrecherischer Unvernunft

die der überwiegenden Mehrheit des Volkes heiligen nationalen Erinnerungen beschimpft und dadurch die Arbeiterschutzgesetzgebung vorübergehend zum Stillstand gebracht haben, kann von einer wohlwollenden Neutralität des Beamtentums der Sozialdemokratie gegenüber nicht mehr die Rede sein. Und es ist psychologisch erklärlich, dass sich die pflichtmässige Abneigung der Beamten gegen die Personen auf die Sache überträgt. Bestünde dieser Grund nicht, so müsste man die Abneigung der Beamten gegen den Sozialismus für Konkurrenzneid halten; denn die Beamten haben genau das, was die Sozialisten erstreben, und da wäre es denn allerdings erklärlich, wenn sie von der Verallgemeinerung dessen, was jetzt ihr Privilegium bildet: Existenzsicherheit und gesetzlich begrenztes Arbeitsmass, eine Entwertung oder Verminderung dieses ihres Vorrechts fürchteten. Ferner haben wir ungeheure Staatsbetriebe, nicht bloss für den Transport und Verkehr, sondern auch Produktionsbetriebe im engeren Sinne, wie die fiskalischen Bergwerke; auch die Armee produziert in den Militärwerkstätten einen Teil ihrer eignen Bedürfnisse. Ferner werden gerade die grössten produktiven Betriebe, die der Aktiengesellschaften, schon heute von Beamten geleitet, während die Mehrzahl der Eigentümer, der Aktieninhaber, vom Betriebe nichts versteht und auch keinen Einblick darein gewinnt. Wenn der Staat diese Eigentümer ablöste und jene Privatbeamten in Staatsbeamten verwandelte, so würde das so wenig Störungen verursachen wie die Verstaatlichung der Eisenbahnen verursacht hat. Endlich greift der Staat so vielfach und so tief ins Erwerbsleben ein, dass die Erwerbenden nur noch in sehr beschränktem Sinne frei genannt werden können. Der Staat zieht den jungen Arbeiter oder Handwerksgesellen für den Militärdienst und dann noch einigemal zu Uebungen ein und reisst ihn dadurch aus seinem Broterwerb heraus; für die „Freiheit“, sich dann wieder eine Arbeitsstelle suchen zu

müssen, bedanken sich die Herausgerissenen; sie sind vollkommen im Recht, wenn sie den Staat für verpflichtet halten, ihnen neue Arbeit zu besorgen, nachdem er ihnen die alte genommen hat. Der Staat unterwirft viele Betriebe zum Zweck der Besteuerung einer so strengen Aufsicht, dass z. B. die Spiritusbrenner schon oft den Wunsch ausgesprochen haben, er möge doch gleich selbst den ganzen Betrieb übernehmen und sie ablösen. Der Staat zwingt die Unternehmer zu Beiträgen für die Arbeiterversicherung und hat damit den Weg der Lohnregulierung beschritten. Der Staat greift durch Schutzvorschriften, Arbeitsordnungen, Gewerbeinspektion, Sonntagsgesetze in die Betriebe ein, so dass die Unternehmer schon lange nicht mehr so ganz „Herr im eignen Hause" sind. Der Staat beschränkt den unlautern Wettbewerb, kümmert sich um die Art und Weise, wie der Händler seine Ware an den Mann zu bringen sucht, und er sendet seinen Beamten in den Laden, damit er nachsehe, ob auch die Butter getrennt von der Margarine verkauft wird. Warum den Beamten nicht bald hinter den Ladentisch stellen und die Margarine verkaufen lassen? Das wäre eine nützlichere Verwendung des Mannes. Von den Agrariern wird der Staat gedrängt, den Getreidehandel zu betreiben, und er lehnt es hauptsächlich nur aus dem Grunde ab, weil ihm die Sache zu schwierig vorkommt und er sich davor fürchtet. Nachdem der Staat einmal die ungeheure Last der Arbeiterversicherung übernommen hat, wäre es eine Kleinigkeit für ihn, auch noch alle übrigen Versicherungsanstalten zu übernehmen, besonders da das zentralisierte und verstaatlichte Versicherungswesen dadurch ungemein vereinfacht werden könnte, dass es den Charakter der Versicherung abstreifte: der Staat könnte z. B. aus den entsprechend zu erhöhenden Steuereinnahmen ohne weiteres jedem Arbeitsunfähigen, der nachweist, dass er pflichtgemäss an der Nationalproduktion teilgenommen hat, eine Rente zahlen; damit entfielen alle

Sonderbeiträge, Sonderberechnungen und Sonderverwaltungen. Von zwei Seiten her veranschaulicht die Privatindustrie die Unvernunft der freien Konkurrenz, die Vernünftigkeit des Sozialismus und bahnt zugleich diesen an. Die grossindustriellen Kartelle beschränken die Freiheit ihrer Mitglieder in der Produktion und in der Preisforderung und sichern ihnen dafür die Verzinsung ihres Kapitals. Die Warenhäuser und Versandgeschäfte aber zeigen die Lächerlichkeit des Kleinkrams. Der Detaillist hat die volkswirtschaftliche Aufgabe, die fertige Ware an den Mann oder an die Frau zu bringen. Ein kleiner Ellenkrämer bewirkt am Tag vielleicht sechs bis zehn Verkäufe, d. h. also, er geht den ganzen Tag müssig, und die paar Handgriffe, Geschäftsbriefe und Rechnungen, die er zu leisten hat, sind nur unbedeutende Unterbrechungen seines Müssigganges. Diese elende Ausübung seines volkswirtschaftlichen Amtes wird ihm mit — sagen wir — 1500 Mark jährlich gelohnt, was ihm selbst natürlich viel zu wenig dünkt, für seine „Arbeit“ aber noch zehnmal zu viel ist. Der junge Mann im Warenhause leistet zehn-, zwanzig-, vielleicht fünfzigmal so viel Arbeit. Wenn nun das ganze Verkaufswesen in derselben Weise organisiert wäre, so brauchten die Verkäufer natürlich nicht so lange zu arbeiten, wie heute die Angestellten in den Warenhäusern; mit höchstens sechsstündiger Arbeit wäre alles abgemacht, und es blieben von den heut im Handel Beschäftigten (es gäbe ja auch keine Handlungsreisenden mehr) noch viele Tausend übrig, die, in Fabriken, Werkstätten und Gruben angestellt, die teilweise überlange Arbeitszeit der jetzt darin Arbeitenden kürzen würden. — Also: alle Elemente des Sozialismus sind vorhanden. Wann und in welchem Grade sie zu einer konsequent durchgeführten sozialistischen Eigentums- und Produktionsordnung verwachsen werden, das ist, scheint es, nur eine Frage der Zeit.

Selbst das Arbeitsgeld ist nicht utopisch. Wie das

Metallgeld, und überhaupt das Bargeld, aus dem Umsatz des Grosshandels, namentlich in England, so vollständig verschwunden ist, dass viele Milliarden ohne einen Pfennig Geld, durch blosse Ab- und Zuschreibung umgesetzt werden, so lässt sich kein innerer Grund denken, warum diese Praxis nicht über den ganzen Tausch- und Kaufverkehr ausgedehnt und dieser in eine vom Staate organisierte Einkommenverteilung umgewandelt werden könnte. Die Bestimmung der Warenwerte in Werkstunden würde freilich ungeheure Mühe verursachen, aber unmöglich wäre sie nicht. Nur täuscht sich Rodbertus — und hier tritt nun der Utopist hervor — wenn er sich einbildet, der ermittelte Wert würde durchweg der wirkliche Wert, und die Arbeiter würden damit zufrieden sein. Gewiss weichen die heutigen Preise meistens sehr weit von dem gerechterweise anzunehmenden Werte der geleisteten Arbeit ab und fast jeder hält sich für verkürzt, aber da es eben „der Markt“ ist, der die Preise festsetzt, und man dieses unpersönliche Wesen nicht fassen kann, so muss man sich die „ungerechte“ Bezahlung seiner Arbeit oder Ware, wenn auch murrend, gefallen lassen. Eine Behörde dagegen, die den Wert jeder Ware nach dem „Normalwert“ festzusetzen hätte, würde einen schlimmen Stand haben. Auch bei einer solchen Behörde würde es menschlich zugehen, und abgesehen davon, dass absolute Gerechtigkeit überhaupt unmöglich ist, würde oft genug aus Mangel an Einsicht, aus Gunst oder Interesse gefehlt werden. Aber selbst wenn sie das Uebermenschliche leistete und die Gerechtigkeit verwirklichte, würde ihr doch niemand glauben; wie heute, würde sich jedermann für benachteiligt halten, und man hätte Menschen, die man für den erlittenen Schaden verantwortlich machen könnte. Es würden auch alle die andern Uebelstände eintreten, die von den Gegnern des Sozialismus prophezeit werden. So z. B. würde sich das Fehlen des Antriebs, den der private Ehrgeiz und die private Habsucht

verleihen, durch Verlangsamung des Fortschrittes der Technik bemerkbar machen, und die Möglichkeit wäre nicht ausgeschlossen, dass eines Tages die ganze Zentralbehörde aus stumpfsinnigen Routiniers von der Art jenes Generalpostmeisters Nagler bestünde, der dem Dampfwagen gebieten wollte, an der preussischen Grenze Halt zu machen. Auch wäre es gar nicht unmöglich, dass die Schwierigkeiten und Schwerfälligkeiten der alten Naturalwirtschaft wiederkehrten. Aber solcher Unvollkommenheiten wegen darf natürlich der Sozialismus nicht utopisch genannt werden: wenn Unvollkommenheit utopisch wäre, dann wäre die ganze Weltgeschichte eine Utopie. Gerade darum sind Rodbertus und die meisten Sozialisten, ausserdem noch viele andre Theoretiker, Utopisten zu nennen, weil sie glauben, der zukünftige Zustand, mag er kommunistisch oder sonstwie gedacht werden, werde ein vollkommener Zustand sein, und ein solcher vollkommener Zustand sei das Ziel der weltgeschichtlichen Entwickelung.

Utopisch nenne ich den Glauben, dass auf Erden irgend einmal ein Zustand eintreten werde, der vollkommen genannt zu werden verdiente und die Menschen zufrieden machte, das verlorene Paradies wiederbrächte. Nicht deshalb sind Bellamys und Hertzkas Zukunftsbilder utopisch, weil sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung und allerlei technische Wunder ausmalen; das ist alles möglich, und die späteren Geschlechter werden wahrscheinlich Wunder erleben, die wir uns so wenig vorzustellen vermögen, wie sich ein Mensch des vorigen Jahrhunderts das Fernsprechen hätte vorstellen können. Utopisch sind jene Schilderungen nur deshalb, weil sie die Verwirklichung der Vernunft und Gerechtigkeit einschliessen, und uns überreden wollen, die Menschen würden jemals zufrieden sein. Utopisten nenne ich daher alle Entwickelungstheoretiker, sie mögen von Hegels Idealismus oder von Darwins Materialismus ausgehen, die den

Fortschritt zum Vollkommeneren predigen und als Abschluss der Weltgeschichte ein auf Erden zu verwirklichendes Allervollkommenstes verkündigen. Die Irrtümer des Rodbertus in dieser Beziehung sind keine andern, als die die ganze moderne Soziologie und Naturwissenschaft beherrschen. Es ist nicht wahr, dass der zusammengesetztere Organismus der vollkommenere, das Wirbeltier vollkommener als das Kerbtier oder das Weichtier sei. Ein höheres Wesen darf man es nennen, weil es mehr Geist verrät, aber nicht einen vollkommeneren Organismus. Die Biene nicht bloss, sondern schon die Qualle, ja das Infusorium ist ein so wunderbares und vollkommenes Wesen wie der Elefant; jeder Organismus ist vollkommen in seiner Art. So ist auch ein Grossstaat mit einem verwickelten Verwaltungsorganismus keineswegs an sich schon höher zu schätzen als ein kleiner Stadtstaat oder eine kleine Bauernrepublik, die sich vielleicht sogar, gleich der Auster, ohne Kopf behilft. Wenn die Bürger des Kleinstaats bessere und glücklichere Menschen sind als die des Grossstaats, so ist jener höher zu schätzen. Es ist ferner ein Irrtum, zu glauben, dass die Staatsformen aufeinander folgten, und dass die eine erst abgelebt sein müsse, ehe eine andere hervortritt. Wie in der Natur die sogenannten niederen Organismen neben den höheren fortleben, so bleiben auch die älteren Staatsformen neben den neuen bestehen; ja, die Ausdrücke alt und neu haben hier nur eine sehr zweifelhafte Berechtigung: Gross- und Kleinstaaten, Despotien, beschränkte Monarchien und Republiken haben seit vier Jahrtausenden abgewechselt. Der Fortschritt, sofern man einen solchen in Natur und Geschichte annehmen will, besteht nicht darin, dass alte Organisationsformen abstürben und neue an ihre Stelle träten, sondern darin, dass die Welt durch das Hinzutreten neuer Formen zu den alten reicher wird. So wird z. B. auch das Handwerk nicht von der Manufaktur, die Manufaktur nicht von der Fabrik verdrängt,

sondern alle drei Betriebsformen bestehen nebeneinander, und es entstehen sogar immer neue Handwerke. Auch das Verhältnis des Individualismus zum Sozialismus hat Rodbertus falsch bestimmt. In einer beinahe lächerlichen Weise tritt sein Vorurteil gegen den „Freihandel", als eine bloss zum Zerstören berufene Kraft, hervor, wenn er die vermeintliche Auflösung des Römerstaats mit Servius Tullius beginnen lässt, d. h. schon in der mythischen Zeit, auf die beinahe ein Jahrtausend gewaltiger Grösse folgte. Freilich, zu sterben beginnt der Mensch wie der Staat schon im Augenblick seiner Geburt, denn alles Irdische ist sterblich und trägt den Todeskeim vom ersten Augenblick seiner Entstehung in sich. Es ist aber überhaupt nicht wahr, dass der Individualismus und die Freiheit rein zerstörende, die Vereinigung und die Bindung rein aufbauende Mächte wären. Vielmehr sind beide nur polar entgegengesetzte Aeusserungen der einen Lebenskraft und die eine zum Leben so notwendig wie die andere. Das organische Leben besteht in einem unaufhörlichen Wechsel von Ein- und Ausatmung, von Oxydation und Desoxydation, von chemischer Verbindung und Zersetzung, und der Tod tritt in jedem Falle ein, mag die eine oder die andere Funktion stocken; der Tod durch Verkalkung ist nicht weniger Tod wie der durch Auflösung.

Für den grössten und schlimmsten Irrtum endlich halte ich es, dass ein vollkommener Gesellschaftszustand das Endziel der historischen Entwickelung sein, und jedes frühere Geschlecht nur um des letzten willen gelebt haben soll. Meiner Ueberzeugung nach, die ich in anderen Schriften begründet habe, liegt der Weltzweck nicht am Ende der Welt, sondern in der Gegenwart jedes Geschlechts. Die Menschen aller Zeiten leben, um ihre Anlagen zu entfalten, ihre Kräfte zu üben und dabei ihres Daseins froh zu werden. Die gesellschaftlichen Veränderungen haben nicht den Zweck, einen vollkom-

menen Endzustand herbeizuführen, sondern sie sind weiter nichts als die Lebensfunktionen der Menschheit; sie sind nur die unvermeidlichen Wirkungen der Thätigkeiten, in denen die Menschen jedes Geschlechts ihren Lebenszweck erfüllen, und zugleich die Mittel zur Verbesserung dessen, was im Augenblick verbesserungsbedürftig erscheint. Die Menschen leben, leiden, arbeiten und sterben nicht, um einem Gott oder einem Geschichtsprofessor das schöne Schauspiel eines verwickelten Staatsgetriebes aufzuführen, z. B. das des heutigen deutschen Reiches, sondern weil die Menschen lebend geniessen, arbeiten und dabei so wenig wie möglich leiden und so spät wie möglich sterben wollen, schaffen sie sich allerlei Einrichtungen, bei denen sie diese vier Zwecke am besten zu erreichen gedenken, darunter auch unsere Reichsverfassung. Das ist der wahre Sinn des Hegelschen Satzes von der Vernünftigkeit des Bestehenden. In jedem Moment ist so viel Vernunft thätig, als sich überhaupt in der Welt vorfindet, und das Quantum der Vernunft bleibt — wenigstens im Verhältnis zur Summe der Unvernunft — durch alle Zeiten gleich gross, weil auch im geistigen Gebiet das Gesetz der Konstanz der Kraft gilt. Aber die Vernunft kann sich hienieden auf keine andere Weise bewähren als durch Ueberwindung der Unvernunft, weshalb der Hegelsche Satz durch seinen Gegensatz zu ergänzen ist: Das Bestehende ist jederzeit unvernünftig und muss geändert werden. Wenn jemand aus dem Umstande, dass das Bestehende notwendig unvernünftig ist, die quietistische Folgerung ziehen wollte, dass man sich der nun einmal herrschenden Unvernunft fügen und sie sich gefallen lassen müsse, so würde er den Zweck der Unvernunft in der Welt verkennen und so viel an ihm liegt vereiteln, oder vielmehr, seine ganze Persönlichkeit würde ein Teil jener Unvernunft sein, die von der Vernunft überwunden werden soll. Im gegenwärtigen Zeitraum ist der Kapitalismus, mit welchem Worte wir die

von Rodbertus bekämpften Verhältnisse und Zustände zusammenfassen wollen, das zu überwindende Unvernünftige. Ob die Ueberwindung zur Herrschaft des Sozialismus führen wird, wissen wir nicht. Soll mit dem politischen Grundsatze der Gleichheit Aller vor dem Gesetze, der Gleichheit der Bürgerrechte und Bürgerpflichten, Ernst gemacht werden, so ist der Sozialismus unvermeidlich; denn weder der Rittergutsbesitzer noch der Industriefeudale, der ein paar tausend Arbeiter kommandiert, wird jemals seinen Untergebenen die volle Gleichberechtigung einräumen. Die meisten Staaten, dies weniger klar erkennend als instinktiv merkend, verweigern daher den Arbeitern die Vollbürgerschaft, und in Deutschland, wo sie ihnen durch den Buchstaben der Verfassung beinahe zugestanden ist, streben die „Staatserhaltenden“ danach, die schon bewilligten Rechte, namentlich das Reichstagswahlrecht, zurückzunehmen, die Reste persönlicher Abhängigkeit, z. B. beim ländlichen Gesinde, zu erhalten, und neue Formen gesetzlicher Bindung der Arbeiter zu ersinnen. Also politische Gleichberechtigung ist nicht möglich, so lange sich die meisten Grossbetriebe im Privatbesitz befinden. Mag nun die teilweise errungene politische Gleichberechtigung im folgerichtigen Fortschritt zum Sozialismus führen, der, nebenbei bemerkt, mein Ideal nicht ist, oder mag ein anderer Ausweg aus den heutigen Verlegenheiten gefunden werden — Vernunft und Gerechtigkeit werden in der zukünftigen Gesellschaftsverfassung in keinem höheren Grade verwirklicht sein wie heute; die Gesellschaft der Zukunft wird dasselbe Quantum Unvernunft enthalten wie die heutige, und nur die Form, in der die Unvernunft in die Erscheinung tritt, wird sich von der heutigen unterscheiden; deren Ueberwindung wird dann wieder die Aufgabe der kommenden Geschlechter sein.

Weil aber die unvermeidliche Unvernunft viele unglücklich macht und keinen zum vollen und ungetrübten

Glücke gelangen lässt, darum bedarf das Diesseits der Ergänzung durch das Jenseits, oder bedürfen die diesseitigen Menschen des Glaubens an ein jenseitiges Reich vollkommener Vernunft und Seligkeit. Deshalb spotte ich nicht mit Rodbertus über die Klerisei, die den Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und ihrer menschlichen Bestimmung „mit Singen, Beten, Fasten und Wechseln auf das künftige Himmelreich auszufüllen“ sucht, und verurteile sie nur dann, wenn sie den Armen das jenseitige Himmelreich predigt, um sich selber das diesseitige zu sichern. Ebensowenig verspotte ich die Utopisten. Eine resignierte Weltansicht wie die meine ist nicht jedermanns Sache; Männer, die welthistorische Aufgaben zu lösen haben, bedürfen der Illusionen, sowohl zur Erhaltung ihrer eigenen Spannkraft, wie um die Massen für ihre Pläne zu begeistern.

Vom Sozialismus unsers Rodbertus sagt Dietzel am Schluss seines Buches: „Als preussischen Bureausozialismus hat ihn Engels verspotten wollen. Und das Wort trifft zu: in der Lehre des Denkers von Jagetzow waltet derselbe Genius, welcher das Fridericianische Preussen beseelte und in harter Schule und Zucht zu dem Staat erzog, der uns die Einheit des Vaterlandes wiedergewann. Dieser Sozialismus ist durch und durch volkstümlich.“ Das ist richtig; nur zu dem „durch und durch volkstümlich“ wird man ein Fragezeichen setzen müssen. Etwas anders aber verhält es sich mit dem noch daran gehängten Satze: „Rodbertus, der Träger der deutschen Idee im preussischen Parlament, ist der Schöpfer einer deutschen Sozialphilosophie geworden, aus welcher nicht der Sirenengesang des französischen Kommunismus von Freiheit, Glück und Genuss, sondern der ernste Choral der Pflicht uns entgegenhallt.“ Wenn ich diesen Satz unterschriebe, so würde ich ja damit meinen Helden den einflussreichsten Kreisen unseres Vaterlandes aufs beste empfohlen haben. Aber der aufmerksame Leser dieser

Schrift würde doch bemerken, dass das Lob durch die zahlreichen Anführungen aus Rodbertus' Schriften wenig gerechtfertigt wird, denn in ihnen ist sehr viel von den Rechten und Ansprüchen der Arbeiter, aber sehr wenig von ihren Pflichten die Rede. Dass jedermann seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu thun habe, verstand sich freilich für Rodbertus, wie für jeden edlen Menschen, selbst wenn er kein Preusse ist, von selbst. Aber den Pflichtchoral hat er niemals angestimmt, denn dieser war längst entweiht durch den Mund derer, die ihn den Armen und Unterdrückten vorsingen, um sich durch deren Gehorsam die eigene Pflicht möglichst leicht zu machen oder jeder harten Pflicht überheben zu lassen. Rodbertus hat rücksichtslos die verspottet, die Wein trinken und Wasser predigen (vergleiche ausser der schon angeführten Stelle noch Z. S. 279—280), und auf die Erfahrungsthatsache hingewiesen, dass dergleichen Moralpredigten zu allen Zeiten wirkungslos bleiben. Eure Rechte, schreibt er den Arbeitern, „legen Euch Pflichten auf, und die Pflichten geben Euch Rechte. Eure Rechte legen Euch Pflichten auf, die Ihr nur bei geistiger und sittlicher Bildung erfüllen könnt. Ihr könnt die geistige und sittliche Bildung nur bei genügender Musse und bei genügenden Mitteln erwerben. So verwerfen Eure Rechte wie Eure Pflichten gleichermassen den blossen notwendigen Unterhalt. Ihr müsst Euch menschlich ruhen und freuen" u. s. w. (N. III 229—230). Nicht die Pflicht im Sinne derer, die dem Volke verkündigen, es könne seine Lage nur durch Pflichterfüllung bessern, ist der Stern, für dessen Glanz er die Augen seiner Jünger geöffnet hat, sondern das „strahlende suum cuique", das den Machthabern die Pflicht auflegt, den Unterdrückten Recht zu schaffen.